



# Landtag von Baden-Württemberg

58. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 30. Januar 2013 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 13:19 bis 14:21 Uhr

Schluss: 18:50 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	3407	und Sport – <b>Landesregierung und Bundeswehr – Klarheit ist notwendig</b> – Drucksache 15/2557 . . . . .	3430
Umbesetzungen im Präsidium und im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft . . . . .	3407	Abg. Matthias Präfrock CDU . . . . .	3430, 3436
1. Aktuelle Debatte – <b>Wasser ist keine Ware. Kein Privatisierungszwang durch Europarecht</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE . . . . .	3407	Abg. Sandra Boser GRÜNE . . . . .	3431
Abg. Thomas Marwein GRÜNE . . . . .	3407, 3414	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD . . . . .	3432
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU . . . . .	3408, 3414	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . .	3434
Abg. Gabi Rolland SPD . . . . .	3410	Minister Andreas Stoch . . . . .	3435
Abg. Andreas Glück FDP/DVP . . . . .	3411, 3416	Beschluss . . . . .	3438
Minister Franz Untersteller . . . . .	3412	4. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“</b> – Drucksache 15/1946 (geänderte Fassung) . . . . .	3438
Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	3415, 3416	Abg. Sabine Kurtz CDU . . . . .	3438
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU (Kurzintervention) . . . . .	3416	Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE . . . . .	3440
2. Aktuelle Debatte – <b>Der Nationalpark stärkt den Nordschwarzwald</b> – beantragt von der Fraktion der SPD . . . . .	3416	Abg. Gerhard Kleinböck SPD . . . . .	3441
Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	3417, 3426	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . .	3442
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU . . . . .	3418, 3426	Staatssekretär Dr. Frank Mentrup . . . . .	3443
Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE . . . . .	3419, 3428	Beschluss . . . . .	3445
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP. . . . .	3422, 3429	5. <b>Regierungsbefragung</b>	
Minister Alexander Bonde . . . . .	3423	5.1 <b>Stuttgart 21</b> . . . . .	3445
3. a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Zutrittsverbot für Jugendoffiziere der Bundeswehr an den Schulen?</b> – Drucksache 15/1787 (geänderte Fassung)		Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE . . . . .	3445, 3448
b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend		Minister Winfried Hermann . . . . .	3446, 3447, 3448, 3450
		Abg. Nicole Razavi CDU . . . . .	3446, 3448
		Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	3447
		Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	3449

5.2 <b>Stuttgart 21</b> . . . . .	3451	<b>ICE-Verkehr auf der Gäubahn – Schienenverkehr attraktiver gestalten</b> – Drucksache 15/2179. . . . .	3473
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	3451, 3454	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	3473
Minister Winfried Hermann . . . . .	3451, 3452, 3454, 3455, 3456, 3457	Abg. Guido Wolf CDU. . . . .	3474
Abg. Winfried Mack CDU . . . . .	3452, 3456	Abg. Hans-Martin Haller SPD. . . . .	3475
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE. . . . .	3453	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	3476
Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	3454	Minister Winfried Hermann . . . . .	3477
Abg. Nicole Razavi CDU . . . . .	3455	Beschluss . . . . .	3478
Abg. Thomas Marwein GRÜNE . . . . .	3455		
Abg. Wolfgang Drexler SPD . . . . .	3456	9. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – <b>Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen</b> – Drucksache 15/1873. . . . .	3478
Abg. Daniel Renkonen GRÜNE. . . . .	3457	Abg. Sabine Wölfler SPD . . . . .	3478
6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – <b>Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst</b> – Drucksache 15/2118 . . . . .	3457	Abg. Viktoria Schmid CDU. . . . .	3480
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD. . . . .	3457	Abg. Petra Häffner GRÜNE . . . . .	3481
Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .	3458	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP. . . . .	3482
Abg. Petra Häffner GRÜNE . . . . .	3459	Minister Andreas Stoch . . . . .	3483
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP. . . . .	3460		
Minister Reinhold Gall. . . . .	3461	10. Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – <b>Baden-Württemberg – das Land der Sonderkulturen – Status quo sowie Maßnahmen und Pläne der Landesregierung</b> – Drucksache 15/2114 . . . . .	3486
Beschluss . . . . .	3463	Abg. Martin Hahn GRÜNE . . . . .	3486, 3493
7. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – <b>Sofortige und dauerhafte Abschaltung des Atomkraftwerks (AKW) Fessenheim</b> – Drucksache 15/2120. . . . .	3463	Abg. Klaus Burger CDU . . . . .	3487
Abg. Alexander Schoch GRÜNE. . . . .	3464	Abg. Alfred Winkler SPD . . . . .	3488
Abg. Gabi Rolland SPD. . . . .	3465	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP. . . . .	3489
Abg. Paul Nemeth CDU. . . . .	3467	Minister Alexander Bonde . . . . .	3490
Abg. Andreas Glück FDP/DVP . . . . .	3468	Nächste Sitzung . . . . .	3495
Minister Franz Untersteller . . . . .	3470	Anlage	
Beschluss . . . . .	3473	Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen im Präsidium und im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft. . . . .	3496
8. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur –			

## Protokoll

über die 58. Sitzung vom 30. Januar 2013

Beginn: 10:02 Uhr

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen. Ich eröffne die 58. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet sind die Herren Abg. Beck, Heiler, Lusche, Schwehr und Wald sowie Frau Abg. Schneidewind-Hartnagel.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Herr Ministerpräsident Kretschmann.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Friedrich.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der SPD für Umbesetzungen im Präsidium und im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Wasser ist keine Ware. Kein Privatisierungszwang durch Europarecht – beantragt von der Fraktion GRÜNE**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich bitte auch die Mitglieder der Landesregierung, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Mit Blick auf unsere Geschäftsordnung habe ich die Bitte, dass wir die Aktuelle Debatte in freier Rede führen.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Marwein.

**Abg. Thomas Marwein** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wasser ist keine Ware. Wasser ist ein öffentliches Gut und dient der Daseinsvorsorge. Wasser darf keine Handelsware sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Europäische Parlament hat – allerdings im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie – eine Entschließung verabschiedet. Darin steht – ich zitiere –, es erkenne an,

*dass Wasser eine gemeinsame Ressource der Menschheit und ein öffentliches Gut ist und dass der Zugang zu Wasser ein universelles Grundrecht sein sollte.*

Der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments hat in einer Stellungnahme klargestellt, dass Wasser „keine Profitquelle“ sein darf.

Außerdem gibt es noch die Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“, die inzwischen schon über 600 000 Stimmen gesammelt hat. Ziel sind eine Million Stimmen. Damit soll erreicht werden, dass die Konzessionsrichtlinie bzw. das, was damit im Rahmen der Wasserversorgung beabsichtigt ist, wieder gekippt wird.

Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen dürfen nicht dem freien Spiel des Wettbewerbs unterworfen werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Wasserversorgung muss von der Liberalisierungsagenda abgesetzt werden.

(Beifall bei den Grünen)

Ich gehe davon aus, dass wir hier im Landtag einen fraktionsübergreifenden Konsens hierüber erzielen können. Bereits im Frühjahr 2012 haben der Finanzausschuss und der Europaausschuss einen entsprechenden Entschluss gefasst, dass man der Konzessionsrichtlinie nicht zustimmen soll. Im Bundesrat ist das dann auch so geschehen. Der Bundesrat hat sich einstimmig gegen die Konzessionsrichtlinie ausgesprochen.

Wer hat sich noch dagegen ausgesprochen? Es waren die kommunalen Landesverbände und der Verband kommunaler Unternehmen. Andere Verbände haben sich ebenfalls dagegen ausgesprochen. Vier von fünf Bundestagsfraktionen haben sich dagegen ausgesprochen. Welche Fraktion sich dafür ausgesprochen hat, kann man sich denken. Wenn es um Wettbewerb geht, kommt nur eine von den fünf infrage. Selbst die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat geplant, sich in einem Entschließungsantrag gegen die Konzessionsrichtlinie auszusprechen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was heißt „selbst“?  
– Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie kennen unser Grundsatzprogramm nicht!)

Dieser wurde dann in der koalitionsinternen Gemengelage so weit abgeschwächt, dass die Bundesregierung nur noch ersucht wird, darauf hinzuwirken, eine Änderung oder eine Abschwächung der Konzessionsrichtlinie herbeizuführen, mehr allerdings nicht.

Das Problem ist jetzt nur, dass sich die FDP im Bundestag und auch in der Bundesregierung durchgesetzt hat. Bundeswirt-

(Thomas Marwein)

schaftsminister Rösler hat die Konzessionsrichtlinie in der Kommission eindeutig befürwortet. Auch die Kanzlerin hat von ihrer Richtlinienkompetenz keinen Gebrauch gemacht. Im Gegensatz zum Bundestagsbeschluss und zum eigenen Parteibeschluss – die CDU hat übrigens auf einem Bundesparteitag einen Antrag beschlossen, der sich gegen die Konzessionsrichtlinie, insbesondere bei der Wasserversorgung, ausspricht – hat die Kanzlerin selbst nichts gegen die Konzessionsrichtlinie getan – für mich ein weiterer Grund, Schwarz-Gelb im September abzuwählen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Aber zurück zu unserer Aktuellen Debatte. Glücklicherweise – das weiß ich von vielen Gesprächen unter den Kollegen hier – sind wir da gleicher Meinung. Also sollten wir uns zusammenraufen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und, auch wenn wir heute keinen Beschluss fassen, ein klares Signal nach Brüssel und natürlich auch nach Berlin senden, dass wir diese Konzessionsrichtlinie nicht wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Wie Sie selbst aus Ihrer Gemeinde wissen, sind die Gemeinden, die Wasserverbände, auch die Fernwasserversorger die Garanten für eine sichere, zuverlässige und qualitativ sehr hochwertige Wasserversorgung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das wollen wir erhalten, vor allem auch die Zuständigkeit der Gemeinden oder Zweckverbände. Sie sind kommunal, sie sind demokratisch legitimiert. Ein Gemeinderat – also die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger – kann darüber entscheiden, was mit der Wasserversorgung passiert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

In der Konzessionsrichtlinie ist zwar keine Privatisierung als Automatismus geplant – wenn beispielsweise ein Dorf einen Brunnen oder eine Quelle hat und sich selbst im Regiebetrieb versorgt, dann droht dort sicherlich keine Privatisierung –, doch gefährlich wird es dort, wo Stadtwerke noch Mehrspartenunternehmen sind – wie dies in Baden-Württemberg oft anzutreffen ist –, die vielleicht noch über ihr Gemeindegebiet hinaus eine Versorgung mit Strom, mit Gas oder auch mit Wasser betreiben. Diese Unternehmen sind gefährdet. Sie müssen sich dann der neuen Konzessionsrichtlinie unterwerfen.

Es kann aber passieren, dass die Gemeinden in Zukunft aufgrund einer unklaren, komplexeren und schwierigeren Rechts-situation sagen: „Das ist uns jetzt alles zu viel. Wir wollen Rechtssicherheit. Wir werden zu einem privaten Anbieter wechseln.“ So geschieht letztlich die Privatisierung durch die Hintertür. Dieser ganzen Entwicklung ist schon von vornher-ein ein Riegel vorzuschieben. Deswegen kann ich nur noch-mals wiederholen: Wir lehnen die Konzessionsrichtlinie ab.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Einige Gemeinden – ich nenne einmal Stuttgart als Beispiel – haben hier schon schreckliche Erfahrungen gemacht. Ich nenne das Stichwort Cross-Border-Leasing. Stuttgart hat mei-nes Wissens einen zweistelligen Millionenbetrag hingelegt, um die Wasserversorgung wieder zu kommunalisieren.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Grünen haben im Gemeinderat zugestimmt, Herr Kollege!)

Diese Erfahrung sollten wir nicht noch einmal machen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Meine Damen und Herren, zum Schluss appelliere ich an Sie alle:

(Glocke des Präsidenten)

Beziehen Sie eindeutig Position gegen die Konzessionsrichtlinie, und unterstützen Sie unsere Debatte.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Marwein, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Bullinger?

**Abg. Thomas Marwein GRÜNE:** Ja.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Kollege, da ich Gemeinderat in einer Ortschaft an der Grenze zu Bayern bin, interessiert mich, wie die Fraktion der Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart bei diesem Thema gestimmt hat. Das möchte ich gern wissen.

**Abg. Thomas Marwein GRÜNE:** Wie Sie wissen, bin ich kein Stuttgarter und kein Mitglied des Stuttgarter Gemein-de-rats

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber in der gleichen Partei!)

und war somit auch nicht an der Abstimmung darüber betei-ligt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber eines weiß man: Die FDP hat zugestimmt! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Es ist immer gut, wenn man erkennt, dass man einen Fehler gemacht hat, diesen dann ausbügelt und nicht daran festhält.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Danke!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Kol-lege Professor Dr. Reinhart.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Im Taubertal herrscht Ordnung!)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU:** Herr Präsident, vereh-rete Kolleginnen und Kollegen! „Wasser ist keine Ware“, die-ser Satz – das sage ich, ohne ein Plagiat herbeiführen zu wol-len – ist von der Landesregierung von Baden-Württemberg seit Jahrzehnten vertreten worden.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Der Kollege Ulrich Müller und seine Vorgänger im Amt des Umweltministers haben in diesem Zusammenhang immer gesagt: Die Wasserversorgung ist bei den Kommunen in guten Händen. Wir, die CDU-Fraktion, wollen, dass es auch so bleibt.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Es gibt keinen Grund, die öffentliche Wasserversorgung über die Hintertür einer Konzessionsrichtlinie der kommunalen Hoheit wegzunehmen. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Sie ist durch Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes und Artikel 71 unserer Landesverfassung geschützt.

Was ich in den Ausführungen meines Vorredners vermisst habe, war die Darstellung, dass es einen Regierungschef des Landes Baden-Württemberg gegeben hat, der in der Diskussion über eine Verfassung in Europa, nämlich im Europäischen Konvent, dafür gesorgt hat, dass der Schutz der kommunalen Selbstverwaltung mit der Aufnahme in den Lissabon-Vertrag erstmals auf europäischer Ebene verankert worden ist. Das war Erwin Teufel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Wir dürfen deshalb hier auch gar keine falschen Gegensätze aufbauen. Ich habe selbst im letzten Jahr mit einem Antrag hier initiiert, dass wir auch an Europa die Botschaft richten: Weniger ist mehr. Die Wasserversorgung bedarf keiner europäischen Regulierung.

Da sind wir an dem entscheidenden Punkt: Es gibt derzeit Akzeptanzprobleme in Bezug auf Europa. Auf der einen Seite haben wir vor einigen Tagen stolz das 50-Jahr-Jubiläum der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags gefeiert. Wir haben vor Kurzem das 20-jährige Bestehen des Europäischen Binnenmarkts gefeiert. Aber genau dort liegt die Problematik: Nicht alles in Europa ist eine Sache für Europa. Das müssen wir nach Brüssel transportieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Genau daher kommen diese Akzeptanzprobleme in Bezug auf Europa. Wir hatten kürzlich mit Edmund Stoiber eine gemeinsame Veranstaltung mit der IHK in Ulm. Dass wir zu viel Bürokratie haben, kommt daher, dass die Hierarchie zu einseitig auf Richtlinien, Verordnungen und zu viele kleinteilige Regeln in Europa ausgerichtet ist. Wir wollen ein Europa der Regionen, der Verhältnismäßigkeit und vor allem der Subsidiarität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist unsere Vorstellung. Deshalb liegt der Sinn natürlich darin, dass wir im Binnenmarkt Vorteile beim Export haben, was aber nicht zum Einfallstor dafür werden darf, dass solche Richtlinien von der europäischen Ebene aus Dinge regulieren, die sich vor Ort auch ohne Rechtsänderung bewährt haben.

Die Europäische Union gründet auf dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung. Das bedeutet, dass sie nur auf den

ausdrücklich zugewiesenen Feldern aktiv werden soll und darf. Das müssen wir bei der Kommission, beim Rat, bei den Regierungen und beim Parlament einfordern. Deshalb bin ich dankbar, dass wir – die vier Fraktionen – schon vor einem Jahr übereinstimmend einen gemeinsamen Antrag hierzu verabschiedet haben.

Ich will auch bewusst sagen: Im Europaparlament waren die Vertreter der CDU und der CSU der Meinung, man sollte diese Richtlinie total ablehnen. So haben sie auch abgestimmt, nur halten sie – wie so oft in Europa – hier keine Mehrheit.

Wir müssen natürlich sehen: Unsere Vorstellung von kommunaler Selbstverwaltung ist in Europa nicht überall bekannt und wird schon gar nicht überall geteilt. Das ist das Thema, mit dem wir uns immer wieder auseinandersetzen müssen.

Deshalb, meine Damen und Herren, wollen wir, dass sich Europa in Zukunft stärker auf die wesentlichen Aufgaben konzentriert. Kommissar Oettinger – auch ein früherer Ministerpräsident dieses Landes – hat kürzlich zur Selbstbeschränkung der Kommission aufgerufen. Das nennt man „self-restraint“, weise Selbstbeschränkung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das muss man schwäbisch sagen! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das unterstützen wir. Die Kommission soll sich auf die großen Aufgaben beschränken und nicht zu kleinteilige Bürokratie und Regelungen schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Darum geht es uns auch bei der Frage der starken Kommunen. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung geschützt wissen, wir wollen starke Kommunen. Denn gerade starke Kommunen sind ein Erfolgsfaktor in unserem Land. Dazu gehört auch die Wasserversorgung. Vertrauen wir den Gemeinderäten, vertrauen wir den Gemeinden in Baden-Württemberg! Die können das, die beherrschen das, und die Bürger wollen das. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Claus Schmiedel SPD – Zuruf von der CDU: Genau!)

Daran sollten wir uns orientieren.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es wichtig, dass wir dafür kämpfen, dass gerade die Wasserversorgung nicht unter das Vergaberecht fällt. EU-Kommissar Barnier hat 2011 diese Konzessionsrichtlinie vorgeschlagen. Natürlich versucht man immer, alles über den Wettbewerb und den Binnenmarkt zu begründen. Das ist der Punkt. Diese Wettbewerbsorientierung muss uns aber hellhörig machen, denn wir wollen letztlich auch nach dem Prinzip der Subsidiarität, dass die Kommunen ihre Angelegenheiten erledigen, auch die Regionen, dass der Landtag seine Rechte behält und dass man ein Tätigwerden von Europa nur dort fordert, wo der Nationalstaat zu klein ist, wo man grenzüberschreitende Regelungen braucht, und dass man nur dann europäische Richtlinien verabschiedet, wenn man sie grenzüberschreitend braucht. Die öffentliche Daseinsvorsorge in den Händen der Kommunen hat sich bei uns bewährt, und deshalb wollen wir hier heute auch ein klares Signal senden.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Meine Damen und Herren, ich will in der ersten Runde nur noch einen Satz dazu sagen: Wir hatten in der Sitzung des Europaausschusses in der vergangenen Woche auch wieder Richtlinien zu beraten, über die wir übereinstimmend diskutiert haben. Darunter war die sogenannte Ökodesign-Richtlinie. Dazu haben wir gesagt: Die Regulierung von wasserführenden Instrumenten wie Duschköpfen – auch das will ich einmal sagen –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

gehört zu den Beispielen, die – wie die oft symbolisch diskutierten Regelungen zu den Bananen und zu den Gurken – Europa die Akzeptanz kosten. Wir wollen keine neuen Aktionsfelder, in denen selbst der Duschkopf europäischen Regelungen unterliegt. Das ist nicht unsere Vorstellung von Europa.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb sind wir auch klar gegen europäische Normen in diesem Bereich.

Meine Damen und Herren, für uns ist Wasser mehr als ein Menschenrecht. Es ist eine wichtige Ressource, es ist ein Gesundheitsgut. Das wollen wir geschützt haben, und das muss in den Händen der Kommunen bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Dr. Reinhart, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Selbstverständlich. Ja.

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege Reinhart.

EU-Kommissar Oettinger hat sich in Radolfzell während der Naturschutztage im Januar dieses Jahres vehement dafür eingesetzt, dass kein Widerstand gegen diese Reform – Stichwort Duschköpfe – organisiert wird. Er hat gesagt, es müsse darauf geachtet werden, dass es eine wichtige Frage in Europa ist, wie Energie erzeugt und Wasser verbraucht sowie erwärmt wird; diese Punkte seien vernünftig. Pflichten Sie Herrn Oettinger bei?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Grundsätzlich halte ich das meiste, was EU-Kommissar Oettinger sagt, für nachvollziehbar, für wichtig und für klug.

(Beifall bei der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Richtig!)

Sie zitieren aus dem Zusammenhang; wir hätten natürlich seine vollständige Rede hören müssen. Ich persönlich habe in allen Reden von EU-Kommissar Oettinger immer vernommen, dass wir eine kluge Energieversorgung einschließlich der Versorgung mit Energie aus erneuerbaren Energieträgern brauchen. Übrigens hat er auch hinsichtlich der Wasserversorgung immer die Auffassung vertreten, die auch ich dargestellt habe, weil ich der gleichen Regierung angehört habe. Uns – auch dem damaligen Ministerpräsidenten Oettinger – war immer klar, dass die Wasserversorgung ein hohes Gut der Kommunen in Baden-Württemberg darstellt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! Ein Grund mehr, CDU zu wählen!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Rolland.

**Abg. Gabi Rolland** SPD: Vielen Dank. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Hände weg vom Wasser!“ war immer das Signal der SPD, als es vor einigen Jahren um die EU-Dienstleistungsrichtlinie ging. Damals schon sollten die Leistungen der Daseinsvorsorge – das betrifft das Wasser, das Abwasser, die Gesundheitsleistungen – dem Wettbewerb unterworfen werden. Es ist im Europäischen Parlament, gefördert auch durch viele lokale und nationale Initiativen, fraktionsübergreifend gelungen, dies zu verhindern.

Dass der Wettbewerb eine der Grundfreiheiten der Europäischen Union und der Europäischen Kommission darstellt und dieses Thema damit auf dieser Ebene natürlich immer einmal wieder bearbeitet wird, ist klar. Dass der Wettbewerb ein Steckenpferd der Europäischen Kommission ist, wird wieder dadurch deutlich, dass die Europäische Kommission wie der Wolf im Schafspelz und fast unter „ferner liefen“ mit der Konzessionsrichtlinie hintenherum versucht, die öffentliche Wasserversorgung auf den Markt zu bringen und die Privatisierung schmackhafter zu machen.

Es ist keine Privatisierung vorgesehen. Das muss man sehr deutlich sagen. Das wurde in den Medien nicht immer richtig deutlich gemacht. Es geht nicht um eine Privatisierung; aber sollte eine Gemeinde die öffentliche Wasserversorgung mit einem privaten Anbieter zusammenbringen wollen, dann muss sie die Vergabe öffentlich ausschreiben.

Man kann nachvollziehen, dass die EU-Kommission dazu sagt: „Jawohl, wenn sich ein privates Unternehmen daran beteiligt, dann wollen wir natürlich verhindern, dass da korrupte Spielchen abgehen. Wir wollen das auch den Bürgerinnen und Bürgern transparent machen.“ Das ist gut. Das ist richtig. Aber warum dann auch die Stadtwerke und die Zweckverbände, z. B. die Landeswasserversorgung, davon betroffen sein sollen, das wird nirgendwo begründet. Gerade diese werden durch ihre Gemeinderäte, durch ihre Aufsichtsräte, die auch die Gemeinderäte sind, oder durch ihre Mitglieder im Zweckverband, die in der Regel auch Gemeinderäte, Bürgermeister oder Landräte sind, besonders gut kontrolliert.

Trinkwasser ist unser höchstes Gut. Trinkwasser ist das Lebensmittel Nummer 1. Es wird gut gefördert. Es wird bestens überwacht. Es wird an die Verbraucherinnen und Verbraucher sehr gut verteilt. Die Verantwortung dafür trägt wer? Die Verantwortung dafür trägt jeder Bürgermeister, jeder Gemeinderat. Jede Beschwerde, die es gibt, wird sofort an der entscheidenden Stelle angebracht, wo sie hingehört. Das ist gut so. So soll es bleiben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Trumpf der öffentlichen Wasserversorgung sind die Qualität, die Nähe zum Verbraucher und zur Verbraucherin, die wirklich günstigen und nachvollziehbaren Preise, die Versorgungssicherheit sowie die Kontinuität in Menge und Qualität. Das wollen wir nicht aufgeben – egal, in welcher Rechtsform die Gemeinde die öffentliche Wasserversorgung betreibt. So muss es bleiben. Deswegen wollen wir nicht, dass dieser Konzessionsrichtlinie zugestimmt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Gabi Rolland)

Zweckverbände und Stadtwerke gehören zur Selbstverwaltungshoheit der Gemeinden. Herr Reinhart hat vorhin schon darauf hingewiesen. Die Selbstverwaltungshoheit ist äußerst wichtig für die Kommunen. Darum streiten wir auch immer. Sie ist verfassungsrechtlich geschützt durch Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes. Eine Verwaltungsbeamtin lernt dies in den ersten Wochen ihrer Ausbildung. Die Selbstverwaltungshoheit ist grundgesetzlich geschützt.

Selbst Europa hat erkannt, dass die Selbstverwaltungshoheit ein wichtiges Gut ist. Deshalb steht die Selbstverwaltungshoheit neben der Subsidiarität als Ziel im europäischen Verfassungsvertrag. Europa hat also verstanden. Deshalb sollte Europa auch verstehen, warum wir die Gemeinden, die Zweckverbände und die Stadtwerke nicht zu einer öffentlichen Ausschreibung der öffentlichen Wasserversorgung drängen wollen.

Gemeinsam mit unserem grünen Partner haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir die Privatisierung der öffentlichen Trinkwasserversorgung ausschließen wollen. Deswegen kämpfen wir auch darum. Wir haben im März einen parteiübergreifenden Antrag gestellt, diesen gemeinsam beschließen und damit ein Signal in das Land hinein, aber auch in Richtung Bund gesandt, dass wir das nicht wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die SPD-Fraktion regt deswegen an, die Landesregierung zu bitten, die baden-württembergischen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu ersuchen, bei dieser Frage genau hinzuschauen und richtig abzustimmen. Es sollte ein Antrag gestellt und beschlossen werden, der darauf hinausläuft, dass es keine Pflicht zur Ausschreibung gibt, wenn die öffentliche Wasserversorgung Stadtwerken oder Zweckverbänden übertragen wird. Das wäre ein kleiner Antrag, der aber effektiv und wichtig für uns ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Zweite Anregung: Herr Reinhart, jetzt sehe ich Sie doch einmal an.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schauen Sie ihn genau an!)

Bitte informieren Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundestag, damit diese entsprechend handeln. Außerdem sollte die Frau Bundeskanzlerin im Bundeskabinett noch einmal deutlich machen, dass es so, wie von der EU beabsichtigt, nicht geht und es wichtig ist, für die Selbstverwaltungshoheit der Gemeinden zu kämpfen und deren Erhalt zu sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Zum Schluss appelliere ich an die Bürgerinnen und Bürger, an Sie und auch an Sie auf der Zuhörertribüne, aber auch an mich selbst. Machen Sie mit bei der Initiative für die öffentliche Wasserversorgung. Unter [www.right2water.eu/de](http://www.right2water.eu/de) können Sie mitmachen und auch dafür streiten.

Die SPD-Fraktion bleibt bei ihrer Devise: Hände weg vom Wasser!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Glück.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Wasser ist keine Ware. Kein Privatisierungszwang durch Europarecht“. Ja.

Frau Rolland, ich wundere mich. Sie haben so korrekt ausgeführt, um was es geht. Es geht nämlich nicht um einen Privatisierungszwang. Deshalb muss ich sagen, dass der Titel dieser Aktuellen Debatte schlicht und einfach daneben ist.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Das müssen Sie aber nicht mir sagen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Europäische Kommission hat im Dezember 2012 einen Vorschlag für eine neue Konzessionsrichtlinie veröffentlicht. Damit sollten die Ziele verfolgt werden, den Wettbewerb zu stärken, der Korruption vorzubeugen und Sozialstandards zu sichern. Dabei ist etwas herausgekommen, was einschneidende Auswirkungen auf die kommunal geprägte Struktur in Deutschland haben könnte. Der Bundesrat hat diesen Richtlinienvorschlag abgelehnt. Der Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments hat in der vergangenen Woche zugestimmt.

Ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen, um was es geht und um was es nicht geht. Auch in Zukunft sollen die Kommunen nicht dazu verpflichtet werden, die Wasserversorgung aus der Hand zu geben. Insofern ist der Titel einfach falsch.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Marwein, als ich Ihre Rede vorhin gehört habe, habe ich den Eindruck gewonnen, dass Sie das Problem vielleicht doch nicht so ganz verstanden haben. Sie sagten, es würde irgendeine Rechtsunsicherheit bestehen, und deswegen würde jetzt jemand privatisieren. Entschuldigung, diesen Gedanken konnte ich so überhaupt nicht nachvollziehen. Wenn, dann ist das Gegenteil der Fall,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

dass nämlich jemand sagt: Da gibt es eine Rechtsunsicherheit, und deswegen werde ich gerade nicht privatisieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt also keinen Privatisierungszwang, aber natürlich – das wurde aufgeführt – sind auch die Kommunen betroffen, die womöglich ein Joint Venture mit irgendjemand anderem haben, die Stadtwerke ausgelagert haben. Das Problem ist natürlich, dass es gerade im Zusammenhang mit der Rekommunalisierung der Stromnetze in letzter Zeit sehr häufig zu diesen Joint Ventures kam und eine Stadtwerke GmbH oder irgendeine andere Rechtsform gewählt wurde.

Jeder Partner wirft in einem solchen Modell in die Waagschale, was er gerade hat, die EnBW vielleicht einen Teil des Stromnetzes, die Stadt einen anderen Teil des Stromnetzes und die Wasserversorgung, dafür aber auch einen Haufen Schulden,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau!)

(Andreas Glück)

und ein Dritter vielleicht ein Gasnetz. So ist es auch in meiner Heimatgemeinde Münsingen geschehen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Stadt bekommt technisches Know-how, Infrastruktur, Personal, die Schulden im Haushalt verringern sich. Die EnBW und der Gasversorger haben dann auch weiterhin noch die Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger zu versorgen.

In Münsingen haben wir allerdings z. B. alleiniges Sagen der Stadt vereinbart

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

bei allen Fragen, die das Wasser betreffen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Heraus kommt ein starker Partner – ich halte das für eine vernünftige Lösung –, und die Frage mit dem Wasser ist geklärt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es ist aber überhaupt nichts geklärt!)

Dies soll – das ist wirklich schmerzlich – in Zukunft so nicht mehr möglich sein. Das kritisieren wir auch.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP, Claus Schmiedel SPD und Muhterem Aras GRÜNE)

Unser Europaabgeordneter Michael Theurer – er ist Liberaler und bekannt für fairen Wettbewerb, war früher OB in Horb; ihm sind also die kommunalen Strukturen gut bekannt – sagte dazu:

*... befürchte ich eine große Gefahr für die interkommunale Zusammenarbeit, indem kleine Kommunen demnächst dazu verpflichtet werden könnten, europaweit auszusprechen, statt ohne bürokratische Hürden mit dem Stadtwerk der Nachbargemeinde zusammenzuarbeiten.*

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da hat er recht!)

Wir teilen diese Ansicht. Auch hier gibt es Probleme. Vermutlich wäre es für die kommunal geprägte Struktur in Deutschland sogar besser gewesen, man hätte diese Konzessionsrichtlinie überhaupt erst einmal gar nicht neu bearbeitet. Zusammen mit der CDU und den Grünen hat auch die FDP auf EU-Ebene lange versucht, zu verhindern, dass diese Konzessionsrichtlinie überarbeitet wird. Das Problem war aber die SPD,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

die dies durchsetzte. Die Berichterstatterin der Kommission, Heide Rühle,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

eine Grüne, sagte, die SPD habe mit ihrem Vorpreschen der deutschen Sache einen Bärendienst erwiesen.

(Zuruf: So ist es!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Fass wieder zuzubekommen, wenn es halt einmal aufgemacht ist, ist natürlich – –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer hat das gesagt? Namen! – Abg. Peter Hofelich SPD: Mein Friseur hat das einmal gesagt!)

– Das habe ich gesagt: Frau Heide Rühle, Berichterstatterin, Grüne. Das ist nachzulesen. – Das Fass wieder zuzubekommen, nachdem es einmal offen ist, ist viel schwieriger, als wenn man das Thema von vornherein nicht angegangen wäre. Bereits Goethe wusste: „Die ich rief, die Geister, werd’ ich nun nicht los.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es gesagt: Fast immer herrscht bei europapolitischen Themen hier im Haus Einigkeit, so auch hier. Den Entwurf der Konzessionsrichtlinie halten wir nicht für gut. Den Kompromiss halten wir für kaum besser. Das zeigt das Grundproblem in Europa, nämlich dass manches Mal die Kommission zu weit weg ist vom Parlament, die Exekutive zu weit weg von der Legislative.

Die Probleme habe ich aufgeführt. Was nicht das Problem ist, nämlich ein Privatisierungszwang, habe ich Ihnen auch gesagt. Jetzt so zu tun, als gäbe es doch einen Privatisierungszwang, halte ich wirklich für schwierig und auch für unseriös.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Unseriös!)

Erlauben Sie mir bitte noch eine letzte Bemerkung. Es entsteht in letzter Zeit der Eindruck, es gäbe keine landespolitischen Themen mehr. Immer öfter möchten Sie über die doppelte Staatsbürgerschaft oder Gesundheitspolitik oder darüber reden, wie und wann Fessenheim abgeschaltet wird, und darüber, wie sich die Bundesregierung jetzt verhalten muss, und überhaupt, wie sich die französische Regierung verhalten soll. Glauben Sie wirklich, dass Sie bereits alle Probleme im Land gelöst haben

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ablenkungsmanöver!)

und sich jetzt anderen Themen zuwenden können? Ich glaube das nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Regierung spricht Umweltminister Franz Untersteller.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit Sorge verfolge ich die Beratungen, Herr Kollege Glück, und auch die Ergebnisse auf europäischer Ebene zu dem von der Kommission vorgelegten Entwurf einer Richtlinie über die Konzessionsvergabe. Wie man die Debatte, die wir heute Morgen führen, nennt, ob man das Wort „Privatisierung“ darin verwendet oder nicht, Herr Kollege Glück, ist nicht das Problem. Das Problem ergibt sich, wenn man einmal einen Blick in diesen Richtlinienentwurf wirft. Da wird man sehr schnell feststellen, was hier langfristig das Ziel ist.

Aus unserer Sicht treibt die EU-Kommission Regelungen voran, die darauf hinauslaufen, einen internationalen Markt und Wettbewerb für Wasser als frei handelbare Ware einzuführen.



(Minister Franz Untersteller)

Das ist der Kern dieses Richtlinienentwurfs. Auch die jüngst in der Mitteilung der EU-Kommission zum sogenannten Blueprint enthaltenen Ausführungen zu Wasserhandelssystemen lassen sich aus unserer Sicht dahin gehend interpretieren.

Ehrlich gesagt war ich etwas überrascht, Herr Kollege Reinhart, wie sich die Bundesregierung in dieser Frage verhalten hat. Denn die Bundesregierung hat im Rat diesem Entwurf, so wie er jetzt vorliegt, zugestimmt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hört, hört!)

Ich kann auch vor dem Hintergrund der Reden, die hier gehalten wurden, nicht verstehen, dass nicht auch von Ihrer Seite aus eine deutliche Ansage in Richtung Berlin erfolgt ist, welche Folgen dieser Richtlinienentwurf für uns in Baden-Württemberg hätte. Ich werde noch näher darauf eingehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es liegt nämlich aus unserer Sicht klar auf der Hand, was ein europäisches Wasserhandelssystem gerade für Baden-Württemberg, aber auch für Deutschland insgesamt bedeuten würde und welche Folgen es haben könnte. Ich frage Sie: Soll Wasser eines Tages wie Öl und Gas in Pipelines quer durch Europa geleitet werden? Niemand hier will das – das ist in der Debatte klar geworden –, aber im Kern kann diese Richtlinie, wenn man sie zu Ende denkt, durchaus – zugegebenermaßen in ferner Zukunft – dazu führen.

Ein pfleglicher Umgang mit den Wasserreserven ist nur durchsetzbar, wenn die damit verbundenen Nachteile unmittelbare Vorteile für die Betroffenen haben. Das ist aber nur der Fall, wenn die Wasserversorgung ortsnah erfolgt. Eine ortsungebundene Wasserversorgung hingegen führt aus unserer Sicht zu ungebundener Verantwortungslosigkeit. Dies stünde im Übrigen in eklatantem Widerspruch auch zu den Festlegungen in der Wasserrahmenrichtlinie der EU. Darin heißt es – ich zitiere –:

*Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.*

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mit der natur- und ortsgebundenen Erschließbarkeit verbindet sich bis heute weitgehend ein natürliches Monopol. Mit Wasserschutzgebieten nehmen die Kommunen, nehmen die Landwirte und nehmen die Bürgerinnen und Bürger Einschränkungen für ihr Wasser in Kauf. Mit der Unterwerfung der Wasserversorgung unter einen europaweiten Wettbewerb werden diese Identifikationen und nicht zuletzt deshalb Versorgungsorientierung, Versorgungssicherheit, Qualität und ökologische Nachhaltigkeit infrage gestellt. Mit der jetzt vorliegenden Initiative der Kommission wird diese besorgniserregende Entwicklung aus unserer Sicht eindeutig vorangetrieben.

Meine Damen und Herren, der Entwurf der Konzessionsrichtlinie widerspricht nicht nur der eben von mir zitierten Wasserrahmenrichtlinie, sondern er widerspricht auch den Zielen des Vertrags von Lissabon. Die Europäische Union hat dort in einem Zusatzprotokoll den nationalen und lokalen Behörden eine weitgehende Gestaltungsfreiheit bei der Erledigung

von Aufgaben der Daseinsvorsorge zugesichert. Traditionell ist die Wasserversorgung – das ist auch in den Debattenbeiträgen deutlich geworden – kommunale Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Aus guten Gründen ist in Deutschland, konkret in § 50 des Wasserhaushaltsgesetzes, festgelegt, dass der Wasserbedarf vorrangig aus ortsnahen Vorkommen zu decken ist.

Für dieses Aufgabenverständnis und die entsprechenden dezentralen Strukturen sind eine europaweite Ausschreibung und die vorgesehenen Regularien absolut untauglich. Es mag schon richtig sein – so auch die Verlautbarungen, die ich in den letzten Tagen bei verschiedenen Gesprächen in Brüssel mitbekommen habe, bei Gesprächen mit Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg, aber auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommission –, dass die Richtlinie, Herr Kollege Glück, nicht die Privatisierung der Wasserversorgung verordnet. Völlig d'accord. Aber der Prozess, Wasser zur Handelsware zu machen, wird mit dieser Richtlinie wieder ein Stück vorangetrieben. Auch die Beschränkung des Geltungsbereichs der Richtlinie auf Wasserversorgungsunternehmen mit signifikantem privatwirtschaftlichem Anteil – aktuell sind 20 % in der Diskussion – kann mich nicht beruhigen, da in Baden-Württemberg ca. 40 % der Bewohnerinnen und Bewohner von solchen Wasserversorgungsunternehmen versorgt werden.

Herr Dr. Reinhart, gerade gestern habe ich ein Schreiben von Herrn Dr. Schwab, Mitglied der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, bekommen, in dem er schreibt: Die Wasserversorgung bleibt in den Händen der Kommunen. In seinem Schreiben heißt es weiter: Die EVP-Fraktion konnte hinsichtlich der Berechnung der Tätigkeiten von 80 %, die zu einem Ausschluss von den Regelungen der Konzessionsvergabe führen, durchsetzen, dass nur, wenn mehr als 20 % des Geschäfts außerhalb der eigenen Reihen erbracht werden, Dienstleistungen künftig ausgeschrieben werden müssen.

Noch einmal: Wenn das zur Grundlage gemacht wird, sind davon in Baden-Württemberg 40 % der Kommunen betroffen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Die Bedingungen für die Vergabe an öffentlich kontrollierte Unternehmen oder andere Formen der interkommunalen Kooperation werden durch die Konzessionsvergabe zumindest deutlich erschwert, und die komplexen Regelungen, die hier vorgegeben wurden, führen aus unserer Sicht vor allem zu einem, nämlich zu mehr Rechtsunsicherheit.

Die vorgesehenen Regelungen könnten jedoch auch für Kommunen, die ihre Wasserversorgung in der Vergangenheit privatisiert oder teilprivatisiert haben, Anlass sein, dies im Rahmen der angedachten Übergangsfrist – im Moment ist das Jahr 2020 in der Diskussion – wieder rückgängig zu machen.

Auch das häufig verwendete Argument – um das auch noch einmal anzuführen –, Privatisierung oder Dekommunalisierung sei mit günstigen Preisen für die Verbraucherinnen und Verbraucher gleichzusetzen, ist nachweislich nicht stichhaltig. Dazu muss man sich nur die Situation in Baden-Württemberg genauer anschauen. Der Preis für den Kubikmeter Trink-

(Minister Franz Untersteller)

wasser in den Gemeinden unseres Landes, die durch ein privates Wasserversorgungsunternehmen versorgt werden, lag im Jahr 2010 im Durchschnitt bei 2,05 € und damit um ganze 21 Cent, sprich gut 10 %, höher als in den durch Regie- oder Eigenbetriebe der Kommunen versorgten Gemeinden.

Auch das spricht aus meiner Sicht eine eindeutige Sprache. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es im Interesse unseres Landes und im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher sein soll, einer solchen Richtlinie zuzustimmen. Noch einmal: Ich kann beim besten Willen nicht verstehen, dass die Bundesregierung dieser Richtlinie im Rat das Okay gegeben hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Meine Damen und Herren, das zentrale Anliegen der EU, auf lange Sicht einen internationalen Markt und Wettbewerb für Wasser als frei handelbare Ware durchzusetzen, lehne ich strikt ab. Ich bin dankbar für die Unterstützung, die es hier im Haus über die Fraktionen hinweg für diesen Kurs gibt.

Die Landesregierung wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Gestaltungsspielräume der Kommunen bei Leistungen der Daseinsvorsorge wie der öffentlichen Wasserversorgung durch europäische Wettbewerbsregelungen nicht ausgehöhlt werden. Ich habe bereits vor 14 Tagen einen ausführlichen Brief an die Mitglieder des Wettbewerbsausschusses auf EU-Ebene sowie einen Brief an meinen Kollegen auf Bundesebene, Peter Altmaier, geschrieben und habe in den letzten Tagen auch intensive Gespräche in Brüssel zu dem Thema geführt. Unser Ziel ist es, die bewährten Strukturen der kommunalen Wasserwirtschaft bei uns im Land auch in Zukunft zu erhalten. Ich denke, das habe ich in meiner Rede deutlich gemacht.

Wir brauchen in Europa – das sage ich in aller Deutlichkeit – keine Richtlinie, die die Vergabe von Konzessionen im Bereich Wasser zum bürokratischen Hindernislauf macht. Wir brauchen auch keine Richtlinie, die mehr Rechtsunsicherheit schafft und die Zusammenarbeit der Kommunen erschwert. Wir werden den vorhandenen landespolitischen Spielraum nutzen, um insbesondere im Bereich der Wasserversorgung die kommunale Daseinsvorsorge auch zukünftig in öffentlicher Hand zu halten.

Nachdem ich in den letzten Tagen dem Kollegen Altmaier bereits einen Brief habe zukommen lassen, in dem ich die Problematik noch einmal dargelegt habe, werden wir jetzt als nächsten Schritt einen Entschließungsantrag im Bundesrat einbringen. Ich hoffe hier natürlich auch auf breite Unterstützung von Regierungen anderer politischer Couleur. Denn ich glaube, es kann nicht im Interesse irgendeiner Landesregierung hier in Deutschland sein, dass diese Richtlinie in dieser Form zum Tragen kommt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Marwein.

**Abg. Thomas Marwein GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Kollegen Glück kann ich beruhigen: Man kann den Titel der Aktuellen Debatte – „Kein Privatisierungszwang durch Europarecht“ – unterschiedlich lesen. Für uns ist das eine Feststellung, dass das so nicht sein soll. Daran sieht man aber vielleicht, dass man manchmal etwas deutlicher formulieren sollte.

Aber uns war vor allem die Aktualität wichtig. Am 24. Januar hat der EU-Binnenmarktausschuss entschieden. Heute, am 30. Januar, sechs Tage später, führen wir hier diese Debatte. Daran wird klar, wie brisant das Thema ist und wie engagiert sich der Landtag – das ließ sich in allen Reden feststellen – gegen diese Konzessionsrichtlinie positioniert.

Es besteht dennoch – Minister Untersteller hat es gerade erwähnt – die Gefahr einer Privatisierung oder einer, wie der Minister es nannte, Dekommunalisierung durch die Hintertür. Wir haben zwar für die Stadtwerke noch ein Zeitfenster bis 2020, aber bis dahin ist die Kommission ja nicht untätig. Was wir von da schon gehört haben – Herr Kollege Reinhart hat gerade von den Duschköpfen usw. gesprochen –, lässt uns fragen: Wer weiß, was da noch kommt? Wer weiß, was sich die Kommission noch wird einfallen lassen?

Deshalb ist es wirklich wichtig, dass sich die Länderparlamente und eben auch der Bundestag und die Bundesregierung – und zwar die jetzige – ganz klar gegen diese Richtlinie, insbesondere was die Wasserversorgung angeht, wenden. Da muss die Bundesregierung – das ist die Aufforderung, die von hier aus kommen muss, und zwar auch von der FDP/DVP; die Abkürzung „FDP“ könnte man ja auch übersetzen mit: „Für die Privatisierung“ –

(Lachen des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

zu der Erkenntnis kommen, dass hier eine Änderung vonnöten ist, und muss hier umschwenken. Sie regiert sonst gegen das Volk und gegen die Interessen vieler.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Professor Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU:** Herr Minister, damit es abermals und ein für alle Mal klargestellt ist: Die CDU-Landtagsfraktion, die Union lehnt Wasser als freie Handelsware ab. Das will ich ausdrücklich nochmals wiederholen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen,  
der SPD und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel  
SPD: Sehr gut!)

Ich denke, ich habe auch klargestellt, dass wir keine bürokratischen Hindernisläufe wollen. Wir wollen gerade die Entbürokratisierung. Wenn man über Europa spricht, muss man immer wissen: Europas Stärke ist die Rechtsgemeinschaft. Das hat Ausstrahlungswirkung in die ganze Welt hinein; die hat es immer gehabt. Im Moment ist die Akzeptanzproblematik dadurch gegeben, dass zu viel reguliert wird.

Da muss ich sagen, Herr Kollege Glück: Ich kenne die Haltung der FDP und habe sie auch jetzt wieder gehört. Aber das

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Problem ist doch: Im Ersten sind wir frei, im Zweiten sind wir Knecht. Wenn wir am Anfang Ja sagen, ist das immer der kleine Finger, den wir geben. Dann will die EU immer wieder mehr. Deshalb sage ich: Wehret den Anfängen! Das ist der Punkt. Wir wollen die Daseinsvorsorge in Bezug auf die Wasserversorgung allein in den Händen der Kommunen bewahrt wissen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Noch ein Satz zu Ihnen, Herr Untersteller. Sie haben auf den Kollegen Schwab abgehoben. Sie müssen die Kollegen Rühle, Bütikofer, Brantner etc. überzeugen, dass sie mit ihrer Kraft im Europaparlament genauso aufgestellt sind

(Minister Winfried Hermann: Das haben wir schon längst gemacht!)

wie alle anderen politischen Ebenen auch. Wir haben es gehört: Es war unsere gemeinsame Initiative, dass sich der Bundesrat unserer Auffassung angeschlossen hat. Gut so! Ich habe schon vor sieben Jahren immer darauf hingewiesen, was Europa auch mit Blick auf den Bundesrat bedeuten kann. Wir haben dort Einfluss, und zwar in der Zusammenarbeit. Das müssen wir wahrnehmen und mithilfe des Bundesrats auch den vorliegenden Richtlinienentwurf gemeinsam verhindern, soweit es um die Wasserversorgung geht.

Der nächste Punkt: Wasser. Wenn es in den letzten Jahrzehnten in diesem Land eine Regierung gegeben hat, die das Wasser geschützt hat, dann war es die von der CDU getragene Landesregierung.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Es gab ja auch keine andere!)

Das sage ich ganz bewusst. – Wir hatten auch Koalitionen, z. B. mit der FDP/DVP oder die Große Koalition mit der SPD.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Alle Regierungen haben dafür gekämpft und dafür gesorgt, dass das hohe Gut Wasser geschützt bleibt. Ich frage Sie: Wer hat die SchALVO in diesem Land zum Schutz des Grundwassers eingeführt?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! Und gegen welche Widerstände!)

Gegen welche Widerstände ist die SchALVO eingeführt worden? Das stand alles unter dem Primat, das hohe Gut Wasser zu schützen. Das ist uns ein sehr wichtiges Anliegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Minister Untersteller, ich teile Ihre Sorge, was den Entwurf angeht. Deshalb will ich noch einmal sagen: Da haben Sie uns an Ihrer Seite, und da vertreten wir auch eine glasklare Haltung. Diesbezüglich kann ich Ihnen versichern –

Natürlich haben wir das Problem in anderen Bereichen schon jetzt: Energie, Gas, etc. Das haben Sie zu Recht angesprochen. Wir müssen immer fragen: Was kommt am Ende? Respite finem. Wenn wir das mit 40 % Privatanteil einführen, wie Sie ausgeführt haben, dann wird es – da gebe ich Ihnen recht – zu

einem Überbieten durch internationale Konzerne kommen. Damit werden die Kommunen in dieser Sache die Verlierer sein, vor allem die Kommunen, die Haushaltsprobleme haben.

Deshalb will ich Ihnen klar sagen: Wir stehen an Ihrer Seite. Wehret den Anfängen! Wir wollen das Ganze in der Hand der Kommunen lassen und sind gegen diese Richtlinie.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Schmiedel.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Glück, Sie haben bezweifelt, ob das ein angemessenes Thema ist, weil es von der EU kommt.

(Heiterkeit der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Wenn eine europäische Gesetzgebung so wie diese Richtlinie in die kommunale Daseinsvorsorge eingreift,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

dann ist es nicht nur unser Recht, sondern ist es unsere Pflicht, uns damit zu beschäftigen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben das übrigens auch mit anderen Richtlinienentwürfen gemacht – Chemikalienrichtlinie, Dienstleistungsrichtlinie – und einstimmige Beschlüsse gefasst. Jetzt wollen wir unseren Einfluss nicht überbewerten. Aber jedenfalls haben wir damit einen Beitrag dazu geleistet, dass diese Richtlinien in der Substanz wesentlich verändert wurden. Sie kamen hinterher anders aus dem Parlament, als sie eingebracht worden waren.

Deshalb: Wenn wir uns jetzt alle einig sind, dass das Wasser nicht dieser Konzessionsrichtlinie unterworfen werden soll, müssen wir auch gemeinsam etwas tun. Wir können die Konzessionsrichtlinie nicht mehr stoppen. Da gab es offensichtlich unterschiedliche Einschätzungen im Europäischen Parlament. Die SPD hat versucht, das Wasser durch Verhandlungen aus der Richtlinie herauszubekommen. Das ist bisher nicht gelungen. Die Konzessionsrichtlinie kommt.

Aber mit unserer Unterstützung könnte es vielleicht möglich werden, dass das Wasser aus der Richtlinie herauskommt, wenn wir, wie bei der Chemikalienrichtlinie und der Dienstleistungsrichtlinie, hier einstimmig eine Resolution beschließen. Wenn man sich heute hinsetzt und eine entsprechende Initiative formuliert, kann man sie morgen hier auf die Tagesordnung nehmen. Dann beauftragen wir und unterstützen wir die Landesregierung bei ihrer Bundesratsinitiative. Wir richten uns an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus Baden-Württemberg und an die Kommission mit dem Ziel, dass das Wasser aus der Konzessionsrichtlinie herauskommt. Dann haben wir das getan, was wir tun können.

Ich vermute, heute Morgen hören nicht so viele aus Europa unserer Debatte zu.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Leider! Die schlafen alle noch!)

(Claus Schmiedel)

Aber wenn wir einen einstimmigen Beschluss auf den Weg bringen, könnte das dazu beitragen, dass es auf der letzten Etappe doch noch gelingt, das wichtige Thema Wasser aus der Richtlinie herauszuhalten.

Minister Untersteller hat darauf hingewiesen, dass 40 % der Bürger aus Baden-Württemberg schon von Wasserversorgungsunternehmen mit signifikantem privatwirtschaftlichem Anteil versorgt würden. Wenn das gelingt, was wir wollen, dass die Stadtwerke im Stromgeschäft beispielsweise mit der EnBW kooperieren und die Stadtwerke gleichzeitig das Wassergeschäft betreiben, dann haben wir schon das Einfallstor, dass entweder diese Kooperation behindert wird oder der Ausschreibungszwang da ist. Es geht nicht um einen Privatisierungszwang, sondern um den Ausschreibungszwang. Den wollen wir verhindern.

Der Vorschlag unsererseits ist also: Lasst uns eine gemeinsame Resolution machen, die Landesregierung unterstützen und die Bundesregierung, die EU-Kommission und die Europaabgeordneten auffordern, das Wasser aus der Konzessionsrichtlinie herauszunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Professor Dr. Reinhart?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Nein, es ist keine Zwischenfrage. Ich wollte Ihnen nur empfehlen, dass wir das ...

**Präsident Guido Wolf:** In diesem Fall eine Kurzintervention.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: ... auch auf die Dienstleistung erweitern dergestalt, dass die Rettungsdienste

(Abg. Gabi Rolland SPD: Genau!)

nicht der Konzessionsrichtlinie unterworfen werden dürfen – im Sinne unseres Antrags, den wir vor einem Jahr miteinander verabschiedet haben.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Wir sollten diesen in modifizierter Fassung wiederholen und die Forderungen und Haltungen, die ich in meiner Rede vertreten habe, integrieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ein guter Vorschlag!)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Das machen wir. Herr Präsident, morgen ergänzen wir die Tagesordnung um diese Resolution.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Glück für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorhin habe ich bereits gesagt: Das Wasser sollte in dieser Konzessionsrichtlinie nicht beinhaltet sein. Ich habe, glaube ich, unsere Position vorhin deut-

lich zum Ausdruck gebracht. Ich habe darüber hinaus vorhin auch die Meinung unseres Europaabgeordneten Theurer kundgetan. Ich glaube, wir sollten an diesem Punkt einfach zur Kenntnis nehmen, dass das auch unsere Position ist.

Herr Untersteller, davon braucht man mich auch nicht zu überzeugen. Ich habe Ihnen sogar gesagt, wie die Meinung des Europaabgeordneten, um den es nachher geht, der die Hand heben oder nicht heben wird, dazu ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Glück, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Kollegen Frey?

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Aber sehr gern.

**Abg. Josef Frey** GRÜNE: Herr Kollege Glück, wären Sie bereit, Ihre Minister im Bund und auch Frau Merkel dabei zu unterstützen, sich im weiteren Verfahren gegen diesen Teil der Konzessionsrichtlinie auszusprechen?

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Jetzt sage ich Ihnen einmal ganz ehrlich: Wenn die Opposition sagt: „Wir unterstützen Sie da in einem ganz großen Maß“ und Sie da jetzt einfach Nägel einhauen wollen, finde ich das unmöglich. Ich bin vielleicht noch ein junger Abgeordneter und erst zwei Jahre dabei, aber ich weiß ganz genau: Wir schauen uns erst einmal die Dinge an, die morgen kommen, und dann reden wir weiter. Aber ich werde Ihnen jetzt mit Sicherheit nicht die Katze im Sack abkaufen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein! Das machen wir gemeinsam! Wir sind doch einer Meinung! „Katze im Sack“!)

Ansonsten werde ich meine Meinung so kundtun, wie ich sie hier auch kundgetan habe.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind die Aktuelle Debatte und dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Der Nationalpark stärkt den Nordschwarzwald – beantragt von der Fraktion der SPD**

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Auch hier gilt eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten und eine Rededzeit für die einzelnen Fraktionen von jeweils zweimal fünf Minuten. Die Landesregierung wird gebeten, sich ebenfalls daran zu halten.

§ 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweist darauf, dass die Aktuelle Debatte in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Kollegen Schmiedel das Wort.

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Nationalpark im Nordschwarzwald ist auf einem guten Weg. Die Menschen interessieren sich dafür.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die sind dort alle begeistert, gell?)

Sie informieren sich, und die Zustimmung steigt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was haben Sie für ein Wahrnehmungsvermögen, Herr Kollege?)

Es gibt nur eine Problemgruppe,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Bevölkerung!)

die stört.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Bevölkerung stört!)

Das ist die CDU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Ganz neue Töne hier!)

Was uns da zu Ohren gekommen ist, was Sie da vor Ort in den Raum stellen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihr müsst halt selbst mal hingehen!)

ist schon ziemlich starker Tobak.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Traut ihr euch nicht, vor Ort zu gehen?)

– Wir sind natürlich auch vor Ort; logisch, keine Frage.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: An welchem Ort?)

Wir stellen uns der Diskussion. Wir werben auch dafür. Wir haben hier eine Position, die heißt: Wir wollen die Bevölkerung dafür gewinnen. Daran arbeiten wir.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da müsst ihr aber noch kräftig arbeiten!)

Wir machen Informationsveranstaltungen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Viel Arbeit vor Ort!)

Was die CDU-Fraktion anbelangt: Sie stellen sich immer hier hin und sagen: „Wir sind ergebnisoffen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Seid ihr das auch?)

man muss die Menschen mitnehmen.“ Sie gehen dann vor Ort und hauen dort die Hämmer raus. Wenn man nach dem „lieben Peter“ geht, dann ist dort die Existenz des Homo sapiens bedroht. Er sagt nämlich wörtlich: „Wir wollen nicht, dass ganze Dörfer entvölkert werden.“ Wenn ich das richtig im

Kopf habe, Herr Minister, dann sind in dieser Gebietskulisse keine Dörfer

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie meinen den Wirtschaftsminister Schmid, oder was?)

und keine Wohnsiedlungen, sondern da ist ein bisschen Gastronomie und sind Hotels. Das ist alles richtig. Aber die Vorstellung, dass da Dörfer entvölkert werden: Da müssten ja die Dorfbewohner erschrocken ihre Häuser abschließen und wegziehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der „Zuwachs-Minister“ fehlt! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, der, der die Täler zuwachsen lassen will! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

– Ich kann Ihnen sagen, wie der Zuwachs aussieht. Wir haben in Baden-Württemberg einen Zuwachs in der Bevölkerung – aber ausgerechnet in einem Landkreis nicht, nämlich dem Landkreis Freudenstadt. Dort gibt es nämlich einen „Abbruch“. Deshalb ist es dringend notwendig, dass wir etwas tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deshalb sollten Sie sich sachlicher aufstellen und nicht laufend stören.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ganz schlimm wird es, wenn man der Kollegin Kurtz zuhört.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt machen Sie nicht den Brüderle! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Da heißt es wörtlich:

*Den Nordschwarzwald dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen entspricht nicht dem biblischen Auftrag des Bebauens und Bewahrens der Schöpfung.*

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist unglaublich! Das ist unfassbar! Das ist oberpeinlich!)

Das ist ein Ding.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das müssen Sie zweimal lesen, damit Sie es auch verstehen! – Gegenruf von der SPD: Mindestens!)

Ich will einmal sagen: Solche Schöpfungsdebatten habe ich im Zusammenhang mit Stuttgart 21 noch gut in Erinnerung, jedoch zielten sie in eine andere Richtung. Jetzt sagt die CDU, der Nationalpark widerspreche dem Gebot der Erhaltung der Schöpfung. Das ist nun wirklich ganz skurril.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Deshalb sind wir froh, dass es für einen Nationalpark im Nordschwarzwald eine Mehrheit unter den CDU-Mitgliedern gibt und es auch bekennende CDU-Mitglieder gibt, z. B.

(Claus Schmiedel)

Herrn Vetter, dem Sie einmal die Verantwortung für die Umweltpolitik der Landesregierung anvertraut hatten,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Große Zukunftshoffnungen: Vetter und Goll!)

also jemand, der etwas von der Sache versteht. Er sagt:

*Der Nationalpark ist für mich ein Projekt der Heimat- und Naturliebe.*

Das ist die eine Seite: Heimat- und Naturliebe.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das passt schon besser zur Schöpfungserhaltung.

Dann gibt es andere, die sich, wie wir auch, von einem Nationalpark einen touristischen Effekt versprechen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Dieser wird auch in der Erklärung der „Christdemokraten pro Nationalpark Schwarzwald“ dokumentiert. Da sind allein drei Hoteliers aus Baiersbronn dabei, die sich für einen Nationalpark im Nordschwarzwald aussprechen.

(Zuruf von der SPD: Hoi!)

Also auch die wirtschaftliche Seite, die bei Ihnen durch diese Hoteliers vertreten ist, spricht sich dafür aus. Deshalb gibt es diesen Appell.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Drei Hoteliers! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Drei von wie vielen?)

Sagen Sie einmal ehrlich, wenn Sie ans Rednerpult treten, was Sie wollen. Wollen Sie den Nationalpark torpedieren? Wenn dies der Fall ist, dann führen wir hier eine andere Debatte. Wenn Sie aber sagen, Sie wollten ergebnisoffen das Projekt ansteuern,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ergebnisoffen wie Sie! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

die Vorlage der Untersuchungsergebnisse abwarten und dann auf der Grundlage dieser Ergebnisse weiterdiskutieren, dann hören Sie auf, vor Ort Ängste zu schüren und das Projekt mit unsäglichen Argumenten zu torpedieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Dr. Patrick Rapp.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt endlich ein bisschen mehr Sachverstand in die Diskussion!)

**Abg. Dr. Patrick Rapp** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuhörer! Der Titel der Aktuellen Debatte lautet „Der Nationalpark stärkt den Nordschwarzwald“. Herr Schmiedel, ich bin davon ausgegangen, dass Sie sich auch ein bisschen sachlich zur Thematik äußern. Das scheint danebengegangen zu sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Thema verfehlt!)

Wenn ich den Titel „Der Nationalpark stärkt den Nordschwarzwald“ aufgreife, dann gehe ich davon aus, dass Sie den Hauch einer Überlegung zum Tourismus im Hintergrund gehabt haben, als Sie diese Aktuelle Debatte beantragt haben. Wenn man ein bisschen in der Wahrsagerei unterwegs ist, wie Sie es offensichtlich sind, dann kann man, wenn man den Fokus auf regionalen Tourismus legt, auch davon ausgehen, dass der Suchraum, der Nordschwarzwald tatsächlich hierdurch gestärkt würde.

(Beifall des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gut!)

Es gibt aber auch andere Firmen in der Region, die vom Tourismus abhängig sind, etwa in der Handwerksbranche, und auch diese könnten gestärkt werden. Insofern versuche ich jetzt einmal, das zu sagen, was Sie vielleicht hätten sagen wollen, aber nicht hinbekommen haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn ich den Tourismus zum Schwerpunkt mache und vom Naturschutzwert eines Nationalparks einmal absehe – dabei herrscht sowieso Einigkeit –, dann frage ich mich, wie der Ihrer Fraktion angehörende Minister im Bundesrat für die Abschaffung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von 7 % für die Hoteliers stimmen kann. Das passt nicht zusammen. Entweder wir stärken diese Branche, oder wir lassen es.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD: Oje!)

Ein zweiter Punkt: Ich denke, in diesem Feld ist eine Differenzierung notwendig. Einfach nur eine einseitige Betrachtung an den Tag zu legen ist falsch. Es gibt nicht nur Tourismus und Naturschutz. Ich glaube jetzt nicht, dass jeder von Ihnen im Verdacht steht, in Zusammenhängen zu denken,

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

aber es gibt in dieser Region sehr vieles, was voneinander abhängt. Da geht es um Fragen der Wirtschaft, der Infrastruktur und der Bildung. Es geht aber auch um die Frage der Attraktivität dieses Lebensraums für die Bewohner. Hinzu kommt die Fragestellung des Klimaschutzes. Wenn eine Partei jetzt nicht so einfach strukturiert denkt, wie Sie es hier vorführen – es gibt nur Schwarz oder Weiß –, sondern sagt: „Okay, da müssen wir in der Abwägung etwas kritischer vorgehen“, halte ich das für vorteilhaft für das demokratische Miteinander und nicht für kritikwürdig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Der dritte Punkt: Wären Sie in der Region, und würden Sie vielleicht auch einmal die Andersdenkenden zu Gesprächen einladen – das haben Sie übrigens im Mai des letzten Jahres bei Ihrer Podiumsdiskussion nicht gemacht –, dann würde Ihnen klar werden, dass es in der Region unterschiedliche Ansprüche und Interessen gibt. Da wäre es eben wichtig, sich

(Dr. Patrick Rapp)

nicht einseitig festzulegen, sondern da wäre es ganz wichtig, etwas ausgewogen in die Debatte hineinzugehen. Sonst ist nämlich das, was Sie hier als Flaggschiff der Bürgerbeteiligung bezeichnen, nichts anderes als ein Schlauchboot.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bei unseren Gesprächen vor Ort haben wir mitbekommen, dass sowohl die Befürworter als auch die Kritiker durchaus berechnete Ansprüche haben. Deswegen sind wir der Auffassung, dass das Ganze in Richtung Kompromiss gehen muss. Vielleicht gäbe es von Ihrer Seite aus, etwa von Ihnen, Herr Minister, einmal die Möglichkeit, zu sagen: Okay, wir haben einen Suchraum, aber jetzt versuchen wir einmal, den so zu definieren, dass möglicherweise nicht alle, die jetzt vielleicht von negativen Folgen betroffen sind oder diese fürchten, gleich im Fokus stehen. Da kann man sich einen Nationalpark vorstellen, der über einer bestimmten Meereshöhe beginnt. Da kann man sich etwa einen Suchraum vorstellen.

Jetzt noch einmal zu Ihnen, Herr Schmiedel: Ich hätte jetzt nicht gedacht, dass Sie bei diesem Thema substanziell nichts beitragen würden. Zu Ihrer Position, zu sagen: „Jawohl, den Nationalpark brauchen wir“, ohne dabei den Wegfall vieler gewerblicher Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu sehen – Cluster Forst/Holz –, muss ich einmal fragen: Machen Sie hier auf Peer Steinbrück, oder was?

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich glaube, es wäre uns, den Politikern, wie auch den Betroffenen, den Kritikern wie den Befürwortern, wichtig, dass man sich an einen Tisch setzt, dass man nach einer gescheiterten Lösung sucht, bei der man möglichst viele Menschen mitnimmt. Es müsste auch Ihnen mittlerweile klar sein, dass ein Nationalpark nur dann funktioniert, wenn nicht nur der Ulmer, der Sigmaringer oder der Friedrichshafener dafür ist, sondern wenn in der Region auch die Bürger beteiligt sind

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das sind sie doch!)

und dieses Projekt mittragen, wenn die Bürger dabei sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie etwas zum Thema sagen und hier nicht nur irgendwelche polemischen Äußerungen machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Bravo! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Dr. Rapp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Reusch-Frey?

**Abg. Dr. Patrick Rapp** CDU: Ja.

**Präsident Guido Wolf:** Bitte schön.

**Abg. Thomas Reusch-Frey** SPD: Sehr geehrter Herr Dr. Rapp, ich möchte noch einmal auf das Wort von der „Bewahrung der Schöpfung“ eingehen. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Baden-Württemberg hat erklärt, das gehe nur über das Pflegen und Bebauen. Das war ja der Knackpunkt in den

Ausführungen von Herrn Schmiedel. Wie stehen Sie zu der Gleichsetzung von „Bewahrung der Schöpfung“ mit „Pflegen“? Das würde als Konsequenz ja bedeuten, dass ein Nationalpark gar nicht infrage kommt. Darüber hinaus müssten wir dann bald alle Bannwälder wieder abschaffen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Haben Sie nicht zugehört?)

**Abg. Dr. Patrick Rapp** CDU: Lieber Kollege Reusch-Frey, vielen Dank für die Frage. Wo waren Sie in den letzten fünf Minuten?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Und jetzt zur Sache!)

Zum Thema „Bewahrung der Schöpfung“: Da bin ich der Auffassung, dass es um beides gehen muss, um den Schutz genauso wie um die entsprechend nachhaltige Pflege.

(Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Eben! Sagen Sie das Frau Kurtz!)

Aber in Bezug auf den Nachhaltigkeitsbegriff haben wir eh unsere Probleme miteinander.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Dr. Rösler.

**Abg. Dr. Markus Rösler** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst: Der Titel der Aktuellen Debatte ist völlig richtig, und zwar ohne Fragezeichen. Der Nationalpark stärkt den Nordschwarzwald. Trotzdem: Wir alle warten gespannt auf das Gutachten, das wir Anfang April erhalten werden und das dann vorgestellt werden wird.

Die mir vorliegende und seit über 20 Jahren gesammelte Literatur zum Thema „Großschutzgebiete und Ökonomie“ belegt ganz eindeutig:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Großschutzgebiete“! Was ist groß?)

Großschutzgebiete – ich komme darauf zu sprechen, Kollege Bullinger – stärken die Regionen.

Für Nationalparke als weltweite Dachmarke mit einem größeren Bekanntheitsgrad als viele Weltmarktführer aus Deutschland gilt dies in besonderem Maß. Allein die 14 derzeitigen Nationalparke in Deutschland – um konkrete Zahlen zu nennen – werden jährlich von etwa 50 Millionen Menschen besucht, von denen 46 % diese Gebiete aufsuchen, weil es sich um einen Nationalpark handelt. Diese Menschen würden sonst nicht dorthin gehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das Ganze führt zu einem Umsatz von 2,1 Milliarden € allein in Deutschland und entspricht einem Vollzeitbeschäftigungs-

(Dr. Markus Rösler)

äquivalent von 69 000 Arbeitsplätzen – allein durch die Existenz der Nationalparke in Deutschland.

Deswegen ist ganz klar: Ein Nationalpark würde den Nordschwarzwald stärken.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Langfristig!)

Der Tourismus allerdings bereitet uns etwas Sorge. Schauen wir der Wirklichkeit ins Auge. Jeder, der sich vor Ort auskennt oder vor Ort war, weiß, dass wir alle – egal, von welcher Partei – gern andere Zahlen verkünden würden als die teils stark zurückgegangenen Übernachtungszahlen speziell im Nordschwarzwald –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Abg. Sabine Kurtz CDU: Im Bayerischen Wald!)

im Gegensatz zu den Übernachtungszahlen im Südschwarzwald. In diesen Gebieten mit gesunkenen Übernachtungszahlen gibt es auch einige Hotelruinen, die niemand von uns gern sieht. Diese Entwicklungen führen dazu, dass wir speziell im Nordschwarzwald eine Alternative brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Machen werden!)

Wir brauchen eine Alternative, die ökologische Aspekte und ökonomische Aspekte verbindet. Das ermöglicht ein Nationalpark. Deswegen muss es in unserem gemeinsamen Interesse sein, den Tourismus, die Dienstleistungen, auch im Bereich der Umweltbildung, genauso wie das Handwerk im Umfeld des anvisierten Nationalparks zu stärken; Herr Kollege Rapp hat es angesprochen.

Allerdings ist erstaunlich, dass ausgerechnet der Geschäftsführer der IHK Nordschwarzwald diese Chance nicht am Schopf packt, sondern formuliert – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

*So, wie es aktuell gefordert ist, hätte der Nationalpark das Image eines Waldlandes. Das wollen wir nicht, denn ein solches Bild würde einer Innovationsregion schaden.*

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Dass ausgerechnet – –

(Heiterkeit des Redners – Der Redner macht eine Geste in Richtung FDP/DVP.)

– Entschuldigung. Die Geste nehme ich zurück.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Dr. Rösler, die Hände sind besser am Rednerpult aufgehoben.

**Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE:** Ausgerechnet die landesweit für Tourismus zuständige Industrie- und Handelskammer – oder soll ich sagen: der CDU-Gemeinderat als IHK-Geschäftsführer? – redet davon, dass ein Waldland im Schwarzwald, also sozusagen im Black Forest, nicht gewünscht werde. Dazu muss ich schon sagen: Wenn die Schwarzen nur noch

„black“, aber nicht mehr „forest“ verstehen, dann wird es bedenklich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Heiterkeit der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

„Forest“ heißt „Wald“. Forest ist eine Marke, und Wald ist eine Marke, und zwar eine positive. Wenn Herr Keppeler aber fortfährt zu sagen, ein Nationalpark müsse nicht zwingend ein Image eines Waldlands bekommen, dann muss ich sagen: Welches Image soll denn der im Staatswald entstehende Nationalpark im Schwarzwald, wenn er kommt, bekommen, wenn nicht das eines Waldes? Das, was da von Ihrem Kollegen geäußert wird, ist irgendwie sehr verquer. Aber ich hoffe, dass das nicht die Auffassung der Mehrheit in der CDU ist.

Stärken und Chancen: Jeder Nationalpark bekommt eine Besucherinfrastruktur. Schauen Sie einfach hin: Es gibt einen Baumwipfelpfad im Nationalpark Hainich, ein Baumhaus im Erweiterungsgebiet Nationalpark Bayerischer Wald und das Multimediazentrum im Nordseeraum. Das alles sind Besucher-einrichtungen, die mehrere Hunderttausend Besucher zusätzlich anziehen, Besucher, die nicht kommen würden, gäbe es dort keinen Nationalpark. Damit verbunden gibt es nationale Kriterien, die vorschreiben, dass Informationszentren hauptamtlich besetzt sein müssen.

Jetzt noch ein Wort zur Kollegin Kurtz: Ich bin fassungslos. Nichts für ungut, Kollegin Kurtz – jetzt ist sie offenbar leider draußen –

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Ganz nah bei Ihnen!)

– ach, da sind Sie; Sie haben sich umgesetzt; es freut mich, dass Sie nähergekommen sind –, aber: Die Debatte der letzten Jahrzehnte um Umweltpolitik und Umweltethik, um die Verantwortung für die Menschheit, scheint an Ihnen in Böblingen völlig vorbeigerauscht zu sein. Herr Kollege Schmiedel hat die Aussage schon zitiert. Mit dieser Ihrer Logik wären Hunderte von Nationalparks auf dieser Welt überhaupt nicht entstanden oder würden dem biblischen Auftrag entgegenstehen.

Noch fassungsloser macht mich Ihre zweite Aussage, die Herr Kollege Schmiedel nicht zitiert hat. Sie ist aber wichtig. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten Frau Kollegin Kurtz:

*Es gibt keine Erhaltung der Schöpfung ohne menschliches Ordnen und Gestalten.*

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig! Natürlich! Das kann man im ersten Semester im Theologiestudium lernen!)

1975 hat ein gewisser Herbert Gruhl, ein CDU-Politiker, ein Buch mit dem Titel „Ein Planet wird geplündert“ geschrieben. Es sind fast 40 Jahre ins Land gegangen, seit Gruhl als überzeugter Christ dieses überhebliche Verhalten des Menschen gegenüber der Natur gezeißelt hat. Im Jahr 2013 kommen Sie wieder damit an. Mit Ihrer Formulierung maßen Sie sich an, zu behaupten, dass die Schöpfung ohne menschliches Ordnen und Gestalten nicht erhalten werden könne. Wie sah es denn bei Ihnen in Leonberg vor 10 000 Jahren aus?

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)



(Dr. Markus Rösler)

Ich frage Sie im Ernst: Gehören Sie zu den Kreationisten, die abstreiten, dass sich die Natur über Millionen Jahre entwickelt hat?

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Unter menschlichem Einfluss!)

Wer hat denn vor 10 000 Jahren, also am Ende der Würmeiszeit, bei Ihnen in Leonberg die Schöpfung geordnet und gestaltet? Es ist doch völlig absurd, was Sie erzählen.

Zu diesem Punkt soll das genug sein. Weiter geht es in der zweiten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Dr. Rösler, gestatten Sie eine Nachfrage der Kollegin Kurtz? Sie ist gerade mehrfach von Ihnen angesprochen worden.

**Abg. Dr. Markus Rösler** GRÜNE: Ja.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Herr Kollege Rösler, ich will mich auf keine theologischen Diskussionen mit Ihnen einlassen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das wäre aber schön!)

denen wir beide wahrscheinlich nicht zu 100 % gewachsen wären. Ich möchte Sie aber fragen, ob Sie mir zustimmen, dass es in unserer durch das Christentum geprägten Kultur durchaus einen Auftrag des Bewahrens und des Bebauens im Zusammenhang mit dem Umgang mit der Natur gibt.

Außerdem möchte ich Sie fragen, ob Sie mir zustimmen, dass in unserer durch das Christentum geprägten Kultur durchaus anerkannt wird, dass auch der Mensch Teil der Schöpfung ist und dabei einen Ordnungsauftrag nach unserem weitverbreiteten biblischen Verständnis hat.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Buch Genesis!)

Außerdem stellt sich mir die grundsätzliche Frage, worum es Ihnen eigentlich geht. Geht es Ihnen um Wirtschaftsförderung, oder geht es Ihnen um die Erhaltung und Pflege der Natur?

Sind Sie – das ist meine dritte Frage – bereit, anzuerkennen, dass jede Region in ihrer Einzigartigkeit gesehen werden muss und dass es einen Unterschied gibt zu den Nationalparks z. B. im Wattenmeer und in den weitläufigen USA, wo es tatsächlich noch völlig unberührte Naturlandschaften gibt?

Sind Sie außerdem bereit, anzuerkennen, dass der Nordschwarzwald vor allem in den vergangenen Jahrzehnten eine sehr wohltuende, pflegliche Behandlung durch die baden-württembergische naturnahe Waldpflege erhalten hat? Wollen Sie das Risiko eingehen, diese Erfolge zunichtezumachen, indem Sie einfach eine Käseglocke darüberstülpen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Abg. Dr. Markus Rösler** GRÜNE: Kollegin Kurtz, das waren fünf Fragen. Ich beantworte sie gern, wenn mir die Zeit dazu gegeben wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nach der vierten machen wir Mittagspause! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erstens haben Sie nach dem Bewahren und Bebauen gefragt. Sie haben vollkommen recht: Das Bebauen betrifft den Bereich außerhalb des Nationalparks. Das Bewahren betrifft den Bereich innerhalb des Nationalparks. Auch das ist unsere Aufgabe.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Ablasshandel ist das!)

Wir müssen beides berücksichtigen; denn wir brauchen ein Sowohl-als-auch. Deswegen benötigen wir Kulturlandschaften wie z. B. Biosphärenreservate und Naturparke einerseits sowie Nationalparke andererseits.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Er kennt sich aus!)

Zweitens haben Sie angesprochen, dass der Mensch Teil der Schöpfung ist. Selbstverständlich ist der Mensch Teil der Schöpfung. Darin besteht völliger Konsens. Ferner hat der Mensch einen Ordnungsauftrag. Darüber, wie dieser aussieht, können wir debattieren, aber das würde jetzt den Rahmen sprengen.

Drittens haben Sie gefragt, worum es mir geht, um Ökonomie oder um Ökologie. Es geht natürlich um beides.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie reden nur vom Tourismus!)

Mit Verlaub: Wir diskutieren hier zum vierten Mal über den Nationalpark. Ich habe dreimal gesagt, dass es uns um die Kombination geht. Wenn unser Minister Bonde wollte, dann könnte er von jetzt auf gleich auf dem Verordnungsweg Bannwälder ausweisen, ohne dass das Parlament, außer auf dem Verordnungsweg, etwas davon mitbekommt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bringen Sie ihn bloß nicht auf schlechte Ideen!)

Das ökologische bzw. naturschutzfachliche Ziel wäre das gleiche. Der ökonomische Aspekt würde jedoch fehlen. Deswegen entscheiden wir uns – hoffentlich – für einen Nationalpark. Wir sind dafür und werben auch dafür, weil dadurch Ökonomie und Ökologie miteinander verbunden werden können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Viertens haben Sie angemerkt, jede Region sei einzigartig. Natürlich ist das so. Damit haben Sie vollkommen recht. Das streite ich gar nicht ab.

Fünftens haben Sie darauf hingewiesen, dass der Nordschwarzwald pfleglich behandelt worden sei. In großen Teilen stimmt das. Das widerspricht aber nicht unserem Auftrag, die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung umzusetzen, die von Bundeskanzlerin Merkel unterzeichnet wurde und in der steht, dass wir auch große ungenutzte Flächen brauchen. Diese großen ungenutzten Flächen sind nun einmal Nationalparke.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Dr. Bullinger.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, Herr Schmiedel, angesichts der Überschrift „Der Nationalpark stärkt den Nordschwarzwald“ sollten wir einmal ein bisschen Grund machen und uns Wirtschaftszahlen in anderen Regionen anschauen, z. B. im Gebiet des Nationalparks Harz oder im Bayerischen Wald. Dazu werde ich nachher noch etwas sagen.

Recht hätten Sie wirklich, wenn Sie die Überschrift gewählt hätten: „Der Nationalpark stärkt die Borkenkäfer“. Dann hätten Sie auf jeden Fall recht gehabt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Ach Quatsch!)

Ich gehe einen Schritt weiter. Wir haben eine Kulturlandschaft, meine Damen und Herren, die über 300, 400 Jahre gewachsen ist, eine naturnahe Waldwirtschaft. Dort gilt auch heute das wichtige Element „Schützen durch Nützen“. Ich glaube, so, wie das gerade jetzt im Schwarzwald gehandhabt wird, sind wir in der Waldwirtschaft Baden-Württembergs geradezu vorbildlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich habe größte Zweifel, meine Damen und Herren, und fürchte, dass das, was man sich auch in puncto Ökologie verspricht, nicht eintritt und es eher zu einer Verarmung als zu einer stärkeren Vielfalt kommen wird.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wie wird denn ein Nationalpark definiert?)

Am letzten Samstag habe ich mich mit einem Diplom-Forstwirtschaftler, der sich den Nationalpark Harz sehr genau angeschaut hat, unterhalten. Er sagt ganz klipp und klar, dass sich ein Standort durch ein künstlich erzeugtes Abholzen – das ist das, was im Nordschwarzwald tatsächlich vorgesehen ist – einer Kulturwaldwirtschaft, die über 300 Jahre so gewachsen ist, durch ein Abholzen von Millionen von Bäumen nicht zu einem Standort entwickelt, wie Sie sich ihn vorstellen, wenn Sie an einen Standort denken, der der Natur überlassen wurde. Weiter sagt er: Im Harz haben wir das Problem, dass eben die Bäume, die in vergleichbarer Höhe wie zuvor dort wieder wachsen – also außer Brombeere und Gras –, in den nächsten 100 Jahren vor allem wieder Fichten sein werden, da diese dort wieder aussamen. Das heißt auf gut Deutsch, Sie müssten Ihren „NABU-Park“, den Sie vorhaben, eigentlich einhausen,

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

und künstlich immer so gestalten, dass nichts aus dem Randgebiet einfliegt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist aber absurd, Herr Kollege Bullinger! Also ehrlich!)

Es ist fachlich meines Erachtens völlig neben der Kappe, was Sie dort vorhaben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Ich will jetzt aber zum Thema kommen, meine Damen und Herren. Das Thema betrifft ja letztendlich auch die Wirtschaft. Kollege Rapp hat klar und deutlich gesagt, dass nicht nur der Tourismus entscheidend ist. Aber im Nordschwarzwald ist nun einmal auch der Tourismus sehr wichtig. Jetzt nenne ich Ihnen einmal die Erfahrungen aus dem Nationalpark Bayerischer Wald – da sprechen die Zahlen eine eindeutige Sprache –: Seit Jahren gehen die Zahlen der Übernachtungen im Bayerischen Wald zurück.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: In ganz Bayern!)

1980 – vor 30 Jahren – wurden im bayerischen Nationalpark 1,5 Millionen Besucher gezählt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die Zahlen sind in den letzten zehn Jahren auch in Baden-Württemberg zurückgegangen! Ohne Nationalpark!)

– Ja, an der Schweizer Grenze ist alles anders, lieber Alfred.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Nein! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Damals wurden im Bayerischen Wald 1,5 Millionen Besucher gezählt. Heute sind es gerade noch eine Million, obwohl der bayerische Nationalpark zehnmal so groß ist, wie Ihr Lieblingsprojekt werden soll.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist völliger Quark! Er ist zweieinhalbfach so groß, nicht zehnfach!)

Fakt ist auch, dass die beiden Landkreise im Gebiet des bayerischen Nationalparks das Schlusslicht, das Armenhaus Bayerns sind. Sie haben die höchste Arbeitslosenquote bei völliger Überalterung. Das wollen wir für den Nordschwarzwald nicht, sondern wir wollen einen naturnahen Tourismus.

Deshalb auch die Frage: Warum nicht das weiterentwickeln, was wir bereits haben? Warum dieses Extrem eines Nationalparks?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich halte diese Wahlversprechen an die Umweltverbände, die Sie gemacht haben, für falsch. Diese Wahlkostenerstattung, die Sie mit diesem „NABU-Park“ jetzt vorhaben,

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Oh! – Glocke des Präsidenten)

sollten Sie unterlassen. Sie sollten dieses Gebiet weiterentwickeln, und zwar mit den Menschen vor Ort, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Dr. Bullinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rösler?

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Wenn ich fertig bin. – Ihnen, meine Damen und Herren, geht es meines Erachtens nicht um den Tourismus. Sie wollen die Menschen genau aus diesem Gebiet, aus der Kernzone fernhalten.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Meine Damen und Herren, die Touristen werden nicht dort hingehen; sie wollen keine umgesägten Bäume sehen, sondern sie wollen im Nordschwarzwald ihre Freizeit verbringen, sie wollen dort wandern, sie wollen laufen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Genau!)

und sie wollen nicht das Totholz beobachten, über das sie steigen müssen. Das wollen die Touristen dort nicht.

Denjenigen, die glauben, dass sie dort im Tourismus das große Geld machen können, werden dann die Augen aufgehen.

Was mir noch viel wichtiger ist, meine Damen und Herren: Man kann eine solch einschneidende Sache nicht gegen die Beteiligten machen, gegen die beteiligten Bürgerinnen und Bürger vor Ort und in den angrenzenden Gemeinden.

Auf dem Bauerntag, Herr Bonde, hat der Kreisvorsitzende in der vergangenen Woche eine Frage sehr deutlich formuliert, und zwar für die Kreisbauernverbände Freudenstadt, Calw, Rastatt, Achern, Offenburg und Wolfach. Er fragte, aus welchem Grund eigentlich diese Verbände nicht in die gesamten Entscheidungen in den Arbeitsgruppen mit einbezogen wurden. Die Frage ist: Fürchten Sie den Sachverstand der Waldbauern der angrenzenden Orte? Ich habe den Verdacht, dass es so ist.

(Zuruf des Abg. Thomas Reusch-Frey SPD)

Wir haben uns im Agrarausschuss am letzten Mittwoch eigentlich darauf verständigt, dass man die beiden Anträge von CDU-Kollegen, die auf der Tagesordnung standen, absetzt, weil die Zeit nicht gereicht hat, und wollen darüber zusammen mit unserem Fraktionsantrag dann, wenn das Gutachten wie zugesagt eine Woche nach Ostern vorliegt, diskutieren. Wir sollten uns dann wirklich offen damit auseinandersetzen, und zwar hier im Landtag und vor Ort in allen Gemeinden. Danach müssen die Bürgerinnen und Bürger dazu in einer Bürgerbefragung Stellung nehmen können. Wenn sich dort die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich dafür aussprechen, wird auch die FDP/DVP nicht dagegen sein, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

Aber wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dort sagt: „Wir wollen das nicht“, dann dürfen Sie hier nicht mit einem rot-grünen Mehrheitsbeschluss kommen und das darüberstülpen. Das dürfen Sie nicht machen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der CDU:  
Grün-Rot!)

Das ist undemokratisch, und es ist auch unwürdig für dieses Haus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU)

Weiter in der nächsten Runde.

Danke schön.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Keine Frage?)

– Ach so! Bitte, gern.

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Dr. Rösler, bitte schön.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Aber nicht die Frage, die es bei der Diskussion im September letzten Jahres gab.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Dr. Rösler.

**Abg. Dr. Markus Rösler** GRÜNE: Kollege Bullinger, warum wiederholen Sie die Aussage, wonach der Tourismus im Bayerischen Wald zurückgehe, obwohl Sie wissen, dass der Tourismus in ganz Bayern zurückgeht und in den Gebieten, in denen es keine Nationalparke gibt, stärker zurückgeht?

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Ich habe es Ihnen schon damals gesagt: Entscheidend sind nicht nur die reinen Tourismuszahlen. Schauen Sie sich einmal die Wertschöpfung in den dortigen Gebieten an, und schauen Sie sich vor allem auch die Altersstruktur an. Die jungen Leute gehen weg. Ich will keinen Nationalpark mit Altersheimen. Entschuldigung, das ist ein wichtiger Punkt. Wir brauchen die gesamte Raumschaft. Das lassen Sie völlig unter den Tisch fallen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Beate  
Böhlen und Andrea Lindlohr GRÜNE)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Herr Minister Bonde.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Konvention zur biologischen Vielfalt verpflichtete die Staaten dieser Erde und damit auch Deutschland, bis 2010 den Verlust der Biodiversität signifikant zu reduzieren. Wir alle wissen, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde. Im Gegenteil: Weltweit nimmt die Rate, in der die Arten aussterben, sogar zu. Der politische Auftrag – vielfach von unterschiedlichsten Institutionen wiederholt – lautet: Wir brauchen Instrumente, um diese Entwicklung aufzuhalten.

Deutschland hat unter CDU-Führung die Strategie zur biologischen Vielfalt ausgerufen, in der von der Kanzlerin, der CDU-Parteivorsitzenden, festgelegt wurde, dass Deutschland hier einen Beitrag leisten muss, dass auf 2 % der Fläche Deutschlands Wildnisgebiete einzurichten sind und dass 5 % der Waldfläche wieder ungestörten natürlichen Waldentwicklungen zuzuführen sind. Das ist in Deutschland die CDU-Position.

Auch das Land Baden-Württemberg ist damit in der Verantwortung. Baden-Württemberg als Flächenland, gerade auch als wirtschaftlich starkes Flächenland, ist hier in der Verantwortung, diese Verpflichtungen einzugehen. Wir, die grün-rote Koalition, haben uns im Koalitionsvertrag ausdrücklich dazu bekannt. Teile von Ihnen haben sich übrigens im Landtagswahlkampf ebenfalls ausdrücklich dazu bekannt. Herr Hauk, bei der Diskussion mit den Naturschutzverbänden in Radolfzell haben auch Sie sich im Landtagswahlkampf ausdrücklich dazu bekannt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU zu Abg. Peter  
Hauk CDU: Hast du in Radolfzell Wahlkampf gemacht?)

(Minister Alexander Bonde)

Ich finde, das muss man an dieser Stelle einfach auch einmal festhalten, dass man, als es darum ging, bei den Menschen zu werben, hier eine gemeinsame Position hatte.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber bitte ein vollständiges Zitat! Ich habe immer gesagt: „Wenn die Bürger mitmachen“! Das war immer das Junktim!)

Ein wichtiger Beitrag zur biologischen Vielfalt kann ein Waldnationalpark sein. Denn die entscheidende Aufgabe für uns ist, zusammenhängende Flächen zu finden, die aufgrund ihrer Struktur, auch aufgrund der Verkehrs- und Wirtschaftsstruktur um sie herum, dazu geeignet sind.

Es ist völlig klar – alle Studien machen es deutlich –, dass Wirtschaftswald, wie wir ihn an vielen Stellen heute haben, nicht mehr den Raum bietet, den viele Arten bei uns brauchen.

Ich will deutlich sagen: Ich finde, eines der schrägen Bilder der Diskussion, die auch heute wieder hier gepflegt wurde, ist, dass der Eindruck vermittelt wurde, hier würde der gesamte Nordschwarzwald, hier würden 375 000 ha Wald in einen Nationalpark umgewandelt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wer sagt das? – Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

– Sie haben es nicht gesagt, Herr Dr. Rapp.

(Abg. Peter Hauk CDU: Also!)

Wir reden über 10 000 ha in einem großen Naturpark,

(Abg. Peter Hauk CDU: Oder weniger!)

in einer großen Fläche Wald, die wir an dieser Stelle haben. Wir reden auch darüber, dass wir im Rahmen von Prozessschutz die Möglichkeiten geben, dass sich bestimmte Natur-, bestimmte Waldphasen wieder herausbilden können, von denen es heute im Wirtschaftswald kaum noch welche gibt, obwohl jedoch unzählige Arten darauf angewiesen sind, genau diese Naturräume zu haben. Darüber sprechen wir. Deshalb sprechen wir hier ganz konkret über die Frage der Bewahrung der Schöpfung, bei der man sich nicht mit einer Überhöhung der Rolle des Menschen ethisch aus der Verantwortung herausziehen kann.

Ich will es einmal konkret machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Das hier ist der Dreizehenspecht. Der Dreizehenspecht ist eines der vielen Lebewesen, die darauf angewiesen sind, Waldphasen zu erleben, die heute im Wirtschaftswald nicht mehr vorkommen. Daraus ergibt sich eine konkrete moralische Frage an uns alle, auch an Sie, Frau Kurtz.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genesis!)

Noah hatte auf seiner kleinen Arche Platz für den Dreizehenspecht. Haben wir im großen Schwarzwald hierfür auch Platz? Das ist die moralische Frage, die Sie sich stellen müssen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Um nichts anderes geht es. Die überwiegende Fläche des Nordschwarzwalds wird weiter verantwortlich bewirtschaftet

werden. Ein großer Naturpark wird weiterhin eine wichtige Rolle spielen, um unsere Kulturlandschaften aufrechtzuerhalten, mit den Arten, die in dieser Natur ihren Raum finden. In einem kleinen Raum kann ein Nationalpark den Raum bieten, den der Dreizehenspecht und viele andere Arten brauchen. Das ist die Dimension, über die wir reden.

Es hilft nichts, wenn man Veranstaltungen macht, bei denen unwidersprochen behauptet wird, im Nationalpark gäbe es ein Betretungsverbot. Es hilft nichts, wenn unwidersprochen behauptet wird, es ginge um eine Käseglöcke.

(Abg. Peter Hauk CDU: Entschuldigung, da waren genügend Leute, die hätten widersprechen können!)

Es hilft nichts, wenn unwidersprochen behauptet wird, dass hier großflächig der Nordschwarzwald abgestellt würde, oder wenn behauptet wird, dass ganze Dörfer der Entvölkerung preisgegeben würden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich kann Sie wirklich nur bitten, das Thema im Hinblick auf die Dimensionen sachgerecht zu diskutieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So wie Herr Schmiedel?)

Ich habe mich gefreut, dass Herr Abg. Dr. Rapp dies heute hier getan hat.

Jetzt reden wir über die Frage der Wirtschaft. Wir hatten vergangene Woche auf Einladung des Wirtschaftsausschusses der Schwarzwald-Tourismus GmbH eine große Veranstaltung im Europapark, bei der Tourismusakteure deutlich bestätigt haben, dass es bei bestehenden Nationalparks erhebliche positive touristische Wirkungen gibt, übrigens auch beim häufig angeführten Nationalpark Bayerischer Wald. Dort haben wir deutlich gesehen, dass die Leistungsträger im Tourismus auch beim Schwarzwald die Notwendigkeit sehen, dass wir hier eine bessere Wirkung bekommen. Wir haben ebenfalls gesehen, dass beispielsweise der Sprecher der Schwarzwald-Tourismus GmbH, aber auch jemand wie Herr Mack, der in einem völlig anderen Bereich des Tourismus unterwegs ist – trotzdem weiß er, wovon er spricht –, sich hier einen deutlichen touristischen Mehrwert für die Region versprechen.

Das erwähnte Gutachten hat den Auftrag, diesen Punkt noch einmal dezidiert zu untersuchen, auch vor dem Hintergrund, dass, wenn man zur Entscheidung käme, den Nationalpark einzurichten, die Frage, wie man den Mehrwert für die Menschen steigert, ebenso zum Thema Weiterentwicklung gehört wie die Frage, wie wir einen möglichst großen Nutzen unter naturschutzfachlichen Gesichtspunkten erzielen; dies ist ebenfalls Bestandteil des Gutachtens.

Ich will Sie einfach nur bitten, damit aufzuhören, in der Region mit zu befördern, dass falsche Behauptungen gestreut werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann reden Sie doch mal mit den Kritikern!)

– Sehr verehrter Herr Hauk, wir haben inzwischen über 130 Diskussions- und Informationsveranstaltungen in der Region

(Minister Alexander Bonde)

durchgeführt. Wir werden, wenn das Gutachten vorliegt, erneut große Diskussionsveranstaltungen anbieten. Ich weiß, das ist für viele von Ihnen ungewohnt, weil Sie das in Ihrer Regierungszeit nicht gemacht haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: So ein Blödsinn!)

Sie werfen uns vor, wir würden in der Region zu wenig diskutieren. Mit Verlaub, da spricht jede Statistik gegen Sie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich will noch einen Punkt ansprechen, der mir wichtig ist. Wir gehen davon aus, dass dieser Nationalpark als wichtiges Naturschutzprojekt auch einen ökonomischen Mehrwert hat. Nun gibt es Menschen, die sich skeptisch hierzu einlassen – der Geschäftsführer der IHK Nordschwarzwald wurde hier bereits zitiert – und die, auch auf Ihrer Veranstaltung, die These vertreten, dass ein Nationalpark das Image einer Region schädige. Ich teile diese Auffassung dezidiert nicht; ich glaube auch, dass wir inzwischen in unserem Diskurs auch wirtschaftspolitisch weit davon entfernt sind, zu meinen, dass der Schutz von Natur und Umwelt wirtschaftsschädlich sei. Ich hoffe, dass sich auch die IHK Nordschwarzwald irgendwann der modernen Erkenntnis anschließt, dass eine solche Kombination geradezu hilfreich ist und dass man dann Innovationsregion sein kann, wenn man es hinbekommt, Umwelt, Klimaschutz, Artenschutz gemeinsam mit wirtschaftlicher Prosperität zu buchstabieren.

Mein Anspruch als Einwohner dieser Region ist, dass wir genau das hinbekommen. Denn genau da liegt nämlich die Chance für eine Region im ländlichen Raum wie den Nordschwarzwald.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben gesagt, wir sollten einen Kompromiss schließen und schauen, dass diejenigen, die in dieser Hinsicht besonders große Sorgen haben, in dieser Suchkulisse letztlich nicht vertreten sind. Ich bin da sehr offen. Ich sage Ihnen aber nur eines: Wir kommen da bereits in ein Dilemma. Bleiben wir einmal beim Geschäftsführer der IHK Nordschwarzwald. In der besagten Resolution wurden die beschriebenen Thesen verabschiedet. Gleichzeitig beschließen sie aber, dass Kaltenbromm, der Wohnort des Hauptgeschäftsführers, der dort auch Fraktionsvorsitzender der CDU ist, auf jeden Fall im Gebiet des Nationalparks Nordschwarzwald liegen müsse. So steht es wörtlich drin.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt einen gewissen Hinweis darauf, dass selbst diejenigen, die sich im Moment negativ aufstellen, wissen, dass ein ökonomischer Mehrwert damit verbunden ist, und dass sie mit ihren Kommunen daran auch partizipieren wollen.

Ich finde, an dieser Stelle macht ein bisschen Ehrlichkeit auf allen Seiten wirklich Sinn. Dabei habe ich schon den Eindruck, dass der eine oder andere hier mit einer seltsamen Doppelagenda verhandelt. Ich komme damit klar. Aber es schwächt die politische Argumentation. Ich glaube, wir können es an dieser Stelle wirklich einmal deutlich machen: Es schwächt die Argumentation von so manchem Gegner, wenn

er den Nationalpark eigentlich doch haben will, weil er weiß, dass dieser wirtschaftlich gut ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich will in dieser Debatte noch eine Bitte an Sie, die Opposition, richten. Ich verstehe, dass in den Fraktionen manchmal eine gewisse Zerrissenheit besteht: Es gibt Leistungsträger, die dafür sind, und andere, die möglicherweise Schwierigkeiten haben, diese Veränderungen, auch kultureller Art, im Umgang mit dem Wald nachzuvollziehen und die Positionen in Übereinstimmung zu bringen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was soll das bedeuten? – Abg. Sabine Kurtz CDU: Was für Leistungsträger? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn man keine Leistungsträger hat, hat man solche Schwierigkeiten nicht!)

– Ich finde, dass die Tourismusexperten, die sich da geäußert haben und von denen viele ein CDU-Parteibuch haben, wirtschaftliche und tourismuswirtschaftliche Leistungsträger in dieser Region sind.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, natürlich!)

Ich weiß überhaupt nicht, worin da bei der CDU der Widerspruch besteht.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Das verstehe ich überhaupt nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde, man wäre in dieser Diskussion gut beraten, die Tonlage entsprechend anzupassen und die Chance der Ausgestaltung, die hier nach wie vor besteht, zu nutzen.

Ich will kurz noch etwas zum weiteren Verfahren sagen: Wir werden Anfang April das Gutachten vorliegen haben. Wir wollen es am 8. April vorstellen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Kennen Sie schon die Inhalte?)

Wir haben dies auf Bitte der Landräte und der Oberbürgermeister bewusst auf einen Zeitpunkt nach der Osterpause terminiert. Diesen ausdrücklichen Wunsch respektieren wir. Wir werden das Gutachten dann vorstellen. Wir werden hierzu Veranstaltungen in jedem der Kreise durchführen, die mit ihren Gemarkungen möglicherweise betroffen sind; wir werden dieses Gutachten dort öffentlich vorstellen und diskutieren.

Nach der Vorlage des Gutachtens werden wir, die Landesregierung, dann darüber entscheiden, ob wir mit einem entsprechenden Gesetzentwurf auf Sie, das Landesparlament, zukommen. Es ist klar: Dabei gibt es ein breites Spektrum an Möglichkeiten auch für diejenigen, die kritische Einwände haben, um sich hier einzuklinken und diese Einwände geltend zu machen. Dies ist im gesamten Verfahren, auch im Verfahren der Erstellung des Gutachtens, mit den Arbeitskreisen, mit der Beteiligung im Internet, mit verschiedenen anderen Modi bereits möglich gewesen. Dieses Angebot gilt weiterhin.

Aber es ist auch allen klar – vor allem denjenigen Fraktionen, die seinerzeit durch das Landesnaturschutzgesetz geklärt ha-

(Minister Alexander Bonde)

ben, in welchen Verfahren in Baden-Württemberg Nationalparks deklariert werden –, dass dies per Landesgesetz erfolgt und damit der Gesetzgebung durch Sie hier im Landtag unterliegt.

Wenn wir uns entscheiden, mit einem Gesetzentwurf an Sie heranzutreten, dann ist das selbstverständlich das reguläre Verfahren. Es ist auch ein Gebot der Ehrlichkeit, dies deutlich zu machen. Unsere Verfassung sieht dies so vor, und auch die Beschlüsse der schwarz-gelben Vorgängerregierung haben dies so vorgesehen.

Wenn wir uns also nach Vorlage des Gutachtens entscheiden, in diese Richtung weiterzugehen, wäre dies das reguläre Verfahren, und zwar ein demokratisch legitimes Verfahren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schmiedel das Wort.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mal sehen, was der sagt! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Schöne am Nationalpark ist, dass er etwas zum Naturschutz, zur Artenvielfalt beiträgt und gleichzeitig positive ökonomische Effekte hat und damit auch die Region sozial stabilisiert.

Herr Bullinger, Sie sagen, die Menschen sollten in die Kulturwälder gehen, davon gebe es im Nordschwarzwald genügend. Nur: Wir sehen, dass das nicht ausreicht. Die Bevölkerungszahl geht zurück,

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Beim Dreizehenspecht!)

und der Tourismus schrumpft.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ihr wollt die Täler zuwachsen lassen!)

Deshalb sind auch die Praktiker aus dem Tourismusbereich für das Projekt.

Herr Dr. Rapp, es ist ja in Ordnung, wenn man sagt: „Wir wollen nicht alles unbesehen umsetzen, wir wollen darüber auch kritisch diskutieren.“ Aber man kann nicht zweierlei gleichzeitig machen: Man kann sich nicht einerseits zum Naturschutz, zur Stabilisierung von Artenvielfalt bekennen und sagen: „Das machen wir, aber die Bevölkerung muss dabei sein“, und andererseits vor Ort gegen das Projekt hetzen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wer hetzt denn? Kein Mensch!)

Das geht doch nicht. Es kommt doch nicht von ungefähr: „Südwest-CDU trommelt gegen den Nationalpark“. Sie marschieren vor Ort auf, trommeln gegen den Nationalpark

(Zurufe von der CDU)

und sagen: „Das geht nur, wenn die Bevölkerung dabei ist.“ Sie müssen sich schon entscheiden.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Was wir gemacht haben und was wir weiter tun werden, ist: Wir haben eine Position und werben für sie. Wir geben den Menschen aber eine originäre Chance – das haben wir dort gemacht –, ungefiltert mit Vertretern aus anderen Nationalparks über die Fragen zu sprechen: „Wie war es vorher? Wie ist es jetzt? Welche Schwierigkeiten gibt es?“

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

sodass sich die Bevölkerung selbst ein Bild machen kann. Dem dient die heutige Aktuelle Debatte. Über die Inhalte werden wir nach Vorlage des Gutachtens sprechen. Aber die Aktuelle Debatte dient dazu, Sie dazu zu bringen, dieses Doppelspiel nicht weiterzutreiben,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Das ist kein Doppelspiel!)

dieses Doppelspiel, dass Sie sagen: „Wir respektieren den Willen der Bevölkerung“, andererseits aber alles tun, um eine Mehrheit zu untergraben, und dies mit den unsäglichsten Argumenten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zurufe von der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Rapp das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dr. Rapp! – Abg. Peter Hauk CDU: Dr. Rapp! So viel Zeit muss sein!)

**Abg. Dr. Patrick Rapp CDU:** Vielen Dank. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Schmiedel, zu Ihnen komme ich nachher.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Beifall des Abg. Konrad Epple CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das tut halt weh!)

Der Tourismus – das wurde jetzt in mehreren Reden, auch in der des Ministers, angesprochen – hat im Prinzip natürlich den größten Effekt. Das ist richtig. Ich glaube, es ist auch vor diesem Hintergrund ganz vernünftig, nicht nur den Naturschutzgedanken, sondern eben auch diesen Bereich näher zu betrachten.

Jetzt reden hier alle darüber, wie schlecht die Tourismuszahlen im Nordschwarzwald seien. Das kann ich bestätigen, vor allem dann, wenn man sie mit den Zahlen im Südschwarzwald vergleicht. Dort gibt es aber keinen Nationalpark. Doch lassen wir das einmal weg.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vielleicht gerade deshalb! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ist das ein Geschwätz!)

Der Punkt ist aber der: Hat sich schon einmal jemand die Frage gestellt

(Abg. Alfred Winkler SPD meldet sich.)

– ich darf den Gedanken noch ausführen –, woher es kommt, dass mit diesen vergleichsweise schlechten Zahlen im Tourismus des Nordschwarzwalds operiert wird?

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Winkler?

**Abg. Dr. Patrick Rapp** CDU: Wenn ich den Gedanken ausgeführt habe.

Wenn wir jetzt die Ursachen erforschen, sehen wir: In diesem Bereich des Tourismus hat sich in den letzten 25, 30 Jahren einiges getan. Ich denke nur einmal an Bad Wildbad usw., was dort im Bereich des Bädertourismus und des Gesundheitstourismus passiert ist. Da gab es Destinationen, die das besser kompensieren und auffangen konnten, und andere, die das nicht konnten.

Deswegen: Wenn wir die Debatte ehrlich und sachlich führen, sollten wir jetzt nicht sagen: Der Nationalpark ist ein Allheilmittel. Vielmehr sollte man fairerweise noch dazusagen: Es ist ganz wichtig, dass über den Nationalpark auch die Möglichkeit für Investitionen gegeben wird, dass auch die Möglichkeit gegeben wird, bestimmte Attraktionen zu schaffen, die die Touristen auch in die Region locken. Da ist der Nationalpark nur eines. Da ist vielleicht noch ein Wildgehege zu machen etc. Ich denke, das muss man auch machen.

(Glocke der Präsidentin)

– Jetzt die Zwischenfrage, bitte.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Kollege Winkler, bitte.

**Abg. Alfred Winkler** SPD: Herr Kollege Dr. Rapp, wir sind uns ganz sicher darin einig, dass wir eine Wertschöpfung im wirtschaftlichen Sinn durch den Nationalpark erwarten. Wir diskutieren darüber: Kann es sein, kann es überhaupt sein? Kollege Dr. Bullinger hat vorhin schon mehrfach das Beispiel vom Nationalpark Bayerischer Wald gebracht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und dem im Harz!)

Akzeptieren Sie, dass der Tourismus in den letzten Jahren im Nordschwarzwald, auch im Südschwarzwald und ebenso in ganz Bayern aufgrund von konjunkturellen Entwicklungen zurückging?

Das heißt, der Nationalpark in Bayern wurde vom Rückgang genauso getroffen wie die anderen touristischen Ziele in Bayern, genauso wie ganz Süd-Baden-Württemberg betroffen war – einfach konjunkturell empfindlich.

Stimmen Sie mir zu, dass der Tourismus generell nicht davon abhängig ist, ob wir jetzt diesen Nationalpark einrichten, sondern, wenn dieser ein Magnet für den Tourismus ist, die Konjunkturempfindlichkeit des Tourismus nach wie vor bleibt, unabhängig vom Nationalpark? Also braucht man doch nicht jedes Mal das Argument vorzubringen, dass es einen Rückgang gäbe oder gibt.

**Abg. Dr. Patrick Rapp** CDU: Lieber Kollege Winkler, danke für die Frage. Das Thema „Tourismuszahlen und deren Rückgänge“ kam jetzt nicht von mir. Insofern: Verzeihen Sie mir, dass ich jetzt nicht im Detail darauf eingehe. Denn es geht um den Nationalpark und nicht um eine Tourismusdebatte. Diese können wir aber gern im Ausschuss fortführen.

(Beifall bei der CDU)

Mir ist bei diesem Gedanken noch viel wichtiger, dass man die Bevölkerung einbindet. Ich habe vorhin gesagt – dazu stehe ich auch –: Ein solches Großprojekt kann nur dann funktionieren, wenn es vor Ort mitgetragen wird, wenn die Menschen dabei sind und sagen: „Jawohl, das wollen wir haben.“ Ansonsten gibt es ein Millionengrab.

Vor diesem Hintergrund muss man dann – das ist eine klare Aufforderung an den Minister –, bevor man in die Befragung geht, bevor man jetzt auch die Ergebnisse der Gutachten weiter diskutiert – vielleicht auch zeitgleich; das wird abzustimmen sein –, die Bevölkerung auch informieren, wie man den Nationalpark am Schluss gestalten will. Wer soll mitreden dürfen? Wer soll die Möglichkeit haben, in der Ausgestaltung, im konkreten Management mit einzugreifen und sich zu beteiligen? Das sind alles Dinge, die eigentlich mit in diese Phase hineingehören.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege Dr. Rapp, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Böhlen?

**Abg. Dr. Patrick Rapp** CDU: Am Schluss. – Vielen Dank.

Herr Minister, Sie haben jetzt vom Naturschutz, von der Artenvielfalt gesprochen. Ich stelle eine gewisse fachliche Ferne zum Thema fest. Wenn wir im Zusammenhang mit einem Nationalpark über Artenvielfalt reden, dann müssen wir uns auch darüber klar sein, wann diese Artenvielfalt auftritt. Im Übrigen: Viel mehr Arten wird es deswegen nicht geben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eher weniger!)

Es wird ganz besondere Arten geben. Es wird ein ganz besonderer Lebensraum geschaffen, und darauf kommt es an. Da geht es um eine qualitative Dimension, und diese halte ich auch für wichtig.

Deswegen ist die CDU hier auch sehr differenziert in der Betrachtung. Weil wir diese Differenzierung haben, sind wir eigentlich auf dem Weg, Ihnen vorzuschlagen, dass wir doch zusammen einen Kompromiss finden sollten, und zwar die Akteure vor Ort, die Betroffenen vor Ort

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und wir, die politisch Gestaltenden,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und nicht immer Rundumschläge austeilen sollten.

Zu Ihrer Zeitungsleserei, Herr Schmiedel, zitiere ich jetzt Herrn Kollegen Drexler, der im Ausschuss einmal gesagt hat: Man muss nicht alles glauben, was in der Zeitung steht.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Kurze Frage, kurze Antwort.

**Abg. Beate Böhlen GRÜNE:** Ich werde versuchen, es kurz zu machen. Vielen Dank, dass ich nachfragen darf.

Es geht um die Bewahrung der Schöpfung. Vor 30 Jahren war der Nordschwarzwald noch schneesicher. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, denn ich komme von dort. Da war der Tourismus natürlich noch ganz groß. Das wollte ich Ihnen nur ganz kurz mitgeben.

Wenn wir weiterhin bei der Schöpfung sind, habe ich jetzt eine Frage: Das Agieren mit Unwahrheiten ist bei den Menschen, die Sie anhören, sehr groß, z. B. bei einem großen Sägebetrieb.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wie bitte?)

Ich möchte nur wissen, was Sie davon halten. Da gibt es eine Kirchengemeinschaft zwischen Herrenwies und Hundsbach. Dort wird erklärt, dass eine dortige Straße abgebaut wird, wenn der Nationalpark kommt, und dass Hundsbacher Kommunionkinder dann nicht mehr mit den Herrenwieser Kindern zusammenkommen können, was dort zu einem großen Aufruhr in der katholischen Gemeinde geführt hat.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was geht das die CDU an?)

Ich möchte nur wissen, was Sie davon halten.

Zweitens: Was halten Sie davon, dass wichtige Forschungsergebnisse erzielt wurden, weil sich in Nationalparkschutzgebieten z. B. Myzelien ausbilden konnten, die es dort vorher gar nicht mehr gab?

**Abg. Dr. Patrick Rapp CDU:** Zur zweiten Frage: Im Hinblick auf die Möglichkeiten der Ausbildung von Myzelien usw. sind wir völlig d'accord. Das hat einen Naturschutzwert, der ganz oben anzusiedeln ist. Da sind wir uns einig. Da gibt es auch nichts, was zwischen uns steht.

Zu Ihrer ersten Frage: Gestatten Sie mir, dass ich mich, ohne dass ich mich vorher informiert habe oder mit Menschen geredet habe, die das so formuliert haben, hier zu keiner Aussage werde hinreißen lassen. Das sollte man nicht machen; das wäre töricht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das soll der örtliche Pfarrer beantworten!)

Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Danke schön.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE meldet sich.)

– Die Redezeit ist um. Danke schön, Kollege Dr. Rapp.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

– Kollege Dr. Rösler, Sie haben jetzt ohnehin das Wort. – Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Rösler.

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Dr. Rösler, fragen Sie doch den Kollegen Dr. Rapp, ob er dann eine Zwischenfrage stellt! – Gegenruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Die formuliere ich dann als Antwort!)

**Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE:** Ich möchte noch einmal auf das Thema Beteiligung eingehen, das uns wichtig ist. Auch hier muss ich auf die Kollegin Kurtz eingehen. Sie kritisieren in Ihrer Funktion als Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Baden-Württemberg die mangelnde Beteiligung der Betroffenen bei den Entscheidungsfindungen. Quasi parallel loben die evangelischen Bischöfe July und Fischer ausdrücklich – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

*Wir nehmen wahr, dass die Landesregierung durch einen breit angelegten Partizipationsprozess den Menschen der Region die Diskussion um einen Nationalpark in allen Facetten ermöglicht hat.*

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Meinungsdiversität!)

Jetzt muss ich schon sagen: Wenn sogar die Bischöfe dies so formulieren, dann wundert es mich, wie Sie zu einem anderen Ergebnis kommen können.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Na gut, der Prophet – oder in diesem Fall die evangelischen Bischöfe – gilt im eigenen Land vielleicht nichts. Aber schauen Sie einmal in ein anderes Bundesland, nämlich zum Nationalpark Eifel.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wer ist dort Bischof?)

In diesem Nationalpark gibt es einen Schöpfungspfad, eingerichtet vom „Netzwerk Kirche“. In anderen Bundesländern ist die Kirche also schon längst im Nationalpark, einem Waldgebiet, präsent.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch in Ordnung! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das sind nur die CDU-Kirchen, die da Sperenzchen machen! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Ich darf Ihnen, Kollegin Kurtz, und allen Christen in der CDU sagen:

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das widerspricht dem Gebot der Nächstenliebe, Herr Dr. Rösler!)

Es gibt einen Spruch aus der Genesis, aus den Kapiteln 1 und 2, ausgewählt von diesem „Netzwerk Kirche“, der wie folgt lautet:

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie müssten Wanderprediger im Nordschwarzwald werden! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Der Kollege Dr. Rösler hat das Wort.

**Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE:**

*Gott sah alles an, was er gemacht hatte: Es war sehr gut. ...*

*Und Gott segnete den siebten Tag ...; denn an ihm ruhte Gott, ...*



(Dr. Markus Rösler)

Wenn schon Gott ruht, dann sollte der Mensch vielleicht auch einmal ruhen und Ruhe genießen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja Blasphemie, was Sie da von sich geben!)

Gebiete, in die der Mensch nicht eingreift, sind eben Nationalparks.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja ungeheuerlich! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Da war ja Herr Schmiedel noch besser!)

Klaus Nagorny, der langjährige Geschäftsführer des Umweltbeirats der badischen Landeskirche, hält Ihre Ausführungen, Kollegin Kurtz, für theologisch zu kurz gegriffen – nur um das auch einmal zu sagen.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Nagorny sagt weiter – ich zitiere –, auch die Schöpfung brauche einmal Ruhe vor dem Menschen.

Wenn wir es schon von Ruhe haben – nichts für ungut, Frau Kollegin Kurtz, aber hier gilt für Sie: Si tacuisses, philosopha mansisses.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Können Sie das übersetzen?)

– Ich hoffe, dass Sie das allein können.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nein, das kann ich nicht! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE:** Zum Schluss möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass es mich freut, dass der Kollege Rapp angedeutet hat, dass man gern im Gespräch über mögliche Szenarien für einen Nationalpark ist, dass sich da die Offenheit weiterentwickelt, wenn ich das so einmal sagen darf. Ich darf in diesem Zusammenhang in Richtung FDP/DVP und CDU ganz eindeutig sagen: Es gibt Qualitätskriterien und Standards für Nationalparks. Diese sind verbindlich. Diese hat die damalige schwarz-gelbe Landesregierung mit Minister Hauk abgesegnet.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wie gesagt: Auch der Mensch braucht einmal seine Ruhe!)

**Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE:** Jawohl. – Da steht drin, dass es Kriterien der Regionalentwicklung, der Bildung und der Infrastruktur für Besucher gibt. Das alles sind wichtige Kriterien für einen Nationalpark, die dazugehören. Diese Kriterien sind sogar zwingend vorgegeben.

Wir werden uns sowohl dafür einsetzen – das ist mein Schlusssatz –, dass die Beteiligung so weiterläuft, wie sie von den

evangelischen Bischöfen gelobt wird, als auch dafür, dass eine strukturelle Weiterentwicklung im Nordschwarzwald mit den Zielen des Naturschutzes gekoppelt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Dr. Bullinger.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt sind wir gespannt, welches Gebot der Fritz zitiert! – Gegenruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Jesaja 40!)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal auf das zurückkommen, was ich vorhin schon andiskutiert habe. Ich glaube, man sollte sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, was Arnold Rieger am 24. Januar in den „Stuttgarter Nachrichten“ gesagt hat – ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren –:

*Eigentlich ist jetzt die Zeit des Wartens. Befürworter und Gegner eines Nationalparks Nordschwarzwald tauschen zwar seit Monaten Argumente aus, doch im Grunde ist alles gesagt.*

Ich sage: bis jetzt.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Deshalb, glaube ich, sollte man vor allem die vielen Veranstaltungen ernst nehmen, an denen auch diejenigen, die noch nicht überzeugt sind, die sich vielleicht nicht so schnell überzeugen lassen, die noch Gesprächsbedarf haben, teilnehmen. Ich verweise etwa auf den Kreisbauernverband.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Es ist lesenswert, was hierzu im „Württembergischen Wochenblatt für Landwirtschaft“ steht. Auch bei Veranstaltungen der CDU sind nicht nur drei oder fünf Teilnehmer im Saal. Es waren 800 oder 1 000 oder ich weiß nicht wie viele Leute.

Über eines, Herr Minister, darf man sich auch nicht aufregen: Es gab sehr viele, die „Stuttgart 21 – nein danke!“ plakatiert haben; jetzt plakatiert viele, die Bedenken haben, „Nationalpark – nein, danke!“.

Ich glaube, es wäre jetzt an der Zeit – dabei wäre nicht der 1. April zu nutzen, weil der 1. April der Ostermontag ist –, den 8. April abzuwarten, danach dieses Gutachten zu analysieren und bei uns im Ausschuss zu besprechen und eventuell – wenn Bedarf besteht – auch noch Zusatzgutachten zu wichtigen Fragen, die wir noch haben – im Parlament, im Landwirtschaftsausschuss, meinetwegen auch gern zusammen mit dem Umweltausschuss –, gemeinsam nachzufordern.

Wenn wir das getan haben, sollten wir – alle Fraktionen – hier eine öffentliche Anhörung durchführen, zu der wir auch solche Persönlichkeiten und Verbände einladen dürfen, die sehr kritisch sind und vielleicht anders denken, als Sie es wünschen, und die Vor- und Nachteile anders als Sie bewerten. Dann können wir das hier, glaube ich, auch wirklich ergebnisoffen diskutieren.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Mit dem Ergebnis gehen wir dann vor Ort und fragen die Bürgerinnen und Bürger. Wenn sie dann Ja sagen, kann man hier auch Ja sagen. Sagen sie aber Nein, dann dürfen Sie das hier nicht mit Ihrer Mehrheit darüberstülpen, meine Damen und Herren. Das ist meine Forderung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Zutrittsverbot für Jugendoffiziere der Bundeswehr an den Schulen? – Drucksache 15/1787 (geänderte Fassung)**

**b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Landesregierung und Bundeswehr – Klarheit ist notwendig – Drucksache 15/2557**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Pröfrock.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein guter Mann!)

**Abg. Matthias Pröfrock** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion hat mehrfach versucht, von der Landesregierung in Erfahrung zu bringen, wie sie zur Arbeit der Jugendoffiziere an den Schulen steht und ob sie am Kooperationsabkommen zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr festhalten möchte.

Wir möchten heute gern wissen, was gilt. Gilt das, was der Landesparteitag der Grünen unter der Überschrift „Schulfrei für die Bundeswehr“ beschlossen hat? Gilt das, was die Abgeordneten Salomon, Sckerl, Splett, Pix, Renkonen oder die Minister Untersteller und Schmid im Wahlkampf erklärt haben, dass nämlich die Kooperationsvereinbarung möglichst schnell gekündigt werden soll? Setzt der neue Kultusminister den Konfrontationskurs seiner Vorgängerin mit der Bundeswehr fort? Gilt noch der folgende Satz seiner Vorgängerin? Ich zitiere:

*Es ist klar, dass wir den Vertrag so, wie er jetzt existiert, nicht fortsetzen werden.*

Oder steht die Landesregierung zur Bundeswehr, wie das der Ministerpräsident bei seinen Sonntagsreden gern sagt, wenn er erklärt, die Bundeswehr sei in Baden-Württemberg willkommen? Oder heißt das: Überall in Baden-Württemberg, nur nicht an den Schulen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Herr Minister Stoch, zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zu Ihrer neuen Aufgabe. Alles Gute im Sinne der Schüler und Eltern in Baden-Württemberg!

Herr Minister, wir meinen es heute gut mit Ihnen. Wir bieten Ihnen heute, jetzt und hier die Gelegenheit, an Ihrem ersten

Plenartag als Minister den Beweis anzutreten, dass Sie in der Regierungsverantwortung angekommen sind. Denn Sie tragen Verantwortung für unser wertvolles Bildungssystem, für die Schulen, für die Lehrer, für die junge Generation.

Auch die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr tragen Verantwortung – im Inland wie im Ausland. Tausende Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind weltweit im Einsatz: in Afghanistan, im Kosovo, vor der Küste des Libanon, in Afrika, vor den Küsten der Türkei. Sie dienen dort der Sicherheit unseres Landes, damit unser Land seine international zugesagten Verpflichtungen erfüllt.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Halder?

**Abg. Matthias Pröfrock** CDU: Gern.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Bitte schön.

**Abg. Wilhelm Halder** GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege Pröfrock. – Ich habe zwei Fragen. Stimmen Sie mir zu, dass über den Besuch von Jugendoffizieren im Unterricht an den Schulen nicht der Kooperationsvertrag, sondern, wie über die Wahrnehmung anderer Bildungsangebote auch, die Lehrkraft in eigener Verantwortung entscheidet?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

**Abg. Matthias Pröfrock** CDU: Ich sehe da keinen Widerspruch.

**Abg. Wilhelm Halder** GRÜNE: Sie sehen das nicht als wesentlich an? Entscheidet nun der Kooperationsvertrag darüber, ob Jugendoffiziere in die Schulen eingeladen werden, oder die Lehrkraft?

**Abg. Matthias Pröfrock** CDU: Die Lehrkräfte entscheiden am Ende. Darüber hinaus gibt es aber dieses Kooperationsabkommen, das nicht nur den Besuch von Jugendoffizieren an den Schulen betrifft, sondern auch darüber hinausgeht.

Ihre zweite Frage.

**Abg. Wilhelm Halder** GRÜNE: Es ist demzufolge vor allem auch nicht maßgeblich, ob ein Kooperationsvertrag existiert, da die Schulen die Jugendoffiziere unabhängig davon einladen können.

Sind Sie mit mir einig, dass die Anträge, die von Ihnen zu diesem Thema gestellt worden sind, eigentlich nur dazu dienen, die Regierungsfractionen und deren Jugendorganisationen zu diskreditieren?

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Nein! Die sollen sich zur Bundeswehr beken-  
nen! – Unruhe)

**Abg. Matthias Pröfrock** CDU: Nein, da bin ich nicht mit Ihnen einig.

Meine Damen und Herren, unser Land ist diese Verpflichtungen eingegangen, weil der Einsatz erstens in unserem nationalen Interesse liegt,

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(Matthias Präfrock)

weil ihn zweitens die Solidarität im Bündnis verlangt und weil er drittens der internationalen Verantwortung unseres Landes entspricht.

Die Bundeswehrsoldaten befinden sich nicht im Auslandseinsatz, weil sie das unbedingt wollten, sondern weil der Deutsche Bundestag sie entsandt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der erste Kampfeinsatz – daran sei hier erinnert – war 1999 im Kosovo. Der damalige Kanzler hieß Gerhard Schröder, der Mitglied der SPD ist, der Außenminister hieß Joschka Fischer, der den Grünen angehört.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was wollen Sie uns damit sagen? – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

2002 war der bislang schwierigste und blutigste Einsatz, und zwar in Afghanistan. Kanzler war Gerhard Schröder, und Außenminister war Joschka Fischer.

Meine Damen und Herren, Sie von Rot und Grün haben diese Auslandseinsätze mit zu verantworten. Jetzt sagen Sie, die Bundeswehr habe in den Schulen unseres Landes nichts zu suchen, die könne dort nicht vorgezeigt werden. Das ist unverantwortlich, das ist scheinheilig, und das ist unaufrichtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es auch! Jawohl! Bravo! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: „Scheinheilig“ und „unaufrichtig“ sind gute Stichworte! – Unruhe)

Mit der Aussage „Kein Werben fürs Sterben“ wirbt die Initiative „Schulfrei für die Bundeswehr“. Letzteres ist auch der Titel des Antrags, den Sie auf Ihrem Grünen-Parteitag beschlossen haben.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Solche Sprüche angesichts von 100 im Auslandseinsatz gefallenen deutschen Soldaten sind an Zynismus nicht zu überbieten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ich frage mich manchmal, über welche Bundeswehr Sie eigentlich reden. Sie zeichnen ein Bild von Militaristen und Kriegstreibern, wie es die Landesvorsitzende der Grünen Jugend getan hat. Ich zitiere:

*Mit dieser Zusammenarbeit wird ein kriegsförderndes und militaristisches Klima in die Klassen hineingetragen.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich! – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Das hat doch mit der Realität nichts zu tun. Für uns Christdemokraten gehört die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Freundliches Desinteresse reicht nicht, weil die Soldaten Verantwortung tragen. Sie tragen Verantwortung für sich und ihre Kameraden, für die Afghanen, denen sie Sicherheit garantieren, und für ihre Familien zu Hause, die sie während ihres Einsatzes vermissen. Sie tragen Verantwortung für die Sicherheit von uns allen.

Herr Minister, zeigen Sie den Soldaten, den zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr und ihren Angehörigen, dass wir auch Verantwortung für sie empfinden. Sagen Sie ihnen, wie wichtig ihr im Grundgesetz angelegter Dienst ist. Sagen Sie ihnen, wie wichtig es ist, einen Diskurs über unsere Sicherheit und über die Instrumente zum Erhalt dieser Sicherheit zu führen. Sagen Sie ihnen heute, dass die Jugendoffiziere an den Schulen unseres Landes auch weiterhin uneingeschränkt willkommen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege Präfrock, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abg. Halder?

**Abg. Matthias Präfrock** CDU: Die Fragen vorhin waren so daneben, dass ich keine mehr zulassen möchte.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Boser.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! An dem Redebeitrag des Kollegen Präfrock lässt sich erkennen, dass wir unterschiedliche Ansichten über das Erscheinen, die Aufgaben und den Auftrag von Jugendoffizieren an den Schulen vertreten.

Ich werde mich daher in meiner Rede auf die Anträge beziehen. Im Gegensatz dazu drehte sich Ihre Rede um das allgemeine Bild der Bundeswehr.

(Beifall des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

In den Anträgen ging es im Prinzip darum, wie sich die Bundeswehr an den Schulen darstellt. Dazu kann ich Ihnen sagen, Herr Kollege Präfrock: Für uns ist die politische Bildung an den Schulen ein wichtiger Beitrag. Um politische Bildung an den Schulen gewährleisten zu können, stehen den Lehrerinnen und Lehrern unterschiedliche Maßnahmen zur Verfügung.

Wir halten es für geboten, dass die Schülerinnen und Schüler dazu befähigt werden, zu interessierten, informierten und mündigen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zu werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war schon immer so!)

In diesem Zusammenhang ist für uns wesentlich, dass der Beutelsbacher Konsens bei diesen Informationen die Grundlage darstellt. Dabei steht es den Lehrerinnen und Lehrern selbstverständlich frei, Jugendoffiziere der Bundeswehr in die Schulen einzuladen, um über die Aufgaben der Bundeswehr zu informieren. Gemäß dem Beutelsbacher Konsens ist es aber

(Sandra Boser)

auch Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, das Thema kontrovers aufzugreifen, zu diskutieren und schülerorientiert zu behandeln. Ich halte es für absolut richtig, dass in diesen kontroversen Diskussionen auch eine andere Meinung zugelassen wird, dazu eingeladen wird und sie dargestellt werden kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist überhaupt kein Problem!)

Daher ist es für uns ein wesentlicher politischer Auftrag, den Friedensorganisationen die gleichen Möglichkeiten an den Schulen einzuräumen, zu informieren,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ist die Bundeswehr keine Friedensorganisation?)

damit beide Seiten dargestellt werden können, meine Damen und Herren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ist sie eine Friedensorganisation oder nicht? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist die Kernfrage!)

Mit der zweiten Frage Ihres Antrags Drucksache 15/2557 werfen Sie die Frage auf, ob es überhaupt einen Grund dafür gibt, dass andere Organisationen als die Bundeswehr den Auftrag erhalten, an den Schulen über politische Maßnahmen zu informieren. Dazu kann ich Ihnen sagen: Ja, wir halten es für geboten, dass auch andere Organisationen an den Schulen diese Informationen geben können und eine Gleichberechtigung dargestellt werden kann, sodass am Ende kontrovers über unterschiedliche Meinungen diskutiert werden kann und sich die Schülerinnen und Schüler damit eine eigene Meinung zu diesem Thema bilden können.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Kollegin Boser, gestatten Sie zwei Zwischenfragen, eine Zwischenfrage des Abg. Müller und eine Zwischenfrage des Abg. Röhm?

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Am Ende. Ich würde meine Rede gern im Zusammenhang vortragen.

Ich finde, gerade in Zeiten der Globalisierung ist es für uns ein ganz wesentlicher Auftrag, die politischen Themen nicht eindimensional zu betrachten, sondern mehrere Meinungen zuzulassen und anzuhören.

Meine Damen und Herren, gerade die Veränderungen in der arabischen Welt haben doch gezeigt, dass nicht allein militärische Einsätze das politische Leben in anderen Ländern bestimmen, sondern dass es gerade friedliche Menschen waren, die einen entscheidenden Einfluss auf das Leben und das Wirken der politischen Welt ausgeübt haben. Diesen Veränderungen gilt es Rechnung zu tragen.

Dabei ist völlig ausgeschlossen – das ist in den Fragen des Antrags immer wieder herauszulesen, und das ist auch Ihren Ausführungen zu entnehmen gewesen, Herr Präfrock –, dass die Bundeswehr in den Schulen Werbung für den Dienst in der Bundeswehr macht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, natürlich! Was ist denn das Problem? – Zuruf von der CDU: Falsch!)

– Sie dürfen an den Schulen keine Werbung für den Dienst in der Bundeswehr machen. Das ist vollkommen ausgeschlossen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie stellen den Dienst vor!)

In der Kooperationsvereinbarung ist dies ausdrücklich ausgeschlossen. Wir wollen diese Neutralität stärken und einen kontroversen Austausch über das Für und Wider der Bundeswehr im Unterricht ermöglichen.

Dass unsere Jugendorganisation dabei eine andere bzw. weiter gehende Forderung stellt, ist für uns völlig legitim. Mehr noch, wir halten es für wichtig, dass wir eine aktive Jugendorganisation haben. Das ist für uns kein Hemmschuh, sondern das bietet auch breitere Diskussionsmöglichkeiten.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Dass sich die Grüne Jugend Baden-Württemberg beim Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr“ engagiert, zeigt, dass sie aktiv ist. Im Übrigen befindet sich die Grüne Jugend Baden-Württemberg bei diesem Bündnis in einer sehr guten Gesellschaft mit Organisationen wie beispielsweise dem DGB Nordwürttemberg, Terre des hommes, ver.di, Pax Christi und vielen anderen, denen Sie sicherlich keine linksextreme Auffassung unterstellen wollen.

Abschließend kann ich Ihnen sagen, dass wir die politische Bildung an den Schulen für wichtig erachten, dass in diesem Zusammenhang eine kontroverse Diskussion gewährleistet werden muss und dass wir die Einladung der Jugendoffiziere durch die Lehrerinnen und Lehrer als eine Möglichkeit erachten, dass aber auch eine Gleichberechtigung hergestellt werden muss, damit auch andere Organisationen ihre Meinung darstellen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Die Redezeit ist leider schon überschritten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Angebot zurückgezogen! Okay! – Zuruf: Nach dem Plenum!)

Für SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Fulst-Blei das Wort.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Präfrock, eigentlich geht es hier heute nicht um eine Generaldebatte, sondern es geht um die Frage des privilegierten Zugangs der Bundeswehr in die Schulen. Wenn Sie die Antworten auf Ihre Fragen lesen, dann stellen Sie fest, dass das Kultusministerium eigentlich eindeutig mitteilt, dass es in der Tat schon seit 1999 die Möglichkeit gibt, auf breiter Basis Fachleute in den Unterricht zu integrieren. Da ist die Bundeswehr im Grunde automatisch mit eingeschlossen.

Ich kann Ihnen auch aus der Praxis berichten. Ich bin selbst Kriegsdienstverweigerer und Gemeinschaftskundelehrer; Sie wissen das vielleicht. Ich habe in den Unterricht ganz bewusst

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

die Bundeswehr, einen Jugendoffizier, eingeladen. Ich habe die Diskussion gerade auch mit den Jugendlichen als sehr kritisch, sehr kontrovers empfunden. Die Jugendlichen haben natürlich Fragen, wenn sie die Bilder aus Afghanistan, aus dem Kosovo sehen. Es ist, denke ich, sehr wichtig, den Austausch zu haben, aber auch den Austausch – da hat Frau Kollegin Boser durchaus recht – unter dem Gesichtspunkt des Beutelsbacher Konsenses, betrachtet von verschiedenen Seiten, ohne dass wir, glaube ich, die Bundeswehr dort zu kritisch sehen und infrage stellen.

Ich habe überlegt, wie weit ich hier Grundsätzliches ausführen muss. Denn es ist ja auch ein Spiel, das Sie heute hier spielen. Aber ich denke, gerade am heutigen Tag ist festzustellen: Es ist sehr wichtig, dass die Bundeswehr in der Mitte unserer Gesellschaft verankert ist, dass sie Teil unseres demokratischen Staatswesens ist, dass sie eine parlamentarische Armee ist, dass sie Staatsbürger in Uniform als Ziel hat.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich erinnere mich an 1990, als es diese Debatte gab. Das war die Zeit, zu der ich bei den Jusos angefangen habe und gerade Zivi war. Ich war richtig stolz auf die deutschen Soldaten, als damals Ihr Minister Stoltenberg in die Türkei gereist ist. Da war der Irak-Krieg in Vorbereitung. Man hat den Minister kritisch gefragt: „Warum kommen Sie erst heute? Wir haben hier und hier Probleme.“ Da dachte ich: Es ist eigentlich etwas Herausragendes, wenn sich die Soldaten in Deutschland heute trauen, auch ihrem obersten Chef gegenüber in Gegenwart der Medien kritische Fragen zu stellen.

Ich denke, da haben wir tatsächlich einen langen Weg in unserer Gesellschaft gemacht,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

wo die Bundeswehr in unserer Mitte angekommen ist. Daher tut es mir auch ein bisschen in der Seele weh, wenn heute versucht wird, das so ein bisschen gegeneinander auszuspielen. Es gibt einen breiten gesellschaftlichen Konsens.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Matthias Pröfrock CDU: Es war doch die Initiative! – Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben nicht daran gezweifelt! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Wir zweifeln an dieser Stelle auch nicht. Denn die Initiative wirft aus ihrer Sicht Fragen, kritische Aspekte auf, von denen ich auch nicht alle unterschreiben würde. Aber die Logik des Beutelsbacher Konsenses sagt natürlich eindeutig: Man darf nicht nur die Bundeswehr einladen, sondern muss auch den Friedensbewegungen einen möglichst gleichberechtigten Zugang geben – ergänzend, nicht alternativ.

Aber, Herr Hauk, der Zwischenruf eben hat mich – Entweder habe ich es falsch verstanden, oder ich verstehe es nicht mehr. Werbeverbot? Steht die Werbung in der Schule bei Ihnen zur Disposition?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Information! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Eben! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist etwas anderes!)

Da sind wir uns doch hoffentlich einig, denn das ist genau das, was die Bundeswehr auch nicht will. Sie will eine sachliche

Aufklärung, eine Auseinandersetzung, aber sie will mit Sicherheit nicht mit einem Werbepaket in die Schulen hineingehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Das wäre völlig kontraproduktiv. Das würden weder die Eltern noch die Schule mitmachen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Unsere Position als Regierungsfraktion ist daher klar: Wir bekennen uns zur Bundeswehr, aber wir bekennen uns zugleich auch zum friedenspolitischen Diskurs. Dies ist eine ganz wichtige, notwendige Bedingung einer kritisch reflektierenden Gesellschaft. Wenn Sie die Antworten vergleichen, erkennen Sie, dass die Landesregierung das übrigens auch so sieht.

Wir unterstützen das Kultusministerium in seiner Linie, die politische Bildung auch im Dialog mit Friedensbewegungen und Bundeswehr fortzuentwickeln. Wir warten an dieser Stelle auch gern die Verhandlungsergebnisse ab.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege Dr. Fulst-Blei, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Müller?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schlussfrage!)

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Die Zeit habe ich noch.

**Abg. Ulrich Müller CDU:** Herr Kollege Fulst-Blei, ich stelle Ihnen dieselbe Frage, die ich Frau Boser stellen wollte, weil Sie ähnlich argumentiert haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer? – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ihre Argumentation lautet: Neben der Bundeswehr auch die Friedensorganisationen, und das im Interesse einer ausgewogenen Darstellung. Jetzt einmal ganz einfach die Frage: Ist für Sie die Bundeswehr keine Friedensorganisation?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Zweite Frage: Unterstellen Sie Einseitigkeit, wenn Jugendoffiziere anwesend sind?

Und die dritte Frage: Wie ist es eigentlich, wenn sonst Besuche in der Schule stattfinden? Muss da immer sozusagen ein Gegenpart dabei sein,

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

oder ist das hier eine Regelung, die Sie im Blick auf eine besondere Distanz oder Skepsis gegenüber der Bundeswehr ausnahmsweise für erforderlich halten, indem kein Jugendoffizier erscheinen kann, ohne dass er sozusagen gleich einen Kritiker an die Seite gestellt bekommt?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Kollege Müller, ich bin ja selbst z. B. Gewerkschaftssekretär. Wir haben auch regelmäßig den DGB bei uns. Es ist übrigens dann auch mein Job als Lehrer, gerade vor der Verantwortung gemäß dem Beutelsbacher Konsens, den ich dann sogar auch auf die Wirtschaftswissenschaften übertrage, auch die Position der Arbeitgeber darzulegen. Das ist unser Job. Dementsprechend ist es auch unser Job, in dem Moment, in dem die Bundeswehr hereinkommt, die andere Seite zu beleuchten

(Abg. Peter Hauk CDU: Was heißt „die andere Seite“?)

und auch, falls die andere Seite, beispielsweise Friedensbewegungen, stark in eine andere Richtung argumentiert, den Gegenpart sicherzustellen. Das wird von den Kolleginnen und Kollegen professionell gehandhabt. Dementsprechend ist das, was Sie hier an Spaltungsversuchen hereinbringen, Ihre Diskussion.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ist die Bundeswehr eine Friedensorganisation? Frage klar beantworten!)

Die Praxis sieht anders aus. Dementsprechend wäre mein Plädoyer, das Ganze einmal auch seitens der Symbolik etwas herunterzukochen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ist sie eine Friedensorganisation? Frage nicht beantwortet!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Bundeswehr aus den Schulen unseres Landes verbannen will, hat nicht nur ein gestörtes Verhältnis zur Bundeswehr, sondern auch ein äußerst merkwürdiges Verständnis von Bildung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Liberaler gehen wie immer unideologisch an das Thema heran.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir verklären die Bundeswehr nicht, wir verteufeln sie aber auch nicht. Als Gemeinschaftskundelehrer habe ich sowohl Fortbildungsseminare von Jugendoffizieren besucht als auch Jugendoffiziere im eigenen Gemeinschaftskundeunterricht erlebt.

Wenn ich meine Vorredner aus dem Regierungslager so höre, erscheint es mir doch mehr als nützlich, hier ein paar Worte aus der Praxis zu verlieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Der entscheidende Begriff ist ja von allen Vorrednern angesprochen worden, nämlich der Beutelsbacher Konsens: Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Schülerorientierung. Die Berücksichtigung des Beutelsbacher Konsenses ver-

hindert jegliche Missbrauchsgefahr. Sollte eine Lehrkraft im Unterricht den Eindruck erhalten, dass Schüler einseitig informiert würden, würde diese sofort die entsprechenden weiteren Informationen zur Verfügung stellen und das strittige Themengebiet dann entsprechend diskutieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt: In der Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag Drucksache 15/2557 heißt es unmissverständlich – Zitat –:

*Ob Jugendoffiziere in den Unterricht eingeladen oder anderweitige Bildungsangebote angenommen werden, entscheiden die Lehrkräfte in eigener Verantwortung.*

Sehr richtig, kann ich da nur sagen. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion steht zu diesem Grundsatz der Bildungspolitik und wird diese pädagogische Freiheit gegen jeden linken oder auch rechten Versuch verteidigen, diese einschränken zu wollen.

Die Aufgabe der Landesregierung ist es lediglich, hierfür den erforderlichen Rahmen zu setzen. Im Beutelsbacher Konsens auf der einen Seite und in der pädagogischen Freiheit der Lehrkräfte auf der anderen Seite sehen wir Liberalen die Grundvoraussetzungen für einen professionellen und ausgewogenen Gemeinschaftskundeunterricht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Der Versuch, die Bundeswehr aus den Schulen zu verbannen, ist im Grunde nichts anderes als ein ungeheuerlicher Missbrauchsbeweis gegenüber der Professionalität der baden-württembergischen Lehrkräfte. Wir, die FDP/DVP, haben Vertrauen in diese Professionalität.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Herrn Abg. Lehmann?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Wenn am Ende noch Zeit ist.

Aus eigener Unterrichtserfahrung weiß ich: Mit ihren differenzierten Informationsangeboten leisten die Jugendoffiziere eine hervorragende fachspezifische Ergänzung zu Themen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der internationalen Friedenssicherung. Mir ist es völlig unbegreiflich, wie man auch nur auf die Idee kommen kann, den baden-württembergischen Schülern den Sachverstand dieser außerschulischen Experten vorenthalten zu wollen. Nein, es geht im Unterricht immer um die Lebenswirklichkeit. Wer wollte bestreiten, dass Soldaten, meist auch mit Auslandserfahrung, hier einen ganz wichtigen Beitrag zur umfangreichen Aufklärung junger Menschen leisten?

Daher empfinde ich es als peinlich, wie wachweich und ausweichend die Landesregierung zu den beiden Anträgen der CDU Stellung genommen hat. Man spürt hier eine gewisse Grundskepsis gegenüber den Jugendoffizieren,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Genau! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch Quatsch!)

(Dr. Timm Kern)

die diese nach meinem Dafürhalten überhaupt nicht verdient haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Es ist daher Zeit und heute auch eine sehr gute Gelegenheit für den neuen Minister, in diesem Hohen Haus ein klares, unzweideutiges Bekenntnis abzulegen, dass die Bundeswehr selbstverständlich zur wehrhaften Demokratie dazugehört und ihre Jugendoffiziere auch künftig an allen öffentlichen Schulen herzlich willkommen sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Weil es angesprochen wurde, noch ein kurzes Wort zur Bundeswehr an sich, auch wenn ich persönlich nicht gedient habe.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Aha! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das lässt sich noch nachhohlen!)

Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, und ohne ein entsprechendes Engagement im internationalen Umfeld lässt sich weder Deutschlands Sicherheit noch unsere Freiheit schützen. Der Staat ist im klassischen Sinn für den Schutz seiner Bürger verantwortlich. Deutschland und seine Bürger sind daher auf funktionierende und effektive sicherheitspolitische Instrumente angewiesen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wir sollten nicht vergessen, dass wir in dieser Welt immer noch darauf angewiesen sind, dass uns im Fall der Fälle Soldaten schützen. Deshalb sollte es in unser aller Interesse sein, dass wir die jungen Bürger bei uns auf der Basis fairer und ausgewogener Informationen informieren, sodass sie eine solide Entscheidungsgrundlage haben, wenn sie sich für oder gegen den Dienst in den Streitkräften entscheiden.

Wieder einmal hat man das Gefühl, dass bei Ihrer Bildungspolitik grüne Ideologie und angebliches Gutmenschentum die Wahrnehmung stärker beeinflussen als bildungspolitischer Sachverstand und Praxisbezug. Die Jugendoffiziere der Bundeswehr leisten einen hervorragenden Beitrag zur politischen Bildung an den Schulen in Baden-Württemberg. Vor diesem Hintergrund haben sie es verdient, dass sich die Politik ohne Vorbehalte und doppelten Boden hinter ihre Arbeit stellt und sie entsprechend anerkennt.

Letzter Satz: Von der professionellen und differenzierten Arbeit der Jugendoffiziere profitieren alle, Lehrer und Schüler, und eine Kooperation mit den Schulen ist daher aus unserer Sicht notwendig und liegt auch im Interesse der Bürger und der Schüler in unserem Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Kultus, Jugend und Sport Stoch das Wort.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei der CDU fast schon bedanken, dass ich bei meinem ersten Auftritt als Minister zu diesem Thema sprechen darf. Denn ich glaube, die Debatte ist ein Musterbeispiel dafür, wie man vermeintlich über eine Sache redet, letztlich jedoch irgendwelche Gespenster anschreit, die man in der eigenen Fantasie gerade produziert hat, Herr Dr. Kern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Fangen wir einmal mit dem Wort „verbannen“ an. Kein Mensch hier in diesem Saal – ich glaube, über die reden wir zunächst einmal – hat auch nur im Entferntesten die Absicht

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Eine Mauer zu bauen!)

– nicht: „eine Mauer zu bauen“ –,

(Heiterkeit)

Kindern und Jugendlichen das vorzuenthalten, was sie für ihre Entwicklung, und zwar für ihre Entwicklung zum mündigen Staatsbürger, ganz sicher dringend brauchen. Das, was die Kinder und Jugendlichen in den Schulen brauchen, sind keine Scheindebatten über die Akzeptanz oder Nichtakzeptanz der Bundeswehr. Vielmehr brauchen sie Informationen von Menschen, die außerhalb des Unterrichtsgeschehens stehen und in die Schulen gehen können, um den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, gesellschaftlich wichtige Fragen selbstbewusst und selbstständig zu beantworten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau so muss es sein! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Guter Anfang! – Weitere Zurufe)

– Danke.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja, wir haben gewusst, was in Ihnen steckt!)

Deswegen bitte ich Sie sehr, bei einer solchen Debatte nicht – für nichts und wieder nichts – den Pegel von null auf 120 Dezibel hochzutreiben. Wir reden hier über die Fragen, die wirklich fachlich relevant sind.

Wir haben hier auch keine Debatte, die in irgendeiner Weise zum Status, zur Anerkennung und zum Ansehen der Bundeswehr in Deutschland Stellung nehmen müsste. Wir haben vielmehr eine Diskussion, die sich am Bildungsauftrag orientiert. Wir sprechen hier für das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Es geht also letztlich um die Frage: Was ist für den Bildungsauftrag, den wir alle haben, das Entscheidende?

Ich darf Sie deswegen bitten, die schrillen Töne aus dieser Debatte herauszunehmen und schlicht und einfach zum Punkt zu kommen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die schrillen Töne kamen von den Grünen!)

Der Punkt, um den es geht, heißt: Es gibt ein Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr. Dieses Abkommen besteht

(Minister Andreas Stoch)

seit dem Jahr 2009; Kollege Rau hat es seinerzeit abgeschlossen. Es gab interessanterweise aber auch zuvor schon das, was ich gerade beschrieben habe, nämlich den staatsbürgerlichen Unterricht unter Einbeziehung externer Fachleute.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Der Beutelsbacher Konsens datiert aus dem Jahr 1976. Da haben sich bereits Menschen mit der Frage befasst: Was ist der richtige Bildungsauftrag, und wie können wir dieses Ziel möglichst gut erreichen?

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Ich halte es daher noch immer für ein zentrales Element dieser Debatte, dass wir uns an dem orientieren, was damals im Beutelsbacher Konsens als Grundlage für die Bildung von Kindern und Jugendlichen formuliert wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bundeswehr – da werden Sie auch in der heutigen Debatte keinen Spalt hineintreiben können – genießt bei dieser Landesregierung ein sehr hohes Ansehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Recht so!)

Die Bundeswehr ist als Verfassungsorgan hoch geschätzt und hoch geachtet, und sie spielt auch bei der politischen Bildung in diesem Land eine wichtige Rolle.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In diesem Kooperationsabkommen sind daher sehr detaillierte Regelungen enthalten, die teilweise auch – Herr Hauk, dies als Hinweis an Sie – sehr deutlich sind. Da steht nämlich drin: Werbung für die Bundeswehr ist verboten. Das hat auch einen guten Grund. Denn in dem Moment, in dem der Jugendoffizier über außen- und sicherheitspolitische Fragen spricht, soll gerade nicht der Verdacht entstehen, dass hier Werben, das heißt Beschönigendes, eine Rolle spielt. Vielmehr soll auch im Sinne dessen, was Kollege Müller vorhin mit seiner Zwischenfrage zum Ausdruck gebracht hat, sichergestellt werden, dass dieser Jugendoffizier objektiv Fakten transportieren kann, dass er zudem Konfliktlösungsstrategien aus seiner Sicht – aus der Sicht eines Jugendoffiziers – schildern kann und in den kritischen Dialog mit den Schülerinnen und Schülern kommt. Das ist sehr sinnvoll.

Aber – eben das macht die Debatte gerade etwas schwierig; das liegt nicht an der Frage, die Sie eben aufgeworfen haben; es geht nicht um Verbannung – das Kooperationsabkommen erzeugt den Eindruck, als habe die Bundeswehr hier im Vergleich zu anderen Externen, die vom Lehrer in den Unterricht einbezogen werden können, Sonderrechte. Ich möchte doch darum bitten, Folgendes zu berücksichtigen: Zentrales Element bei der Entscheidung des Lehrers in der Frage: „Was ist für meine Schüler im jetzigen Stadium des Unterrichts die richtige Lösung, das richtige Angebot?“ ist der Lehrer selbst. Die Lehrkraft – die Lehrerin, der Lehrer – hat zu entscheiden: Welches Angebot mache ich meinen Schülern? Der Lehrer muss dabei die Möglichkeit haben – diese Offenheit müssen auch wir bekunden –, auch andere externe Dritte – der Lehrer hat auch zu verantworten, wen er einbezieht – in seinen Unterricht einzuladen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das geschieht schon lange, Herr Minister!)

– Völlig richtig, Herr Röhm. Deswegen verstehe ich auch die Debatte nicht, die einen falschen Eindruck erweckt.

Deswegen sage ich: Wir müssen in dieser Debatte, in der es um das Kooperationsabkommen geht, wahrscheinlich noch sehr viel deutlicher sagen, dass Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeit haben, unterschiedlichen externen Sachverstand in den Unterricht zu holen und damit auch den Kindern und Jugendlichen jeweils ein richtiges Angebot zu machen.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, halte ich es für richtig, dass wir derzeit entsprechende Gespräche führen, Gespräche mit Friedensorganisationen, um genau dies deutlich hervorzuheben und klarzumachen, dass es keine Sonderrechte gibt, sondern dass es in der autonomen Entscheidung des Lehrers liegt, welches Angebot er macht.

Wir werden am 7. Februar ein solches Gespräch mit verschiedenen Friedensorganisationen führen. Gleich darauf, am 18. Februar – Sie sehen, dass das Thema sehr aktuell ist –, werden wir ein Gespräch mit der Bundeswehr haben. Denn auch die Bundeswehr hat, zuletzt in einem Schreiben aufgrund von Umstrukturierungen, die Frage aufgeworfen, ob dieses Kooperationsabkommen in der jetzigen Weise weitergeführt oder ob es geändert werden soll.

Ich weise in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Nordrhein-Westfalen hin. Nordrhein-Westfalen hat, wie übrigens sieben weitere Bundesländer auch, ein solches Kooperationsabkommen. Nordrhein-Westfalen hat aber diese von mir gerade genannten Fakten, nämlich auch die Einbeziehung anderer Organisationen und die Betonung des Beutelsbacher Konsenses, ausdrücklich in das Kooperationsabkommen aufgenommen.

Deswegen würde es mich freuen, wenn wir zukünftig in der Debatte über dieses Kooperationsabkommen die schrillen Töne draußen lassen könnten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Wir sollten alle darüber nachdenken, was das Richtige ist, um die Kinder und Jugendlichen in unserem Land zu mündigen Staatsbürgern zu erziehen. Dann haben wir eine richtige Debatte, bei der niemand, auch nicht die Bundeswehr, den – falschen – Eindruck gewinnen muss, dass diese nicht in irgendeiner Weise als externer Dritter, der mit viel Fachverstand auch an diesem Erziehungsauftrag beteiligt wird, eine wichtige Rolle spielt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Präfroch das Wort.

**Abg. Matthias Präfroch** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir können eines als Gemeinsamkeit noch einmal festhalten: Wir alle stehen hinter dem Beutelsbacher Konsens und den Grundsätzen, die darin niedergeschrieben sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also!)



(Matthias Pröfrock)

Wir sind uns auch alle darüber einig, dass die Lehrkraft entscheidet, wie sie ihren Unterricht gestaltet, wen sie einlädt und wie das Ganze realisiert wird.

(Zuruf des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

Das haben offensichtlich auch so ziemlich alle verstanden, nur Herr Untersteller hat es nicht verstanden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was?)

Herr Untersteller hat nämlich vor der Landtagswahl gesagt – ich zitiere –:

*Der Kooperationsvertrag ... führt dazu, dass die Schulen nicht mehr eigenständig entscheiden können, wen sie in den Unterricht einladen wollen.*

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein Missverständnis!)

– Das liegt offensichtlich nicht auf unserer Seite.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo stand das denn? In der Zeitung?)

– Das steht bei „abgeordnetenwatch“ in einem Eintrag vom 24. Februar 2011.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein Missverständnis! – Abg. Volker Schebesta CDU: Das hat er sogar selbst geschrieben! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Dann liegt also ein Missverständnis vor. Es ist schon einmal schön, dass wir das hier aufklären konnten. Da hat sich die Debatte schon gelohnt.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Es geht also nicht darum, dass irgendjemand künftig nicht mehr in den Unterricht eingeladen werden soll. Vielmehr geht es darum, dass die Jugendoffiziere – das kommt auch in den Anträgen zum Ausdruck – im Rahmen des Beutelsbacher Konsenses handeln und jetzt nach Ansicht einiger Grüner offensichtlich in Geleitschutz genommen werden müssen, wenn sie die Schule betreten. Das halten wir auch nicht für –

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Salomon?

**Abg. Matthias Pröfrock** CDU: Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben uns doch angesprochen! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Er hat Herrn Untersteller angesprochen!)

Die Schüler sollen offensichtlich nicht allein mit den Jugendoffizieren in Berührung kommen und nur noch im Geleitschutz von Friedensbewegten diese –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Quatsch! Der Lehrer ist immer dabei! Das ist doch Unsinn!)

– Der Lehrer ist immer dabei.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also!)

Der Lehrer ist aber auch noch keine Friedensbewegung, Herr Schmiedel.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein Lehrer ist ein Lehrer! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ein Lehrer ist ein Lehrer. So weit sind wir uns einig.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort hat Herr Abg. Pröfrock.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

**Abg. Matthias Pröfrock** CDU: Meine Damen und Herren, die größte Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik ist die deutsche Bundeswehr; das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen braucht sie auch keinen Begleitschutz.

Über den Satz „Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt“ kann man streiten. Man kann fragen, ob er falsch oder richtig ist, ob er zu einfach ist oder zutrifft. Er stammt vom kürzlich verstorbenen Sozialdemokraten Peter Struck. Er hat damit jedenfalls die sicherheitspolitische Debatte belebt und klargemacht, wie es um die internationale Verantwortung Deutschlands bestellt ist.

Nur: Wo ist eigentlich der grüne intellektuelle Beitrag zur Frage von Krieg und Frieden?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Der fehlt!)

Wie steht es da um die Frage nach der moralischen Verantwortung? Denn wer im Hinblick auf Situationen, wie man ihnen jetzt in Mali oder in Syrien gegenübersteht, in der Verantwortung steht –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was hat das mit den Schulen zu tun?)

Gibt es da eine Responsibility to protect? Gibt es da nicht nur ein Recht, sondern vielleicht auch eine Pflicht, einzugreifen, wenn Menschenrechte verletzt werden? Diese Fragen gehören eben in den öffentlichen Diskurs und an unsere Schulen. Niemand kann diese Fragestellungen besser und authentischer vermitteln als die Jugendoffiziere der Bundeswehr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Parteitagbeschluss der Grünen war glasklar. Da stand: „Schulfrei für die Bundeswehr“. Das Ziel dieses Antrags war, die Bundeswehr aus den Schulen herauszuhalten. Wer jetzt etwas anderes erzählt, der lügt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja-wohl!)

Wir haben jetzt wirklich fast frühlingshafte Temperaturen draußen. Nutzen Sie doch einmal die Gelegenheit, Ihren kalten Krieg mit der Bundeswehr zu beenden. Erklären Sie Ih-

(Matthias Pröfrock)

ren Delegierten auf Ihrem nächsten Parteitag, wie die Wirklichkeit in der Bundeswehr aussieht, und lassen Sie die Jugendoffiziere ihre Arbeit tun.

Die Bundeswehr gehört in die Mitte unserer Gesellschaft. Sie stellt sich der Diskussion über sicherheitspolitische Fragen mit ihren Jugendoffizieren an Schulen. Sie hat dabei unsere volle Unterstützung verdient. Lassen Sie uns deshalb heute das gemeinsame Signal an all diejenigen senden, die sich innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen mit Leib und Leben für unsere Freiheit und für unsere Sicherheit einsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege Pröfrock, gestatten Sie zum Abschluss noch eine Nachfrage der Frau Kollegin Boser?

**Abg. Matthias Pröfrock** CDU: Ja, gern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielleicht können Sie die Frage, die Ihnen gestellt worden ist, auch mit beantworten, Frau Boser!)

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen, Herr Kollege Pröfrock.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Stimmen Sie mir zu, dass in Krisengebieten wie Mali, Afghanistan und anderen Ländern neben der Bundeswehr auch andere Organisationen im Einsatz sind, beispielsweise Terre des hommes oder ähnliche Organisationen, die sehr wohl auch andere Eindrücke aus den Krisengebieten mitnehmen und daher auch eine Befruchtung im Unterricht darstellen und zur politischen Bildung ebenso beitragen wie die Bundeswehr als Organisation?

**Abg. Matthias Pröfrock** CDU: Da stimme ich Ihnen zu. Es liegt in der Verantwortung der Lehrer, wen sie einladen. Aber ich halte es nicht für erforderlich, dass andere Organisationen zwingend dabei sind.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge Drucksachen 15/1787 (geänderte Fassung) und 15/2557. Die beiden Anträge sind reine Berichtsanträge und können für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“ – Drucksache 15/1946 (geänderte Fassung)**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Kollegin Kurtz.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden sich jetzt vielleicht fragen, warum wir, die CDU-Fraktion, nochmals über den Sonderausschuss „Amoklauf“ sprechen wollen

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und nach der Umsetzung der Handlungsempfehlungen fragen. Die Tat ist nun etwa vier Jahre her, und wir haben uns hier im Haus ausgiebig damit beschäftigt. Sie erinnern sich: Wir hatten etwa 60 Handlungsempfehlungen verabschiedet und uns auf acht Handlungsfelder festgelegt.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Ich möchte um Ruhe bitten. Ich bitte, die Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Vielleicht gilt das auch für die Regierungsmitglieder! Jetzt verschaffen Sie sich doch einmal ein bisschen Autorität, Frau Präsidentin!)

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Ich erinnere gerade an die Arbeit des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“ und daran, dass wir die Handlungsempfehlungen damals in einem ganz großen Konsens über alle Fraktionen hinweg verabschiedet haben.

Der eine oder andere mag sagen: „Das ist jetzt Geschichte, und jetzt ist es noch Aufgabe der Gerichte, sich mit der Verantwortung des Vaters des Täters zu befassen, aber hier im Haus muss es auch einmal gut sein; wir können jetzt nichts mehr machen.“ So mag der eine oder andere denken.

Aber ich betone für die CDU-Fraktion ganz deutlich: Das darf nicht sein. Wir dürfen jetzt, wenn sich die Emotionen nach dieser Tat gelegt haben, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Ich denke, das sind wir auch den Angehörigen der Opfer schuldig. Wir wissen auch aus dem, was wir lesen und hören, dass es immer wieder zu solchen Bluttaten und Gewalttaten kommt.

Wir waren uns im Sonderausschuss auch recht einig darüber, dass wir nicht den Anspruch erheben können, solche Taten ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen, aber dass wir wirklich das Möglichste tun sollten, um sie zu verhindern. Das hatten wir uns gegenseitig versprochen.

Wir waren uns auch klar darüber, dass das nicht kurzfristig geht, sondern dass das eine langfristige Aufgabe ist. Deswegen hatten auch diese Handlungsempfehlungen einen starken Präventionscharakter. Sie zielten stark auf die schulpsychologische Beratung, auf Gewaltprävention, auf Medienpädagogik und auf Beratung für Rat suchende Eltern sowie auf Gewaltprävention im Sportbereich.

(Sabine Kurtz)

Vieles ist schon von der früheren Landesregierung umgesetzt worden, und auch die neue Landesregierung hat sich auf den Weg gemacht. So haben wir alle gelesen, dass die Schulen jetzt mit sogenannten Pagern ausgestattet sind. Das ist ein technisches Frühwarnsystem, das greifen kann, wenn es zu einer Amokdrohung kommt.

Aber in anderen Feldern geht es naturgemäß und verständlicherweise nicht ganz so schnell voran. Ich kann auch nicht verschweigen, dass wir nach dem Regierungswechsel etliche Signale von Verbänden, von Lehrkräften, von Bürgerinnen und Bürgern aufnehmen mussten, wonach man den Eindruck hatte: Bei diesem Thema hakt es, es wird ihm nicht so viel Priorität zugemessen, und manches wird schleifen gelassen. Es ging beim Aufbau der einzelnen Präventionsmaßnahmen anscheinend nicht so recht voran. Zu viele andere Themen standen im Vordergrund der politischen Debatte. Aber ich glaube, wir alle sind uns hier ganz einig, dass veränderte Schulstrukturen, dass der Aufbau von Gemeinschaftsschulen und der Ausbau von Ganztagschulen kein Allheilmittel gegen gesellschaftliche und familiäre Probleme sein können.

Umso beruhigender finde ich die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag. Ich freue mich auch, dass jetzt alles unter dem Oberbegriff „stark.stärker.WIR.“ des Präventionsprogramms steht, das den Ansatz hat, möglichst viel zu vernetzen.

(Unruhe – Zurufe: Pst!)

Ich will aber doch die Gelegenheit nutzen, den neuen Kultusminister zu bitten, dem Thema höchste Priorität einzuräumen. Er ist gerade leider nicht da.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Er sollte dieses Thema, wenn möglich, zur Chefsache machen, damit wir sichergehen können, dass das, was hier im Landtag beschlossen wurde, von der Regierung auch wirklich ausgeführt wird. Es darf nichts von dem, was wir damals angeregt haben, unter einem Haushaltsvorbehalt, unter finanziellen Aspekten gesehen werden. Als es um die dritte Tranche der Einstellung von Schulpsychologen ging, konnte man schon einen solchen Eindruck haben. Diese ist aber jetzt um ein Jahr verzögert auf den Weg gebracht worden.

Ich möchte an dieser Stelle auch die Regierung darum bitten, die Rahmenbedingungen für die erhöhte Zahl der Schulpsychologen im Auge zu behalten. Die Frage ist, ob man möglicherweise auch beim Verwaltungspersonal nachsteuern muss, damit hier die Arbeit wirklich zielführend geleistet werden kann.

Was auch geschehen ist – eher im Stillen; das ist gar nicht sehr öffentlichkeitswirksam deutlich geworden –, ist, dass im Januar letzten Jahres an der Universität Tübingen das Kompetenzzentrum für Schulpsychologie eröffnet wurde. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Schritt, der auch über die Grenzen von Baden-Württemberg hinaus sehr aufmerksam beobachtet wird, der Modellcharakter und sehr weitreichende Folgen hat. Es geht hier darum, Erkenntnisse aus der psychologischen bzw. schulpsychologischen Forschung für die Arbeit im Alltag fruchtbar zu machen. Es geht auch darum, die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Bereich fortzubilden. Denn wir

werden bestimmt nicht erreichen können, dass jede Schule ihren eigenen Schulpsychologen hat. Insofern ist es wichtig, dass auch die Lehrerinnen und Lehrer hier eine Fortbildung erfahren können.

In diesem Zusammenhang habe ich die herzliche Bitte, die Träger der freien Schulen von diesem Angebot nicht auszuschließen. Die Aussage dazu in der vorliegenden Stellungnahme ist etwas vage. Diese Träger werden nur nachrangig behandelt. Sie beklagen sich jetzt schon, dass sie nicht an der Finanzierung des Landes für die Schulsozialarbeiter partizipieren.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Ich hätte kein Verständnis dafür, wenn sie von dieser Fortbildung, die das Kompetenzzentrum in Tübingen leisten soll, ausgeschlossen würden.

Sehr wichtig finde ich, dass Sie jetzt alle Schulen mit einem Präventionsprogramm ausstatten wollen. Wir hatten uns damals darauf geeinigt, dass dies nach dem System von Dan Olweus erfolgen soll.

Ich verstehe allerdings nicht, warum es, wenn man sich jetzt auf diesen Weg begeben hat, immer noch vorkommt, dass Schulen, die jetzt neu sagen: „Wir wollen etwas im Bereich der Gewaltprävention tun“, nicht an dieses Programm herangeführt werden, sondern noch einmal etwas Eigenes aufbauen. Ich würde es für sinnvoll halten, dass man, wenn man das Ziel hat, in den baden-württembergischen Schulen flächendeckend nach dem System von Dan Olweus zu arbeiten, jede Schule, die von sich aus sagt: „Wir wollen da etwas tun“, bitte an das Programm heranführt, damit wir da eine gewisse Einheitlichkeit und Flächendeckung erreichen. Bei der Schule, die ich im Auge habe, ist das eigene Programm dann auch noch mit eigenen Mitteln finanziert worden. Da wäre noch die Frage, wie so etwas eigentlich in Zukunft vonstattengehen soll.

Worauf ich Ihr Augenmerk auch noch richten möchte, ist der Sportjugendbereich. Wir hatten da besonders die Schützenverbände im Blick. Wir hören, dass Schülermentorenlehrgänge vom Württembergischen Leichtathletikverband, vom Schützenverband und auch vom Skiverband durchgeführt wurden. Das hat 2011 und 2012 stattgefunden. Wichtig wäre auch hier, eine Nachhaltigkeit, eine Dauerhaftigkeit zu installieren. Deshalb auch die Bitte an das Kultusministerium, dafür zu sorgen, dass diese Kooperationen, die auch in einen Wettbewerb gemündet haben, fortgesetzt werden und nicht irgendwo wieder stillschweigend gekappt werden.

Insgesamt, so denke ich, sind wir auf einem guten Weg. Ich habe die herzliche Bitte, dass dieser Weg weitergegangen wird, dass hier das Kultusministerium mit dem Sozialministerium zielführend zusammenarbeitet und dass wirklich versucht wird, hier eine Flächendeckung und Vernetzung herbeizuführen, indem diese vielfältigen Einzelmaßnahmen, die wir bisher haben und die alle gut sind, die aber sicherlich besser werden, wenn man sie vernetzt, weitergeführt werden. Es ging uns heute einfach darum, dass wir noch einmal den Fokus auf dieses wichtige Thema richten, dass wir nach innen ins Haus und nach außen in die Bevölkerung hinein das Signal setzen: Wir haben den Auftrag des Sonderausschusses „Amoklauf“

(Sabine Kurtz)

sehr ernst genommen und werden nicht nachlassen, dieses wichtige Thema weiterzuverfolgen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Kollegin, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Halder?

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Ja, warum nicht?

**Abg. Wilhelm Halder** GRÜNE: Noch eine kurze Anregung: Wir sehen auch von Winnenden aus mit sehr viel Wohlwollen, was hier passiert und wie es umgesetzt wird. Aber ein Thema ist für uns auch immer noch der Privatbesitz von Schusswaffen. Ich denke, das sollte zumindest von der Landesregierung, aber auch von Ihrer Fraktion immer wieder weiter mit in die Forderungen aufgenommen werden; denn das ist eines der Grundübel, die wir festgestellt haben. Es sollte daher in diesen Konsens mit aufgenommen werden, dass immer wieder gefordert wird, dass hier der Bund einmal aktiv wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir sind nicht in den USA!)

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Vielen Dank, Herr Kollege, für den Appell. Das war jetzt in dem Sinne keine Frage, auf die ich antworten müsste. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir dieses Thema zuerst und ausführlich behandelt haben und es in den gesamten Präventionskontext gestellt haben. Deswegen habe ich auch ausdrücklich noch einmal die gute Arbeit und die Projekte der Schützen- und Sportverbände ins Feld geführt, weil ich denke, dass das auch die richtigen Ansprechpartner für dieses Thema sind.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lehmann das Wort.

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Kurtz, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie den Konsens, den wir im Sonderausschuss in weiten Teilen gehabt haben, hier heute noch einmal beschworen und diesen Konsens auch eingefordert haben. Wir halten uns an diesen Konsens. Ich denke, von allen, die an diesem Sonderausschuss beteiligt waren, hat dieser Sonderausschuss nicht nur viel Arbeit erfordert, sondern hat ihnen auch ein Stück Veränderung im Blick auf Schule und auf das, was in der Gesellschaft passiert, gebracht. Deswegen war der große Konsens wichtig, und wir haben es uns auch zum Ziel gesetzt, die Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses vollumfänglich umzusetzen. Das möchte ich vorweg sagen.

Wir haben aber auch – das muss man hier auch noch einmal klar sagen – die Erkenntnis gewonnen, dass wir ein Programm zur Gewaltprävention in die Fläche und an alle Schulen bringen wollen und dass hierfür das Gewaltpräventionsprogramm nach Dan Olweus das richtige ist. Wir haben das auch in ersten Schritten umgesetzt, und wir werden das auch weiter in die Fläche bringen, damit es auch flächenhaft wirkt. Denn die Erkenntnis, die wir gewonnen haben, ist die, dass wir eigent-

lich nur durch ein funktionierendes Netzwerk von Eltern, Pädagogen, Schulsozialarbeitern, Psychologen bis hin zur Polizei präventiv wirken können.

Wir wissen aber auch, dass wir Amokläufe damit nicht verhindern können. Das ist auch klar. Die Exzesse, die im letzten Jahr in den USA stattgefunden haben – es gab mindestens drei Amokläufe mit furchtbaren Todesfällen –, die aber auch in Deutschland immer wieder vorkommen – wie letztes Jahr in Memmingen; dort wurde zum Glück niemand verletzt, obwohl 70 Schüsse abgegeben wurden –, zeigen, dass wir hier ein Phänomen haben, ein Problem haben, das uns noch sehr lange beschäftigen wird. Das besorgt uns.

Wir hatten aber – das dürfen wir, Frau Kurtz, trotz des Konsenses nicht verschweigen – auch unterschiedliche Positionen. Dies betraf z. B. die Frage: Wie halten wir es mit dem Waffenrecht? Wie scharf nehmen wir dies in den Blick? Bei dieser Frage hatten wir keinen Konsens.

Wir hatten auch keinen Konsens hinsichtlich der Frage, welche Rolle z. B. die Schulsozialarbeit spielt. Grüne und SPD hatten hierzu Minderheitsvoten eingebracht. Wir haben unser Anliegen nun umgesetzt. Wir haben die Schulsozialarbeit in die Landesverantwortung aufgenommen, gerade aus dem Grund, dass diese Aufgabe in den Verantwortungsbereich aller fällt. Davon ist das Land auch nicht auszuschließen. Hier kommt der Schulsozialarbeit eine wichtige Rolle zu.

Wir waren uns auch nicht einig in der Frage – das begleitet uns in der bildungspolitischen Debatte ständig –: Wie gehen wir mit den Unterschieden, die heute in den Schulen, unter den Schülern bestehen, um? Wie gehen wir mit Heterogenität um? Wie gehen wir mit der Vielfalt um? Eine Antwort darauf ist, dass wir bildungspolitisch andere Akzente setzen. Wir erachten längeres gemeinsames Lernen als wichtig und werden das mit den Bürgern und den Schülern vor Ort schrittweise umsetzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das soll der Amokprävention dienen?)

Frau Kurtz, ich möchte Ihnen auch bei noch einem Punkt widersprechen. Wir halten Ganztagschulen für einen wichtigen Ansatz, der präventiv wirkt; denn wenn Ganztagschulen rhythmisiert aufgestellt sind, dann beinhaltet das Programme zur Gewaltprävention und Suchtprävention. Davon sind wir überzeugt und werden das umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Gabi Rolland SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Allein für die Schulsozialarbeit haben wir 15 Millionen € jährlich mehr bereitgestellt. 2014 werden wir diesen Betrag um 10 Millionen € erhöhen. Wir haben also einen hohen finanziellen Beitrag erbracht.

Bisher haben wir unsere Ausbauschritte bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen eingehalten. Das wird hier bestätigt. Ich sage Ihnen aber auch offen, dass wir beim Thema Beratungslehrer noch nacharbeiten müssen. Die Vorgabe haben wir gemeinsam im Sonderausschuss gemacht. Die noch vorhandene Lücke ist noch zu füllen. Das ist aber natürlich auch der Tatsache geschuldet – das gehört, Frau Kurtz, zur

(Siegfried Lehmann)

Ehrlichkeit dazu –, dass wir diese Mittel in den regulären Haushalt überführt haben. Damals wurden die Maßnahmen über eine globale Mehrausgabe finanziert. Das ist natürlich zuerst einmal schön schnell gewesen, aber das ist in der Politik keine Nachhaltigkeit. Wir haben uns das Ziel gesetzt, diese Punkte nachhaltig zu finanzieren. Deswegen haben wir die Finanzierung der Maßnahmen regulär in den Haushalt eingestellt. So wird es auch in Zukunft erfolgen.

Ich glaube, wenn wir in einem oder zwei Jahren wieder eine Bestandsaufnahme machen – das sollten wir tun –, dann werden wir in Baden-Württemberg eine bessere Präventionsarbeit haben als in der Vergangenheit.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Kollegen Kleinböck das Wort.

**Abg. Gerhard Kleinböck SPD:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nach den Amokläufen in der Vergangenheit, insbesondere nach dem Amoklauf in den USA kurz vor Weihnachten, ist die Diskussion darüber auch bei uns in Deutschland wieder hochgekommen.

Die jüngsten Vorschläge, die wir von der Waffenlobby in Amerika vernehmen konnten, finden meine Zustimmung natürlich nicht. Ich hoffe, auch Ihre Zustimmung werden diese Vorschläge nicht finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben kein Waffenrecht wie in den USA!)

– Herr Röhm, wir werden uns keine 38er auf den Schreibtisch legen wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir zwei nicht! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Da sind wir sicher d'accord.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass es bei diesem Thema keine einfachen Lösungen gibt. Wir brauchen uns nur die Gebäude anzuschauen, denn die baulichen Gegebenheiten sind sehr unterschiedlich. Sie reichen vom massiven Gründerbau bis hin zu den modernen lichtdurchfluteten Plattenbauten. Die Unterschiede, die dadurch gegeben sind, wissen wir alle einzuschätzen.

Über die Fragen „Türklinke oder -knauf?“ und „Verbarrikadieren oder ins Freie flüchten?“ wurde ebenso wie über die Frage „Verschlüsselte Durchsagen oder Klartext?“ diskutiert. Meine Damen und Herren, ich habe das alles schon mitdiskutiert und kann Ihnen trotzdem sagen: Für die Schulen bleibt die Beantwortung dieser Fragen eine Daueraufgabe.

Meine Damen und Herren, so unterschiedlich die jeweiligen Gebäude sind, so unterschiedlich die einzelnen Maßnahmen auch bewertet werden, in einem stimmen wir hoffentlich überein, nämlich: Eine gute Vorsorge vermindert das Risiko eines Amoklaufs erheblich.

Die Wissenschaft behauptet, dass ein Amoklauf keine Kurzschlusstat sei, sondern sich der Täter lange zuvor damit auseinandersetze und eine weit überdurchschnittliche Kränkbarkeit an den Tag lege, die oft mit einem weit unterdurchschnittlichen Selbstbewusstsein einhergehe. Wenn das so zutrifft, dann müssen Menschen im Umfeld eines potenziellen Täters doch etwas bemerken.

Etwas zu bemerken bedeutet zunächst einmal festzustellen, dass etwas nicht stimmt. Im Abschlussbericht des Sonderausschusses hat Christoph Palm festgehalten, dass es extrem schwierig sei, einen potenziellen Amokläufer, der den Entschluss zur Tat gefasst hat, noch von seiner Tat abzubringen. Deshalb hat der Sonderausschuss den Schwerpunkt der Empfehlungen auf Prävention und Früherkennung gelegt.

Meine Damen und Herren, das kann Schule natürlich nicht allein schaffen. Es müssen auch die Eltern eingebunden werden. Ich hatte gerade in den vergangenen Tagen mehrere Eltern vor mir sitzen, die mit ihrem Latein am Ende waren. Auch wenn meines Erachtens nicht direkt Amokgefahr gedroht hat, so war doch eine große Gewaltbereitschaft bei den – stets männlichen – Jugendlichen erkennbar.

Leider erlebe ich – Herr Röhm, das wird auch Ihnen so gehen –, dass Eltern oft überfordert sind und einfach gar nicht wissen, an wen sie sich wenden können. Insofern sind zusätzliche und leicht zugängliche Informationen erforderlich. Dabei ist meines Erachtens auch die Politik gefordert.

Das ist eine Entwicklung, die ich Ihnen nicht vorenthalten will. Meine engagierte Schulpsychologin hat schon einiges zu tun – in letzter Zeit zunehmend mehr. Neben Eltern, Freunden und Verwandten tragen die Schulen dennoch eine große Verantwortung.

Jetzt kommen wir zu dem Punkt, den wir in den Fokus nehmen müssen: Lehrerinnen und Lehrer müssen hinschauen. Sie müssen aufmerksam beobachten, und sie müssen sich ihren Schülerinnen und Schülern zuwenden.

Im Zuge der Neuordnung der Lehrerausbildung müssen wir diesem Aspekt eine besondere Aufmerksamkeit widmen. Meine Damen und Herren, vielleicht hat sich schon herumgesprochen, dass die Person der Lehrerin bzw. des Lehrers der wesentliche Faktor für ein gelingendes Lernen ist. Wir müssen Lehrerinnen und Lehrer also noch mehr qualifizieren und sensibilisieren. Gleichzeitig müssen wir aber auch klare Verhaltensregeln definieren: null Toleranz gegenüber Gewalt und Mobbing, nicht wegschauen, auch wenn das Hinschauen vielleicht Unannehmlichkeiten mit sich bringt.

Außerdem gilt es, niedrigschwellige Hilfsangebote zu machen. An meiner Schule werden z. B. Schülerkonfliktcoaches in der zweiten und demnächst in der dritten Runde ausgebildet.

Wir müssen die Hintergründe von Gewaltausbrüchen aufdecken. Wir müssen Opfer schützen und betreuen. Außerdem dürfen wir auch nicht – bei Bedarf – die Zusammenarbeit mit der Polizei scheuen. Meine Damen und Herren, das ist einfach so. Bei mir an der Schule gibt es eine ganze Reihe junger Leute, die in den Jugendarrest gehen, wenn ich sage, dass es mit der Ausbildung nicht funktioniert. Dabei haben die Schulen eine besondere Verantwortung: Den Weg zurück in

(Gerhard Kleinböck)

die Gesellschaft dürfen sie gerade diesen jungen Leuten nicht verwehren.

Im Zuge der Vorsorge ist die Politik vielfach gefordert.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er fängt ja gerade an!)

**Abg. Gerhard Kleinböck SPD:** Ich fange gerade erst an.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dabei geht es nicht nur um die angesprochene Änderung der Lehrerbildung, um Fortbildungsangebote und eine Verschärfung des Waffenrechts. Wir brauchen auch eine medienpädagogische Erziehung, die Kindern und Jugendlichen Realitätsbewusstsein ermöglicht. Oder anders ausgedrückt: Sie müssen schon wissen, was Film und was Wirklichkeit ist.

Interessant ist an dieser Stelle für mich auch die Frage, inwieweit diese gemeinsame Verwaltungsvorschrift von Innen-, Umwelt- und Kultusministerium aus dem Jahr 2012 tatsächlich umgesetzt wird, dass zu Beginn des neuen Schuljahrs das schulinterne Krisenteam einberufen wird und Abstimmungen mit Feuerwehr und Polizei erfolgen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Abg. Gerhard Kleinböck SPD:** Ich komme zum Schluss und sage: Es schadet sicher nicht, wenn wir gelegentlich an die zentrale Erziehungsaufgabe erinnern, nämlich den jungen Menschen ein Wertegerüst mitzugeben, mit dem sie den vielfachen Versuchungen der heutigen Zeit halbwegs sicher widerstehen können und ihren Weg in die Gesellschaft finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! An den Tag des Amoklaufs in Winnenden und Wendlingen erinnern wir uns alle wahrscheinlich noch ziemlich genau. Viele meiner Kollegen spürten damals, dass sich in dem Moment, als uns die Nachricht in der Schule erreichte, etwas änderte. Ein Amoklauf an einer Schule war bis dahin weit weg und für uns am Friedrich-List-Gymnasium in Reutlingen eigentlich nicht vorstellbar gewesen. Mit dieser Nachricht von einem Amoklauf an einer Schule in nicht allzu weiter Entfernung war schlagartig klar, dass wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen konnten und von nun an manches im Schulalltag mit etwas anderen Augen sehen würden.

Der vom Landtag eingesetzte Sonderausschuss hat damals eine ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe übernommen. Er

sollte Vorschläge für Maßnahmen erarbeiten, die geeignet sind, einem weiteren Amoklauf von vornherein den Boden zu entziehen.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion ist froh, dass sich der Sonderausschuss seinerzeit dagegen entschieden hat, unsere Schulen zu Festungen zu machen, und stattdessen empfohlen hat, das Unterstützungssystem aus Schulpsychologen, Beratungslehrern und Gewaltpräventionsberatern in erheblichem Umfang auszubauen.

Wir Liberalen halten diese Investitionen für mehr als gerechtfertigt. Wir erwarten uns von den Anlaufstellen und ihren Unterstützungs- und Beratungsangeboten, dass sie den Umgang der Schüler mit schwierigen Situationen und Konflikten verbessern, ihr Selbstwertgefühl stärken und die Voraussetzung für ein gutes Miteinander aller an den Schulen schaffen. Das erscheint uns als das einzig Sinnvolle und Wirksame, was auch zur Vorbeugung eines weiteren Amoklaufs getan werden konnte.

Wir danken deshalb der CDU-Fraktion, dass sie mit ihrem Antrag den Ausbau des Unterstützungssystems auf die Tagesordnung gesetzt hat und wir, das Parlament, die Möglichkeit haben, zu prüfen, wie weit die Landesregierung mit der Umsetzung der seinerzeit einmütig beschlossenen Vorschläge gekommen ist und wo eventuell noch Handlungsbedarf besteht.

Bereits im Jahr 2010 – noch zu Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung – wurden 16,3 Millionen € für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses bereitgestellt. Davon wurden u. a. 100 zusätzliche Schulpsychologenstellen, ein Kompetenzzentrum Schulpsychologie, der Ausbau der Beratungslehrerkapazitäten, die Ausbildung von Präventionsberatern und die Einführung des Gewaltpräventionsprogramms nach Dan Olweus an den Schulen auf den Weg gebracht.

Ganz offensichtlich hat die grün-rote Landesregierung den Kurs ihrer Vorgängerregierung und den vorgesehenen Ausbau des Unterstützungs- und Beratungssystems an den Schulen planmäßig fortgesetzt. Dafür gelten ihr der Dank und die Anerkennung unserer Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch die letzte Tranche von 20 Schulpsychologenstellen soll nach Auskunft des Kultusministeriums unserer Fraktion gegenüber zu Beginn des Jahres ausgeschrieben werden. Eine Zeit lang stand die Befürchtung im Raum, dass diese letzte Tranche mit dem Verweis auf die Bezuschussung der Schulsozialarbeit durch die grün-rote Landesregierung vielleicht gekippt werden könnte.

Damit wir hierbei nicht falsch verstanden werden: Wir Liberalen haben uns seinerzeit im Rahmen der Beratungen des Sonderausschusses ebenfalls für die Schulsozialarbeit eingesetzt, da sie die Palette der Unterstützungs- und Beratungsangebote erweitert und jedes dieser Angebote seine eigenen, besonderen Stärken einbringt. Während der Beratungslehrer an der Schule direkt greifbar ist, ist die Schulpsychologin in der Beratungsstelle eine psychologisch geschulte Ansprechpartnerin mit etwas Distanz zur Schule. Der örtliche Schulsozialarbeiter vermag durch jugendgerechte Aktivitäten ein wenig abseits des Schulalltags junge Menschen anzusprechen.

(Dr. Timm Kern)

Wenn wir ein möglichst niedrigschwelliges, möglichst individuelles Unterstützungssystem haben wollen, muss es vielfältig ausgestaltet sein. Es bleibt zu hoffen, dass diese Erkenntnis auch die weitere Politik von Grün-Rot in diesem Bereich trägt und nicht das eine Angebot gegen das andere ausgespielt wird.

Leider muss ich zu guter Letzt aber doch noch etwas Wasser in den Wein schütten. Wenn man die Ausgestaltung des Schulpsychologieausbaus durch Schwarz-Gelb mit der Schulsozialarbeitsbezuschung durch Grün-Rot vergleicht, fallen eklatante Unterschiede auf. Das lässt sich am Beispiel der freien Schulen gut verdeutlichen. Während ein Schüler an einer freien Schule die gleichen Möglichkeiten des Zugangs zu einem Schulpsychologen hat wie ein Schüler an einer staatlichen Schule, wird Schulsozialarbeit an freien Schulen von der Bezuschung ausgeschlossen und auch nicht in die Bruttokosten einberechnet. Damit machen Sie, auf das Gesamte gesehen, fast jeden zehnten Schüler hinsichtlich der Schulsozialarbeit zu einem Schüler zweiter Klasse.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Leider haben Sie diesen Webfehler Ihrer Schulsozialarbeitsbezuschung weder auf die Mahnung der freien Schulen noch auf die der FDP/DVP-Landtagsfraktion hin korrigiert.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Vielleicht vermag das dann aber die heutige Beschäftigung mit dem Ausbau des Unterstützungs- und Beratungssystems entsprechend den Vorschlägen des Sonderausschusses zu leisten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mentrup das Wort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er wird jetzt alles richtigstellen!)

**Staatssekretär Dr. Frank Mentrup:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir stellen fest, dass die Landesregierung – das ist eben noch einmal bestätigt worden – in der Kontinuität der Vorgängerregierung und auch in der Kontinuität der gemeinsamen Beschlüsse des Sonderausschusses die Handlungsempfehlungen umsetzt. Es besteht hier – dafür bin ich außerordentlich dankbar – ein breiter Konsens darüber, dass wir das weitestgehend im Konsens erfüllen und auch weiter erfüllen werden.

Allein im Kalenderjahr 2013 stehen für diese Präventionsmaßnahmen 7,3 Millionen € zur Verfügung. Für das Jahr 2014 sind 9,28 Millionen € vorgesehen. Rechnet man die Ausgaben für die Stellen der Schulpsychologinnen und -psychologen hinzu, sind es am Ende 12 bis 14 Millionen €. Vergleicht man das mit den Vorjahren – im Jahr 2009 ist man mit 9 Millionen € für diese ganzen Bereiche gestartet –, sieht man: Es gibt eine erhebliche langfristige und auch nachhaltige Verbesserung der finanziellen Ausstattung, und zwar nicht einmalig, sondern auf Dauer angelegt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sehr dankbar bin ich auch für die sehr ausgewogene Darstellung der verschiedenen Maßnahmen und deren Bedeutung für das Gesamtergebnis. Es geht hier nicht um eine Maßnahme, es geht auch nicht um die Aussage, man könne eine solche Tat von vornherein überall verhindern oder man könne eine verantwortliche Berufsgruppe finden, die man mit dieser Aufgabe beauftragt. Vielmehr sind das – das ist auch hier in der Diskussion sehr deutlich geworden – verschiedene Stellschrauben eines Systems, die im Grunde an drei Stellen wirken sollen.

Zunächst soll an einer Schule eine Atmosphäre hergestellt werden, die eine weitestgehende Achtsamkeit und auch Fürsorge füreinander entwickelt, und das – das möchte ich ausdrücklich unterstreichen – nicht nur, weil es der Prävention von School Shooting oder, wie wir sagen, „Amokläufen“ dient, sondern weil das generell für das Zusammenleben von Menschen in einem solchen System wie Schule eine ganz wichtige Voraussetzung ist.

Das Zweite ist: Ich brauche Spezialistinnen und Spezialisten vor Ort, die ich ansprechen kann, wenn mir etwas auffällt, und die auch als fach- und sachkundige Beobachterinnen und Beobachter am Schulgeschehen vor Ort tätig sind und darauf reagieren können.

Das Dritte ist: Ich brauche auch außerhalb einer Schule Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die mir dann, wenn etwas an der Schule selbst nicht mehr zu regeln ist oder auch für einzelne Schülerinnen und Schüler nicht mehr zu regeln ist, in der Schule mit Sachverstand von außen zur Verfügung stehen.

Der Sonderausschuss hat für alle dieser drei Bereiche Forderungen aufgestellt. Ich will noch einmal kurz resümieren, wo wir da im Einzelnen stehen.

Beim Thema Schulkultur hat uns der Sonderausschuss ange raten, die Präventionsstrategie von Dan Olweus landesweit umzusetzen. Wir haben auf der anderen Seite festzustellen, dass es schon Hunderte von Schulen im Land gibt, die mit anderen Präventionsprogrammen, mit Streitschlichtungsprogrammen, mit anderen Programmen zur Stärkung der Ichstärke und des Selbstbewusstseins, aber auch des Wirgefühls an den Schulen arbeiten.

Deswegen ist hier das Kultusministerium – das war auch schon vor dem Regierungswechsel so – einen etwas anderen Weg gegangen und hat erst einmal unter dem Gesamtkonzept „stark.stärker.WIR.“ versucht, die verschiedenen Programme, die es im gesamten Land schon gibt, unter ein gemeinsames Dach zu stellen und dann aber auch die Voraussetzungen und die Anreize zu schaffen, das an allen Schulen nachzuholen, wenn es solche Programme dort noch nicht gibt.

Da wird von uns das Programm nach Dan Olweus sehr präferiert. Es ist jedoch, Frau Kurtz, nicht das Programm, das wir den Schulen jetzt als einzige Möglichkeit vorschreiben. Ich denke, hier muss man jeder Schule die Möglichkeit geben, sich im Rahmen der verschiedenen Angebote zurechtzufinden.

Das Ganze haben wir in dieser Handreichung zusammengefasst. Ich war selbst bei einzelnen Veranstaltungen, bei denen z. B. dieses Logo oder der Slogan für einen Schülerinnen- und

(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

Schülerwettbewerb letztlich gefunden wurden. Das hat an vielen Stellen vor Ort, aber auch landesweit zu einem völlig anderen Gefühl geführt. Es entsteht ein Bewusstsein dafür, dass Menschen in der Schule nicht nur dann gut miteinander leben, wenn sie bis zum Ende des Schultags keinen Streit miteinander hatten. Hier geht es um ein Mehr an Achtsamkeit und einer gemeinsamen Verantwortung bis dahin. Das hat auch damit zu tun, dass man über ein klares Regelwerk erst einmal ächtet, wenn es Mobbing gibt, wenn Menschen ausgegrenzt werden, man sich aber gleichzeitig um solche Situationen kümmert.

Wir haben jetzt die ersten 150 Präventionsbeauftragten ausgebildet, und sie stehen den 500 Schulen, die sich angemeldet haben, jetzt schon einmal zur Verfügung. Die ersten Rückmeldungen sind außerordentlich gut. Es macht doch Sinn, wenn einmal jemand von außen kommt und diese Prozesse begleitet und moderiert. Ziel soll es natürlich sein, dass die Schulen selbst in die Lage versetzt werden, vor Ort dieses Präventionskonzept und dann dieses Wirgefühl nachhaltig gemeinsam umzusetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Zweite ist der Ausbau der Zahl der Beratungslehrkräfte. Von ihnen haben wir etwa 1 500 im Land. Im letzten Schuljahr wurden 100 zusätzliche Lehrkräfte ausgebildet, im Jahr 2011 waren es 40, und im kommenden Schuljahr werden es 150 sein. Wir steigern hier die Zahl.

Für den Ausbau waren ursprünglich einmal andere Kontingente vorgesehen. Wir erleben aber allein schon bei der Organisation der Fortbildung durchaus eine Limitierung. Wir haben festgestellt, dass die schulpсихologischen Beratungsstellen sehr stark in die Fortbildung der Beratungslehrer integriert sind und dass es auch zunehmend schwierig gewesen wäre, Kohorten von 400 zusätzlichen Beratungslehrerinnen und -lehrern durch die schulpсихologischen Beratungsstellen fortbilden zu lassen. Das hätte uns dort wiederum Kapazitäten gekostet, die den Schulen vor Ort entzogen worden wären. Insofern haben wir einen Ausbaueweg gefunden, der relativ zügig die Zahl erhöht, das Ganze aber insgesamt organisierbar macht.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kurtz?

**Staatssekretär Dr. Frank Mentrup:** Ja, gern.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Herr Staatssekretär, ich möchte noch einmal auf das Programm „stark.stärker.WIR.“ zurückkommen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, schauen Sie zwar, dass alle Schulen nach und nach flächendeckend ein Gewaltpräventionsprogramm installieren. Sie achten jedoch nicht unbedingt darauf, dass, wie es der Sonderausschuss empfohlen hat, nach dem Konzept nach Dan Olweus vorgegangen wird.

Dazu kommt, dass, selbst wenn Schulen erst im vergangenen Jahr mit so etwas begonnen haben, ein ganz anderes Programm ausgewählt wird, weil die Schulen eine ganz große Freiheit haben. Was sie gern hätten, kaufen sie sich irgendwo ein und finanzieren es je nachdem, welche Mittel sie haben.

Ich habe jedoch die Beratungen des Sonderausschusses so in Erinnerung, dass die Mitglieder des Ausschusses das Konzept nach Dan Olweus ganz bewusst möglichst breit verankert im Land sehen wollten. Daher frage ich, ob Ihnen das egal ist – Hauptsache, es wird irgendetwas gemacht – oder ob Sie das Programm nach Dan Olweus präferieren, bewerben und die Schulen dahin gehend beraten und unterstützen.

Danke schön.

**Staatssekretär Dr. Frank Mentrup:** Wir würden bei einer entsprechenden Anfrage im Rahmen der Empfehlungen des Sonderausschusses das Programm nach Dan Olweus empfehlen. Wir sehen aber auch, dass es traditionell vor Ort mitunter andere Träger gibt, die zum Teil schon über Einzelfälle Kontakt zu den Schulen hatten, die dort zur Verfügung stehen. Wir würden im Moment nicht so weit gehen, den einzelnen Schulen zu sagen, dass sie diese Konzepte nicht umsetzen dürfen – zumal sie es selbst tun dürften – und das Programm unbedingt nach Dan Olweus sein muss.

Wir haben dem Sonderausschuss jedoch zugesagt, dass wir eine Evaluation machen. Derzeit läuft gerade die Ausschreibung. Wir werden die Evaluation von „stark.stärker.WIR.“ durchführen und verschiedenartige Programme in die Evaluation aufnehmen, sodass wir anschließend noch besser in der Lage sind zu beraten, welche dieser Programme wirklich ein gutes Evaluationsergebnis gebracht haben und welche nicht. Das Programm nach Dan Olweus ist damals vom Sonderausschuss ausgewählt worden, weil schon weltweit entsprechend positive Evaluationsergebnisse vorgehalten wurden. Ich denke, wenn bei der Evaluation herauskommt, dass sich bestimmte Programme überhaupt nicht eignen, werden wir das auch offen kommunizieren. Aber wir sind – das ist bei diesem Präventionsthema immer so; das geht auch gar nicht anders – sehr stark darauf angewiesen, dass in den Schulen selbst die Bereitschaft besteht und auch die Verantwortung übernommen wird, hier diesen Weg zu gehen.

Wir erwarten tatsächlich, dass diese Bereitschaft dann auch besteht. Aber ich denke, wir sollten im Moment die Wege noch etwas offener halten. Im Rahmen einer Evaluation sollten wir dann in einem zweiten Schritt aber doch die Angebote kritisch bewerten und entsprechend beraten.

Ein Letztes zu den Beratungslehrkräften: Ziel sollte natürlich sein, dass am Ende an jeder Schule eine solche Lehrkraft zur Verfügung steht. Ich möchte aber auch den Gedanken der Schulsozialarbeit aufgreifen: Dadurch, dass wir auch diese Ebene parallel stark ausbauen konnten und die Schulsozialarbeiter ebenfalls im Bereich der Gewaltprävention und der Suchtprävention Kompetenzen mitbringen, haben wir hier jetzt noch eine stellenmäßig stärker ausgebaute zweite Berufsgruppe, die an den einzelnen Schulen für solche Fragestellungen zur Verfügung steht.

Ich komme zur nächsten übergeordneten Ebene, nämlich zu den Staatlichen Schulämtern und den damit verwaltungstechnisch verbundenen schulpсихologischen Beratungsstellen. Auch hier wurden seit 2010 zunächst 80 zusätzliche Stellen geschaffen. Die Freigabe der letzten Tranche von 20 Stellen steht jetzt kurz bevor. Damit wäre es dann immerhin gelungen, wie versprochen, die Zahl der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen zu verdoppeln.



(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

Sie haben, Frau Kurtz, richtigerweise darauf hingewiesen, dass das Kompetenzzentrum Schulpsychologie an der Universität Tübingen mittlerweile in Betrieb genommen wurde. Hier werden 2,5 Stellen vom Land finanziert. Die W-3-Professur für Schulpsychologie wurde jetzt mit Frau Dr. Gawrilow besetzt. Dadurch können wir auch hier versuchen, Forschungsergebnisse, Evaluationsarbeiten usw. noch stärker in den gesamten Prozess mit hineinzunehmen. Dabei ist die Evaluation unseres Programms „stark.stärker.WIR.“ derzeit noch nicht einer bestimmten wissenschaftlichen Institution zugeordnet worden. Dies wird ausgeschrieben, und darauf können sich dann verschiedene Institutionen bewerben.

Abschließen möchte ich die Auflistung der umgesetzten Empfehlungen mit dem Verweis auf die technische Prävention. Die Pager sind bereits genannt worden. Selbstverständlich stellen wir diese Payer auch den freien Schulen zur Verfügung, auch wenn wir sie ihnen nicht finanzieren werden. Auf diesem Weg haben aber auch die freien Schulen Zugang zu diesem Instrument.

Die Amokgefahr in Memmingen, auf die gerade hingewiesen wurde, hat dazu geführt, dass wir über die Payer auch in dem angrenzenden baden-württembergischen Raum die Schulen informiert haben. Das hat hervorragend funktioniert. Man sieht an diesem Beispiel: Das hat geklappt. In anderen Fällen sehen wir aber durchaus, dass manche Probealarmierungen noch nicht den gewünschten Erfolg zeitigen konnten. Da müssen wir im Moment an verschiedenen Stellen noch nachbessern.

Zum Thema „Mentorenprogramme und Wettbewerbe“: Sie, Frau Kollegin Kurtz, hatten die Schützen genannt. Es gibt auch noch die Biathleten, die hier tätig sind. Die entsprechenden Wettbewerbe werden, wie geplant, im Jahr 2013 stattfinden; dies wird also durchgeführt.

Zu Ihrem Vorwurf, Herr Dr. Kern, wir hätten an dieser Stelle Schüler erster oder zweiter Klasse – durch Schulsozialarbeit an staatlichen Schulen versus freie Schulen –, möchte ich nur darauf hinweisen, dass auch die vorherige Landesregierung immer Wert darauf gelegt hat, dass die Schulsozialarbeit ein Teil der Jugendsozialarbeit und damit der Jugendhilfe nach dem SGB VIII ist. Daher steht den Privatschulen im Rahmen des SGB VIII natürlich ein ähnlicher Anspruch zu wie den öffentlichen Schulen. Sie müssen dies dann aber über das vor Ort zuständige Jugendamt als dem dortigen SGB-VIII-Verantwortlichen umsetzen und ihren Anspruch auf diese Weise durchsetzen.

Insofern ist das an dieser Stelle nicht vergleichbar, weil die rechtliche Grundlage einfach eine völlig andere ist. Ich bitte Sie, diese Tatsache endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen. Von Ihnen kommt immer wieder dieser Vorwurf, und auch die freien Schulen versuchen es an dieser Stelle immer wieder. Man muss aber einfach auf diese Tatsache verweisen; auch die Städte und Gemeinden haben Wert darauf gelegt, dass die Schulsozialarbeit nicht in die Verantwortung des Schulträgers übergeht. Wir hatten dies als Opposition früher anders gesehen. Aber wenn die Jugendhilfeträger sagen, sie wollten es in ihrer Obhut behalten – sie wollen sich auch weiterhin finanziell daran beteiligen; sie übernehmen aber natürlich gern die Drittelfinanzierung durch das Land –, dann haben die freien

Schulen hier andere Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, mit denen sie diese Frage klären müssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:20 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:19 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:21 Uhr)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen unsere Sitzung fort.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

#### **Regierungsbefragung**

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Tschenk.

S t u t t g a r t 2 1

**Abg. Nikolaus Tschenk** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren in der letzten Woche Zeugen eines denkwürdigen Ereignisses. Am 21. Januar hat die Bahn quasi zur Sitzung eines „Nicht-Lenkungskreises“ eingeladen. Die Informationen, die der Verkehrsminister angefordert hatte, konnten von der Bahn nicht zur Verfügung gestellt werden. Dennoch hat die Bahn angeboten, die Teilnehmer des Lenkungskreises zu informieren und am nächsten Tag, dem 22. Januar, die Abgeordneten zu unterrichten.

Ich persönlich war in Bezug auf diese Sitzung etwas skeptisch. Ich habe mich gefragt: Was kann uns Herr Kefer von der Bahn erzählen, wenn er vorher dem Minister eigentlich nichts erzählen oder den Projektpartnern keine belastbaren Zahlen vorlegen konnte? Meine Skepsis ist bei dieser Sitzung in der Fraktion am 22. Januar in einer gewissen Weise bestätigt worden.

Deswegen bitte ich den Herrn Minister um Auskunft: Was war das Ergebnis der Sitzung dieses „Nicht-Lenkungskreises“, und wie bewerten Sie bzw. wie bewertet die Landesregierung diese Sitzung und das Ergebnis dieses Gesprächs?

Vielen Dank.

(Beifall des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Beantwortung darf ich Herrn Minister Hermann ans Rednerpult bitten.

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten am 21. Januar eine Sitzung, die ursprünglich als eine Sitzung des Lenkungskreises geplant war. Das war lange so verabredet, und der Termin war mehrfach verschoben worden.

Wir haben dann seitens der Landesregierung, der Stadt Stuttgart und der Region gesagt: Wenn zu dieser Sitzung nicht, wie in der Geschäftsordnung festgelegt, schriftliche Unterlagen vorliegen, die wir innerhalb einer bestimmten Frist bearbeiten können, müssen wir die Sitzung förmlich absagen. Die Bahn hat dies schließlich selbst getan, weil sie die Unterlagen nicht geliefert hat. Wir haben dann gesagt: Nutzen wir den Termin zu einer grundsätzlichen Aussprache, aber auch zur Besprechung des weiteren Vorgehens.

Das, muss man sagen, hat dieser Termin auch gebracht. Tatsächlich haben wir uns sehr deutlich ausgesprochen. Ich habe für die Landesregierung nochmals klagemacht, dass es für uns überhaupt nicht nachvollziehbar ist, dass man über Monate, ja über anderthalb Jahre hinweg, muss man eigentlich sagen, unsere Hinweise auf Kostenrisiken, unsere Nachfragen, ob bestimmte Risiken bestätigt wurden oder ob es Chancen gegeben hat, etwas dagegen zu rechnen – Das haben wir in zahllosen Briefen und Fragenkatalogen gegenüber der Bahn immer wieder zu erfahren versucht.

Bis zum Oktober, bis zu der letzten Lenkungskreissitzung, hat Herr Kefer immer wieder gesagt, er habe keine Anzeichen dafür, dass die Kosten aus dem Ruder liefen. Da ist es dann sehr überraschend, wenn Sie wenige Wochen später aus der Presse erfahren, dass die Kosten nicht um ein paar Millionen und auch nicht um ein paar Hundert Millionen, sondern um mindestens 2,3 Milliarden € steigen. Das hat uns schon sehr verärgert. Auch die Stadt war sehr verärgert, weil man den Eindruck hatte: Wir sind nicht ehrlich informiert worden, wir sind nicht rechtzeitig über die Kostenrisiken informiert worden – trotz vehementer Nachfrage. Denn eines unterscheidet den Lenkungskreis schon vom Aufsichtsrat des Berliner Flughafens: Wir fragen nach. Aber wenn wir keine Antworten bekommen, dann liegt die Verantwortung bei dem, der nicht antwortet, denn auch der hat eine Verantwortung.

Was haben wir verabredet? Wir haben das weitere Vorgehen verabredet. Wir haben verabredet, dass wir spätestens Ende dieses Monats, also spätestens morgen, schriftliche Unterlagen bekommen. Wir haben sie noch nicht. Die Bahn arbeitet offenbar terminscharf auf morgen hin. Jedenfalls haben wir einen Telefonanruf erhalten, in dem uns mitgeteilt wurde, dass wir damit rechnen könnten, dass die Unterlagen morgen kommen.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Hoffentlich nicht mit dem Zug!)

Ich stelle nochmals klar: Es ist nicht so, dass alle Informationen in einen Datenraum gelegt werden und dann nur wenige sie anschauen dürfen. Vielmehr sollen alle Mitglieder des Lenkungskreises grundlegende Informationen bekommen. Sie können dann auch bearbeitet werden und müssen dann auch öffentlich diskutiert werden. Nur die Informationen, die betriebsrelevante Geheimnisse enthalten, etwa Teile von Verträgen, die unter Umständen das Ausschreibungsverfahren oder

das Vergabeverfahren beeinflussen könnten, sollen nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Deswegen gibt es diesen Datenraum.

In der Öffentlichkeit ist das teilweise so kommuniziert worden, als würde alles in den Datenraum verlagert. Das hieße nämlich zwingend, dass man gar nicht mehr öffentlich darüber berichten kann und schon gar nicht darüber diskutieren kann. Wir haben ausdrücklich vereinbart, dass es so nicht ist.

Wir haben dann gesagt: Bis zur nächsten Lenkungskreissitzung müssen zwei Arbeitskreissitzungen stattfinden, und die nächste Lenkungskreissitzung soll spätestens Ende Februar stattfinden. Wie es aussieht, ist auch da der letzte Tag des Monats, also der 28. Februar, gemeint.

Das alles wurde seitens der Bahn etwas infrage gestellt, indem gesagt wurde: „Wir wissen ja noch nicht genau, wann der Aufsichtsrat tagt und entscheidet.“ Wir haben unsererseits gesagt: Die Informationsrechte der Projektpartner sind aber unabhängig von dem Tag, an dem der Aufsichtsrat tagt oder entscheidet, weil wir eigenständige Informationsrechte haben. Vielleicht ist es sogar für den Aufsichtsrat viel wichtiger, dass aus dem Lenkungskreis Botschaften dazukommen, was man bereit ist zu bezahlen oder nicht bereit ist zu bezahlen, denn davon muss ja auch der Aufsichtsrat seine Entscheidung abhängig machen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch schon bekannt! Sie haben doch schon gesagt, Sie geben nichts!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Herr Minister, meine erste Frage zu Ihren Ausführungen: Ist es denn nicht so, dass die Projektpartner in der letzten Lenkungskreissitzung zugestimmt haben, dass die Kosten durch unabhängige Gutachter noch einmal überprüft werden, weil sie nach eigener Aussage das alles aus der Presse erfahren haben? Uns wurde gesagt, dass sie dem Verfahren so zugestimmt haben.

Aber worauf ich eigentlich eingehen wollte, ist: Seit einigen Tagen kursiert auf der Homepage der Projektgegner, der Parkschützer, ein Brief des Ministerpräsidenten an Herrn Sittler und andere Projektgegner. Sie präsentieren diesen Brief ganz stolz. Der Brief ist sehr umfangreich und sehr lang. Er beginnt mit einem klaren Bekenntnis des Ministerpräsidenten zur Volksabstimmung und zu seiner Projektförderungspflicht. Aber wenn man den Brief dann weiterliest, bekommt man erhebliche Zweifel, ob das denn auch wirklich so ist. Ich kann nicht auf alle Punkte in diesem Brief eingehen. Der Ministerpräsident antwortet, glaube ich, auch Ihrem Namen, weil der Brief von Sittler & Co. auch an Sie gerichtet war.

Auf Seite 5 dieses Briefes wird es dann für mich völlig unverständlich. Meine Frage ist vor allem, ob das mit Ihrem Koalitionspartner, mit der SPD, abgesprochen ist. Da geht es um Mehrkosten, die Sie gerade angesprochen haben, wobei gar nicht klar definiert wird: Geht es jetzt um Mehrkosten im Umfang dessen, was bereits vertraglich unterzeichnet ist, oder geht es jetzt um Mehrkosten, die sich aus dem Filderdialog und dem „Filderbahnhof plus“ ergeben, oder um Wünsche, die nach Vertragsunterzeichnung entstanden sind?

(Nicole Razavi)

Da heißt es dann – ich zitiere –:

*Diese Haltung für die jetzt eingetretene Situation*

– ich weiß nicht, welche gemeint ist –

*wurde von der Landesregierung immer klar kommuniziert und ist auch der Deutschen Bahn in aller Deutlichkeit bekannt: Wenn die Kosten, einschließlich der Kosten, die sich aus dem Stresstest und dem Schlichterspruch ergeben, die vereinbarte Kostenobergrenze überschreiten, dann beteiligt sich das Land an diesen Mehrkosten nicht. Das gilt auch für das Risiko später auftretender Kostensteigerungen. Daran ändert auch die sogenannte Sprechklausel aus dem Finanzierungsvertrag zu S 21 nichts, denn sie hat nur die Aufnahme von Gesprächen zum Inhalt. Meine Landesregierung hat immer klar gesagt: Reden JA, mehr bezahlen NEIN. Die unternehmerische Verantwortung und das Projektrisiko liegen nun allein bei der Bahn, denn sie ist Bauherrin und Projektträgerin.*

(Zuruf von den Grünen: Das ist doch eindeutig!)

Das gilt auch für die Schlichtung, wie der Ministerpräsident schreibt. Das heißt, es gilt auch für Mehrkosten, die aus der Verbesserung der Lösung für den Filderbahnhof entstehen, die Ergebnis des Filderdialogs war. Meine Frage dazu lautet: Wenn der Ministerpräsident von „seiner“ Landesregierung spricht, ist dann diese Haltung auch mit dem Koalitionspartner abgestimmt, und hat der Koalitionspartner dem so zugestimmt?

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Selbstverständlich ist diese Textpassage mit dem Koalitionspartner abgestimmt. Sie ist nämlich wortwörtlich identisch mit dem, was das Kabinett beschlossen hat,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Eben!)

und zwar schon vor einiger Zeit. Das ist genau in diesem Brief wiederholt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein Schlichtungsergebnis ist doch nicht beschlossen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Über die Schlichtung gibt es nicht einmal eine Vereinbarung!)

Sie haben das so vorgetragen, als wäre das eine völlig neue Information. Es ist sozusagen unsere ständige Rede: Der Kostendeckel gilt – einschließlich der Anbindung des Flughafens und auch einschließlich der Dinge, die im Rahmen des Schlichtungsverfahrens und des Stresstests beschlossen wurden.

Übrigens hat die Bahn während des Verfahrens und nach dem Verfahren immer gesagt – übrigens haben das auch Sie gesagt –, man müsse sich jetzt an die Ergebnisse des Schlichterspruchs halten.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

Sie sollten sich daran erinnern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Gibt es eine Wortmeldung von der SPD? – Nein.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nein! Die sind baff!)

Dann erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Minister! Sie haben über die Sitzung des Lenkungskreises berichtet. Es gibt dazu eine Information der Bahn von der Pressekonzferenz im Dezember. Vor dieser Lenkungskreissitzung hatten Sie in der „Stuttgarter Zeitung“ am 19. Januar erklärt, mit etwas Realismus gingen Sie davon aus, dass dieses Projekt frühestens 2025 fertig werde. Insofern lautet meine Frage: Wie bewerten Sie denn Ihre Aussage im Hinblick auf die Projektförderungspflicht des Landes als Projektpartner, und welche Maßnahmen ergreifen Sie, der Verkehrsminister, oder das Verkehrsministerium, um das Projekt aktiv zu fördern und die Bahn dahin gehend zu unterstützen, dass die Fertigstellung zu einem früheren Zeitpunkt als geplant erreicht werden kann?

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Wie Sie wissen, ist nicht das Land Baden-Württemberg und schon gar nicht das Verkehrsministerium bzw. ich der Bauherr, sondern Bauherr ist die Bahn. Die Bahn hat vor etwa drei Jahren mit großem Aufwand symbolisch einen Prellbock versetzt und den Startschuss für dieses Projekt gegeben. In diesen drei Jahren sind an der Baustelle, am Bahnhof Abräumarbeiten durchgeführt worden, es sind Abrissarbeiten durchgeführt worden, es sind Bäume gefällt worden, aber der eigentliche Bau hat noch nicht begonnen. Es sind nirgendwo Tunnel gebohrt worden oder vorbereitende Maßnahmen hierfür ergriffen worden. Nichts! Das ist über die Arbeiten in den ersten drei Jahren zu berichten. Wohlgermerkt: Zu Beginn, also vor drei Jahren, ist man davon ausgegangen, 2019 fertig zu werden. Nach drei Jahren sind die Baumaßnahmen immer noch nicht losgegangen.

Wenn Sie einmal schauen, welche Projekte mit vergleichbarer Größe überhaupt in Deutschland je gebaut wurden, dann finden Sie fast keine. Sie finden vielmehr nur Projekte, die deutlich weniger komplex sind. Die Projekte, die in etwa eine Milliarden dimension haben, haben alle mehr als zehn oder 15 Jahre gedauert. Ein vergleichbares einfaches Tunnelprojekt wie der Katzenbergtunnel mit 10 km Tunnellänge – so lang ist bei Stuttgart 21 ein Teilstück – hat zehn Jahre gedauert.

Deswegen ist es offenkundig und für alle Experten, glaube ich, einsichtig, dass dieses Projekt nie und nimmer 2019 fertig wird. Inzwischen hat die Bahn ja auch ihre Planungen korrigiert und 2020 als Fertigstellungsdatum genannt. Inzwischen hat Herr Kefer bei der Fraktion GRÜNE gesagt, es könnte noch zehn Jahre oder länger dauern, von heute an gerechnet. Wenn Sie das zusammenzählen, sind Sie schon bald bei dem Datum 2025, das ich genannt habe.

Übrigens: Alle Verzögerungen hat die Bahn selbst zu verantworten. Wir haben hierzu von Ihnen und von anderen immer wieder Vorwürfe bekommen. Wir, das Verkehrsministerium, haben relativ wenig Berührungspunkte, was Genehmigungs-

(Minister Winfried Hermann)

verfahren anbelangt. Das betrifft das Regierungspräsidium oder städtische Ämter. Wir haben das genau überprüft. Alle diese Ämter haben das Beste getan, damit die Verfahren vorankommen.

Nur: Wenn die Bahn selbst nicht in der Lage ist, die Unterlagen richtig zusammenzustellen, wenn die Bahn bestimmte Regeln missachtet, dann wird sie anschließend dadurch bestraft, dass sie das nachholen muss, weil eben Recht und Gesetz auch für die Deutsche Bahn gelten. Da gibt es halt nicht den schnellen Dienstweg, sondern den formal korrekten Weg. Darauf achten wir, darauf achtet das Regierungspräsidium, und darauf achtet die Stadt. Deswegen kann man auch nicht sagen, dass die verantwortlich sind, die auf Recht und Gesetz achten, sondern es sind die verantwortlich, die es nicht einhalten oder deren Unterlagen unvollständig sind oder die die Pläne ständig korrigieren, sodass es zu neuen Genehmigungsprozessen kommt. Dann sind die verantwortlich, die das machen, und das ist die Bahn.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Tschenk das Wort.

**Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE:** Herr Minister, ich finde es interessant, dass die Kollegin Razavi wiederholt eine Antwort verlangt, die die Regierung schon so oft gegeben hat, dass man eigentlich wissen müsste: Der Kostendeckel gilt. Ich glaube, das hat die Regierung wirklich oft genug gesagt und betont. Man kann es schon gar nicht mehr zählen.

Interessanter finde ich doch die Frage: Sind wir bei Kosten von 5,6 Milliarden € oder bei 6,8 Milliarden € am Ende der Fahnenstange angekommen? Gibt es da Ihrerseits Erkenntnisse oder Hinweise, dass das jetzt das Ende der Kostensteigerungen ist, oder kommt da noch mehr auf uns zu?

Danke.

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Vielen Dank. – Es bestand eigentlich die Hoffnung, dass wir darüber mehr erfahren. Aber wir haben im Moment noch nicht die entsprechenden Unterlagen. Wir wissen nicht mehr als das, was in diesen Charts, die die Bahn an die Presse verteilt hat, steht. Da ist nicht wirklich gut erkennbar, wie sich die Steigerung der Kosten um 1,1 Milliarden € erklärt. Es wird darauf hingewiesen, man hätte bestimmte Dinge verpasst, versäumt, übersehen, u. a. Leitungen, deren Notwendigkeit in Stuttgart wohl neu entdeckt wurde. Aber das erklärt nicht so richtig, warum es 1,1 Milliarden € teurer wird. Wir warten da also noch auf die Erklärung. Denn auch wir wollen das wissen. Von der Erklärung hängt auch ab, ob die Kalkulation überhaupt realistisch ist. Es könnte auch sein, dass es dann noch mehr ist.

Das Gleiche gilt für den zweiten Kostenanteil, nämlich die 1,2 Milliarden €. Die Bahn schlägt ja vor, dass die Projektpartner diesen Betrag übernehmen, die „weiteren Risiken“. Es ist nicht klar, was die „weiteren Risiken“ sind. Vor allem ist es fragwürdig, dass da als Kostenrisiko z. B. „Genehmigungsrisiko Eisenbahn-Bundesamt“ drinsteht. Da muss man sagen, das „Genehmigungsrisiko Eisenbahn-Bundesamt“ kann man wohl nicht als Kosten bezeichnen, denn das Eisenbahn-Bundesamt ist die gesetzlich vorgesehene Behörde, die das Ver-

fahren begleitet. Schlussendlich ist das die einzige Behörde, die tatsächlich genehmigt oder nicht genehmigt und die bestimmte Ansprüche an formal korrekte Verfahren stellt und deswegen auch Unterlagen zurückgibt oder anerkennt. Das ist ganz klar. Je schlechter das vorbereitet ist, desto länger dauert das Verfahren.

Ich will durchaus auch deutlich machen: Wir haben sogar – übrigens die Stadt auch – an der einen oder anderen Stelle, bei der wir gemerkt haben, dass die Bahn nicht sauber arbeitet, Hilfestellung angeboten,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist sogar notwendig!)

weil wir uns auf gar keinen Fall den Vorwurf machen lassen, wir würden da nicht helfen oder wir arbeiteten dagegen. Aber die Bahn hat dieses Angebot nicht einmal angenommen. Daraus schließen wir schon, dass man offenbar auch Probleme hat, solche großen Verfahren rein verfahrenstechnisch abzuwickeln – abgesehen davon, dass sie auch technisch und planerisch sehr aufwendig sind.

Jetzt hoffen wir auf die schriftlichen Unterlagen. Vielleicht erklären die dann mehr, als bisher in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Ich komme noch einmal auf den Brief zurück. Darin schreibt der Ministerpräsident, dass das Vertrauen der Landesregierung und der Projektpartner in die Seriosität und Glaubwürdigkeit der Bahn zutiefst erschüttert sei. Sie sprechen gern von einer Vertrauenskrise. Glauben Sie, dass solche Formulierungen gegenüber dem Bauherrn in einem öffentlichen Brief an Projektgegner zuträglich sind, um bei dem Projektpartner Vertrauen aufzubauen?

Meine zweite Frage bezieht sich auf das Thema Kosten. Herr Tschenk sagt immer, das sei doch alles erklärt. Aber es ist einfach immer nur noch mehr Nebel im Raum.

Sie erwähnen die Mehrkosten, die die Bahn benannt hat, von 1,1 Milliarden €. Aber die Bahn hat doch, soweit ich es verstanden habe, klar gesagt, dass sie die Kosten übernehme. Oder kommen dadurch Mehrkosten auf das Land zu, die in irgendeiner Verbindung zum Kostendeckel stehen könnten?

Vielleicht könnten Sie uns aufklären, was der Unterschied ist zwischen den Kosten von 1,1 Milliarden €, hinsichtlich derer die Bahn signalisiert hat, dass sie diese übernehmen wolle, und den 1,2 Milliarden €, die sich auf Risiken und Chancen beziehen und auf einem ganz anderen Blatt stehen? Vielleicht könnten Sie uns erklären, wie es sich damit verhält.

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Gern, Frau Abgeordnete. – Zunächst zum Thema Vertrauen: Ich glaube, bei all denjenigen, die auf dieses Projekt gesetzt haben und der Bahn geglaubt haben, dass dies das am besten geplante Projekt sei und mit 4,5 Milliarden € auf jeden Fall zu bewerkstelligen sei, müsste das Vertrauen in die Deutsche Bahn eigentlich erschüttert sein.

Erst recht gilt dies für diejenigen, die gehofft haben, dass wenigstens die Kostenrechnung stimmt; denn immerhin – ich erinnere daran – ist man zu dem Zeitpunkt, als die Finanzie-

(Minister Winfried Hermann)

rungsvereinbarung abgeschlossen worden ist, von Kosten in Höhe von 3 Milliarden € bei einem Risikopuffer von 1,5 Milliarden € ausgegangen. Man hat also einen Betrag in Höhe der Hälfte der Kosten als Risikopuffer obendrauf gesetzt.

Man hat damals der Öffentlichkeit deutlich gemacht: „Das ist so ein Riesepuffer, der reicht auf jeden Fall.“ Selbst bei der Volksabstimmung ist die Debatte darüber immer wieder geführt worden.

Immer wieder haben u. a. Sie und viele Freunde der CDU betont, dass dieses Projekt gut geplant sei, sicher kalkuliert sei und der Betrag dafür auf jeden Fall reiche. Wir hatten daran immer Zweifel. Aber eigentlich hatten wir auch die Hoffnung, dass man wenigstens das glauben kann, was immer wieder betont worden ist. Der Glaube daran, dass wir ordentliche Zahlen erhalten und diesen trauen können, ist nachhaltig erschüttert. Insofern glaube ich, dass inzwischen jeder gut beraten ist, hier eher kritisch heranzugehen.

Übrigens hat der Landtag von Baden-Württemberg von Anfang an zum Ausdruck gebracht, dass die Landesregierung – egal, wer regiert – dieses Projekt außerordentlich kritisch begleiten muss und aufpassen muss, dass die vielen Millionen Euro, die das Land investiert, wirklich gut angelegtes Geld sind. Deswegen müssen wir hier kritisch nachfragen. Ich glaube, dass derjenige, der nach dieser Vorgeschichte noch vertrauenselig in den Lenkungsreis geht, schlecht beraten ist.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Beantworten Sie doch einmal meine Frage!)

– Sie können jede Frage stellen, aber die Antwort gebe ich.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wenn Sie doch nur einmal die Antwort geben würden! – Abg. Winfried Mack CDU: Das Parlament hat das Recht auf eine konstruktive Antwort! Das ist eine Unverschämtheit! – Gegenruf des Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Er sagt nur nicht das, was Sie hören wollen! – Unruhe – Zuruf: Pst!)

Der zweite Teil meiner Antwort bezieht sich auf den zweiten Teil Ihrer Frage:

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist eine absolute Unverschämtheit dem Parlament gegenüber!)

Worauf beziehen sich die 1,1 Milliarden € und die 1,2 Milliarden €?

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort hat der Herr Verkehrsminister.

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Die Kosten von 1,1 Milliarden €, die die Bahn zu übernehmen bereit ist, will sie offensichtlich deswegen übernehmen, weil sie sieht, dass sie diese niemand anderem in die Schuhe schieben kann. So deute ich das jedenfalls. Aber wir wissen es noch immer nicht genau, weil wir hierzu keine Unterlagen haben.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Die Bahn hat das aber mit der Ansage begleitet: „Diese Kosten übernehmen wir, wenn im Gegenzug die Partner die Kosten von 1,2 Milliarden € plus die Risiken übernehmen.“

(Abg. Nicole Razavi CDU: Und Chancen!)

Die Risiken sind ja nicht genau beziffert. – Von den Chancen wissen wir, dass sich diese bisher nie ergeben haben; vielmehr sind nur die Risiken zum Tragen gekommen.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Jedenfalls sollen wir die Risiken auch noch übernehmen. Tatsächlich würden wir, das Land, noch einmal mehr bezahlen müssen. Das ist die Kalkulation des Vorstands der Deutschen Bahn.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was steckt denn in den 1,2 Milliarden € drin?)

Das ist übrigens das Kalkül. Diesen Vorschlag haben sie schon dem Vorstand unterbreitet. Ich habe nach meinen Informationen den Eindruck, dass der Vorstand nicht ohne Weiteres bereit ist, diesem Vorschlag zu folgen, weil da immer nach dem Grundsatz verfahren wird: „Ich biete dir etwas an, aber du musst selbst mehr bezahlen.“ So gut ist das Angebot für uns nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Was steckt denn in den 1,2 Milliarden € drin? Sagen Sie das doch einmal!)

– Die 1,2 Milliarden € beziehen sich auf viele verschiedene Positionen, die nicht näher ausgeführt sind. So wird u. a. auf die Bauzeiten und die Dauer der Genehmigungsverfahren verwiesen. Es wird von der Schwergängigkeit der Behörden gesprochen, und es werden weitere sehr unpräzise Angaben gemacht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Filderdialog!)

Darin beinhaltet sind u. a. auch Kosten für Sachverhalte, die schon eingetreten sind, oder für Maßnahmen, die von der vorherigen Regierung schon zugesagt wurden, z. B. das zweite Gleis, die westliche Anbindung des Flughafens.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Minister, wenn ich es richtig im Kopf habe, sind die Kosten für die Elektrifizierung der Südbahn von 80 Millionen € auf 120 Millionen €, dann auf 180 Millionen € und jetzt auf 220 Millionen € gestiegen. Das ist kein so komplexes Projekt, sondern eine einfache Elektrifizierung. Dabei sind die Kosten um fast 200 % gestiegen.

Gibt es in Sachen Südbahn auch öffentliche Briefe, die von einer Vertrauenskrise sprechen und Vorlagen und Untersuchungen verlangen?

(Zuruf: Sehr gut!)

Schließlich haben wir die Hälfte der Kosten zu tragen.

Es könnte der Eindruck entstehen, dass man unterschiedliche Projekte unterschiedlich behandelt, je nachdem, wie viel Sympathie man für sie hat.

(Claus Schmiedel)

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Zweitens: Es gibt die klare Positionierung nicht nur der Regierung und der Koalition, sondern auch des Landtags, dass es für das Projekt, so wie es im Finanzierungsvertrag beschrieben wird, keinen Zuschlag gibt. Über die 930 Millionen € hinaus gibt es keine weiteren Mittel. Das haben wir schon zu Zeiten der früheren Regierung beschlossen, und das ist eine feststehende Tatsache.

Ich möchte festhalten, dass es zum Filderbahnhof, der aus dem Filderdialog heraus entwickelt wurde und der nicht dem Projekt der Anbindung im Finanzierungsvertrag entspricht, keinen Beschluss gibt und die Verteilung der Mehrkosten für dieses aus dem Filderdialog entstandene Projekt offen ist. Darüber gibt es keinen Beschluss.

(Abg. Volker Schebesta CDU zu Minister Winfried Hermann: Teilen Sie diese Einschätzung?)

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Zunächst zum Thema Südbahn. Wir können auch gleich die Gäubahn, die Hochrheinbahn und die Rheintalbahn hinzufügen.

Alle Projekte der Deutschen Bahn ziehen sich länger hin als geplant und werden teurer. Das habe ich in diesem Haus schon mehrfach dargelegt.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

In allen meinen Gesprächen mit der Deutschen Bahn sage ich der Bahn das auch, vor allem dem Netzunternehmen bzw. dem Infrastrukturunternehmen und auch Herrn Kefer. Ich sage immer wieder, dass für jeden Partner, der sich auf Projekte mit der Bahn einlässt und schwierige Finanzierungsverhandlungen – auch mit Parlamenten – führt, solche Entwicklungen nicht akzeptabel sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir haben aber niemand anderen als die Bahn!)

Es ist schon bedeutsam, wenn ein Landtag Mittel für den Bau von Strecken, die eigentlich der Bund bezahlen müsste, zur Verfügung stellt.

(Beifall bei den Grünen)

Dann hat man das Geld endlich zusammen, und dann kommt die Bahn wieder mit einer neuen Rechnung. So kann man nicht arbeiten. Das sage ich denen in aller Deutlichkeit und in aller Klarheit.

Jetzt möchte ich noch etwas dazu sagen, wie unterschiedlich man Projekte behandelt. Ich schaue bei allen Projekten aufs Geld, und zwar sehr genau, weil ich in meinem Etat – vor allem beim Nahverkehr – um jede Million ringen muss. Es gibt aber schon einen Unterschied zwischen einem Projekt, bei dem man bereits 930 Millionen € zugesagt hat und noch einmal ein paar Hundert Millionen drauflegt, und einem Projekt in einer ganz anderen Dimension, bei dem man sozusagen eine Potenz darunter liegt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Es war das bestgeplante Projekt! Nicht vergessen!)

Insofern halte ich es für nicht angemessen, das miteinander zu vergleichen. In dem einen Fall haben wir ein aufwendiges Projekt mit einem Projektbeirat, der das Projekt begleitet und zudem sicherstellen soll, dass das Projekt kostengünstig bleibt und die Kosten nicht ständig aus dem Ruder laufen, in dem anderen Fall läuft es noch nach dem alten Verfahren. Die DB hat doch selbst gesagt, dass sie beim Projekt Stuttgart 21 – weil es so komplex und so riskant ist – ein neues Verfahren wählt, bei dem z. B. die Kostenrisiken und die Inflationsrisiken viel stärker eingeplant werden.

Die Frage betrifft aber den Bereich der Strecken des Bundes. Die Gäubahn und die Südbahn sind Strecken des Bundes. Die DB läuft nach einem ganz anderen Verfahren. Der Bund kalkuliert immer noch ohne Nominalisierungspuffer. Das ist beim Bund Realität. Diese Kritik richtet sich nicht nur an die Deutsche Bahn, sondern auch an den Bund, der immer noch Bundesverkehrswege ohne Inflationspuffer plant.

Das möchte ich noch zu der Frage von vorhin nachtragen, was mit dieser Rechnung eigentlich gemeint ist. Eines ist klar: Die Bahn spricht jetzt wieder von einem Puffer von 930 Millionen €, den sie eingeplant habe. Rechnet man einmal die Inflation auf zehn Jahre hoch, dann stellt man fest, dass das ziemlich genau den 930 Millionen € entspricht. Insofern ist das kein Puffer in der Sache, sondern die Abbildung des Inflationsausgleichs. Für konkrete Risiken beim Bauen, die zu Mehrkosten führen – wenn der Bau eines Tunnels schwieriger wird, wenn Unvorhergesehenes passiert –, gibt es keinen Puffer. Insofern kann man durchaus bezweifeln, dass die Finanzierung insgesamt tragfähig ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Gibt es jetzt einen Beschluss oder keinen?)

– Jetzt kommen wir zum Filderbahnhof und zu dem Beschluss. Es gibt keinen Beschluss zum Filderbahnhof.

(Zurufe von der CDU: Ah! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Ich wiederhole dies erneut und gern.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum lügt Herr Kretschmann dann in dem Brief?)

– Er lügt überhaupt nicht. – Wir haben vor dem Filderdialog, während des Filderdialogs und nach dem Filderdialog gesagt: „Man muss wissen, dass jeder Vorschlag, der dort diskutiert wird und dann beschlossen wird, ins Finanzierungskonzept passen muss.“ Wer also Vorschläge macht, die teuer sind, muss sagen, wo es billiger werden kann.

Im Dialog war übrigens angelegt, dass eine deutliche Mehrheit von zwei Dritteln der Bürgerinnen und Bürger gesagt hat: „Wir wollen die Gäubahn nicht kompliziert anbinden – das ist zu teuer –, sondern wir wollen sie über die S-Bahn anbinden.“

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Genau!)

Das war das Einsparpaket zur Finanzierung der Verbesserung dieses Bahnhofs. Das haben aber die Projektpartner – außer dem Land – sofort abgeräumt. Sie haben gesagt: „Das machen wir aber nicht.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Finanzierungsvertrag!)

(Minister Winfried Hermann)

Damit ist sozusagen die Kompensation für die Verteuerung weggefallen. Jetzt ist nur noch der Kostenbrocken übrig. Dann sagen wir: „Das tut uns leid.“ Wir haben nie gesagt: „Es wird alles gebaut, was bei dem Dialog herauskommt.“

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer ist „wir“? – Abg. Volker Schebesta CDU: Wer ist „wir“? Die Landesregierung? – Gegenruf: Ruhe! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

– Die Landesregierung. – Es wird nur gebaut, was im Konsens mit den Projektpartnern festgestellt werden kann. Das hätte in diesem Fall übrigens bedeutet, dass man die Finanzierungsvereinbarung im Konsens korrigiert.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Da muss sich Herr Schmiedel wieder melden!)

Wenn dies nicht möglich ist, bleibt der alte Vertrag, bleibt die alte Regelung, bleibt die Antragstrasse. Darauf wird es hinauslaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es gibt keinen Beschluss! – Abg. Nicole Razavi CDU: Aha!)

– Es gibt keinen formellen neuen Beschluss dazu. Es gilt eben die Finanzierungsvereinbarung.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Regierungsbefragung ist pro Thema eine Dauer von maximal 30 Minuten festgelegt. Für das erste Thema – Stuttgart 21 –, das Thema, das die Fraktion GRÜNE beantragt hat, sind die 30 Minuten vorbei.

Deshalb rufe ich das zweite Thema auf, das Thema, das die Fraktion der FDP/DVP beantragt hat. Das ist ebenfalls das Thema Stuttgart 21.

(Beifall des Staatssekretärs Jürgen Walter – Abg. Sascha Binder SPD: Ich hatte schon Entzugserscheinungen!)

Deshalb möchte ich Herrn Kollegen Haußmann für die FDP/DVP-Fraktion bitten, die Fragen zu stellen.

Dafür muss Herr Minister Hermann zurück auf die Regierungsbank, damit Herr Kollege Haußmann ans Rednerpult kommen kann.

(Abg. Peter Hauk CDU: Also, die Antragstrasse kommt! Das kann man als Fazit nehmen! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Aber weiß das die SPD schon?)

St u t t g a r t 2 1

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde jetzt die Frage stellen, die ich zu stellen geplant habe, um nachher bei der Aussprache vielleicht noch die Frage zu stellen, für die es mir jetzt nicht mehr gereicht hat.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Einer der wesentlichen Gründe, warum man sich für das Projekt Stuttgart 21 in dieser Form entschieden hat, war auch die städtebauliche Komponente.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Denn für die Stadt Stuttgart und für die Region ist das eine Jahrhundertchance. Ich glaube, dass bei der Diskussion immer wieder in Vergessenheit gerät, dass genau dadurch 100 ha frei werden, die wir in Stuttgart entwickeln können.

Ich möchte den Verkehrsminister im Hinblick auf die Projektförderungspflicht, im Hinblick auf die städtebauliche Entwicklung hier fragen, was seitens des Verkehrsministers an Unterstützung angedacht ist. Man hat ja mit dem Filderdialog eine Bürgerbewegung in Gang gesetzt, eine Art Bürgerwerkstatt. Genau das wäre jetzt ein Punkt, bei dem das Land im Rahmen der Projektförderungspflicht diesen Dialog beflügeln könnte, um nämlich diese einmalige Chance der städtebaulichen Entwicklung zu nutzen.

Ich war in dieser Woche beim Neujahrsempfang des Bundes Deutscher Architekten. Dort wurde auch auf dieses Thema hingewiesen, darauf, dass es eine einmalige Chance ist. Wir wissen um die Problematik in Stuttgart: immer weniger Familien, immer mehr Singles. Also bietet sich auch hier eine einmalige Chance auch im Hinblick auf ökologische Ideen.

(Lachen des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Deswegen auch an dieser Stelle die Frage: Was tut die Landesregierung, was tut der Verkehrsminister, um dieses Thema, um diese Jahrhundertchance auch aktiv in die Projektförderungspflicht einzubringen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der Wirtschaftsminister ist gefordert! – Staatssekretär Jürgen Walter: Jetzt ist es auch noch ein ökologisches Projekt! Es reicht schon, dass es ein Katastrophenprojekt ist!)

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Sehr geehrter Herr Haußmann, der Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg ist nicht der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart. Deswegen bin ich dafür auch nicht zuständig. Aus diesem Grund hat übrigens der frühere Oberbürgermeister Schuster

(Abg. Peter Hauk CDU: Professor!)

schon vor über zehn Jahren einen Bürgerdialog arrangiert, bei dem über die mögliche Flächennutzung nachgedacht worden ist. Das ist damals übrigens von vielen Bürgern angenommen worden, allerdings von vielen auch kritisiert worden, weil immer vorausgesetzt worden ist, dass Stuttgart 21 kommt, und weil keine Alternativen diskutiert worden sind. Dort sind zahlreiche Vorschläge gemacht worden,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

aber es ist inzwischen auch viel gebaut worden, was übrigens nicht den Dialogvorstellungen entsprochen hat. Jedenfalls sind die Gebäude von der Art her nicht schöner geworden als vor dem Dialog.

Man muss auch sagen, dass sich inzwischen einiges bewegt hat; denn im Schlichtungsprozess hat u. a. Heiner Geißler gesagt, die Stadt Stuttgart müsse sich verpflichten, das Gelände, das sie erhält, nicht so zu veräußern, dass es den größten Pro-

(Minister Winfried Hermann)

fit bringt – beispielsweise indem eine Bankenstadt errichtet wird oder was auch immer, was sehr rentabel ist –, sondern dass dort auf der Basis einer Stiftung sozial-ökologische Projekte und Modellvorhaben für bezahlbares Wohnen für Familien usw. realisiert werden. Damit wird das ursprüngliche Konzept völlig konterkariert, weil man ja eigentlich dachte, einen Teil des Geldes dadurch zurückholen zu können, dass man diese Grundstücke meistbietend veräußert. Jetzt muss die Stadt sie mit Mindestgebot zu sozialen Zwecken abgeben. Das ist, wie gesagt, aber die Auflage, die der damalige OB Schuster übernommen hat. Ich bin gerade nicht im Bilde – aber hier gibt es auch ehemalige Gemeinderäte, die das vielleicht genauer wissen –, ob die Stiftung schon gegründet ist und wie die Stiftung die Ergebnisse des Schlichtungsprozesses umsetzen möchte.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Noch etwas zu der Bürgerbewegung: Auf den Fildern mussten wir keine Bürgerbewegung in Gang setzen. Der Filderdialog ist ja deshalb zustande gekommen, weil es eine Bürgerbewegung gegen dieses Projekt gab.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Übrigens hat die Bahn sich deswegen auf diesen Dialog eingelassen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Zwei Anläufe! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 4 000 Leute!)

weil sie gesagt hat: „Wir wollen, dass wenigstens in dem Teil, für den es noch keinen Planfeststellungsbeschluss gibt und bei dem sich Elemente in der Planung befinden, bei denen wir selbst Zweifel haben, ob sie gut sind, ein Dialog mit den Bürgern über eine bessere Lösung zustande kommt.“ Ich möchte es hier noch einmal sagen: Es war nicht ausschließlich Anliegen der Landesregierung, Verbesserungen zu erreichen, sondern auch die Bahn hat gemerkt: Wir brauchen eine bessere Planung, die auf eine höhere Akzeptanz stößt.

Auch die Bahn war im Vorfeld bereit, weitgehende Umlanungen vorzunehmen – übrigens in der Annahme, damit Kosten einzusparen. Das hätte aber zur Folge gehabt, dass man auf die Gäubahnbindung hätte verzichten müssen, worauf sich die Projektpartner jedoch nicht eingelassen haben. Deshalb ist das als Kompensation nicht wirksam geworden. Die Bürger dort oben empfinden das, was wir als Ergebnis diskutieren, nicht als ihr Ergebnis, weil sie immer gesagt haben: „Wir wollen die Gäubahn beibehalten und in ein Nahverkehrskonzept einbinden; wir wollen eine preisgünstige Anbindung der Gäubahn über die S-Bahn an den Flughafen.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Wer sind „die Bürger da oben“?)

Das ist nicht gekommen, weil die Projektpartner das nicht wollten.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Mack.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Herr Minister, zunächst zurück zu der Frage, die Frau Kollegin Razavi Ihnen vorhin gestellt hat. Sie haben diese Frage in keiner Weise beantwortet. Ist es

richtig, dass die Bahn AG im Lenkungskreis das Vorgehen bei der Kostenüberprüfung mit Ihnen abgestimmt hat? Sie haben vorhin gesagt, Sie seien völlig überrascht gewesen, dass die neuen Kosten kommen. Wussten Sie, dass die Bahn intern intensiv daran war – über fast ein Jahr hinweg –, die Kosten zu überprüfen? Mit dieser Aufgabe hatte sie insgesamt 40 Leute beauftragt.

Zweitens: Noch einmal zu dem Brief des Ministerpräsidenten an Herrn Sittler und andere Projektgegner, zu dem Brief, der vorhin angesprochen wurde, in dem der Ministerpräsident teilweise auch für Sie spricht. Im Anschluss an das, was der Fraktionsvorsitzende Schmiedel von der SPD gesagt hat, kann ich nur sagen: Es ist im Ton unerträglich, was in diesem Brief steht. So kann man unter Partnern nicht miteinander umgehen. In diesem Brief steht – ich zitiere eine Passage –:

*Sind wir mal ehrlich: Kein rechtschaffener Geschäftsmann oder Häuslebauer würde einen solchen Umgang in seinem Umfeld einfach hinnehmen, sondern sich natürlich die elementare Frage stellen: Können wir ehrlich noch einander trauen?*

Können wir noch ehrlich miteinander umgehen usw.? Der Tonfall entspricht einer Art und Weise, wie man zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Deutschen Bahn AG nicht umgehen sollte.

Aber die konkrete Frage lautet: Am Ende des Briefes an Sittler reagiert der Ministerpräsident – wohl in Abstimmung mit Ihnen – auf den Vorwurf der Tatenlosigkeit, also auf den Vorwurf, die Regierung unternehme keine Taten, um Stuttgart 21 zu verhindern. Der Ministerpräsident schreibt dazu:

*Der immer wieder geäußerte Vorwurf der Tatenlosigkeit und die Schärfe im Ton sind, ehrlich gesagt, nicht nur mir und dem Verkehrsminister gegenüber, sondern allen in den unterschiedlichsten Stellen mit S 21 befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber ungerecht und schlicht unzutreffend.*

Ich frage Sie: Welche Taten meint der Ministerpräsident?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Projektförderungs-pflicht!)

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Wenn wir in den letzten anderthalb Jahren tatenlos gewesen wären, dann hätten Sie, die Opposition, uns vorgeführt. Selbstverständlich waren wir seit der Regierungsübernahme in unterschiedlichster Form mit diesem Projekt befasst. Wir haben alle Lenkungskreissitzungen ordentlich vorbereitet. Es gab zahlreiche persönliche Treffen von Herrn Kefer, Herrn Grube, Herrn Ministerpräsident Kretschmann und mir. Wir haben über viele Probleme geredet. Wir haben in solchen Gesprächen z. B. den Filderdialog vorbereitet. Wir haben zahlreiche Fragenkataloge erarbeitet und Briefe geschrieben, um bestimmte Informationen zu bekommen, die wir bis dahin nicht bekommen haben.

Uns Tatenlosigkeit vorzuwerfen ist unangemessen. Das wird zum Teil von den Leuten, die hier angesprochen sind, nicht richtig eingeschätzt, weil sie von außen auch nicht wahrnehmen können, was wir alles getan haben. Denn wir machen nicht jeden Brief und jedes Gespräch öffentlich, sondern las-



(Minister Winfried Hermann)

sen es manchmal durchaus im Verborgenen, wenn es angemessen ist, und berichten nicht ständig darüber.

Was die Einbindung hinsichtlich der Überprüfung der Kostenentwicklung anbelangt, ist meines Wissens immer der Duktus aus der CDU: „Haben Sie nicht schon gewusst, dass ...? Sie haben doch behauptet ...!“ nach dem Motto: „Jetzt hat er wieder nicht die Wahrheit gesagt.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Das wollen wir halt wissen!  
– Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Ja, ja. Das ist eher eine einfache Logik. So ist es aber leider nicht gewesen.

Wir haben immer wieder angemahnt, dass die Bahn offenlegen soll, wie sie ihre Kostenüberprüfung macht. Was wir an Information hatten, war, dass die Bahn – jetzt zitiere ich Herrn Kefer – „Meckies“, Teams von McKinsey, darüber schauen lässt, um es zu prüfen. Das ist die Information, die wir hatten. Wir wussten, dass verschiedene Gutachtergruppen das Projekt durchgehen und die ganzen Zahlen aufarbeiten. Dass wir nicht dagegen waren, ist selbstverständlich. Bei den Fragen, wie das geht und wer genau was macht, waren wir in keins-ter Weise eingebunden, geschweige denn, dass wir gar die Gutachter ausgesucht hätten, die das machen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das hat doch keiner behauptet!)

Wir haben aber gewusst, dass es die gibt. Es ist sehr erstaunlich, dass die Gutachter viele Monate daran arbeiten, im Oktober 2012 noch nichts wissen und sechs Wochen später plötzlich mit Mehrkosten von 2,3 Milliarden € kommen.

(Beifall bei den Grünen – Staatssekretär Jürgen Walter: Genau! So ist es!)

Wenn man Gutachten machen lässt, dann ist man doch laufend in Gesprächen. Man bekommt dann Vorwarnungen und weiß dann: Da ist etwas im Busch.

Genau so war es auch. Die Bahn hat nicht umsonst – das ist aufgefallen – ihre eigenen Aufsichtsräte nicht schriftlich informiert, weil sie ihnen nicht getraut hat, weil sie befürchtet hat, die Information werde öffentlich. Vielmehr hat man sie alle der Reihe nach angerufen und sie vorgewarnt, dass da etwas kommt. Dann war das auch in der Presse.

Solche Großprojekte, bei denen so viele öffentliche Mittel, so viel öffentlicher Schaden und so viel Gefährdung des Nahverkehrs im Spiel sind, müssen offen und öffentlich diskutiert werden. Deswegen ist es gut, dass immer wieder etwas herauskommt und die Öffentlichkeit auf diese Art und Weise über die wahren Probleme des Projekts informiert wird.

Jetzt will ich Ihnen noch etwas dazusagen. Schauen Sie sich einmal an, welche Fragen die Staatssekretäre der jetzigen Bundesregierung – CDU, FDP und CSU – stellen. Wenn ich diese Fragen hier stellen würde, würden Sie sagen, ich würde die Projektförderungspflicht verletzen.

(Beifall bei den Grünen – Staatssekretär Jürgen Walter: So ist es!)

Dagegen sind der Brief des Ministerpräsidenten und seine Fragen noch harmlos. Die Staatssekretäre stellen nämlich ganz grundsätzliche Fragen. Sie fragen ganz genau nach: Wie kann es sein? Wie konnte es dazu kommen? Wie steht es mit der Verantwortung des Vorstands bzw. des Managements? Ist das Projekt überhaupt noch finanziert? Haben Sie Alternativen geprüft? Was kostet der Ausstieg?

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Vielleicht können Sie das den Kollegen zur Verfügung stellen!)

All diese Fragen stehen da drin, nicht in unserem Fragenkatalog. Ich kann nur sagen: Hallo! Aufwachen!

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schwarz das Wort.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Herr Minister, Sie haben es dargestellt: Im Oktober 2012 hat die DB noch nicht davon gesprochen, dass Mehrkosten im Raum stehen. Da war alles noch in Ordnung. Einige Wochen später, im Dezember, ist dargestellt worden, dass es Mehrkosten in Milliardenhöhe gibt.

Ich meine schon – Herr Kollege Schmiedel hat es gesagt –, dass man von einer Vertrauenskrise und auch einer Finanzierungs-krise sprechen kann. Herr Schmiedel hat ja die Südbahn angesprochen. 180 Millionen € plus 46 Millionen €, also eine Kostenerhöhung auf 226 Millionen €. Bei der Breisgau-S-Bahn gibt es eine Kostenerhöhung der DB Netz,

(Abg. Peter Hauk CDU: Vom Verkehrsminister hört man dazu gar nichts! Keinen Ton!)

bei der Hochrheinstrecke zwischen Basel und Schaffhausen gibt es ebenfalls eine Kostenerhöhung der DB Netz.

Angesichts dessen meine ich sehr wohl, dass es, wie Sie beide es ausgeführt haben, sehr richtig ist, dass man von einer Vertrauenskrise reden kann.

Jetzt ist der Filderbahnhof noch offen. Die Kollegin hat auch nachgefragt, wie es beim Filderbahnhof aussieht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das wissen wir jetzt! Es gibt die Antragstrasse! – Gegenruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Hat denn die DB für den Filderbahnhof – für die Antragstrasse oder für die andere Trasse – überhaupt schon genehmigungsfähige Anträge? Wenn man sich der Frage nähert, ob man sich hier beteiligen möchte, dann muss man doch – wir haben da Bedenken –

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Machen Sie sich erst einmal über Ihre eigenen Angelegenheiten Gedanken!)

erst einmal die Frage klären: Ist die Antragstrasse, die die DB laut Finanzierungsvertrag planen und bauen müsste, überhaupt genehmigungsfähig? Bekommt die Bahn für das, was sie laut Finanzierungsvertrag schuldet, überhaupt eine genehmigungsfähige Planung? Bekommt sie überhaupt die Freigabe vom Eisenbahn-Bundesamt?

(Andreas Schwarz)

Mich würde interessieren, Herr Minister: Liegt eine solche genehmigungsfähige Planung der Deutschen Bahn vor? Kann das Eisenbahn-Bundesamt einen Stempel geben?

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Gute Frage!)

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Die genehmigungsfähigen Unterlagen liegen offenbar nicht vor; sie sind auch nicht eingereicht.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ach so!)

Ich glaube, dass das einer der Gründe war, weshalb sich die DB im Bereich Filderbahnhof so offen gezeigt hat.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE zur CDU: Was sagen Sie jetzt?)

Denn man weiß einfach, dass dieser Bahnhof extrem schwierig und kompliziert ist. Denn das wäre der tiefste Fernbahnhof in der Republik, wenn nicht gar Europas. Mit einer Tiefe von annähernd 30 m hätte man ein richtig großes Problem bei der Entfluchtung, wie es fachsprachlich heißt. Bei Notfällen, etwa im Brandfall, ist es extrem schwierig, dies bei einem Bahnhof, der quasi über sieben Stockwerke geht und entsprechend viele Treppen hat, sicher hinzubekommen.

Weil das Konzept so schwierig ist, war man auch bereit, an andere Lösungen zu denken, bei denen die Gleise höher liegen und leichter zugänglich sind und bei denen man diese schwerwiegenden Probleme besser und anders lösen kann.

Ich bedaure, dass die Bahn diese Situation aus meiner Sicht genutzt hat, um die Mehrkosten, die oben auf den Fildern sowieso angefallen wären, nun der Alternativplanung zuzuschreiben.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Genau! So ist es!)

Denn hätte sie ihre Probleme hinsichtlich des Antragsbahnhofs gelöst, hätte sich schnell herausgestellt, dass auch dort die Kosten steigen würden.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abg. Schmiedel.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Minister, können Sie bestätigen, dass die Ursache für die ursprüngliche Planung des Filderbahnhofs beim Flughafen lag?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist richtig!)

Denn damals wurde von Flughafenvertretern in Abrede gestellt, dass man unter der Flughafenstraße etwas platzieren kann. Das war die Begründung dafür, dass der Bahnhof an dieser Stelle geplant werden sollte.

Erst durch die Änderung – nicht etwa aufgrund der Angst, man könne das Konzept nicht realisieren – der Position des Flughafens wurde es dann möglich, den neuen Flughafenbahnhof zu planen. Insofern war der Flughafen selbst auch Mitreiber dieser Planung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Dem kann ich teilweise zustimmen. Es ist richtig, dass man, als man damals geplant hat, eine andere Situation im Hinblick auf den Flughafen hatte. Tatsächlich hat die Geschäftsführung des Flughafens – übrigens von mir unterstützt und befördert; hier habe ich meiner Projektförderungspflicht in vollstem Umfang nachkommen können –

(Abg. Winfried Mack CDU: Nur hier? – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

deutlich machen können: Wir suchen dort nach einer besseren Lösung. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass für den Flughafen und für dessen Kunden die neue Planung, die andere Planung, die bessere ist. Denn diese Lösung ist einfach kundenfreundlicher, weil der Bahnhof nicht so tief unter der Erde liegt. Insofern gibt es da keinen Dissens.

Aber das war nicht der einzige Grund, weshalb die Bahn umgedacht hat. Vielmehr spielten auch die anderen Punkte eine Rolle.

Ich will es noch einmal sagen: Die Umplanung hat ja zwei Seiten. Einerseits geht es um die Flughafenkunden und um den Flughafen – dort kann man Vorteile sehen –, auf der anderen Seite haben wir ein Gutachten zu der Frage anfertigen lassen, welche verkehrlichen Vor- und Nachteile die Umplanung hat. Ergebnis dieses Gutachtens war, dass es – wenn überhaupt – bescheidene, geringe Vorteile hat, diese geringen Vorteile aber keine Mehrkosten von 200 Millionen € rechtfertigen.

Deswegen müssen wir, das Land, zurückhaltend sein. Denn unsere Begründung für den Einsatz von Mitteln muss sein, dass damit die verkehrliche Situation im Nah- und Fernverkehr insgesamt besser wird. Wir können nicht einer Lösung zustimmen, die vielleicht für die Flughafenkunden die bessere ist, aber bezogen auf unsere Interessen keine wirklich nennenswerten Vorteile bietet. Da muss man einfach auch aus unterschiedlichen Perspektiven auf das Projekt schauen.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Haußmann das Wort.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Minister, in der letzten Woche wurde seitens der Bahn im Verkehrsausschuss des Verbands Region Stuttgart das Baustellenkonzept am Bahnhof sehr ausführlich erklärt. Es wurde erläutert, wie es läuft, wenn der Trog erstellt ist, welche Brücken es gibt und wie die Laufwege sind. Die Brücken, die den Baustellentrog überspannen, werden im Übrigen – auch zusammen mit den Behindertenverbänden – derzeit schon in der Feinabstimmung geplant und in Kürze gefertigt. Das einfach noch einmal zu der Aussage, es würde sich nichts bewegen.

Bei der Pressekonferenz am 12. Dezember 2012 hat der zuständige Vorstand, Herr Dr. Kefer, angekündigt, er werde dem Aufsichtsrat in der Sitzung im Februar vorschlagen, dass die Bahn die 1,1 Milliarden € Mehrkosten übernimmt. Sie haben es vorhin angesprochen. Es gibt nach wie vor einen Risikopuffer von 930 Millionen €. Man hätte auch sagen können: „Wir nehmen jetzt den Puffer in Anspruch und legen nur den Rest drauf.“

(Jochen Haußmann)

Wie bewerten Sie es im Hinblick auf das Projekt, dass Herr Dr. Kefer dem Aufsichtsrat vorschlägt, die Bahn solle diese Mehrkosten, über die wir fraktionsübergreifend – das ist keine Frage – nicht glücklich sind, übernehmen? Welchen Wunsch und welche Empfehlung haben Sie in Ihrer Funktion als Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg für die Entscheidung des Aufsichtsrats? Ich gehe einmal davon aus, dass auch Sie hoffen, dass der Aufsichtsrat diesem Vorschlag zustimmt. Sollte das der Fall sein: Gibt es aus Ihrer Sicht dann noch irgendwelche Bedenken, aufgrund derer man die Umsetzung dieses Projekts infrage stellt?

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Zunächst – ich habe es vorhin schon gesagt – wird dieses Projekt im Aufsichtsrat offenbar noch einmal sehr genau geprüft. Das gilt auch für die Kostenentwicklung und die Kostenrisiken, die noch kommen können. Es wird auch noch einmal überprüft, ob dieses Projekt auch dann noch wirtschaftlich ist. Denn für einen Aufsichtsrat gibt es eine gesetzliche Regelung: Er muss dieses Projekt beenden, wenn es nicht wirtschaftlich ist.

Es ist ein Grundproblem, dass man hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit von Kosten in Höhe von maximal 4,7 Milliarden € ausgegangen ist. Jetzt kostet das Projekt rund 2 Milliarden € mehr.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Da stellt sich schon die Frage: Kann das Projekt dann noch wirtschaftlich sein? Deswegen wird auch abgewogen, welche Alternativen es gibt. Jedenfalls lese ich so die Fragen und höre so die Stimmen aus dem Aufsichtsrat. Ich kann dazu im Moment nichts Weiteres sagen. Ich kann nur sagen: Dort denkt man nach. Ich kann nur hoffen, dass diese Entscheidung in hohem Verantwortungsbewusstsein, und zwar bei anderem Kostenbewusstsein als beim Flughafen Stuttgart, getroffen wird.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Die Regierungsbefragung hat ja zu einer wichtigen Klarstellung geführt: Die Landesregierung hat sich für die Antragstrasse am Filderbahnhof entschieden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Antragstrasse ergibt sich aus dem Finanzierungsvertrag! Das können Sie nicht leugnen! – Zurufe der Abg. Wolfgang Drexler und Martin Rivoir SPD)

Meine Frage an Sie – erstens –: Haben Sie das der DB AG schon mitgeteilt? Denn sie wartet dringend auf Ihre Entscheidung.

Zweitens: Wenn nicht, wann tun Sie das?

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Einstweilen gilt der Finanzierungsvertrag. Darin ist das so geregelt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau!)

Insofern haben wir keine vertragsoffene Situation. Vielmehr haben wir sozusagen einen Suchlauf gemacht und geschaut, ob es dafür Mehrheiten gibt. Wir haben geschaut, ob es kos-

tenmäßig geht, ob es verkehrlich geht usw. Dazu habe ich, glaube ich, genügend gesagt.

Ich habe vorhin nicht die Letztentscheidung der Regierung verkündet, denn einen formellen Beschluss dazu hat es noch nicht gegeben. Ich habe nur gesagt: Wenn ich mir das alles anschau, wird es darauf hinauslaufen. Denn die Voraussetzung wäre, dass wir eine Sonderfinanzierung vereinbaren würden und dass die Fraktion GRÜNE bzw. dieses Parlament den Mehrkosten zustimmen würde. Ich sehe da im Moment keine Mehrheit oder gar einen Konsens in der Frage, ob wir bereit wären, nochmals Millionen ins Spiel zu bringen, um dieses Projekt weiter zu fördern.

Bezogen auf den Bund muss man sagen: Wenn der Bund dieses Projekt mit der Bahn haben will, wenn die Bahn dieses Projekt haben will, dann muss sie es durchfinanzieren, und zwar komplett.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wollen Sie es nicht?)

Mit 1,2 Milliarden € ist es nicht getan. Aber sie muss dann auch zeigen, wie sie diese 1,2 Milliarden € und möglicherweise weitere Risiken, die da drinstecken, auch finanziert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Meinen Sie nicht, dass das Volk eigentlich darüber abzustimmen hat?)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Marwein das Wort.

**Abg. Thomas Marwein** GRÜNE: Es geht nochmals um den Aufsichtsrat. Der hat ja letztendlich zu entscheiden. Ist Ihnen bekannt, ob es ein Junktim zwischen der Übernahme der 1,1 Milliarden € und der Klärung der weiteren 1,2 Milliarden € an Kosten für das Projekt gibt? Besteht das, oder ist das nur ein Gerücht, wie auch immer?

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Es war den Fraktionen in einem Bericht von Herr Kefer klar angekündigt worden,

(Staatssekretär Jürgen Walter: Nebelkerzen!)

dass der Vorschlag des Vorstands lautet: Die eine Seite, die Bahn, übernimmt die 1,1 Milliarden €, wenn die anderen Partner die 1,2 Milliarden € übernehmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Quatsch!)

Das ist jetzt der Vorschlag des Vorstands. Ob sich der Aufsichtsrat darauf einlässt, dieses Junktim formal bildet und vielleicht beschließt: „Wir zahlen 1,1 Milliarden €, wenn das Land, die Stadt und die Region die anderen 1,2 Milliarden € übernehmen“, wissen wir im Moment noch nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ein Käse! Das ist ja unglaublich!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ich habe mich gemeldet!)

– Herrn Abg. Mack, Entschuldigung.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Herr Minister, wollen Sie das Projekt Stuttgart 21?

(Lachen bei den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Eine rhetorische Frage! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Peinlich, nicht? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Herr Mack, Sie waren doch bei den meisten Debatten dabei. Da habe ich, glaube ich, genug gesagt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Antwort: Ja oder nein?)

Mein Interesse ist, dass wir so schnell wie möglich einen gut funktionierenden, modernisierten Bahnknoten in Stuttgart bekommen. Das ist mein Interesse, das ist das Interesse des Landes.

(Beifall bei den Grünen – Staatssekretär Jürgen Walter: Der auch funktioniert!)

Im Moment sehe ich, dass wir eine ziemliche Hängepartie und eine ziemlich schwierige Situation haben.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Freundlich ausgedrückt!)

Jetzt ist der Ball ganz eindeutig bei der Bahn und beim Aufsichtsrat der Bahn. Er muss entscheiden, und zwar nicht irgendwann nach der Bundestagswahl – diese Sorge habe ich nämlich, dass die Debatte jetzt so lange hinausgezögert wird und eine weitere Hängepartie entsteht –, sondern bald und klar, damit man weiß, in welche Richtung es geht.

(Beifall bei den Grünen – Staatssekretär Jürgen Walter: Aber die verstopfen ja jeden Ball!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Drexler das Wort.

**Abg. Wolfgang Drexler** SPD: Herr Minister, nach Ihren Ausführungen hat Herr Kefer der Fraktion GRÜNE und der SPD-Fraktion wahrscheinlich unterschiedliche Informationen gegeben.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Das kann gut sein! Das würde uns nicht wundern!)

– Das können wir ja feststellen. Das würde mich jetzt schon interessieren.

Uns hat Herr Kefer klar und deutlich gesagt: 1,1 Milliarden € soll die Deutsche Bahn übernehmen, und die 1,2 Milliarden € sollen die vier Projektpartner insgesamt zu verhindern versuchen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Er hat die 1,2 Milliarden € nicht auf das Land und die anderen Projektpartner geschoben. Das ist ein großer Unterschied, wenn man weiß, was in den 1,2 Milliarden € drin ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Staatssekretär Jürgen Walter: Das war eine Steilvorlage!)

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Ich sage ja ungern kritische Worte zum Koalitionspartner, aber: Man hört eher das, was man hören möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, das hat er gesagt! Sie waren gar nicht dabei! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Selektives Hören! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Herr Kefer hat das bei uns auch formuliert, und bei uns ist es anders angekommen. Bei uns haben die Leute sofort gemerkt: „Aha, wir sollen die 1,2 Milliarden € plus weitere Risiken übernehmen“, während Sie von der SPD gehört haben: Minus die Chancen, und deswegen wird es nicht so teuer.

Tatsache ist, dass wir im Moment gar nicht die Unterlagen haben, um ganz genau zu beurteilen, wie viel Chancen in diesen 1,2 Milliarden € drinstecken und ob alle Risiken abgebildet sind. Deswegen bestehe ich darauf, dass wir erst die schriftlichen Unterlagen haben. Dann beschäftigen wir uns auch mit der Angabe der Risiken.

Aber eines, Herr Drexler, muss doch klar sein.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Der Herr Verkehrsminister hat das Wort.

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Die Bahn sagt doch nicht freiwillig: „Dieses Projekt kostet 1,1 Milliarden € mehr – diese Mehrkosten übernehmen wir –,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

und dann gibt es noch weitere 1,2 Milliarden € Chancen, die wir abziehen können.“ So haben sie es ja wohl nicht gesagt, sondern sie haben gesagt: „Das kommt obendrauf;

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Das hat er nicht gesagt!)

wir wissen nur noch nicht genau, wie viel von dem Risiko abgesehen werden muss.“

Nun habe ich aber die Erfahrung gemacht, dass beim bisherigen Chancen-Risiko-Ausgleich nahezu alle Risiken eingetreten sind, so wie wir gesagt haben, und nahezu kaum Chancen für Kostensenkungen wahrgenommen werden konnten. Ich frage mich wirklich allen Ernstes, wie man nach dieser Geschichte mit der Kostensteigerung

(Staatssekretär Jürgen Walter: Genau!)

und nach dieser Debatte im Rahmen der Volksabstimmung über die wahren Kosten des Projekts, in der Sie alle gesagt haben: „Das ist eine sichere Kalkulation;

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Genau! Mit Taschenrechner!)

da ist ein großer Puffer drin; da kann eigentlich nichts mehr passieren“;

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

(Minister Winfried Hermann)

immer noch versuchen kann, an uns, die wir das kritischer beobachtet haben und – ich will nicht rechthaberisch sein – eigentlich recht gehabt haben,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber nicht recht bekommen!)

herumzunörgeln. – Recht bekommen, vielen Dank.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Das kommt noch!)

Klar, Herr Schmiedel, so sehe ich das auch. Aber da müsst ihr doch einmal in euch gehen und fragen: Was ist da passiert? Können wir da noch weiter mitgehen, oder was ist da los?

(Beifall bei den Grünen – Staatssekretär Jürgen Walter: Sehr gute Antwort!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Renkonen.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Guter Mann!)

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Minister! Ich hoffe, dass Herr Kefer beiden Regierungsfractionen dasselbe erzählt hat. Ich will noch einmal klarstellen, was er unserer Fraktion erzählt hat. Er hat nicht erzählt, dass die Deutsche Bahn 1,1 Milliarden € übernimmt, sondern er hat erklärt, dass der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn erst einmal darüber entscheiden müsse.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Genau! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber jetzt zu meiner Frage: Herr Minister, wie bewerten Sie die Informationen und Aussagen, die es in der Öffentlichkeit gibt, dass es interne Gutachten bei der Deutschen Bahn gebe, wonach die Gesamtkosten für das Projekt Stuttgart 21 nicht mehr bei möglicherweise 5,6 Milliarden oder 6,8 Milliarden €, sondern bei 10 Milliarden bis 11 Milliarden € liegen?

(Zurufe: 15! – 20! – 100!)

Vielen Dank.

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Offenbar ist es für einige kein Problem mehr, solche Milliardensummen zu nennen. Sie denken wohl, weil es schon so viele Milliarden sind, könnten noch einige Milliarden draufkommen. So sehe ich es allerdings nicht. Ich bin deswegen auch sehr vorsichtig mit weiteren Kostenspekulationen. Ich will erst einmal sehen, wie sich diese neuen Zahlen wirklich darlegen lassen, wie sie begründet sind.

Ich weiß auch, dass es im Rahmen dieser Kostenüberprüfungen sowohl bei der Bahn als auch im Ministerium Informationen gibt, wonach das nicht das letzte Wort ist.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Das wissen wir alle!)

Weil ich das weiß, halte ich es für ziemlich unkritisch, zu glauben, dass man von den 1,2 Milliarden € noch ziemlich viel herunterrechnen kann und am Schluss nicht bei diesem Betrag ankommt. Es ist eher wahrscheinlich, dass die 1,2 Milliarden €, die derzeit als Kostenrisiko benannt sind, wohl nicht ausreichen. Das ist eher die Gefahr und nicht, dass das viel-

leicht noch übertrieben wäre. Übrigens sind wir dann deutlich, und zwar um 2 Milliarden €, über der ursprünglich vereinbarten Maximalhöhe von 4,5 Milliarden €.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Staatssekretär Jürgen Walter: Es gibt auch Leute, die an den Osterhasen glauben! – Abg. Winfried Mack CDU: Schwacher Beifall für den Minister! – Gegenruf des Staatssekretärs Jürgen Walter: Sehr guter Mann! Das war super! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt geht es wieder zur Fastnacht!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierungsbefragung ist hiermit beendet. Herzlichen Dank.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst – Drucksache 15/2118**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Sakellariou für die SPD-Fraktion.

(Unruhe)

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt kommt ein Polizeithema, nämlich das Thema „Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst“.

Meine Damen und Herren, die Polizei gehört zum Kernbereich nationaler Identität. Hier geht es um den Umgang mit Straftätern, mit Regelbrechern und Rechtsverletzungen. Letztlich geht es bei der Polizei um den Wertekanon einer Gesellschaft. Es geht darum, wie man damit umgeht und mit welchen Instrumenten man Rechtsbrecher behandelt.

Der Leitspruch „Die Polizei, dein Freund und Helfer“ zeigt, wie sehr die Polizei in unserer Gesellschaft verankert ist. Dieser Leitspruch stammt übrigens – das habe ich noch einmal nachgelesen – aus dem Jahr 1926. Es war der sozialdemokratische Innenminister von Preußen, Albert Grzesinski, der diesen Spruch geprägt hat.

In diesem Leitgedanken der Polizei – „Die Polizei, dein Freund und Helfer“ – wird eben auch das Selbstverständnis einer ganzen Nation in der Frage deutlich, wie man sich zur Polizei stellt. Insofern zeigt sich gerade im Praxisfeld der Polizei die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft: Wer darf „mitspielen“? Wie wird Zuwanderung in diesem Themenbereich behandelt?

Dann kommen wir zum Bestand. Aktuell haben in der Polizei in Baden-Württemberg zwischen 7 und 8 % der Polizistinnen und Polizisten, also der Beamtinnen und Beamten, einen Migrationshintergrund. Allerdings können wir bei den jüngeren Einstellungsjahrgängen schon erhebliche Veränderungen beobachten. In den Jahren zwischen 2009 und 2011 betrug der Anteil der Migranten bei den Neueinsteigern bereits 17 %.

(Nikolaos Sakellariou)

Ganz aktuell wissen wir aus der Stellungnahme zu unserem Antrag, dass inzwischen 22 % derjenigen Polizeibeamtinnen und -beamten, die bei uns neu anfangen, einen Migrationshintergrund haben. Damit bewegen wir uns nach und nach ganz langsam auf den Anteil zu, den wir erreichen wollen: In einem Bundesland, in dem 25 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben, wäre es natürlich ideal, wenn auch die Polizei ungefähr mit einem solchen Anteil ausgestattet wäre.

Inzwischen haben wir über 178 Polizeibeamtinnen und -beamte mit Migrationshintergrund ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Auch das ist ein wichtiger Aspekt: Wer die fachlichen Voraussetzungen erfüllt und zehn Jahre in Deutschland lebt, hat die Möglichkeit, im Polizeidienst zu arbeiten, auch ohne dass er die deutsche Staatsbürgerschaft hat. Ziel des Innenministers und Ziel der Landesregierung ist es, auch diesen Anteil zu erhöhen.

Ich will einmal an einem krassen Beispiel deutlich machen, nämlich am Beispiel von Mannheim, wie die Dinge auch auseinanderlaufen können und wo das nicht gut ist. Wir haben in Mannheim über 1 100 Polizeibeamtinnen und -beamte, davon gerade einmal 40 mit Migrationshintergrund. Das sind ca. 4 %. In einer Stadt, in einem Gemeinwesen, wo 38 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben, ist die Polizei quasi rein deutsch, hat also nur ganz wenige Anknüpfungspunkte im Hinblick auf einen großen Teil der Bevölkerung. Man sieht – das hat auch die Polizei erkannt –, dass wir in Mannheim besonders aktiv werden müssen, um hier eine Veränderung herbeizuführen. Seit einem Jahr gibt es das Pilotprojekt zur Anwerbung und Nachwuchsgewinnung für den Polizeidienst in Mannheim, das sich speziell an Menschen mit Migrationshintergrund richtet. Denn so, wie es ist – das leuchtet jedem ein –, kann es nicht funktionieren.

Dazu nimmt man Einstellungsberater in Anspruch; man entwirft Anzeigenkampagnen, neuerdings auch auf Facebook – das ist auch vernünftig –, um an Jugendliche heranzukommen. Dazu nutzt man auch das Image – das ist einer der ganz wichtigen Punkte – von Polizeibeamtinnen und -beamten, die selbst einen Migrationshintergrund haben, die die Uniform schon tragen. Man setzt sie als Werber ein, um so an diese Personengruppe heranzukommen.

Das Thema ist auch deswegen so wichtig, weil wir aufgrund der demografischen Entwicklung – es zeigt sich, dass in Baden-Württemberg im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Bevölkerungszahl nicht stagniert – bei der Polizei weiterhin eine starke Aufstellung brauchen. Der demografische Faktor zwingt uns also, aus allen Bereichen die Besten zu holen, auch aus dem Bereich derjenigen, die einen Migrationshintergrund haben.

Wir versprechen uns natürlich auch erhebliche Verbesserungen, was die Ermittlungserfolge angeht, durch Konfliktlösungskompetenz, durch zusätzliche Fremdsprachenkompetenz, aber vor allem auch dadurch, dass die Polizeibeamten in der Community der Migranten eine höhere Akzeptanz haben. Dort, wo die Akzeptanz größer ist, gibt es auch bessere Ermittlungserfolge, und die Sprachprobleme können überwunden werden. Vor allem bezüglich der Schwelle, bevor man Kontakt mit Polizeibeamten aufnimmt oder auch Aussagen zum familiären Hintergrund macht, gibt es etwas zu verbessern.

Wir müssen Folgendes sehen – ganz aktuell –: Es läuft ein Strafverfahren in Blaufelden, in meinem Landkreis. Da wurden in einer kurdischen Familie der Vater und der Bruder wegen versuchten Mordes angezeigt aufgrund der Angaben der Tochter, die inzwischen im Strafverfahren aber alle Angaben zurückgenommen hat. Der Vater wurde freigelassen, musste entlassen werden. Da fragt man sich, wenn solche Situationen entstehen, ob dies nicht im Vorfeld durch den Einsatz von Polizeibeamten, die die kulturellen Hintergründe besser verstehen, womöglich vermeidbar gewesen wäre, wenn man rechtzeitig alle Fakten und alle Themen hätte offen ansprechen können. Nur so gibt es die Chance, Verbesserungen im Tagesgeschäft der Polizei hinzubekommen.

Aber auch die Gesellschaft insgesamt wird von zusätzlichen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit Migrationshintergrund erheblich profitieren. Die Annäherung der Zusammensetzung der Polizei an die der Gesellschaft ist ein Wert an sich. Denn die Vorbildfunktion, die Migrantinnen und Migranten in Uniform für andere Migrantinnen und Migranten haben, ist gigantisch.

Ich habe es schon gesagt: Die Polizei gehört zum Kernbereich der nationalen Identität. Wenn die Gesellschaft es zulässt, fordert und dafür wirbt, dass sich junge Türken, junge Griechen, junge Italiener in der Uniform der deutschen Polizeibeamten zeigen, dass sie sich damit – ich sage es einmal so – in ihren Gesellschaften und Gemeinschaften zeigen können, dann ist das geradezu der idealtypische Nachweis dafür, dass unsere Gesellschaft bereit ist, die Migranten zu uns kommen zu lassen, sie aufzunehmen und sie als gleichwertige Mitglieder zu akzeptieren.

Ich habe ein Zitat eines Berliners aus Kasachstan zur Frage, was für ihn Integration bedeutet, mitgebracht. Er hat es so formuliert – ich zitiere den unbekanntenen Kasachen aus Berlin –:

(Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD)

*Integration ist, wenn es keine Rolle mehr spielt, woher und warum du gekommen bist, sondern nur zählt, wer du bist und was du kannst.*

Dies verbunden mit dem Zeichen einer deutschen Polizeiuniform ist – das kann ich nur sagen – Ausdruck der höchsten Form der Akzeptanz und ein Signal der Gesellschaft an die Menschen, die zu uns gekommen sind und sich hier integrieren wollen.

In diesem Sinn herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Manfred Hollenbach CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Blenke.

**Abg. Thomas Blenke CDU:** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Polizei ist eine Bürgerpolizei und gilt deshalb zu Recht als ein Spiegelbild der baden-württembergischen Bevölkerung. Wir finden in ihr seit jeher Menschen mit unterschiedlichsten Lebensläufen, mit verschiedensten Wurzeln, Prägungen und Fähigkeiten, die tagtäglich zum Wohl der baden-württembergischen Bevölkerung eingesetzt werden. Die Sicherheitsbilanz unseres Bundeslands ist auch

(Thomas Blenke)

deshalb so erfreulich, weil diese Vielfalt die Polizei schlagkräftig und stark macht.

Zu dieser Vielfalt gehören auch die Menschen mit Migrationshintergrund. Deshalb ist es richtig, bei der Polizei Menschen mit Migrationshintergrund zu beschäftigen. Eine feste Quote bezogen auf die Zahl der zu beschäftigenden Migranten halten wir allerdings nicht für zielführend. Wir wollen gerade nicht, dass sich einzelne Polizisten am Ende als „Quotenmigranten“ fühlen.

Übrigens werden bereits seit dem Jahr 1993 neben Deutschen mit Migrationshintergrund auch Menschen mit einer anderen Staatsangehörigkeit bei der Polizei in Baden-Württemberg eingestellt. Im Jahr 2010 betraf das rund 160 Beamte. Ich habe es in den Unterlagen von damals – andere liegen mir jetzt nicht vor – nachgeschaut. Damals waren es vier Spanier, ein Portugiese, drei Polen, 14 Griechen, 17 Italiener, 47 Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, 69 Türken, ein Ungar und ein Franzose. Darin zeigt sich schon eine bunte Mischung.

In Anbetracht der Herausforderungen der polizeilichen Arbeit werden die Sprachkenntnisse – Herr Kollege Sakellariou hat es zu Recht angesprochen – der Beamten mit Migrationshintergrund immer wichtiger. Die Sprachkenntnisse tragen zu einer erfolgreichen polizeilichen Arbeit bei. So ist es beispielsweise für eine Ermittlungsgruppe – vielleicht betrifft es auch die, die Sie zitierten, Herr Kollege – im türkischen Milieu eine Erleichterung, wenn ein Türkisch sprechender Kollege an Bord ist, der versteht, was die Menschen, die ihm gegenüberstehen, miteinander reden, der vielleicht schneller Zugang finden, Hemmschwellen abbauen und am Ende dazu beitragen kann, den Fall schneller abzuschließen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kürzlich erst erlebt!)

Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei sind also Ausdruck gelebter Integration. Sie können auch Ansporn für andere sein, sich mit unserem Gemeinwesen zu identifizieren und Verantwortung zu übernehmen.

Für uns, die CDU, die Union, gilt aber auch: Wer mit ausländischer Staatsangehörigkeit oder als Deutscher mit Migrationshintergrund in den Polizeidienst einsteigen will, muss die gleichen Voraussetzungen erfüllen wie ein deutscher Bewerber ohne Migrationshintergrund.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen, dass Menschen mit Migrationshintergrund in ihrem Beruf bei der Polizei voll anerkannt werden. Deshalb lehnen wir Abstriche bei den Leistungsanforderungen ab.

Dazu gehört in erster Linie die Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift. Nicht erst seit der Regierungsübernahme, sondern schon seit Jahren weisen mehr als 15 % – es geht in Richtung 20 % – des Polizeinachwuchses einen Migrationshintergrund auf. Dass diese Menschen eingestellt wurden, beweist doch, dass eine Absenkung der Einstellungsanforderungen hinsichtlich der Beherrschung der deutschen Sprache nicht notwendig ist.

Deshalb fordern wir: Der Einstellungstest muss für alle Bewerber die gleichen Anforderungen und die gleichen Hürden

umfassen. Herr Innenminister, ich sage das vor dem Hintergrund, dass Sie planen – so haben Sie es zumindest im vergangenen Jahr verlautbaren lassen –, bei den Anforderungen bezüglich der Sprachkenntnisse Abstriche zu machen. Dabei können wir nicht mitgehen. Wenn ich die Debatte richtig verfolgt habe, sieht die Integrationsministerin dies ähnlich wie wir. Bei der Stellungnahme zum SPD-Antrag sind Sie auf diese Thematik gar nicht eingegangen. Vielleicht können Sie uns dazu nachher noch genauere Ausführungen machen.

Ich sage an dieser Stelle auch – ohne Wasser in den Wein gießen zu wollen –: Es irritiert mich, wenn die Mannheimer Polizei in ihrer Werbekampagne für kulturelle Vielfalt – die sehr lobenswert ist; Sie haben sie erwähnt, Kollege Sakellariou – auf ihrer Internetseite „Streife im Quadrat“ als Voraussetzung für die Einstellung in den Polizeidienst nur angibt: „Du beherrscht deine Muttersprache in Wort und Schrift!“ Von Deutschkenntnissen ist nicht die Rede. Nebenbei bemerkt: Ich finde, die Sie-Form wäre angebracht.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Einstellungskriterien zugunsten einer einzelnen Klientel absenken, wird dies zu Unruhe und zu Unverständnis bei den Anwärtern führen. Dann wird es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis andere Kriterien, wie etwa die sportliche Tauglichkeit, infrage gestellt werden.

Deshalb sagen wir von der Union: Gleiche Einstellungs Voraussetzungen für alle, damit die Chancengleichheit für alle Bewerber gewahrt bleibt, und zwar unabhängig vom Migrationshintergrund. Dann kann die von uns allen gewünschte kulturelle Vielfalt auch wirklich gelingen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich der Kollegin Häffner das Wort.

**Abg. Petra Häffner GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle im Landtag vertretenen Fraktionen begrüßen es, dass alle Menschen gleichberechtigt sind und dieselben Chancen haben. Mit dem Antrag, mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst zu beschäftigen, rennt die SPD-Fraktion bei der Polizei offene Türen ein. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die Polizei schon seit längerer Zeit innerhalb der Landesverwaltung eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Was mittlerweile in vielen Bereichen des Arbeitsmarkts diskutiert wird, nämlich mehr Migrantinnen und Migranten als Arbeitskräfte zu gewinnen, wird bei der Polizei schon erfolgreich praktiziert. Die Polizei hat die Zeichen der Zeit frühzeitig erkannt. Das möchte ich hier ausdrücklich loben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Um Personal zu werben, wurde ein Sonderweg aufgrund einer Ausnahmeregelung im Landesbeamtengesetz eingeschlagen. So können seit 1993 auch nicht deutsche Bewerberinnen und Bewerber eingestellt werden. Die Erfahrungen mit dieser Öffnung sind sehr positiv.

Heute, 20 Jahre später, geht es darum, genügend Nachwuchs für die in absehbarer Zeit ausscheidenden Polizeibeamtinnen

*(Petra Häffner)*

und -beamten zu finden. Wie andere Berufsfelder auch benötigt die Polizei dringend genügend gut ausgebildete und motivierte junge Menschen. Dass bei der Werbung verstärkt Migrantinnen und Migranten angesprochen werden, ist auch ein Hinweis darauf, dass die Integration innerhalb der Polizei gelungen ist. Migrantinnen und Migranten können ganz selbstverständlich die Polizeilaufbahn einschlagen. Das sendet ein positives Signal an alle Menschen, die als Einwanderer zu uns kommen: Wenn du es willst, kannst du es schaffen.

Zum anderen muss die Polizei auch ein Abbild unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit sein. Da sind wir mit den bisherigen Rednern von SPD und CDU sehr nah beieinander. Mittlerweile hat jeder vierte Baden-Württemberger einen Migrationshintergrund. Diese Zahlenverhältnisse sollen sich auch in öffentlichen Institutionen und Gremien wie Polizei, Schule, Gemeinderat usw. widerspiegeln.

Wir sprechen hier, Herr Blenke, übrigens nicht von Quoten, sondern diese Institutionen sollen ein ganz selbstverständliches Abbild der Gesellschaft sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Polizei in Baden-Württemberg ist voller Motivation an diesem Thema dran und entwickelt gute Strategien und Ideen. Wegweisend sind Projekte, die bereits angelaufen sind, wie der Facebook-Auftritt vom Polizeipräsidium Stuttgart. Unter dem Slogan „Komm ins Team der Polizei Stuttgart“ werden dort Migrantinnen und Migranten sowie Ausländerinnen und Ausländer ausdrücklich zur Bewerbung aufgefordert. Gleiches gilt für das Pilotprojekt zur Nachwuchsgewinnung des Polizeipräsidiiums Mannheim, einer Stadt mit Menschen aus beinahe 200 Nationen. Es wurde bereits erwähnt, dass dort gezielt auch mögliche Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund angesprochen werden. Ihr besonderes Wissen über Mentalität und Kulturen ihrer Herkunftsländer soll in die Mannheimer Polizei eingebracht werden.

Migrantinnen und Migranten stärken die interkulturelle Kompetenz innerhalb der Polizei. Diese Kompetenz ist für die Polizei ein immer wichtiger werdender Faktor in ihrem Berufsalltag,

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

in dem sie mit Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher sozialer, kultureller und sprachlicher Herkunft zu tun hat. So spielten im Dezember letzten Jahres z. B. die Sprachkenntnisse einer türkischen Polizistin eine wesentliche Rolle bei der Aufdeckung eines Betrugs. Die Polizei hatte jemanden angesprochen, der verdächtig war. Dieser Angesprochene telefonierte mit seinem Chef auf Türkisch

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

und gab dabei Hinweise dazu, wo 315 Altkleidercontainer illegal aufgestellt worden sind.

Auch bei vielen Konflikten, an denen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger beteiligt sind, hilft es, wenn die herbeigerufenen Polizistinnen und Polizisten durch ihre Sprachkenntnisse, weil sie mit kulturellen Eigenheiten und Hintergründen vertraut sind, vermitteln können. Die interkulturelle Kompetenz dieser Kolleginnen und Kollegen ist für die all-

tägliche Polizeiarbeit und manche Ermittlung sicher ein großer Gewinn.

So positiv und wünschenswert solche speziellen Kenntnisse für die Verbrechensbekämpfung aber auch sind, so ist dies für uns Grüne aber nicht das Hauptargument dafür, Migrantinnen und Migranten für den Polizeidienst zu gewinnen. Menschen mit Migrationshintergrund sollen nämlich in der Polizei vor allem auch als ganz normale Menschen gesehen werden, als ganz normale Polizistinnen und Polizisten willkommen sein. Viele Migranten und Migrantinnen möchten nicht als Exoten gesehen werden, sondern einfach als qualifizierte und engagierte Kollegen und Kolleginnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Diese kritische, aber berechtigte Sicht wurde im letzten Jahr übrigens bei einer wichtigen Tagung der GdP zum Thema gemacht. Wer in dritter oder vierter Generation hier lebt und das Heimatland der Eltern und Großeltern nur aus dem Urlaub kennt, wird unter Umständen manche Erwartung, die wir Deutschen an ihn haben, nicht erfüllen. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Wer mit Vornamen Tarek heißt, spricht deshalb noch lange nicht fließend Türkisch, genauso wenig, wie jeder Schwabe Spätzle schaben kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber einige können es! – Gegenruf von der SPD: Mancher Berliner auch! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Integration ist ein fortlaufender und auf lange Zeit angelegter Prozess und auch eine wechselseitige Aufgabe für alle Menschen hier im Land. Nutzen wir die Chancen, die in diesem Prozess liegen, durch ein kulturelles Miteinander und ein verbindliches Zusammenwachsen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut! Gute Rede!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Spätzle schaben können übrigens nicht nur Schwaben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wollen wir einmal sehen! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das kann ja einmal der Herr Thierse probieren!)

Damit sind wir schon bei der interkulturellen Kompetenz angekommen.

Meine Damen und Herren, Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst wollen wir natürlich alle. Insofern haben wir hier natürlich ein Konsenthema. Ich hatte eben die Ehre, Ihnen zu applaudieren, liebe Frau Kollegin Häffner; ich war mit Ihrer Rede völlig einverstanden. Im Großen und Ganzen haben wir bei diesem Thema Konsens, ausgehend davon, dass wir nicht wollen, dass Migranten in dem Staat, in dem wir sie integrieren wollen, gar nicht vorkommen, dass sie eine Verwaltung vor sich haben, in der sie gar nicht „stattfinden“. Das ist kein guter Zustand.



(Dr. Ulrich Goll)

Wir haben bereits in der vergangenen Legislaturperiode Projekte begonnen – auch Projekte der Zusammenarbeit zwischen den Ressorts –, die eine Stärkung der interkulturellen Kompetenz zum Ziel hatten. Ein einfacher Weg, um die interkulturelle Kompetenz zu stärken, ist, dass in der Verwaltung generell, in der Beamtenschaft, im öffentlichen Dienst auch Menschen mit Migrationshintergrund tätig sind, teilnehmen.

Das hat bei der Polizei noch ein paar besondere Vorteile – das liegt auf der Hand –, wenn es um Fragen der öffentlichen Sicherheit oder der Strafverfolgung geht. Herr Kollege Blenke hat ja schon ausführlich geschildert, dass es außerordentlich vorteilhaft sein kann, neben Deutsch zusätzliche Sprachen zu sprechen, die bei uns in Baden-Württemberg auch gesprochen werden. Das ist gar keine Frage.

Bei diesem Thema gibt es auch erfreuliche Fortschritte. Es wird regelmäßig abgefragt, wie viele der neu eintretenden Polizeibeamten innerhalb eines Jahrgangs einen Migrationshintergrund haben. Dieser Anteil ist bis zum Jahr 2009 auf um die 17 % angestiegen, und seitdem ist er weiter angestiegen, und zwar auf über 20 %. Wir sind eigentlich auf einem guten Weg, wenn man als Ziel formuliert, dass auch bei der Polizei prozentual so viele Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigt sein sollen, wie es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Wenn man berücksichtigt, dass ihr Anteil an der Bevölkerung bei ungefähr 26 % liegt, sind wir also auf einem guten Weg. Das ist erfreulich.

An dieser Stelle darf ich noch einmal nachhaken. Sie, Herr Innenminister, haben in der Tat im Sommer des vergangenen Jahres gesagt, dass man eventuell an den Voraussetzungen für den Eintritt in den Polizeidienst etwas verändert. Gerade hinsichtlich Menschen mit Migrationshintergrund lohnt es sich sicher, darüber nachzudenken, wobei man beim Thema Sprache in der Tat etwas hellhörig wird. Es ist ja davon die Rede, dass möglicherweise auch die Anforderungen an die Sprachkenntnisse etwas reduziert werden. Wenn es um Sprachkenntnisse geht, würde ich es einmal so formulieren: Man muss dabei zwei Fragen unterscheiden, nämlich zum einen die Frage, was an Deutschkenntnissen verlangt wird, und zum anderen die ganz andere Frage, wie man prämiert, dass jemand eine zweite Sprache spricht. Wenn man es zum Positiven wendet und es als Pluspunkt ansieht, ist das, finde ich, unmittelbar einleuchtend.

Herr Kollege Blenke, Sie haben von gleichen Voraussetzungen gesprochen. Das würde ich spontan unterschreiben. Aber wenn man das so weit treibt, müsste man auch von den Bewerbern ohne Migrationshintergrund besondere Kenntnisse in einer anderen Sprache verlangen. Das will ich natürlich nicht; das macht aber deutlich, dass die Fähigkeit, eine zweite Sprache zu sprechen, schon eine besondere Qualifikation darstellt. Wenn man diese im Zweifelsfall auch berücksichtigt, wenn ein Fall sozusagen ein bisschen auf der Kippe steht – ich sage einmal, wenn jemand in Deutsch nicht der Beste ist, aber dafür etwas anderes umso besser kann –, kann man vielleicht so weit gehen, da einen gewissen Ausgleich herzustellen. Aber es darf halt nicht passieren, dass der Vorteil, den man hat, wenn jemand eine Fremdsprache beherrscht, wieder eingebüßt wird, weil er nicht zurechtkommt, wenn es um Täter ohne Migrationshintergrund geht. Dann haben wir natürlich nicht viel gewonnen. Ich bin aber voll des Vertrauens, dass Sie behutsam an dieses Thema herangehen.

Interessant wäre auch – ich weiß nicht, ob Sie Zahlen haben –, zu erfahren, wo Baden-Württemberg im Ländervergleich steht. Ich glaube, dass wir da ganz, ganz weit vorn sind. Ich höre beispielsweise, dass in Berlin der Anteil der Beamten mit Migrationshintergrund bei nur 9 % liegt. Vielleicht haben Sie dazu Zahlen. Das wäre interessant.

Ich komme auf den Anfang zurück: Das ist sicher ein Konsensthema in diesem Landtag.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Innenminister das Wort.

**Innenminister Reinhold Gall:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Es ist in der Tat erfreulich, dass dieses Thema ein Konsensthema im Landtag zu sein scheint, weil über alle Fraktionen hinweg erkannt ist, dass es Nachholbedarf gibt, dass wir es uns im öffentlichen Dienst nicht erlauben können, dass sich ein nicht geringer Teil der baden-württembergischen Bevölkerung nicht im öffentlichen Dienst insgesamt widerspiegelt.

Spätestens mit dem demografischen Wandel – aber wirklich allerspätestens damit – und mit der Erkenntnis, die man daraus gewinnen muss und gewinnen kann, ist völlig klar, dass sich die kulturelle Vielfalt unseres Landes auch im öffentlichen Dienst widerspiegeln muss und insbesondere in den Reihen der Polizei zunehmend an Bedeutung gewinnt. Unterschiedliche Gründe haben die Vorredner allesamt schon genannt.

Unsere Polizei – das zu sagen ist mir wichtig – muss man bei dem Thema eigentlich nicht groß anstoßen oder ihr auf die Sprünge helfen. Unsere Polizei hat dies schon seit Längerem erkannt und ist entsprechend aktiv. Deshalb haben wir mit Beginn dieser Legislaturperiode in der Tat nicht bei null angefangen, sondern konnten auf etwas aufbauen, was sich in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten stetig entwickelt hat. Ursprung war 1993, als der damalige Innenminister Birzele die Öffnung für Nichtdeutsche im Polizeidienst vorgenommen hat.

Das war ein langer, beschwerlicher Weg. Die Zahlen, die wir heute haben – Kollege Blenke hat sie genannt –, liegen ein bisschen, aber nicht dramatisch höher, was Nichtdeutsche anbelangt. Deshalb werden wir auch in der Zukunft aus dem Segment nicht sehr viel Potenzial schöpfen können. Ich glaube vielmehr, das große Potenzial, das uns zur Verfügung steht, sind die Menschen mit Zuwanderungs- oder Migrationshintergrund.

Das ist für die Polizei selbstverständlich. Denn eine bürger-nahe Polizei können wir nur gewährleisten, wenn sich auch die kulturelle Vielfalt unseres Landes in der Polizei widerspiegelt. Ansonsten ist die Bürgernähe für bestimmte Bereiche und für bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht gegeben, und das ist natürlich nicht gewollt.

Die Polizei sieht dies als eine echte Chance. Stichworte: Steigerung der interkulturellen Sprachkompetenz, aber auch – das

(Minister Reinhold Gall)

will ich deutlich sagen – die Chance, Vorbild sein zu wollen für die jungen Menschen mit Migrationshintergrund und für andere junge Menschen aus diesem Umfeld. Das bewährt sich, und es zeigt,

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

dass wir da auf dem richtigen Weg sind, meine Damen und Herren, wenn es darum geht, Menschen anzusprechen, Menschen gewinnen zu können.

Die Polizeisprecher und Polizeisprecherinnen machen sich gelegentlich ein Bild davon. Bei Einstellungsveranstaltungen, bei Vereidigungen unserer Polizeianwärterinnen und -anwärter erleben wir Menschen, die sich einbringen, die sich in den Dienst des Staates stellen. Tatsächlich sind dort immer Eltern, Verwandte, Bekannte und Freunde aller Bewerberinnen und Bewerber, aller Anwärterinnen und Anwärter dabei. Aber die Anzahl derjenigen, die Familienangehörige mitbringen, ist unter den Anwärtern mit Migrationshintergrund wesentlich höher. Das heißt, für diese Menschen ist es ein echter Schritt in Richtung Integration, sich in den Staatsdienst zu stellen. Soweit ich es beurteilen kann, stelle ich fest, dass dies mit einem gewissen Maß an Stolz geschieht. Ich finde, das ist eine erfreuliche Entwicklung.

Verlässliche Zahlen im klassischen Sinn haben wir nicht. Die Zahlen sind immer ein bisschen interpretierbar. Denn wir können diese Zahlen nur auf freiwilliger Basis erheben. Das wird noch nicht lange gemacht. Was wir tatsächlich verfolgen können, sind die Zahlen der Nichtdeutschen, die zum Polizeidienst gekommen sind; denn dort gab es entsprechende Verwaltungsvorgänge.

Aber wir haben beginnend ab Juni 2012 bei den Bewerberinnen und Bewerbern auf freiwilliger Basis gefragt, wer einen Migrationshintergrund hat. Da ist es Ende 2012 tatsächlich so gewesen, dass 20 % der Bewerberinnen und Bewerber für die Polizei einen Migrationshintergrund angegeben haben. Das halte ich für eine gute und positive Zahl, und ich bin mir sicher, diese Zahl wird sich noch fortentwickeln. 4,5 % der Bewerberinnen und Bewerber – Zahlen aus dem Jahr 2012 – sind keine Deutschen; das sind rund 200 Bewerberinnen und Bewerber in diesem Bereich.

Wir haben erstmals statistisch besser ausgewertet – aber auch nur auf freiwilliger Basis; anders geht es nicht –, wie die Situation bei denen ist, die bei der Polizei in Ausbildung sind. Wir haben ausgewertet: Wie viele haben es tatsächlich geschafft, die Einstellungs Voraussetzungen zu erfüllen und diese Hürden zu meistern? Dazu sage ich gleich noch etwas. Das sind immerhin etwa 16 bis 17 %. Die Zahlen schwanken im Bereich hinter dem Komma, sind deshalb auch nicht immer ganz vergleichbar, weil sie auch davon abhängen, wie viele Kommissaranwärterinnen und -anwärter wir einstellen. Dort ist die Voraussetzung das Abitur. Der Anteil der Migrantinnen ist daher dort ein bisschen niedriger; die Zahlen schwanken im Dezimalstellenbereich; sie liegen zwischen 16 und 17 %. Aber auch das ist, finde ich, eine durchaus positive Zahl mit deutlichem Steigerungspotenzial.

Kollege Blenke, Sie fragten: Was tun wir, um Migrantinnen und Migranten verstärkt für diesen Beruf zu begeistern? Meine Damen und Herren, ich will auf die von Ihnen gestellte Fra-

ge eingehen, wie wir selbst die Einstellungskriterien beurteilen. Ich habe im zurückliegenden Jahr nicht gesagt, dass diese Einstellungskriterien abgesenkt oder dass bestimmte Bewerber bevorzugt – und im Umkehrschluss andere benachteiligt – werden sollten. Ich habe nur gesagt: Angesichts der Entwicklung in unserem Land im Hinblick auf den Fachkräftemangel lohnt es sich, einmal darüber nachzudenken, ob wir die knallharten Ausschlusskriterien, die wir haben – stichtagsbezogen und an einer Prüfung orientiert –, weiter aufrechterhalten, oder ob wir nicht Möglichkeiten finden, das eine oder andere Defizit vielleicht bereits im Vorfeld auszugleichen und den Bewerbern eine zweite Chance zu geben, den Anforderungen gerecht zu werden. Eine andere Möglichkeit wäre, dann im Laufe der Ausbildung ein möglicherweise vorhandenes Defizit auszugleichen.

Ich glaube, wir sind nicht gut beraten, da auf dem hohen Ross zu sitzen, auszusieben und Regelungen zugrunde zu legen, die äußerst hart sind. Vielmehr sollten wir verlässliche Regelungen anwenden, die für alle gleich sind, die aber die Chance bieten, dort, wo es Qualifikationsmängel gibt, diese möglichst im Vorfeld – das sage ich ausdrücklich –, so, wie dies beispielsweise in Mannheim gemacht wird, auszugleichen und den Menschen entsprechende Möglichkeiten anzubieten, damit die notwendigen Eingangsbefähigungen dann tatsächlich vorliegen. Wir können nicht einfach darauf warten, dass immer nur die Besten zu uns kommen; wir sollten uns auch anstrengen, wenn es darum geht, Menschen, die diesen Berufswunsch haben, zu helfen, diesen auch erfüllen zu können. Das haben wir uns insgesamt vorgenommen.

Was tun wir? Wir beziehen insbesondere diejenigen, die in den Reihen der Polizei bereits ihren Dienst tun und einen Migrationshintergrund haben, in den Prozess der Auswahl der Bewerber für eine Einstellung ein. Wir schicken sie auf Ausbildungsmessen, wir stellen sie den Ausbildungsberatern zur Seite, um dort eventuell auch im kulturellen Bereich die richtigen Ansprechmöglichkeiten zu bieten.

Herr Kollege Blenke, ich will mich deshalb hier nun nicht zu der Frage äußern, ob die Jugendlichen beispielsweise beim Projekt „Streife im Quadrat“ in Mannheim, das Sie erwähnt haben, mit „Du“ angesprochen werden sollten oder nicht. Das weiß ich als Minister nicht besser als diejenigen, die sich um Ausbildungsfragen kümmern. Wir werden dies am Ende des Projekts, das auf zwei Jahre angelegt ist, überprüfen und entscheiden, ob dies richtig oder falsch ist, ob man etwas anders machen kann, ob es Nachsteuerungsbedarf gibt.

Jedenfalls habe ich gemeinsam mit Ministerin Öney vor Ort die Erfahrung gemacht – wir haben uns dieses Projekt angeschaut –, dass gerade bei ausländischen Organisationen, bei den entsprechenden Vereinen, das Angebot „Streife im Quadrat“ auf große Zustimmung stößt und offensichtlich auch erfolgreich ist. Die Zusammenarbeit mit der Polizei hat sich dadurch insgesamt ebenfalls verbessert. Es konnte auch im Alltag mehr Verständnis für staatliches Handeln erreicht werden. Wenn man so will, gibt es bei diesem Projekt sogar einen Mehrfachnutzen. In einem Jahr werden wir dann auswerten können, was dieses Projekt gebracht hat.

Ergänzend – das will ich schon auch sagen – sind wir im Moment in Zusammenarbeit zwischen Innenministerium und den Generalkonsulaten der Türkei in Stuttgart und Karlsruhe da-

(Minister Reinhold Gall)

bei, eine Vereinbarung zu treffen, die darauf abzielt, dass wir uns gemeinsame Projekte vornehmen, um diese Migranten besser ansprechen zu können. Dabei geht es auch um die Frage, welche Maßnahmen tauglich sind, um beispielsweise türkische oder türkischstämmige Jugendliche anzusprechen und sie für den Polizeidienst zu gewinnen. Seitens der türkischen Generalkonsuln besteht daran großes Interesse; wir werden in Kürze mit ihnen gemeinsam zu einer Vereinbarung kommen. Ich bin gern bereit, darüber zu berichten, welche Maßnahmen dies sein werden.

Ergänzend will ich nur noch sagen: Wir haben seit geraumer Zeit, seit etwa eineinhalb Jahren, eine interministerielle Projektgruppe des Innenministeriums und des Integrationsministeriums.

(Vereinzelte Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben „Inder“ verstanden! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Nein, Inder haben wir nicht dabei. Ich spreche von einer interministeriellen Arbeitsgruppe. – Wir haben seit Ende letzten Jahres die Projektergebnisse auf dem Tisch. Wir werten diese im Moment aus. Wir werden dann deutlich machen, wo wir landesweit Ansatzpunkte sehen und wo wir in der Projektarbeit einfach einmal austesten wollen, welche Maßnahmen denn erfolgreich sein können. Wir werden, wie gesagt, in Kürze festlegen, bei welcher Polizeidienststelle im Land wir ein solches Projekt dann starten. Auch darüber werde ich gern berichten.

Insgesamt will ich ganz einfach feststellen, dass unsere Polizei gerade auch in diesem Bereich – meines Erachtens jedenfalls – Vorreiter ist. Es gibt keinen anderen Bereich im öffentlichen Dienst, in dem der Migrantenanteil so hoch ist wie bei der Polizei. Das ist also zur Nachahmung empfohlen. Diese Bemerkung erlaube ich mir.

Im Übrigen sind wir gewillt, diesen Weg weiter voranzuschreiten, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass wir, wenn die Maßnahmen weiter so wie bisher laufen können, zukünftig noch mehr Menschen mit Zuwanderungshintergrund in der Polizei haben werden. Dies wird auch dazu beitragen, dass die jedenfalls teilweise vorhandene Distanz dieser Bevölkerungsgruppen zum Staat minimiert werden kann. Das wäre wirklich ein erfolgreiches, ein ganz wichtiges Nebenprodukt in diesem Bereich.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

**Innenminister Reinhold Gall:** Ja.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Minister, gerade in den Städten ist der Anteil der Menschen, die über einen Migrationshintergrund verfügen, sehr hoch. Demgegenüber ist die Zahl dieser Menschen, die dort im Polizeidienst tätig sind – Mannheim wurde, glaube ich, genannt –, sehr niedrig. Kann man das Ganze, um schneller vorwärtszukommen, nicht auch innerhalb der Polizei im Bereich des Personalmanagements etwas stärker steuern? Denn ich glaube, dort ist der Einsatz dieser Kolleginnen und Kollegen besonders gefragt.

**Innenminister Reinhold Gall:** Personalmanagement, Personalsteuerung hat immer etwas mit Zwang zu tun.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Angebote, nicht Zwang!)

– Nein, nein. Das ist etwas anderes, eben. – Wir machen auch bei der Polizei die Erfahrung, dass die Menschen, wenn sie ihre Ausbildung hinter sich gebracht haben, immer wieder möglichst heimatnah versetzt werden möchten.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

In der Tat sind bei denen, die im mittleren Dienst beschäftigt sind, die Arbeitsplatzangebote bei der Polizei in Ballungsräumen wie Mannheim, Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

nicht unbedingt attraktiv, weil die Kosten für sie dort entsprechend höher sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mietkosten!)

Das erschwert unsere Personalsteuerung in diesem Bereich. Aber ein Angebot ist es allemal.

Wie gesagt, die Erkenntnis aus dieser Entwicklung ist die, dass sich gerade in Mannheim die Polizei mit dem Projekt „Streife im Quadrat“ aufgemacht hat, Menschen anzusprechen, die ohnehin schon dort wohnen, um diese für den Polizeidienst zu gewinnen.

Im Übrigen bedanke ich mich noch einmal ganz herzlich für die übereinstimmende Unterstützung, diese Projekte und diesen Weg innerhalb der Polizei weiter gemeinsam voranzutreiben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/2118. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Sofortige und dauerhafte Abschaltung des Atomkraftwerks (AKW) Fessenheim – Drucksache 15/2120**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags erteile ich dem Kollegen Schoch.

**Abg. Alexander Schoch** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich beginne die Begründung des Antrags mit einem alemannischen Spruch, der im Widerstand gegen das Atomkraftwerk Wyhl immer wieder erhellt ist und der immer noch seine Bedeutung hat. Ich denke, man darf hier in diesem Haus auch einmal etwas auf Alemannisch loswerden. Der Spruch heißt: „Nai hämmer gsait.“

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Das hat im Widerstand gegen das AKW Wyhl gegolten, und das galt in den letzten Jahren genauso im Widerstand gegen das AKW Fessenheim.

Eine Region ist besorgt und fragt sich: Wird Ende 2016 das AKW Fessenheim endgültig abgeschaltet, wie es François Hollande angekündigt hat, oder sollte das AKW Fessenheim nicht sofort abgeschaltet werden? Hält das altersschwache AKW bis 2016? Das sind Fragen, die die Region bewegen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben den Antrag, der heute zur Diskussion steht, am 17. Juli 2012 gestellt, und am 14. September 2012 hat Hollande mitgeteilt, dass das AKW Fessenheim bis 2016 abgeschaltet werden soll. Es hat sich also seit der Antragstellung einiges getan. Somit hat sich Abschnitt II unseres Antrags durch Regierungshandeln erledigt.

30 km südwestlich von Freiburg und 30 km südöstlich von Colmar stehen die beiden 900-MW-Blöcke des französischen AKW Fessenheim,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die werden saniert!)

die 1977 und 1978 in Betrieb genommen wurden. Die Nutzung der Atomenergie gerade auch in Fessenheim ist eine Gefahr für Mensch und Umwelt, was in verschiedenen Studien immer wieder belegt worden ist.

Aus dieser südbadischen Region kommt der Wunsch eines großen Teils der Bevölkerung nach der sofortigen Stilllegung des AKW Fessenheim. So war es auch der Wunsch vieler Menschen aus dieser Region, dass sich der baden-württembergische Landtag mit dem Thema „Abschaltung des AKW Fessenheim“ nach dem Regierungswechsel in Frankreich beschäftigt. Dies haben die Landtagsfraktionen der Grünen und der SPD in einem Antrag bereits im Juli, wie schon gesagt, aufgenommen.

Ich möchte an dieser Stelle auch deutlich machen: Nicht nur das AKW Fessenheim, sondern auch das schweizerische AKW Beznau bedroht die Bevölkerung im Dreiländereck.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, 106 Gemeinden, Städte und Landkreise aus dem Elsass, der Schweiz und Deutschland, die sich im Trinationalen Atomschutzverband, TRAS, organisieren, fordern die Stilllegung des AKW Fessenheim. Viele Kommunen aus dem Dreiländereck haben in ihren Gremien entsprechende Resolutionen verabschiedet, in denen sie die sofortige Stilllegung des AKW Fessenheim gefordert haben.

Im Fall einer atomaren Katastrophe, meine Damen und Herren, wäre eine Region mit ca. 650 000 bis 2,5 Millionen Men-

schen oder, wenn man die trinationale Metropolregion insgesamt nimmt, mit über sechs Millionen Einwohnern betroffen. Eine solche Katastrophe hätte verheerende, existenzbedrohende Auswirkungen für die Menschen in dieser Region.

Seit der Inbetriebnahme der zwei Druckwasserreaktoren mit je 900 MW elektrischer Nettoleistung im Jahr 1977 kam es zwischen 1989 und 2008 zu über 200 Zwischenfällen, welche laut der deutschen Strahlenschutzverordnung meldepflichtig waren.

Am 27. Dezember 2009 wurde der zweite Reaktor des Kernkraftwerks wegen Pflanzenresten im Kühlkreislauf abgeschaltet. Am 24. August 2010 wurden 50 m<sup>3</sup> radioaktive Gase freigesetzt – so die französische Aufsichtsbehörde. Am 20. Oktober 2010 kam es während des Einschaltens eines Ventilators zu einem Kurzschluss. Daraufhin wurde Block 1 des Atomkraftwerks heruntergefahren. Am 3. April 2011 kam es aufgrund eines Bedienungsfehlers zu einer automatischen Abschaltung des Reaktors. Am 25. April 2012 kam es laut Angaben des Kraftwerksbetreibers im nuklearen Teil der Anlage zu einem Brand im Kühlteil. Am 8. Mai kam es nach Angaben des Kraftwerksbetreibers erneut zu einer Störung im Block 2. Und am 5. September wurden mehrere Menschen bei einem Zwischenfall verletzt.

Sie sehen, die Liste der Zwischenfälle ist lang

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, das stimmt!)

und begründet daher die Abschaltung dieses Risikoreaktors.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die französische Atomaufsicht hat am 21. Dezember 2012 grünes Licht für die vom Betreiber EdF vorgeschlagenen Nachrüstungen im AKW Fessenheim gegeben. So soll die Bodenplatte unter dem Reaktor von 1,50 m auf 2 m verstärkt werden. Außerdem ist der Einbau eines Transferkanals im Schacht unter dem Reaktorbehälter geplant, der den geschmolzenen Kern in einen benachbarten, ebenfalls verstärkten Bereich leiten soll. Diese Maßnahmen werden insgesamt in ihrer Wirkung als sehr kritisch angesehen. Die vorgeschlagenen Nachrüstungsmaßnahmen reichen höchstens dazu aus, eine Katastrophe zu verzögern, aber nicht dazu, sie zu verhindern.

Trotz aller Proteste diesseits und jenseits des Rheins, trotz zahlreicher gravierender Sicherheitsmängel hinsichtlich eines drohenden GAUs durch Erdbeben, Überschwemmungen, Flugzeugabstürze – in der Nähe befindet sich auch der Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg – oder terroristische Anschläge laufen die beiden Reaktorblöcke des maroden Uralt-AKW wahrscheinlich noch bis 2016.

Die frühere französische Umweltministerin Corinne Lepage plädiert für eine sofortige Schließung des AKW Fessenheim. Das AKW Fessenheim sei viel zu alt, um entsprechend den heute gültigen neuen Normen nachgerüstet zu werden, so Lepage.

Von Umweltverbänden und vom Trinationalen Atomschutzverband wird der Weiterbetrieb des AKW Fessenheim zu Recht als unverantwortliche Gefahrzeitverlängerung kritisiert. Es mutet seltsam an, wenn jetzt vor dem Hintergrund eines weichgespülten EU-Stresstests angemahnte technische Nach-

(Alexander Schoch)

besserungen in Fessenheim wie z. B. die Verstärkung der viel zu dünnen Betonfundamentplatten durchgeführt werden sollen.

Die Menschen in der Region wollen keine Gefahrzeitverlängerung. Die Atomunfälle in Tschernobyl und Fukushima haben gezeigt, dass im Katastrophenfall relativ schnell sehr große Gebiete evakuiert werden müssen. Die schweren Reaktor-katastrophen in Tschernobyl und Fukushima hatten bei aller Unterschiedlichkeit ein gemeinsames Element: Betreiber, Techniker, Politik, Medien und Öffentlichkeit waren auf den Unfall und seine Folgen nicht vorbereitet. Der Katastrophenschutz, der immer Menschenschutz sein sollte, versagte kläglich.

Der Philosoph Günther Anders hat dieses Versagen mit dem Begriff „Apokalypseblindheit“ beschrieben. Lassen wir es nicht so weit kommen.

Ein leiser Hoffnungsschimmer für die Region ist natürlich Hollandes Ankündigung, dass das AKW Fessenheim mit seinem permanenten Potenzial an existenzieller Gefährdung für das gesamte Oberrheingebiet abgeschaltet werden soll. Unserer Meinung nach sollte dieser altersschwache Risikoreaktor früher abgeschaltet werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dies bestätigt auch die vom Umweltministerium Baden-Württemberg in Auftrag gegebene Studie zur Analyse der Ergebnisse des EU-Stresstests zu den Kernkraftwerken Fessenheim und Beznau, die vom Öko-Institut und vom Physikerbüro Bremen durchgeführt wurde. Im Vergleich zum Sicherheitsstatus deutscher Kernkraftwerke weisen die Anlage Fessenheim in Frankreich und die Anlage Beznau in der Schweiz deutliche Defizite auf, so das Ergebnis der Analyse des Öko-Instituts. Dabei verglichen die Expertinnen und Experten die Anlage in Fessenheim mit deutschen Anlagen anhand von Kriterien, die die Reaktorsicherheitskommission im vergangenen Jahr für ihre Sicherheitsüberprüfung aufgestellt hat.

Die Experten des Öko-Instituts analysierten die Folgen von Erdbeben, Überflutungen und eines Ausfalls der Strom- und Kühlwasserversorgung im Reaktor selbst bzw. im Brennelemente Becken und identifizierten Schwachstellen der Anlagen. Die Experten kamen zu dem Ergebnis, dass das AKW Fessenheim in den fünf untersuchten Bereichen Erdbeben, Überflutung, Brennelemente, Lagerbecken, Versorgung mit elektrischer Energie und Kühlwasser wesentliche sicherheitstechnische Schwachstellen hat. Dieses Ergebnis bestätigt die Forderung der Region nach einem Abschalten des AKW Fessenheim.

Sehr geehrte Damen und Herren, natürlich – das ist den Menschen in der Region um Fessenheim auch bewusst – machen sich die Beschäftigten im dortigen AKW Sorgen um ihren Arbeitsplatz, was auch durch Demonstrationen deutlich wurde. Dies wurde auch vom französischen Präsidenten im Rahmen einer Grundsatzrede bei der Umweltkonferenz im September 2012 besonders gewürdigt, indem er vor dem Hintergrund der Stilllegung des AKW Fessenheim betonte, dass zum einen die Stromversorgung der Region natürlich weiterhin gesichert sei und er zum anderen die Arbeitsplätze aller dort Beschäftigten erhalten wolle.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Alexander Schoch GRÜNE:** Ich komme zum Schluss. – Wir würden es begrüßen, wenn die Landesregierung bzw. das Umweltministerium noch einmal die aktuelle Situation schildern würden und auch darstellen könnten, was weiter geplant ist und welche Gespräche mit der französischen Regierung stattfinden werden, um das AKW Fessenheim möglichst schnell abzuschalten.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Rolland das Wort.

**Abg. Gabi Rolland SPD:** Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag von SPD und Grünen ist in seinem zweiten Teil natürlich obsolet geworden, weil es die Ankündigung des Staatspräsidenten François Hollande gab. Der erste Teil ist aufgrund der beim AKW Fessenheim festgestellten Sicherheitsmängel selbstverständlich nach wie vor gültig.

Die Ankündigung von François Hollande lässt die Bevölkerung, die am Oberrhein betroffen ist, zwar nicht besser schlafen – das ist ganz klar –, aber die Sorge ist auf die Zeit bis 2016 begrenzt. Die SPD begrüßt, dass Präsident Hollande sein im Wahlkampf gegebenes Versprechen kurze Zeit nach der Präsidentschaftsübernahme im letzten Jahr umgesetzt hat. Trotzdem bleibt natürlich auch ganz klar: Jeder Tag, den dieses Kernkraftwerk länger läuft, ist ein Tag zu viel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die SPD sieht selbstverständlich die Sorgen und Nöte der Beschäftigten und der Gemeinde Fessenheim, die ein gutes Stück weit von diesem Kernkraftwerk, das ein großer Industriebetrieb ist, lebt. Wir sehen auch unsere Verantwortung gegenüber den Beschäftigten und der Gemeinde und sagen deshalb: „Jawohl, wir wollen, dass ihr euer Kernkraftwerk stilllegt.“ Wir sagen aber auch: „Wir helfen euch dabei. Wir können euch nämlich z. B. einmal nach Obrigheim einladen, wo wir ein Kernkraftwerk abschalten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wissen alles besser, nicht?)

und euch zeigen, dass wir mindestens genauso viele Arbeitskräfte für die Stilllegung wie für den Betrieb brauchen

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

und dass dort auch Ideen entwickelt wurden, welche Perspektiven die Gemeinde eingehen kann.“

Wir können auch sagen: Es gibt gute Beispiele in der Nachbarschaft, den Gemeinden und Regionen, die sich, nachdem wir z. B. in Wyhl gesagt haben: „Nein, wir wollen die Atomkraft nicht“, aufgemacht und gesagt haben: „Wir gehen den Weg der erneuerbaren Energien.“ Wir haben dort heute eine Wertschöpfung von 650 Millionen € im Jahr, die sich aus der Solartechnik und der Umwelttechnik rekrutiert. Das ist ein positives Beispiel, das man anführen kann.

(Gabi Rolland)

Wir können sagen: „Jawohl, ihr habt da noch Fläche, und ihr sollt an dieser Stelle vielleicht auch noch Energie produzieren, aber mit einem anderen Grundrohstoff als Uran.“

Ich denke, da gibt es Beispiele, wie wir unsere Hand freundschaftlich nach Frankreich ausstrecken und helfen können. Dann wird ein Schuh daraus.

Wichtig ist uns auch, dass dieses Thema nicht nur hier im Landtag in Stuttgart behandelt wird, sondern dass wir auch die Gremien, die wir für die Politikgestaltung zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz haben, damit befassen. Ich sehe hier Herrn Stächele und spreche ihn an. Unser Gremium ist der Oberrheinrat. Darin sind Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen und auch die Kommunen grenzüberschreitend beteiligt. Es ist unsere Aufgabe – ich möchte, dass Sie das mitnehmen –, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, wie in den nächsten Jahren mit dem AKW Fessenheim, aber auch mit dem AKW Beznau umgegangen wird und welchen positiven Beitrag wir in diesem Zusammenhang leisten können. Wenn Sie diesen Auftrag heute mitnähmen, würden wir uns sehr bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Abg. Willi Stächele CDU: War im Dezember auf der Tagesordnung!)

Ich möchte auch zu dem Thema „Deutsch-französische Freundschaft“ etwas sagen, weil das immer wieder einmal so im Ohr klingt. Für mich fängt echte Freundschaft dort an, wo es schwierig wird, und nicht dort, wo es einfach ist. Dort, wo es schwierig wird, fängt echte Freundschaft an.

Wir haben in dieser Grenzregion eine lange, lange Erfahrung im Umgang miteinander. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass es am Oberrhein durch die deutsch-französische Freundschaft möglich ist, die Energiewende gemeinsam hinzubekommen.

Ich möchte Sie daran erinnern: 400 000 Menschen wohnen im direkten Einzugsbereich dieses Kernkraftwerks. Eine frühzeitige Warnung und eine Evakuierung der Bevölkerung sind hier aus meiner Sicht nicht möglich.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Stächele?

**Abg. Gabi Rolland SPD:** Ja, bitte.

**Abg. Willi Stächele CDU:** Liebe Frau Kollegin, meine erste Frage an Sie: Sie wissen, dass das Thema auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Oberrheinrats stand? Frage 2: Waren Sie anwesend?

Frage 3: Können Sie freundlicherweise berichten, was wir beschlossen haben?

**Abg. Gabi Rolland SPD:** Erstens: Das Thema stand auf der Tagesordnung. Zweitens: Ich war dabei. Drittens: Wir haben beschlossen, dass wir die Stilllegung akzeptieren bzw. begrüßen. Ich weiß es gar nicht mehr.

(Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

– Das ist Ihr gutes Recht. Sie dürfen es gleich noch einmal sagen. Ich weiß wirklich nicht mehr, was wir beschlossen haben,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Stächele erinnert sich auch nicht mehr! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

weil wir uns auch gestritten haben.

(Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

Die deutsche Delegation aus CDU und SPD – die FDP war, glaube ich, nicht dabei – hat sich dafür ausgesprochen, die Abschaltung des Kernkraftwerks zu begrüßen. Der restliche Teil der Delegation hat sich zur Kenntnismahme entschlossen. Das ist okay.

Jetzt würde ich gern zu Ende vortragen,

(Glocke der Präsidentin)

wenn ich darf.

**Abg. Willi Stächele CDU:** Ich habe nur noch eine Frage: Darf ich Ihnen helfen?

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine weitere – –

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Abg. Gabi Rolland SPD:** Herr Stächele, Sie dürfen mir jederzeit helfen.

**Abg. Willi Stächele CDU:** In der Tat, Sie haben es richtig angesprochen: Wir haben gerungen. Man muss wissen: Wir ringen bei diesem Thema mit unseren Elsässer Freunden.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist aber keine Frage! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sollten es trotzdem wissen! – Unruhe)

Das Ergebnis war: Wir konnten nicht den Beschluss formulieren: „Wir begrüßen ...“ Wir haben als Beschluss sinngemäß formuliert: Wir nehmen die Schließung, die vom Präsidenten angekündigt worden ist, zur Kenntnis und fordern die Regierungen auf, über die Umsetzung des Stilllegungsbeschlusses zu berichten.

**Abg. Gabi Rolland SPD:** Genau.

**Abg. Willi Stächele CDU:** Das war für unsere Elsässer Freunde schon ein gewaltiger Schritt nach vorn.

**Abg. Gabi Rolland SPD:** Genau, das war ein gewaltiger Schritt nach vorn, Herr Stächele. Aber unsere Bitte an Sie heute ist, dass wir an dem Thema weiterarbeiten, weil es für die Bevölkerung dort ein wichtiges Thema ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP meldet sich.)

– Jetzt möchte ich mit meiner Rede weitermachen; Herr Bullinger, Sie müssen nachher mit mir sprechen. Meine Redezeit ist gleich abgelaufen.

(Gabi Rolland)

Ich möchte noch einmal einen Punkt deutlich machen: Sicherheitsbestimmungen sind nicht vorhanden. Die Menschen haben zu Recht Angst, weil die Sicherheit bei Erdbeben nicht gewährleistet ist, weil die Sicherheit bei Überschwemmungen nicht gewährleistet ist und weil die Kühlung des Kernkraftwerks durch den Rhein in trockenen Sommern nicht ausreicht; das hat sich 2003 gezeigt. Damals musste das Kernkraftwerk abgeschaltet werden. Deswegen haben wir ein vitales Interesse daran, dass das AKW Fessenheim abgestellt wird. Das Gleiche gilt für das AKW Beznau.

Die SPD-Fraktion wird die Maßnahmen, die Herr Stächele auf der Tagesordnung des Oberrheinrats fixieren wird, kritisch begleiten. Wir werden den Oberrheinrat in dieser Frage konstruktiv begleiten.

(Unruhe)

Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, die Energiewende, die wir für das Land Baden-Württemberg formuliert haben, auch trinational auszurichten. Ich finde, daraus wird dann auch ein Schuh. Wenn wir erwarten, dass die Schweiz und Frankreich ihre Kernkraftwerke abschalten, dann müssen auch wir etwas dafür tun, dass dies geht.

Wir werden in der Oberrheinregion, in Südbaden am Freitag einen Startschuss dafür geben. Machen Sie mit. Geben Sie der Idee der Energiewende Rückenwind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Nemeth das Wort.

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Kernkraftwerke ist ein wichtiges Thema. Ich glaube, es ist wichtig, an den Anfang zu stellen: Wir haben im Bundestag über alle dort vertretenen Parteien hinweg einen gesamtgesellschaftlichen Konsens erzielt, dass wir in Deutschland und damit auch in Baden-Württemberg aus der Kernenergie aussteigen. Daran wollen wir alle festhalten.

Deswegen, glaube ich, ist es wichtig und erfreulich und wird von uns, von der CDU-Landtagsfraktion, begrüßt, dass Präsident Hollande den Beschluss zur Stilllegung des französischen Kernkraftwerks Fessenheim bis 2016 erreicht hat. Wir begrüßen diesen Beschluss ausdrücklich. Entscheidend ist, dass das Kernkraftwerk Fessenheim verbindlich und dauerhaft vom Netz genommen wird. Je früher das geschieht, desto besser. Dieses Kernkraftwerk – es ist das älteste Kernkraftwerk Frankreichs – ist kein Reaktor, auf den die Franzosen stolz sein können.

An dieser Stelle möchte ich eine Linie ziehen. Der Antrag, den Grün-Rot gestellt hat und in dem gefordert wird, das Atomkraftwerk Fessenheim sofort und dauerhaft abzuschalten, ist kritisch zu bewerten;

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wieso?)

denn mit dieser Forderung greifen Sie

(Abg. Willi Stächele CDU: Souveränität!)

in die Souveränität Frankreichs ein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Und der Schweiz!)

In Europa wird nun einmal die Energieproduktion von jedem Nationalstaat selbstständig geregelt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch ein Appell!)

– Nein, Sie wollen einen Beschluss des Landtags, Herr Drexler. Lesen Sie den Anhang einmal durch. Sie wollen die sofortige Abschaltung des Kernkraftwerks Fessenheim erreichen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Das ist ein Appell!  
– Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wollen Sie es weiterlaufen lassen?)

Sie stellen sich damit über die EU und über den Stresstest.

Sie haben gerade darüber gesprochen, wie man mit Freunden umgeht. Sie haben hinter dem Rücken Ihrer Freunde ein Gutachten eingeholt, um die französische Regierung noch mehr unter Druck zu setzen. Herr Drexler, ich wundere mich, dass ich als Christdemokrat Ihren sozialistischen französischen Staatspräsidenten hier verteidigen muss. Da stimmt doch irgendetwas nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Ein Freund von uns!)

Sie setzen auf Konfrontation.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Wir reden doch ständig mit denen!)

Wir hingegen setzen auf Kommunikation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was sollen denn die Franzosen von uns denken? Wir betreiben selbst zwei Kernkraftwerke in Baden-Württemberg.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Noch! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nicht mehr lange!)

Im Aufsichtsrat der EnBW sitzen Leute von der SPD und von den Grünen. Die EnBW betreibt zwei Kernkraftwerke, die auch bis 2022 weiterbetrieben werden. Das ist nämlich der Kompromiss, den wir im Bundestag gemeinsam erzielt haben. Gleichzeitig sagen wir aber – borniert, arrogant –: Die Franzosen müssen sofort abschalten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Das ist keine Politik, die sinnvoll ist und die wir vertreten können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen gehen Sie hierbei relativ unsensibel vor. Sie reagieren wie die Axt im Walde. Ein solches Vorgehen ist wirklich ungläubwürdig.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist übertrieben, Herr Kollege!)

(Paul Nemeth)

Ich plädiere dafür, diese Situation, die auch vom Präsidenten des Oberrheinrats angesprochen worden ist, zu verbessern. Warum moderiert die Landesregierung eigentlich nicht den gemeinsamen Prozess der Energiewende? Wir wollen diesen Weg nämlich gemeinsam mit unseren elsässischen Freunden gehen. Warum gründen wir nicht mit Mitteln aus dem Landeshaushalt einen Energiewendebeirat zwischen Südbaden und dem Elsass?

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Wir haben doch schon so viele Beiräte!)

Das wäre eine konstruktive Vorgehensweise. Sie wollen aber mit Ihrem Antrag den sofortigen Ausstieg beschließen. Diesen Antrag lehnen wir ab. Wir haben deshalb einen Änderungsantrag gestellt.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Sie machen ständig Zwischenrufe. Stellen Sie doch einmal eine Frage.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dann wäre es kein Zwischenruf mehr, Herr Nemeth!)

Ich weiß Ihren Namen nicht. Deswegen kann ich Sie gar nicht ansprechen.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sollen wir ihn einblenden? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Stellen Sie doch eine Frage.

Es wäre doch sinnvoll, dass wir hierbei gemeinsam vorgehen und nicht – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Ich wollte lediglich um Ruhe bitten.

**Abg. Paul Nemeth CDU:** Das würde ich auch sagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Betonung ist schwierig! „Lede Abal“!)

Wir sollten nicht einfach mit einer Beschlussfassung, wie Sie sie vorschlagen, unsere Partner vor den Kopf stoßen. Lesen Sie einmal Ihren Antrag durch. Da heißt es:

*Der Landtag ist der Auffassung,*

– man muss sich einmal überlegen, ob eine solche Feststellung bei einer Sicherheitsfrage überhaupt angemessen ist; dabei geht es nämlich nicht um Meinungen, sondern um Fakten und Kriterien sowie um Risikodefinitionen und -bewertungen –

*dass ... einen störungsfreien Betrieb des Atomkraftwerks nicht gewährleisten kann.*

(Vereinzelt Beifall)

Das ist das, was Sie sagen.

(Abg. Gabi Rolland SPD: So ist es! – Abg. Johannes Stober SPD: Deshalb wollen wir es abschalten!)

Wenn das so ist, dann müssen Sie die sofortige Abschaltung beantragen. Davon haben Sie sich heute distanziert. Das haben Sie nicht mehr gesagt. Das Gleiche gilt dann natürlich auch für die eigenen, baden-württembergischen Kernkraftwerke. Die müssen Sie dann auch sofort abschalten. Sie stellen den Umweltminister. Er muss dann auch die baden-württembergischen Kernkraftwerke sofort abschalten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Im Bundesrat gab es Konsens, Herr Kollege!)

Insofern führen Sie hier eine Diskussion von gestern. Bitte stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu, dass wir die Franzosen ermuntern, schnellstmöglich abzuschalten und gemeinsam die Energiewende zu organisieren – im Interesse der in Südbaden und im Elsass lebenden Menschen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Seriöse Anträge schreiben mit einer seriösen Begründung! Nicht den Minister beschimpfen in der Begründung!)

Ideologie abstellen, Vernunft und Verstand einschalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Glück das Wort.

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schoch, „Nein haben wir gesagt.“

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Nai!)

– „Nai hämmer gsait.“ – Das ist ein unglaublich interessanter Umgang mit einem benachbarten souveränen Staat.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Alemannisch ist schwierig, Herr Kollege! Das muss man üben! Wir schenken Ihnen ein Büchlein „Alemannisch für Anfänger“!)

Diese Art der Basta-Politik darf nicht einmal auf Alemannisch stattfinden. Ich bin mir ganz sicher, dass man, wenn man sich als Demokrat fühlt und andere demokratische Staaten und Nachbarn achten möchte, damit ein riesengroßes Problem haben muss.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin mir nicht sicher, ob dieses Drohszenario – –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist so maßlos!)

– Jetzt würde ich doch einfach einmal bitten, Herr Sckerl: Hören Sie einmal zu, es wird Ihnen nicht schaden.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber ich darf das kommentieren!)

Vielleicht gibt es ja noch eine bessere Möglichkeit als das Drohszenario.



(Andreas Glück)

Interessant ist der Antrag der Regierungsfractionen auf jeden Fall. Darin steht z. B.:

*Der Landtag ist der Auffassung, dass ... der Betreiber EdF ... einen störungsfreien Betrieb des Atomkraftwerks nicht gewährleisten kann.*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehen wir doch der Sache ins Auge: Ein garantiert störungsfreier Betrieb einer großen Anlage wird überhaupt gar nie möglich sein. Zu einem Störfall der Kategorie 1 braucht es nicht viel. Gott sei Dank ist es so, dass auch kleine Defekte gleich als Störfall gewertet werden und zu einer Abschaltung der Anlage führen. Aber von vornherein zu fordern, es müsse garantiert sein, dass es nicht einmal zu einem solchen Störfall kommen könne, das geht einfach völlig an der Realität vorbei.

Das Nächste: Sie sagen dazu, wie Franzosen ihre eigenen Anlagen begutachten, im Endeffekt doch nichts anderes als: „Sie können es nicht, wir könnten es besser.“ Verstehen Sie mich nicht falsch. Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir alle wollen, dass das Kernkraftwerk Fessenheim so früh wie möglich abgeschaltet wird.

(Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Ja dann! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Also!)

Aber der Weg, den Sie gehen, ist einfach falsch. Sie können den anderen nicht als Erstes vorwerfen: „Sie können es nicht.“

Im zweiten Absatz des Antrags liest man:

*Die vom Betreiber EdF angegebenen und gesetzten Reparaturfristen der von der französischen Atomaufsicht (ASN) anerkannten Mängel sieht der Landtag als zu lang an.*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die ASN ist dafür zuständig, sie ist eine akzeptierte Behörde. Ich gehe doch davon aus, dass sich diese Behörde dann, wenn sie ein Problem mit dem Zeitablauf hätte, dementsprechend äußern würde. Wenn Sie jetzt auch noch das Öko-Institut beauftragen wollen, Fessenheim zu bewerten,

(Lachen des Abg. Alexander Schoch GRÜNE – Abg. Gabi Rolland SPD: Das Gutachten ist doch schon längst da!)

dann sprechen Sie der französischen Atomaufsicht doch jegliche Kompetenz ab. Bevormundung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist an dieser Stelle nicht gefragt.

Die Grünen im Haus trauen sich offensichtlich besseres Know-how zu als der französischen Atomaufsichtsbehörde.

(Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Das Öko-Institut hat es doch untersucht! – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Da sage ich Ihnen ganz ehrlich: Zu diesem Schluss, dass Fessenheim ein Sicherheitsrisiko ist, kam die ASN nicht. Sonst hätte das nämlich eine sofortige Schließung zur Folge gehabt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehen wir der Sache ins Auge: Das Problem ist doch ein anderes. Das Problem ist, dass Sie jetzt europäische Energiepolizei spielen wollen. Sie

zeigen Intoleranz und Geringschätzung allen gegenüber, die nicht Ihrer Meinung sind.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Da sagen Sie bloß: „Nai hämmer gsait.“ Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es in anderen Ländern, auch in benachbarten Ländern, andere Einstellungen zur Kernenergie gibt.

Frankreich hat die Abschaltung des Kernkraftwerks Fessenheim angekündigt. Das ist mehr, als wir uns in der Vergangenheit zu wünschen getraut haben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie vielleicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir sind halt Realisten!)

Wir, die FDP/DVP, begrüßen diese Abschaltung, aber wir wollen das gute Verhältnis zu unserem Nachbarn nach wie vor erhalten. Ein guter Schritt wäre doch einmal, in die richtige Richtung zu gehen und dafür zu sorgen, dass wir, was unsere eigene Stromversorgung angeht, eine sichere Stromversorgung haben, und zwar zu jedem Zeitpunkt. Es geht nicht darum, am Ende des Jahres sagen zu können, in der Summe noch Strom exportiert zu haben, sondern es geht darum, dass wir jeden einzelnen Strombezug von unseren europäischen Nachbarn, den wir brauchen, aufaddieren müssen. Es ist doch geradezu abstrus, dass wir zu einer Zeit darüber diskutieren, zu der wir möglicherweise Strom aus Fessenheim beziehen müssen, um sicherzustellen, dass unser Netz stabil ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann dazu wirklich nur sagen: Sie verlieren da ein Ziel aus den Augen. Ich stelle Ihnen jetzt einfach die Frage: Wie viele Windräder haben wir denn eigentlich schon gebaut, seit Sie an der Regierung sind? Wie viele von den geplanten 1 200 waren es? Sie wollen im Jahr 2020 von zu ersetzenden 40 TWh ganze 8 TWh Windenergie produzieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zehn Jahre Blockade kann man nicht in 18 Monaten ausgleichen! – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Sie gehen doch nur ein Fünftel des Problems an.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

– Nein, Frau Mielich, ich lasse gerade keine Frage zu.

Dieser Ansatz, dieses eine Fünftel, das Sie angehen, geht gerade den Bach runter. Reden Sie doch einmal mit den Kommunen.

(Glocke der Präsidentin)

– Nein, ich lasse keine Fragen zu.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Gut, keine Frage.

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** Reden Sie doch einmal mit den Kommunen. Nach Ihrem Landesplanungsgesetz geht doch gerade eben jeder Standort für Windkraftanlagen in die Knie. Da müssen Sie aufpassen, dass nicht irgendwann, vielleicht

(Andreas Glück)

im Jahr 2050, in Wikipedia unter „Winfried Kretschmann“ Folgendes steht:

*Winfried Kretschmann (GRÜNE): Einziger Ministerpräsident Baden-Württembergs, unter dem weniger Windräder gebaut wurden als unter Erwin Teufel.*

(Beifall des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Unruhe bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist schon schmerzengeldpflichtig, was Sie sagen, Herr Kollege!)

Dem Abschnitt I Ihres Antrags können wir leider nicht zustimmen. Er ist gespickt mit Zynismus. Außerdem sprechen Sie den anderen komplett die Kompetenz ab.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Werden Sie von der EdF bezahlt, oder was?)

Schwarz-Gelb reicht Ihnen die Hand. Wir haben Ihnen jetzt einen Änderungsantrag vorgelegt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der ist vergiftet!)

der wirklich zielgerichtet ist und genau das fordert, was Sie wollen, und der das in Respekt vor dem anderen tut.

Geben Sie sich also einen Ruck! Es ist völlig ungefährlich. Sie können diesem Änderungsantrag zustimmen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft das Wort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt, Herr Minister! Wahrheit und Klarheit ist angesagt!)

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Glück, nach einer solchen Rede verstehe ich, warum Ihr Vorgänger Dieter Ehret aus der FDP ausgetreten ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, wer vor zwei Jahren hier in diesem Haus verkündet hätte, das AKW Fessenheim werde Ende 2016 abgeschaltet, wäre vermutlich als Utopist verspottet worden. Damals wurde – wenn Sie sich einmal zurückerinnern – von manchen – auch von manchen, die heute hier Reden gehalten haben – die Renaissance der Kernenergie regelrecht herbeigeredet. Zwar stockten die Neubaupläne, aber zumindest über die Laufzeitverlängerungen wurde in vielen Ländern diskutiert, und sie wurden, siehe Deutschland im Herbst 2010, auch beschlossen.

Frankreich galt in der damaligen Diskussion vielen als das Bollwerk der Kernkraftnutzung schlechthin. Unser Nachbarland erzeugte damals 80 % seines Stroms aus Atomenergie und dachte nicht im Traum daran, diesen einseitigen Energiemix aufzugeben.

Im Atomkraftwerk Fessenheim wurde damals die alle zehn Jahre vorgesehene Sicherheitsüberprüfung durchgeführt. Der Betreiber EdF hat, wie auch die Aufsichtsbehörde ASN, die Ergebnisse als Nachweis für weitere zehn Jahre Betrieb gewertet, und Demonstrationen und kritische Stimmen der Bürgerinnen und Bürger in Südbaden – in verschiedenen Beiträgen der Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen wurde darauf ausführlich eingegangen – wollte in Frankreich zumindest damals niemand ernst nehmen. Das war vor gut zwei Jahren.

Heute diskutieren wir darüber, ob die mittlerweile beschlossene Abschaltung im Jahr 2016 tatsächlich kommen wird oder ob eine Abschaltung des Kernkraftwerks Fessenheim sogar schon vor 2016 möglich ist. Zugleich debattieren wir über die Grenzen der notwendigen Vertretung baden-württembergischer Interessen. Dieses werde ich auch weiterhin tun, Herr Kollege Nemeth und Herr Kollege Glück. Ich weise ausdrücklich zurück, dass ich mich hier in einer unzulässigen Art und Weise in innerfranzösische Angelegenheiten eingemischt hätte, und ich werde Ihnen gleich noch ausführen, warum und wieso.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zunächst einmal skizzieren, was sich in diesen zwei Jahren geändert hat, bevor ich aufzeige, was die Landesregierung im Hinblick auf eine rasche Abschaltung des AKW Fessenheim unternommen hat und auch weiterhin unternimmt.

Meine Damen und Herren, vor knapp zwei Jahren, am 11. März 2011, kam es, wie wir alle wissen, zu dem verheerenden Reaktorunglück in Fukushima, einem Unfall in einem Hochindustrialand, der mehrere AKW-Blöcke gleichzeitig betraf und zu lang andauernden Freisetzungen führte. Der Unfall machte die Evakuierung eines größeren Landstrichs erforderlich und hätte beinahe auch noch die Millionenmetropole Tokio betroffen.

Als Konsequenz legte seinerzeit die von CDU/CSU und FDP geführte Bundesregierung eine – so kann man sagen – durchaus atemberaubende Kehrtwende hin – das fand meine Anerkennung; das habe ich immer wieder deutlich gemacht –, so dass wir in Deutschland mit der Unterstützung von vier Parteien im Deutschen Bundestag den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen haben und damit einhergehend den Weg in die Energiewende gegangen sind.

Acht Atomkraftwerke wurden sofort abgeschaltet. Das schrittweise Abschalten der anderen neun Kernkraftwerke bis 2022 ist seither im Atomgesetz festgelegt. Die Form, wie es gemacht wurde, nämlich stufenweise ab 2015 bis 2022, geht nicht zuletzt auf eine Intervention von Baden-Württemberg im Rahmen der damals im Juni veranstalteten Runde der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin zurück.

Mit dem Abschalten muss der Umstieg in eine effiziente Energienutzung, in den Ausbau der erneuerbaren Energien und in den Umbau der Energieversorgungsstrukturen einhergehen. Die Debatten dazu führen wir hier regelmäßig. Die Energiewende ist – das ist völlig klar – wahrlich kein Selbstläufer. Bei aller berechtigter Kritik im Detail denke ich trotzdem: Die Zielrichtung, die wir eingeschlagen haben, stimmt nach wie vor.

(Minister Franz Untersteller)

Es sind auch Erfolge und Fortschritte erkennbar. Die deutsche Energiewende kann aus meiner Sicht ebenso zu einem Exportschlager werden wie seinerzeit das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das heute in über 40 Ländern Grundlage für die Förderung der erneuerbaren Energien ist.

(Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

In den vergangenen zwei Jahren hat sich auch in Frankreich, Herr Kollege Stächele, die Politik verändert. Der neue Staatspräsident François Hollande hat eine Abkehr von der einseitigen Atomenergiepolitik eingeleitet. Man hat in Frankreich beschlossen, den Kernenergieanteil in Frankreich, der bisher bei über 75 % lag, bis zum Jahr 2025 auf 50 % abzuschnellen. Das ist kein Komplettausstieg, aber unterm Strich – wenn man einmal genauer hinschaut, Herr Kollege Glück – entspricht das in etwa dem Rückbau von so vielen Kernkraftwerken, wie wir in Deutschland zurückbauen.

Wenn sie bei 58 Kernkraftwerken um ein Drittel heruntergehen, dann ist das eine anerkennenswerte Leistung, die sie da vollbringen, vor allem vor dem Hintergrund, dass in Frankreich im Gegensatz zu Deutschland nicht über 30 Jahre hinweg eine breite gesellschaftliche Debatte über das Für und Wider der Atomenergie stattgefunden hat. Deshalb findet es ausdrücklich meine Anerkennung, dass die Regierung Hollande vorhat, in dieser Form eine Kursänderung hinsichtlich der bisherigen Politik einzuleiten.

Die Abschaltung der beiden Blöcke in Fessenheim ist beschlossene Sache, und mit dem hochrangigen Beamten Francis Rol-Tanguy wurde ein Regierungsbeauftragter benannt, der sich eigens um die Abschaltung des AKW Fessenheim und die damit verbundenen Aufgaben kümmern soll.

Die Abschaltung wird aus meiner Sicht auf jeden Fall spätestens 2016 erfolgen. Die französische Regierung wird sich hier keine Blöße geben. Durch die langfristig geplante Abschaltung und entsprechende Brennstoffeinsatzplanung werden hier klare Fakten geschaffen.

Was hat nun die Landesregierung in diesen Fragen unternommen? Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg hat in den vergangenen nicht ganz zwei Jahren keinen Zweifel daran gelassen, dass sie an einer raschen Abschaltung des AKW Fessenheim interessiert ist. Die Auswirkungen eines Reaktorunfalls würden bei den vorherrschenden Winden vor allem Baden-Württemberg treffen.

Wegen dieser grenzüberschreitenden Konsequenzen habe ich mich bereits unmittelbar nach meiner Amtsübernahme am 30. Juni 2011 an die damalige französische Umweltministerin Nathalie Kosciusko-Morizet gewandt und gefordert, dass bei der als „Stresstest“ bezeichneten EU-Sicherheitsüberprüfung zumindest beim grenznahen Atomkraftwerk Fessenheim dieselben hohen Anforderungen zugrunde gelegt werden, die wir in Deutschland bei der Überprüfung durch die Reaktorsicherheitskommission angewandt haben.

Auch EU-Kommissar Günther Oettinger habe ich in einem Brief darum gebeten, darauf zu drängen, dass bei diesen grenznahen Anlagen, zu denen auch Fessenheim gehört, die Maßstäbe, die wir bei der RSK zur Grundlage gemacht haben, im Rahmen des EU-Stresstests angewandt werden.

Ministerpräsident Kretschmann selbst hat bei seinem Antrittsbesuch in Paris für den Ausstieg aus der Atomkraftnutzung geworben und sich für ein rasches Abschalten des AKW Fessenheim ausgesprochen.

Der EU-Stresstest war deshalb enttäuschend – das habe ich auch Günther Oettinger mehrfach gesagt –, weil die EU zwar festgelegt hat, was zu überprüfen ist, jedoch keine Bewertungsmaßstäbe vorgegeben hat. Daher, lieber Herr Kollege Glück, müssen wir beim Öko-Institut kein Gutachten mehr in Auftrag geben, sondern dies haben wir längst getan. Die Ergebnisse müssten Sie eigentlich kennen; diese liegen nämlich seit geraumer Zeit vor. Genau das war nämlich Gegenstand dieses Gutachtens.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Sie haben das getan, ohne die Franzosen zu fragen! Haben Sie die Franzosen eingebunden?)

– Herr Nemeth, dazu sage ich gleich noch etwas. – Gegenstand dieses Gutachtens, mit dem wir das Öko-Institut und das Physikerbüro Bremen beauftragt haben, war nämlich, unter Anwendung der Bewertungsmaßstäbe der Reaktorsicherheitskommission einmal zu schauen, wie die Unterlagen, die vonseiten der französischen Beteiligten im Rahmen des EU-Stresstests vorgelegt wurden, zu bewerten sind. Ich habe hierzu eine Pressemitteilung gemacht. Ich möchte darauf jetzt nicht mehr im Detail eingehen, rate aber, einfach einmal einen Blick hineinzuwerfen. Sie werden dabei feststellen, dass bei relevanten sicherheitstechnischen Fragestellungen die Anlagen in Fessenheim vom Sicherheitsstandard her unterhalb des Niveaus der Anlagen liegen, die wir 2011, unmittelbar nach dem Reaktorunglück in Fukushima, bei uns in Deutschland stillgelegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Herr Kollege Nemeth, kommen wir jetzt einmal zu der Frage, die Sie auch in der Begründung Ihres Änderungsantrags aufgeworfen haben. Sie behaupten da – ich zitiere –:

*Die Situation wird nicht dadurch verbessert, dass ... über das Ergebnis des Gutachtens zunächst die Medien und erst im Anschluss die französische Seite informiert wurde.*

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das schreiben die französischen Kollegen!)

Das behaupten Sie in der Begründung Ihres Antrags.

Kommen wir jenseits dieser Behauptungen und Vermutungen, die Sie da in die Welt setzen, einfach einmal zu den nüchternen Fakten. Wie sehen die aus? Am 23./24. Mai tagte die Deutsch-Französische Kommission, die regelmäßig tagt und sich mit grenzüberschreitenden Fragen der Kernenergienutzung auseinandersetzt. Im Rahmen der damaligen Tagung am 23./24. Mai, an der die französische Seite teilgenommen hat, haben wir erstens darüber informiert, dass wir dieses Gutachten in Auftrag geben würden; wir haben zweitens darüber informiert, dass wir damit das Öko-Institut beauftragen, und drittens wurde dort vereinbart, dass es keine Diskussion des Entwurfs geben soll, man das Gutachten, sobald es vorliegt, aber übermitteln soll.

(Minister Franz Untersteller)

Das war am 23./24. Mai. Am 12. Oktober 2012 haben wir den Leiter der Regionalabteilung der französischen Atomaufsichtsbehörde ASN in Straßburg, Herrn Kraft, benachrichtigt und ihn in Kenntnis gesetzt, dass wir dieses Gutachten mittlerweile vorliegen hatten. Wir haben auch angekündigt, dass wir dieses Gutachten ins Internet stellen. Gleichzeitig haben wir, ebenfalls am 12. Oktober, der ASN in Straßburg das Gutachten zusammen mit einer E-Mail übermittelt.

Am 17. Oktober haben wir das Gutachten offiziell der französischen ASN übermittelt, und wir haben es am selben Tag der französischen Umweltministerin Delphine Batho übermittelt. Das war am 17. Oktober. Am 18. Oktober haben wir das Gutachten dann hier in Baden-Württemberg veröffentlicht.

Ich halte es einfach für eine Unverschämtheit, so, wie Sie es in der Begründung getan haben, etwas einfach hinzuschreiben und zu behaupten, wir würden erst die Medien und anschließend die französische Seite informieren. Ich fordere Sie auf, dies zurückzunehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

– Ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist eine Kurzintervention!)

Ich kann den beiden Koalitionsfraktionen nur raten, einem solchen Antrag, wie Sie ihn hier vorlegen, unter keinen Umständen zuzustimmen. Ich finde es einfach unglaublich, was Sie da machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wie gesagt, Herr Kollege Nemeth: Wir haben das Gutachten am 18. Oktober veröffentlicht. Wir haben es, wie bereits erwähnt, vorher der französischen Aufsichtsbehörde zukommen lassen und ihr damit auch die Möglichkeit gegeben, das Gutachten zu bewerten und daraus gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen.

Letztlich ist es so: Die ASN ist in Frankreich für die Sicherheitsüberwachung zuständig, und bei gravierenden Sicherheitsmängeln muss sie eine schnelle Behebung fordern bzw. die Anlage abschalten. Das kann sofort sein, das kann morgen sein, das kann aber auch erst 2016 sein.

Die Inhalte des Gutachtens des Öko-Instituts werden zudem auch noch einmal in der Deutsch-Französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, die ich gerade auch erwähnt habe, behandelt.

Kurz vor Weihnachten letzten Jahres habe ich die französische Umweltministerin Delphine Batho in Paris besucht und mit ihr, Herr Kollege Stächele, ein eingehendes Gespräch über Fragen der Energiewirtschaft, der Zusammenarbeit beim Netzausbau und der Zusammenarbeit

(Unruhe)

beim Kapazitätsmarkt geführt. Aber wie Sie sich denken können, war auch vereinbart, dass wir über die Frage AKW Fessenheim diskutieren. Dies haben wir eingehend getan. Ich habe im Rahmen dieses Gesprächs auch deutlich den Wunsch der baden-württembergischen Landesregierung dargelegt, wonach uns vor dem Hintergrund der Ergebnisse, wie sie mit dem

eben von mir dargelegten Gutachten vorliegen, sehr daran gelegen wäre, dass die Anlage nicht erst Ende 2016, sondern durchaus früher stillgelegt wird.

Ich habe die Kollegin Batho auch zu einem Besuch nach Baden-Württemberg eingeladen. Sie hat die Einladung freudig aufgenommen. Ich gehe davon aus, dass sie in diesem Jahr nach Baden-Württemberg kommen wird.

Ich habe ihr auch angeboten, mit ihr beispielsweise Obrigheim zu besuchen. Warum? Weil es in Frankreich im Zusammenhang mit der Stilllegung solcher Anlagen derzeit eine intensive Diskussion über die Frage gibt: Was heißt das im Hinblick auf die Arbeitsplätze? Die Kollegin Rolland hat das vorhin bereits angesprochen. Es gibt dort wirklich zum Teil öffentliche Debatten, die mit den Realitäten, wie wir sie hier in Obrigheim auch sehen, nicht so viel zu tun haben, nämlich dass in den ersten Jahren nicht so viel passiert, was die Zahl der Arbeitsplätze in diesen Anlagen betrifft.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Atomkraftwerk Fessenheim liegt jenseits des Rheins, liegt damit jenseits der Landesgrenze und der Staatsgrenze. Es liegt in Frankreich. Für die Überwachung der Sicherheit sind die französischen Behörden zuständig und auch verantwortlich. Diese haben Zugang zu den technischen Unterlagen, die bekanntermaßen ganze Aktenschranke füllen. Sie haben Einblick in die Betriebsregelungen und in die Betriebsführung.

Wir haben diesen Einblick letztlich nicht. Aber, Herr Kollege Nemeth, wir schauen auch nicht weg. Das heißt, wenn wir die Möglichkeit haben, auf der Grundlage solcher Daten, wie sie im Rahmen des EU-Stresstests vorgelegt wurden, von Fachleuten Bewertungsmaßstäbe anlegen zu lassen – in diesem Fall Leuten des Physikerbüros Bremen und des Öko-Instituts; das sind alles Leute, die in Deutschland in der Reaktorsicherheitskommission mitarbeiten; sie legen die in Deutschland vereinbarten Bewertungsmaßstäbe an und kommen wiederum zu den Ergebnissen, wie sie dann auch veröffentlicht wurden –, lasse ich mir das nicht ausreden. Das lasse ich auch nicht infrage stellen, auch nicht von Ihnen, Herr Kollege Nemeth.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir können und wir wollen dem französischen Staat nicht vorschreiben, wie er seine Energieversorgung zu gestalten hat. Aber – auch das werden wir weiterhin tun – wir werben für einen Ausstieg aus dieser Risikotechnologie. Wir tauschen uns

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

über energiepolitische Fragestellungen aus, und wir sprechen mit unseren französischen Partnern über unsere Erfahrungen bei der Energiewende. Wir loten aus, wo Kooperationen möglich sind und wo ein abgestimmtes Vorgehen sinnvoll ist.

Das alles machen wir im Geiste des Elysée-Vertrags und vor dem Hintergrund einer über 50 Jahre gewachsenen deutsch-französischen Freundschaft.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut! So wird in Baden-Württemberg regiert!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der vorliegenden Anträge.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/2120. Zuerst stelle ich Abschnitt I des Antrags, der eine Feststellung des Landtags begehrt, zur Abstimmung. Wer Abschnitt I zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt I mehrheitlich zugestimmt.

Die Regierungsfractionen verzichten auf eine Abstimmung über Abschnitt II und ziehen ihn zurück, da sich durch die Stellungnahme der Landesregierung eine Abstimmung erledigt hat.

Zu Abschnitt II liegt jedoch der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2945, vor. Die CDU-Fraktion hält den Antrag aufrecht. Daher lasse ich über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag Drucksache 15/2945 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD zur CDU: Ihr müsst geschmeidiger sein, dann können wir gemeinsam etwas machen!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – ICE-Verkehr auf der Gäubahn – Schienenverkehr attraktiver gestalten – Drucksache 15/2179**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Schwarz.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind sehr froh, dass wir mit unserem Verkehrsminister Winfried Hermann einen Kämpfer für die Gäubahn haben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schön, dass Sie es so weit gebracht haben! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da muss er selbst lachen! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er hat sich gefreut!)

Wir danken Ihnen, Herr Minister, dass aufgrund Ihres beharrlichen Einsatzes für die Gäubahn entgegen dem ersten Entwurf des Investitionsrahmenplans für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes die Gäubahn nun wieder im Investitionsrahmenplan verankert ist.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Minister, Sie haben hier gekämpft wie ein Löwe. Die Vorwürfe, die teilweise von den Kollegen Wolf und Schreiner in den Raum gestellt wurden,

(Abg. Felix Schreiner CDU: Stimmen alle!)

es hätte Paketlösungen aus der Fluglärmdiskussion mit der Schweiz und einem Ausbau der Gäubahn gegeben, sind völlig abwegig.

(Beifall bei den Grünen)

Viel wichtiger wäre es gewesen, dass auch Sie, Herr Wolf und Herr Schreiner, die Verärgerung über das aktuelle Verhalten der Deutschen Bahn AG bei der Gäubahn zum Ausdruck gebracht hätten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das gehört zum guten Ton!)

Wir sind nämlich sehr wohl darüber verärgert – da sind wir uns, Herr Kollege Mack, mit vielen Fahrgästen und Bürgerinnen und Bürgern in den Orten entlang der Gäubahn einig –, dass die Deutsche Bahn AG die ICEs mit Neigetechnik abgezogen hat. Das ist deshalb so ärgerlich, weil Anschlüsse von der Gäubahn in Stuttgart nicht eingehalten werden können und weil auch Anschlüsse in Zürich Richtung Süden nicht eingehalten werden können. Die Attraktivität des Schienenverkehrs leidet dadurch. Umsteigeverbindungen sind weniger attraktiv.

Wir können diese Verärgerung verstehen, denn gerade bei der Diskussion um Stuttgart 21 ist damit geworben worden, wie wichtig die Führung der Gäubahn zum Flughafen ist und dass der Raum Tuttlingen/Rottweil/Schwarzwald-Baar/Singen stärker angebunden werden soll. Da fragen wir uns schon, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was ist jetzt passiert? Wir haben die große Sorge, dass die ICEs nicht mehr auf die Gäubahn zurückkehren werden und die gewünschten schnellen Verbindungen von Stuttgart nach Zürich und die schnellen Verbindungen vom Flughafen nach Tuttlingen oder Rottweil dann Geschichte sind. Damit begraben Bund und Bahn die Gäubahn.

Man muss hier auch noch einmal die Verantwortlichkeiten klar festmachen. Wir reden über Fernverkehr. Der Fernverkehr ist das originäre Geschäft der Deutschen Bahn AG. Es kann nicht sein, dass die Deutsche Bahn AG Fernverkehrszüge aus der Fläche zurückzieht und wir das mit Regionalzügen, finanziert aus der Landeskasse, kompensieren müssen. So spielen wir nicht.

(Beifall bei den Grünen)

Wir hatten das schon in der Vergangenheit. Da hat die Deutsche Bahn AG Interregiozüge aus der Fläche abgezogen – ich glaube, es war im Bereich Oberschwaben –, und das Land musste das mit Regionalzügen kompensieren. Es darf nicht sein, dass wir hier Aufgaben der Deutschen Bahn übernehmen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich sage daher ganz klar: Die Deutsche Bahn AG muss darlegen, wie sie den Schienenverkehr auf der Gäubahn verbessern möchte. Weitere Einschränkungen auf dieser wichtigen Verbindung zwischen Stuttgart, Mailand, Zürich

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zürich kommt vorher!)

und dem Bodensee sind für uns nicht mehr hinnehmbar. Wir haben ansonsten die Sorge, Herr Bullinger: Wenn diese Ein-

(Andreas Schwarz)

schränkungen der Deutschen Bahn dazu führen, dass weniger Menschen die Bahn nutzen, dann wird diese Verbindung weniger attraktiv.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir wollen nicht, dass die bisherigen Nutzer dieser Verbindung auf das Auto umsteigen, sondern wir wollen eine schnelle Verbindung in die Bodenseeregion und in den Raum Zürich, die attraktiv und konkurrenzfähig ist.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir kennen verschiedene Gedankenspiele der Deutschen Bahn, wonach sie sich komplett von der Neigetechnik verabschieden möchte. Bis heute hat die Deutsche Bahn aber noch nie offiziell dazu Stellung genommen. Wir erwarten jetzt, dass die Deutsche Bahn ein klares Bekenntnis abgibt, wie sie bei der Gäubahn vorankommen will. Die Deutsche Bahn AG darf den Raum Rottweil/Tuttlingen/Bodensee und die Züge nach Zürich nicht abhängen. Hier ist Klarheit gefordert. Wir stehen hier für eine attraktive Schienenverbindung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl  
GRÜNE: Sehr gut, Andi! – Zurufe von den Grünen:  
Sehr gut! – Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wolf.

**Abg. Guido Wolf** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Minister Hermann kämpft für die Gäubahn wie ein Löwe.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Noch sympathischer fände ich es, wenn er für sie kämpfen würde wie ein Wolf.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Gäubahn hat ein Imageproblem.

(Zuruf: Selbst schuld!)

Dieses Imageproblem ergibt sich zunächst einmal aus dem Namen Gäubahn, weil dieser Name nicht die wirkliche Bedeutung dieser internationalen Schienenverkehrsverbindung Stuttgart–Zürich–Mailand vermittelt.

Lieber Kollege Schwarz, die Gäubahn hat auch ein Imageproblem, weil manches von dem richtig ist, was Sie gesagt haben, nämlich weil man sie in den letzten Jahren systematisch heruntergewirtschaftet hat,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

weil man die Neigetechnik von ihr abgezogen hat,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja! – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Wer ist „man“?)

weil man Zugpaare in den Tagesrandlagen gestrichen hat. All dies ist ein Missstand.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Wer ist „man“? – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

– Entschuldigung! Lassen Sie mich doch einmal benennen und bestätigen, was Herr Kollege Schwarz gesagt hat. – All dies ist ein Missstand. Ich glaube, wir sind gut beraten, in diesem Punkt miteinander an einem Strang zu ziehen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch  
CDU: Ein echter Wolf!)

Beim Ausbau der Gäubahn muss es darum gehen, das zu realisieren, was im Vertrag von Lugano steht. Dieser Vertrag stammt von 1996. Schlimm genug, dass er bis heute nicht umgesetzt ist und der Ausbau der Gäubahn bislang nicht so beschleunigt wird, dass sie am internationalen Schienenverkehrsknotenpunkt Stuttgart partizipieren kann.

Aber richtig ist auch, meine Damen und Herren, dass wir heute nicht nur Probleme beschreiben, sondern auch über bereits erreichte Perspektiven diskutieren sollten. Herr Minister, ich glaube, die Aussage „Noch nie waren wir so weit wie heute“ ist nicht falsch. Wir haben für den Abschnitt Horb–Neckarhausen eine Planung, die sich inzwischen in der Leistungsphase 3 befindet. Wir haben für den Abschnitt Horb–Neckarhausen Realisierungsmittel von über 14 Millionen € im Investitionsrahmenplan Kategorie C veranschlagt. Das heißt, insofern stehen wir nicht schlecht da.

Sie haben – übrigens zusammen mit anderen – dafür gekämpft, dass die weiteren Doppelspurinseln Rottweil–Neufra und Rietheim–Wurmlingen in den Investitionsrahmenplan Kategorie D kommen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau!)

Das heißt, wir sind gar nicht so schlecht aufgestellt. Insofern meine ich, lieber Herr Minister, dass die Position des Verkehrsministeriums in der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag aus meiner Sicht etwas zu defensiv ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Okay!)

Ich würde mir wünschen, dass sich das Verkehrsministerium hier nicht nur hinter die Positionen der Bahn zurückzieht, sondern aktiv die Speerspitze in der Bewegung zur Beschleunigung der Gäubahn darstellt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! –  
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Super!)

Wir fordern mit Ihnen, Herr Minister, die Rückkehr der Neigetechnik. Es ist nicht akzeptabel, dass die Bahn bis zum heutigen Tag kein Konzept anbietet. Bahnchef Grube hat vor zwei Jahren in Tuttlingen gesagt: Der erste Neigetechnikzug, der wieder fährt, kommt auf die Gäubahn. Darauf warten wir noch immer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Da kämpfen wir Seite an Seite für die Rückkehr der Neigetechnik; aber wir sind auch gut beraten, über Alternativszenarien und einen Plan B nachzudenken.

(Guido Wolf)

Ein Drittes und Letztes: Ich möchte, dass die aktuellen Diskussionen über einen Interimsfahrplan bis zum Ausbau der Gäubahn nicht nur hinter verschlossenen Türen stattfinden.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Es gibt eine Arbeitsgruppe, die sich mit diesem Fahrplan befasst. Die Anliegerkommunen hätten gern Einblick, um sich daran zu beteiligen. Der ist uns bislang verwehrt worden. Herr Minister, ich möchte Sie bitten, dass hier alle Beteiligten auch aus dem Interessenverband mit an den Tisch geholt werden.

Herr Minister, übernehmen Sie eine aktive Rolle zum Ausbau der Gäubahn! Da haben Sie uns an Ihrer Seite.

Ich schlage Ihnen einen Aktionsplan vor. Erstens: einen Interimsfahrplan bis zum Ausbau der Strecke, entwickelt mit allen Beteiligten, zur Verbesserung des Fahrplans. Zweitens: Nutzen Sie das Jahr 2013 für einen Bahngipfel, um die notwendigen Finanzierungsvereinbarungen zwischen Bund und Bahn für die weiteren Streckenabschnitte voranzutreiben. Drittens: Unterstützen Sie das Bemühen der Metropolregion Stuttgart, ein Mobilitätskonzept Stuttgart–Zürich–Mailand mit Verbesserungen für die Bahnhöfe und der Schaffung von Mobilitätsketten anzubieten. Ich glaube, das wäre ein Mobilitätskonzept aus einem Guss. Baden-Württemberg möge hier die dominante und federführende Rolle übernehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Das war ein echter Wolf! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Lehmann?

**Abg. Guido Wolf** CDU: Bitte schön, Kollege Lehmann.

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege Wolf. – Sie haben die Gemeinsamkeit beschworen. Die ist hier im Landtag auch immer da gewesen. Wie stehen Sie zu der Mitteilung, die Sie verlauten ließen, dass bei der Gäubahn Paketlösungen mit der Schweiz vom Verkehrsministerium vereinbart worden wären, dass hier 50 Millionen € in der Gäubahn-Mitfinanzierung ausgehandelt worden wären? Wäre es nicht gut, um auch den Konsens hier im Landtag zu erhalten, bei der Wahrheit und Klarheit zu bleiben? Es waren nie Gelder der Mitfinanzierung durch die Schweiz in der Diskussion – das wissen Sie auch –, sondern wir sollten hier gemeinsam für den Ausbau der Gäubahn kämpfen, damit wir wieder eine leistungsfähige Bahn bekommen, damit die ICEs wiederkommen. Dafür kämpfen wir. Da sollten wir uns auch an solchen Scharmützeln nicht weiter beteiligen.

Danke.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

**Abg. Guido Wolf** CDU: Kollege Lehmann, weil wir genau das geklärt wissen wollen, haben wir auch seitens der CDU-Fraktion inzwischen die angekündigte parlamentarische Initiative ergriffen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Es geht mir hier nicht darum, diese Diskussion in Richtung Schwächung der Gäubahn zu führen. Es ging mir darum, kein Paket aus Fluglärmreduzierung und Ausbau der Gäubahn zu schnüren. Das darf nicht sein. Das wollen wir geklärt haben. Aber daran, dass wir gemeinsam für den Ausbau, für die Beschleunigung der Gäubahn kämpfen, gab es, glaube ich, noch nie einen Zweifel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

**Abg. Hans-Martin Haller** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Gäubahn hat einen geschichtlichen Horizont. In ihr sehen wir ein zeitgeschichtliches Zeugnis der Kriegsfolgenlast. Das zeigt schon, welchen Stellenwert die Entwicklung der Schiene in diesem Bundesland und in der Bundesrepublik insgesamt in den letzten 60 Jahren innehatte. Wir sind inzwischen bestrebt, diese Situation zu ändern. Dort, wo einst ein zweites Gleis war, leben nun Nattern und Echsen – mit allen damit verbundenen Problemen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sagen Sie das nicht so laut! Sonst wird das andere Gleis auch noch stillgelegt!)

– Ja, ja.

Das Land und der Bund haben im Vertrag von Lugano verdeutlicht und klargemacht, dass diese Strecke schnell werden soll. Damals waren es zweieinviertel Stunden. Nun brauchen wir nicht exakt auf die Minute zu achten, aber klar ist: Nur dann, wenn ein Streckenausbau erfolgt, kann diese Strecke zügig bedient werden, kann sie attraktiv sein, sodass sie auch wieder Fahrgäste hat, und kann das Image verbessert werden – zumal wenn dann am Zug nicht nur „Tuttlingen“ steht, sondern „Milano“ oder „Napoli“. Das ist ja das Fernziel.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und Nürnberg–Dresden!)

– Nürnberg kommt auch noch dran. Da läuft es ja so weit. – Natürlich gibt es für Baden-Württemberg das vorrangige Ziel, zwei Regionen – Singen und Tuttlingen – mit ihren boomenden Industrien und Branchen gut anzubinden. Dort haben wir die „Hidden Champions“, manchmal personell, Herr Wolf, mit Ihnen und mit dem ehemaligen Kollegen Buschle, und wir haben die „Hidden Champions“ in Form von herausragenden Firmen. Diese Firmen haben wegen der dortigen Arbeitsplätze einen Anspruch darauf, gut angebunden zu werden.

„Lugano“ heißt, hier endlich zu Potte zu kommen und den Bund zu drängen, zu bauen. Beim Bau muss klar sein, wo die Probleme liegen. Der Wert beim Kosten-Nutzen-Verhältnis liegt bei etwas über 1. Hinsichtlich des Abschnitts bei Neckarhausen gibt es aktuell die ersten Kostensteigerungen, die bei um die 50 % liegen. Im Hintergrund drohen EU-Auflagen. Es sollen drei Doppelspurinseln gebaut werden, und die gesamte Strecke muss den aktuellen EU-Normen gerecht werden. Das ist fast schon ein K.-o.-Kriterium. Wir müssen darauf achten, weil wir sonst ein Kosten-Nutzen-Verhältnis erreichen, das zu einem K.-o.-Kriterium werden kann. Die Forderung richtet sich an den Bauherrn, an die Planer: Bitte mit Augen-

(Hans-Martin Haller)

maß vorgehen! Weniger kann mehr sein. Das ist gerade für die Gäubahn wichtig.

Wir, die SPD, tragen natürlich dieses Ansinnen mit. Aber, Herr Wolf, ich sehe Konsens zwischen kommunaler Ebene und Land, dass wir diese Strecke ausbauen wollen. Der Bund, bei allem Respekt, ist natürlich verdammt in der Pflicht.

Die Schweiz baut die Gotthardstrecken aus. Wir sind mit den Zulaufstrecken, zu denen wir uns verpflichtet haben – Rheintalbahn, Gäubahn –, hintendran, hintendran, hintendran. Das, was die Bundesrepublik hier bietet, ist ein Trauerspiel. Die Leidtragenden sind das Land Baden-Württemberg und seine Bürgerinnen und Bürger.

Es muss deutlich gesagt werden: Am Land liegt es nicht. Wir arbeiten, wir drängen fraktionsübergreifend, parteiübergreifend darauf, weil unser aller Ziel die Wohlstandsentwicklung in diesem Land ist. Richtig ist, wie gesagt wurde, dass wir dies tun, bis das Ziel erreicht ist.

Es geht nicht um gigantische Summen, meine Damen und Herren. Wir reden über niedrige zweistellige Millionenbeträge, die schon helfen könnten. Da muss sich etwas bewegen. Aber, so traurig es ist, bis es so weit ist, müssen wir Fahrplanverbesserungen erhalten.

Persönlich vertrete ich die Meinung, dass man nicht mehr auf Züge mit Neigetechnik setzen sollte. Diese Technologie – da kann man sich andere Neigetechnikstrecken anschauen – ist nicht sehr erfolgreich, meine Damen und Herren. Stand heute kann man sie zumindest in Deutschland als gescheitert betrachten, weil sie nicht zuverlässig ist. Ein unzuverlässiger Zug taugt nichts. Deswegen müssen wir schauen, wie wir mit einer besseren Fahrplangestaltung und herkömmlichen Zügen zurande kommen können. Diesen Auftrag hat das Verkehrsministerium. Die DB muss das leisten. Es ist eine Fernverkehrsstrecke. Wir richten die Forderung an die DB AG, an den Bund, hier für unser Bundesland, für die Regionen entlang der Gäubahn einen attraktiven Fahrbetrieb aufrechtzuerhalten.

Ich habe punktgenau geendet.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute war schon mehrfach die Rede vom 50-Jahr-Jubiläum des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags. Sieben Jahre zuvor hatten die Franzosen das angesprochene zweite Gleis abgebaut. Seinerzeit dauerte es nur sechs Jahre, um das zweite Gleis zu bauen, nämlich von 1928 bis 1934. Die Menschen von damals würden sich vermutlich ganz schön wundern, wie lange wir heutzutage brauchen, bis die Planungen erfolgen. Aber hätten die Menschen damals schon die entsprechenden Vorgaben in den verschiedensten Formen gehabt, dann hätten sie das zweite Gleis vermutlich auch nicht in sechs Jahren fertiggestellt.

„Die Gäubahn fährt aufs richtige Gleis“, titelte Ende November 2012 der „Südkurier“ und vermeldete drei positive Nachrichten: die Vereinbarung zwischen der Bahn und dem Bund,

dass die Gleisstrecke – das ist für uns im Land wichtig – mit einer zentralen Bedeutung versehen wird, die fahrplanmäßige Bestandsgarantie für das Zugangebot zwischen Singen und Stuttgart und die Bewilligung von weiteren 150 000 € für die erste Planungsphase bezüglich des Ausbaus der Strecke zwischen Rottweil und Neufra.

Die Richtung stimmt also. Das wurde heute auch angesprochen. Insofern sind wir sehr froh, dass die Gesamtmaßnahme Gäubahn vollständig im Investitionsrahmenplan 2011 – 2015 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes enthalten ist.

Es ist bedauerlich, dass im Dezember 2012 wegen der schwachen Inanspruchnahme jeweils sonntags früh und samstags abends ein IC-Zugpaar gestrichen wurde. Ich habe die Hoffnung, dass die Strecke nach dem Ausbau so attraktiv wird wie seinerzeit schon einmal die Strecke zwischen Stuttgart und Mailand bzw. Neapel, so wie nach Norden bis nach Hamburg.

Am 2. Juli vergangenen Jahres fand die Verbandsversammlung des Interessenverbands Gäu-Neckar-Bodensee-Bahn statt, zu der der Kollege Wolf eingeladen hat. Ich erinnere mich noch sehr gut an diese Veranstaltung. Der Konzernbevollmächtigte der Bahn hat mitgeteilt, dass der Ausbau der Gäubahn ein vorrangiges Schienenprojekt bleibe und außerdem das Ziel verfolgt werde, wieder Neigetechnikzüge einzusetzen.

Kollege Schwarz, ich darf aus der Stellungnahme zu Ihrem Antrag zitieren.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gern!)

*Die Deutsche Bahn hat ... Folgendes mitgeteilt:*

*„Die DB strebt auf der Gäubahn als bevorzugte Variante weiterhin die Wiederinbetriebnahme der ICE-Züge mit Einsatz der Neigetechnik (bogenschnelles Fahren) an. Die Realisierung dieser Vorzugsvariante liegt jedoch zu einem großen Teil nicht in der Hand der DB. Die Hersteller der ICE-Fahrzeuge haben bislang immer noch keine Lösung zum erneuten Einsatz der Neigetechnik gefunden, die die neuen Sicherheitsanforderungen erfüllt. ...“*

Die Stellungnahme ist vom August 2012. Vielleicht gibt es inzwischen neue Informationen dazu. Im Juli war auch ein Vertreter der Schweizer Verkehrsbetriebe im Landtag anwesend, der natürlich zu Recht auf den Vertrag von Lugano hingewiesen hat. Außerdem hat er hier seine Irritationen zum Ausdruck gebracht.

Aber damals zeigten sich auf der Schweizer Seite große Irritationen auch aufgrund der Intention des Verkehrsministeriums, im Rahmen des Filderdialogs die Gäubahn nicht an den Flughafen anzubinden, sondern an den Tiefbahnhof. In diesem Zusammenhang war auch von Gutachten die Rede. Ich darf an dieser Stelle vielleicht darauf hinweisen, dass auch das auf Schweizer Seite zu Irritationen geführt hat. Insofern bin ich dankbar, dass jetzt noch einmal ganz klar angesprochen wurde, dass die Gäubahn nur dann erfolgreich ist, wenn sie an den Flughafen in Stuttgart angeschlossen wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)



**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die verschiedenen Redner haben es bereits angesprochen: Das Thema Gäubahn ist eines unserer Endlosthemen. Wir haben schon vielfach darüber gesprochen.

Es ist wahr: Wir haben in den vergangenen eineinhalb Jahren schon vieles erreicht. Was wir erreicht haben, ist aber noch nicht in trockenen Tüchern. Das war tatsächlich mit vielen Aktivitäten auch der Landesregierung verbunden. Ich habe mir für meine heutige Rede einmal auflisten lassen, wie viele Gespräche der Ministerpräsident und ich geführt haben und wie viele Briefe wir geschrieben haben. Wir haben zahlreiche Gespräche mit der Führungsebene der Bahn, dem Bahnmanagement, sogar auch gemeinsam mit dem Bundesverkehrsminister und seinem zuständigen Staatssekretär, geführt.

Wir haben also jede Gelegenheit genutzt, um darauf hinzuweisen, dass die Gäubahn ein internationales Schienenprojekt ist, für das der Bund zuständig ist, und dass sie Teil des Vertrags von Lugano ist. Es gibt die klare Ansage, dass wir eine schnelle, gut funktionierende Verbindung zwischen Zürich und Stuttgart mit einer Fahrzeit von zweieinviertel Stunden haben wollen. Das ist das Ziel. Dazu hat sich die Bundesrepublik verpflichtet. Es muss auch weiterhin unser Anspruch sein, dass dies realisiert wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Eine Fahrzeit von zweieinviertel Stunden kann aber nur dann realisiert werden, wenn die Gäubahn ausgebaut wird und wenn Neigetechnikzüge zum Einsatz kommen. Nur dann ist es möglich, dieses Ziel zu erreichen.

Insofern muss gegenüber dem Infrastrukturunternehmen, dem Bund deutlich gemacht werden, dass der Ausbau sichergestellt werden muss. Sie haben es dankenswerterweise gesagt, Herr Wolf: Wir haben erstens erreicht, dass in den nächsten Jahren die erste Doppelspurinsel gebaut wird. Herr Haller, das ist ein Beitrag zum sparsamen Ausbau. Wir bauen nicht alles zweigleisig aus, sondern wir sichern die Funktion wie bei Zweigleisigkeit durch Doppelspurinseln. Das ist eine kostengünstige Variante, der wir sofort zugestimmt haben.

Wir haben auch erreicht, dass die ganze Strecke im Investitionsrahmenplan ist, also fortgesetzt wird. Wir haben erreicht, dass die Bundesregierung das anerkannt hat. Wir haben eine Bundesratsinitiative eingebracht, dass sie ins europäische Kernnetz kommt. Wir haben die Strecke also als internationale Strecke abgesichert.

In der Tat musste ich bei meinen Gesprächen – ich war auch bei der Generaldirektion MOVE der Europäischen Union – erfahren, dass sie das Projekt falsch eingeschätzt haben: „Bei uns hat man gedacht, das ist irgendeine Provinzbahn. ‚Gäu‘, was kann das schon sein?“ Weiter haben sie gesagt: „Die Bundesregierung hat es nicht geschafft, der Europäischen Kommission, den zuständigen Abgeordneten klarzumachen, dass es eben keine Provinzbahn ist, sondern ein internationales Schienenprojekt.“ Das haben wir nachgeholt. Deswegen muss sich jetzt auch die Europäische Union damit befassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben also vieles bewegt. Es wird auch höchste Zeit. Was in der ganzen Zeit aber nicht passiert ist, ist, dass die Bahn, die sich ja verpflichtet hat, uns zu informieren, wann es die Neigetechnik gibt, wann sie wieder mit Neigetechnikzügen einsteigt, dieser Verpflichtung nachgekommen ist. Sie hat bis zum heutigen Tag immer noch nicht geliefert. Seit einem Jahr warten wir auf eine Antwort auf die Frage, ob die Neigetechnikzüge kommen, wenn ja, in welcher Art und von wem – wenn nicht von der DB, dann vielleicht von einer anderen Bahngesellschaft. Das ist immer noch nicht beantwortet.

Herr Wolf, weil Sie gesagt haben, ich solle kämpfen wie ein Wolf: Damit wäre ich vorsichtig. Wenn es mit dem Ausbau der Gäubahn noch lange dauert, dann werden sich dort am Rande der Trasse die Wölfe ansiedeln.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dann gibt es ein Rudel!)

Wie wir wissen, sind Wölfe nicht als Kampftiere bekannt, sondern es sind scheue Tiere, die im Rudel auftreten und schnell flüchten. Das wäre für mich kein Vorbild.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Martin Hahn GRÜNE: Fluchttiere!)

Da will ich doch lieber kämpfen wie ein Minister.

(Abg. Felix Schreiner CDU: A wa!)

In der Tat – das sage ich Ihnen ganz klar – ist die Bahn an uns und auch an die Nahverkehrsgesellschaft herangetreten und hat gefragt: „Können wir nicht über ein Interimskonzept sprechen?“ Da haben wir gesagt: „Sprechen kann man über alles, aber wir bestehen darauf: Es gibt einen Vertrag von Lugano. Diese Linie wollen wir haben.“

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Wenn es denn für die Sache tauglich ist. Das hoffe ich doch.

(Heiterkeit bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Dr. Bullinger.

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Wenn es der Wahrheitsfindung dient!)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Minister, ich habe die Eigenschaft, dass ich untaugliche Dinge ungern mache, weil sie ineffizient sind.

Herr Minister, was mir nicht gefällt, ist Folgendes: Man sieht bei dieser Strecke, die wichtig ist und die sicherlich die volle Unterstützung aller Fraktionen hat, den Endbahnhof in Stuttgart. Es gab schon in den Neunzigerjahren real die Strecke Milano–Stuttgart–Nürnberg mit der Weiterverbindung nach Dresden oder Berlin. Ich halte dies auch für unser Land für wichtig, weil in Stuttgart von Süden oder Südwesten her das

(Dr. Friedrich Bullinger)

Land eben nicht endet, ob es die Remstalstrecke über Aalen oder die Murraltstrecke über Schwäbisch Hall, Crailsheim, Nürnberg ist. Ich halte das für ein ganz wichtiges Anliegen. Zudem ist das auch ein starkes Argument dafür, die Gäubahn so zu ertüchtigen, dass man auch von Stuttgart nach Nürnberg weiterfahren kann und innerhalb von weniger als zwei Stunden ankommt. Dies dient der Entlastung der A 6 und der Attraktivität der Bahn in diesem Landesteil.

Teilen Sie diese Meinung? Würden Sie sich zukünftig argumentativ in dieser Art äußern, auch im Interesse des ganzen Landes?

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Die Antwort lautet Ja. In der Tat ist es eines der großen Ärgernisse, dass die jetzige Verbindung nicht nur langsam und schlecht ist, sondern der Fahrplan auch nicht zu den Anschlüssen nach Norden und Osten passt. Man verpasst alle Züge, die eigentlich wichtig sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nürnberg!)

Deswegen muss die Neukonzeption dringend so gemacht werden, dass man zukünftig die relevanten Anschlüsse nach Nürnberg und nach Frankfurt usw. bekommt. Das ist ganz klar mein Ziel. Herzlichen Dank, dass Sie mich da unterstützen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ich sage es auch an dieser Stelle ganz klar: In der Pflicht bei diesem Projekt sind der Bund und die Bahn. Wir, das Land, sind da im Wesentlichen nur politische Bittsteller. Wir haben da wirklich keine Mittel, keine Möglichkeiten. Der Fernverkehrsbereich der Bahn ist ein eigenwirtschaftlicher Bereich. Der Bund hat dieses Projekt lange Zeit öffentlich verkündet und hintenherum nicht ernst genommen. Das muss man auch ganz klar sagen. Denn ansonsten wäre es schon längst gebaut. Unsere Möglichkeit ist, politischen Druck zu machen.

Ich glaube, die Debatte heute hat auf die Deutsche Bahn und den Bund schon Wirkung, weil sie immer glauben, das wäre uns nicht wichtig. Aber wenn sie sehen, dass alle Fraktionen sagen, es sei unbestritten, dass das für die Region, für Deutschland und die Schweiz wichtig ist, dass das eigentlich auch für die Verkehrsverbindungen zwischen Italien, der Schweiz und Deutschland sowie für die Verlängerung in Richtung Norden wichtig ist, dass es also einfach eine weitere wichtige Nord-Süd-Achse ist, hilft es. Deshalb bleiben wir ganz dicht am Ball.

Jetzt noch eines, was mir auch ganz wichtig ist: Wir wissen, dass die Autobahn A 81 ständig überlastet ist und an ihre Grenzen stößt. Deshalb ist es aus meiner Sicht so wichtig, dass wir es bald schaffen, eine wirklich günstige, passable und kundenfreundliche Verbindung auf der Schiene anzubieten, damit wir wenigstens einen Teil des Straßenverkehrs auf die Schiene verlagern können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Für die A 6 nach Nürnberg gilt das Gleiche!)

Das Gleiche gilt, wenn es weitergeht. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Begründung für die Auseinandersetzung um ei-

ne Verbesserung bei der Gäubahn. Das ist, wie gesagt, eine internationale Strecke. Deswegen ist das so wichtig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

### **Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen – Drucksache 15/1873**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Für die die Große Anfrage stellende Fraktion der SPD erteile ich Frau Abg. Wölfle das Wort.

**Abg. Sabine Wölfle SPD:** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sport ist längst nicht mehr nur Bewegung, Spaß und Spiel, Sport ist mittlerweile deutlich mehr. Das wissen wir auch bei der Gesundheitsprävention. Aber die Große Anfrage sollte vor allem noch einmal die Bedeutung des Sports auch in den Schulen beleuchten.

Die Bedeutung des Sports wächst in einem großen Maß, auch angesichts dessen, dass Kinder und Erwachsene vermehrt an Übergewicht leiden, die Zahl der Herz-, Gelenk- und Kreislauferkrankungen zunimmt und immer häufiger frühe Haltungsschäden bei Kindern auftreten.

Bewegungsmangel bei Kindern, das ist eigentlich ein Widerspruch in sich. Denn Kinder haben von Natur aus einen starken Bewegungsdrang. Die Realität ist aber ständige Bewegungslosigkeit in der Schule, vor dem PC und beim Fernsehen und zu wenig Bewegung gemeinsam mit der Familie, zu wenig Rad fahren, spazieren gehen etc. mit der Familie.

Der Zweite Deutsche Kinder- und Jugendsportbericht bestätigt, dass die motorische Leistungsfähigkeit der Kinder in den letzten Jahrzehnten stark abgenommen hat.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Sport ist eine der wichtigsten Möglichkeiten, sich zu bewegen.

(Beifall der Abg. Viktoria Schmid CDU)

Doch hier bewegt sich fast jeder nach draußen. Setzen Sie sich bitte wieder hin. Darum geht es jetzt.

(Heiterkeit)

Bitte, Frau Kollegin.

**Abg. Sabine Wölffe SPD:** Vielen Dank, Herr Präsident.

(Unruhe)

Es ist also völlig klar: Wir müssen der alltäglichen Bewegungsarmut in unserer Gesellschaft entgegenwirken und bei Kindern und Jugendlichen das Interesse an Bewegung, Spiel und Sport wecken. Denn Sport hat neben der positiven Auswirkung auf Gesundheit und körperliche Fitness auch einen bislang oft unterschätzten Einfluss auf die schulischen Leistungen von Kindern. Wissenschaftliche Erkenntnisse der Neuropsychologie beweisen, dass Funktionen wie das eigene Denken, die Aufmerksamkeit, aber auch das Verhalten des Kindes und seine selbst kontrollierten Steuerungen sehr stark durch Bewegung beeinflusst werden können. Die Bedeutung der sogenannten exekutiven Funktionen muss einen stärkeren Einfluss im Schulalltag von Kindern erhalten.

Unsere Große Anfrage, für deren ausführliche und sehr informative Beantwortung ich mich an dieser Stelle bedanken möchte, sollte vor allem klären, welche Rolle der Sport an unseren Schulen spielt und wie wir darauf aufbauend mit mehr Sport- und Bewegungsangeboten Kindern helfen und neben den schulischen Leistungen auch die sozial-emotionale Entwicklung fördern.

Dass das Zusammenspiel von Sport und Lernen so gut wie immer einen positiven Effekt auf die Entwicklung von Jungen und Mädchen hat, kann man sehr gut daran erkennen, dass z. B. im Sport sehr erfolgreiche Kinder mit viel Trainingszeiten neben der Schule trotz dieser Stundenbelastung in der Regel oft sehr gute Noten haben.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Die Sporthochschule Köln fand vor einigen Jahren heraus, dass Kinder mit sehr guten koordinativen Fähigkeiten auch in Konzentrationstests besser abschneiden.

Das Zusammenspiel zwischen Gehirn und Muskeln läuft bei Kindern von ganz allein ab. In der Regel ist die Realität aber so, dass der größte Teil der Kinder im Alter zwischen drei und elf Jahren nicht regelmäßig und täglich Bewegung hat.

Der Antwort auf unsere Große Anfrage kann man entnehmen, dass das Land schon seit Jahren verschiedene Wege beschrieb. Kooperation Schule – Verein – Kindergarten, Schülernmentoren und die Weiterentwicklung des Bildungsplans für die Grundschule im Fächerverbund „Bewegung, Spiel und Sport“ sind nur einige der zu nennenden wichtigen Maßnahmen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und der Radsport!)

– Der Radsport. Okay. – Besonders zu erwähnen ist die Initiative „Grundschule mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt“, welche bis heute konsequent weiterentwickelt wird. Ziel ist ein sinnvoller Rhythmus im Unterricht mit abwechselnden Unterrichts- und Bewegungseinheiten. Genau diesen Weg wollen wir weiterentwickeln. Dabei werden wir die Erkenntnisse der Förderung exekutiver Funktionen bei Kindern einbeziehen. Man weiß heute, dass nach 30 Minuten koordinativem und ausdauerndem Sportunterricht Störreize bei Kindern deutlich verringert werden können. Genau diese Art der Selbstkontrolle, die die Kinder dabei erlernen, steht in direktem Zusammenhang zur schulischen Leistung.

Am Tag des Sports der SPD-Landtagsfraktion im vergangenen Oktober hat uns das Landesinstitut für Schulsport ein Beispiel eines solchen Unterrichtstags mit regelmäßig eingebauten Sportelementen aufgezeigt. Dabei war wichtig, dass der Sport nicht an den Rand des Schultags gedrängt wird, sondern zwischen den einzelnen Unterrichtseinheiten stattfinden soll, ganz besonders vor den wichtigen Hauptfächern.

(Beifall bei der SPD)

Dann wird die Aufgabe sein, zu schauen, wie wir dies in Zukunft in der realen Umsetzung in die Tagesabläufe der Schulen einbauen können. Es gibt dazu auch gute wissenschaftliche Erkenntnisse von Schulen z. B. in den USA, die das schon sehr lange machen. Da gibt es Testreihen, mit denen man bewiesen hat: Sport vor einer Mathematikstunde hebt deutlich die Leistung.

Die Antwort der Landesregierung zeigt auf, dass in einem ersten Schritt Überlegungen vorhanden sind, eine tägliche Bewegungsstunde an den Grundschulen einzuführen. Die Kontingenzstundentafel an den Grundschulen hat zurzeit drei Stunden Bewegung, Sport und Spiel pro Klassenstufe vorgesehen. Wünschenswert wäre hier sicherlich noch die vierte und fünfte Stunde als zusätzliches Angebot. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Bislang kommen vor allem die Kinder, die auf der Ganztagschule sind, in den Genuss, weil dort oft der Nachmittag mit zusätzlichen Sportstunden angereichert wird. Es wäre natürlich wünschenswert, dass das für alle Kinder gilt.

Wir begrüßen auch die Kooperation Kindergarten – Sportverein der drei Sportbünde und hoffen, dass dieses Projekt, welches allen Kindertageseinrichtungen offensteht, vermehrt genutzt wird. Das zielt eindeutig in die richtige Richtung.

Darüber hinaus ist anzustreben, dass die Fachschulen für Sozialpädagogik möglichst flächendeckend das Wahlpflichtfach „Sport- und Bewegungspädagogik“ anbieten. Auch dass z. B. Erzieherinnen und Erzieher im Rahmen ihrer Ausbildung eine Übungsleiterlizenz erwerben können, halten wir für einen wichtigen und richtigen Schritt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Für uns, die SPD-Fraktion, ist auch im Zuge des Ausbaus der Ganztagschulen sehr wichtig, dass die Sportvereine ein Teil des Angebots sein werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Die Chancen für die Vereine sind nicht zu unterschätzen. Uns ist jedoch auch klar, dass die damit verbundenen Herausforderungen, das zu organisieren, groß sind.

Das Kultusministerium arbeitet deshalb an einer Rahmenvereinbarung mit dem Landessportverband Baden-Württemberg, um hier eine verlässliche Grundlage für die Vereine zu schaffen. Die SPD-Fraktion begrüßt dieses Vorhaben sehr.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Für uns ist klar: Für den Ausbau der Ganztagschule brauchen wir überzeugte Mitstreiter, die das Konzept mittragen, und au-

(Sabine Wölfl)

berschulische Partner aus den Vereinen und Verbänden. Diese Partner wollen wir gewinnen.

Vor gut einem Jahr hat die SPD-Fraktion ihr sportpolitisches Konzept den Vertretern des Sports hier in Stuttgart vorgestellt. Die Reaktionen aus dem Sport waren durchweg sehr positiv. Das zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Jetzt geht es an die Umsetzung. Nicht alles geht sofort. Das ist uns vor dem Hintergrund unserer schwierigen Haushaltslage durchaus bewusst.

Aber einige Schritte haben wir bereits gemacht. So wird die Zahl der Motorikzentren für Erzieherinnen und Erzieher an den Fachschulen für Sozialpädagogik von bisher 14 auf 20 erhöht. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Bewegung im Elementarbereich. Das Projekt „Grundschulen mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt“ wollen wir ausweiten, ebenso die Initiative „Weiterführende Schulen mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt“, kurz WSB-Schulen. Auch der schulartübergreifende Ausbau der Schülermentorenlehrgänge ist uns als Baustein wichtig.

Last, but not least gibt es seit dem Schuljahr 2012/2013 die Möglichkeit, direkte Kooperationen zwischen Sportvereinen und Kindergärten auch finanziell zu unterstützen.

Unser Konzept steht damit am Beginn seiner Umsetzung. In ständigem Austausch mit den Vertretern des Sports werden wir unsere Ansätze weiterentwickeln und damit dem Sport in den Kindergärten und in den Schulen einen zunehmend größeren Raum geben können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Speziell die Ganztagschulen wollen wir hier mit zusätzlichen Sportangeboten deutlich breiter aufstellen.

Wir werden im Rahmen des Konzepts auch die Ausbildung der Lehrer im Bereich Sport ausbauen und verbessern. Wir werden uns vor allem auch dem besonderen Bereich des Behindertensports an den Schulen zuwenden.

Viele weitere Maßnahmen sind geplant, aber, wie gesagt, die Haushaltslage wird immer nur eine schrittweise Umsetzung möglich machen; das wissen wir. Wichtig aber ist, dass wir die Bedeutung des Sports erkennen und in diesem Sinn auch handeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Schmid das Wort.

**Abg. Viktoria Schmid** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Sport ist wichtig. Da sind wir uns, glaube ich, hier auch alle einig. Einig sind wir uns auch darin, dass wir für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land eine möglichst gute Bildung haben wollen. Worin wir uns aber nicht einig sind, ist der Weg zu dem Ziel, den Kindern und Jugendlichen mehr Bildung – dazu gehört eben auch der Sport – nahezubringen.

Es ist wichtig, dass der Sport und die Freude an Bewegung möglichst früh erlebt und erlernt werden. Genauso wichtig ist es aber, den Kindern und Jugendlichen ein möglichst vielseitiges Angebot zu unterbreiten.

Meine Damen und Herren, die alte Landesregierung hat bereits viele Maßnahmen angestoßen. Frau Wölfl hat gerade eine ganze Menge dieser Maßnahmen aufgezählt. So gibt es beispielsweise seit vielen Jahren das Kooperationsprogramm „Schule und Sportverein“ sowie die Bewegungs-, Spiel- und Sportstunde. Seit dem Jahr 2000 gibt es in Baden-Württemberg zudem die Initiative „Grundschule mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt“.

Ich könnte an dieser Stelle noch mehr aufzählen, möchte aber gern konkret auf die zusätzliche Sport- und Bewegungsstunde an den Grundschulen zu sprechen kommen. Auch hier sind wir uns, glaube ich, über die Bedeutung dieses Angebots einig. Gerade im Zuge des Ausbaus zu Ganztagschulen ist eine ausreichende Bewegung für die Kinder ganz wichtig, vor allem auch mit Blick auf die kognitiven Fähigkeiten, die gerade durch Sport positiv beeinflusst werden.

Wenn die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage aber schreibt, dass die Realisierung der zusätzlichen Bewegungsstunde ein „personelles Problem“ darstelle, welches durch Freiwillige des Bundesfreiwilligendienstes behoben werden solle, dann frage ich mich schon, wie Sie die Qualität dieser zusätzlichen Stunde sicherstellen wollen. Denn klar ist für uns: Einen „Sportlehrer light“ darf es nicht geben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Leopold Grimm  
FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass für die CDU das Klassenlehrerprinzip immer eine bedeutende Rolle gespielt hat. Es ermöglicht vor allem den kleinen Kindern, einen engen Bezug herzustellen, den sie für ihre Entwicklung und für die Bildung ganz besonders benötigen.

Durch den Einsatz der Freiwilligen des BFD soll eine stärkere Einbeziehung des organisierten Sports sichergestellt werden. Herr Minister, wie soll das in der Praxis konkret aussehen? Wie bzw. von wem werden die Bufdis hinsichtlich sportlicher Ausbildung qualifiziert?

Herr Drexler, wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich als Präsident des Schwäbischen Turnbunds für den Sport in unseren Grundschulen einsetzen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck  
CDU: Bravo! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist in der Verantwortung! – Abg. Claus Schmiedel  
SPD: Es ist nicht erlaubt, den Präsidenten zu rügen!  
– Heiterkeit)

– Ich habe ihn nicht gerügt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir ermutigen ihn!  
– Abg. Winfried Mack CDU: Das wird im Präsidium  
behandelt! – Vereinzelt Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich habe das als Aufforderung verstanden.

**Abg. Viktoria Schmid** CDU: So war es auch gemeint.

(Zurufe: Als Ermunterung! – Unruhe)

Die Landesregierung schreibt in ihrer Antwort vom 24. Juli letzten Jahres, dass sie keine konkreten Aussagen bezüglich künftig verfügbarer Ressourcen für die tägliche Sport- und Bewegungsstunde treffen könne. Das mag zu diesem Zeitpunkt auch zutreffend gewesen sein. Aber, Herr Minister Stoch, können Sie heute gegenüber dem Landtag genauere Aussagen treffen?

Gleichzeitig wird in der Antwort behauptet, dass durch die Bündelung der vorhandenen Ressourcen

(Abg. Peter Hofelich SPD: Keine Ahnung!)

die tägliche Sport- und Bewegungsstunde kostenneutral umgesetzt werden kann. In Kapitel 0460 – Sportförderung – Titelgruppe 76 – Förderung des Schulsports – sind für das Jahr 2013 aber 40 000 € und für das Jahr 2014 sogar 260 000 € für die Bewegungsstunde in der Grundschule veranschlagt. Das ist nicht kostenneutral. Was bedeutet das konkret?

Interessanterweise konnte man im September des letzten Jahres in einer dpa-Pressemitteilung des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Claus Schmiedel, lesen, dass er an Grundschulen mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt zu den bereits vorgesehenen drei Unterrichtsstunden weitere zwei Unterrichtsstunden einführen möchte.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! An der Ganztagschule!)

– Ja. – Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass Schulsport für eine gesunde körperliche Entwicklung wichtig ist und Schulsport die geistige, soziale und emotionale Entwicklung beeinflusst.

Aber wir dürfen bei alledem nicht die Vereine vergessen. Gerade beim Ausbau der Ganztagschule dürfen sie nicht die Verlierer sein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das sind die Gewinner!)

Deshalb frage ich den Herrn Minister noch einmal ganz konkret: Wie soll die genaue Umsetzung der täglichen Sport- und Bewegungsstunde an den Grundschulen aussehen, und wie wollen Sie die Sportvereine integrieren, damit auch sie in Zukunft ihren Nachwuchs akquirieren können?

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP – Abg. Georg Wacker CDU: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Häffner das Wort.

**Abg. Petra Häffner** GRÜNE: Herr Präsident, herzlichen Dank. – Ich stand jetzt auch kurz vor der Versuchung, anstatt meine Rede zu halten, die fünf Minuten jetzt so zu gestalten,

dass ich mit Ihnen Sport treibe und kleine Gymnastikübungen mache.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Au ja!)

Das wäre auch einmal eine Idee. Sie ist mir mit der Bemerkung von Herrn Drexler eingefallen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vielleicht eine namentliche Abstimmung!)

Sport bewegt die Menschen nicht nur körperlich. Sport leistet auch einen wesentlichen Beitrag zum bürgerschaftlichen Engagement, zum Demokratieverständnis, zur Gesundheitsförderung, zur Bildung und zur sozialen Integration. In der Persönlichkeitsentwicklung des Menschen nimmt der Sport also einen bedeutenden Platz ein. Deshalb ist es wichtig, der körperlichen Betätigung breiten Raum zu bieten.

In den letzten Jahrzehnten hat sich das Leben unserer Kinder wesentlich verändert. Sie haben weniger Bewegung. Allein die Fortbewegung zu Fuß ist im Alltag auf ein Minimum reduziert, und das nicht nur bei den jungen Menschen. War es noch vor Jahren üblich, mit dem Rad oder zu Fuß zur Schule zu kommen, werden für diesen täglichen Weg vermehrt der Bus oder das „Familien-Taxi“ in Anspruch genommen.

Die motorischen Bewegungen, die motorischen Fähigkeiten

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

wie Schnelligkeit, Ausdauer, Geschicklichkeit, Balance und Kraft wurden beim Spiel im Freien mit Gleichaltrigen ganz nebenbei erlernt. Auch diese Zeiten sind seit Jahren für viele Kinder vorbei.

Immer weniger treffen sich Kinder im Freien, etwa auf Bolzplätzen oder in ruhigen Wohngebieten auch auf der Straße, um gemeinsam uns gut bekannte Spiele wie Fangen, Seilhüpfen, „Himmel und Hölle“, Federball und Ballspiele aller Art zu spielen

(Abg. Karl Klein CDU: Fußball!)

oder auf Rollschuhen, mit dem Roller und dem Rad umherzufitzen und damit, was Letzteres betrifft, die Grundlage für den Radsport zu legen.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Der Sport bietet und vereint in gemeinsamem Tun viele Faktoren, die im Leben wichtig sind, z. B. Ausdauer, Frustrationstoleranz, Fair Play, Zusammenspiel und Sinn für Gemeinschaft.

Die für die einzelnen Disziplinen im Sport aufgestellten Regeln – denken Sie nur an die Ballsportarten – gelten weltweit und genießen internationale Anerkennung. Alle Sportlerinnen und Sportler halten sich daran. Nur noch in der Musik finden wir sonst diese Gültigkeit.

Da sich der Lebensraum unserer Kinder für den natürlichen Bewegungsdrang so verändert hat, bekommt der organisierte Sport in Form von Sportunterricht, bekommen aber auch die Angebote der Sportvereine eine einzigartige Bedeutung. Denn

(Petra Häffner)

die zu geringe Förderung von Bewegungspotenzialen der Kinder und Jugendlichen führt zu gravierenden Schäden. Das haben meine zwei Vorrednerinnen bereits erwähnt.

Die besondere Verantwortung liegt im schulischen Sportunterricht. Hier werden alle Kinder und Jugendlichen erreicht und profitieren von gutem Sportunterricht, der von fachlich gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern erteilt wird. Sie profitieren davon nicht nur gesundheitlich und pädagogisch, sondern auch in ihrer Persönlichkeitsentwicklung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Für uns ist es wichtig und auch richtig, dass Sportfachlehrer und Sportfachlehrerinnen an den Grundschulen unterrichten. Das Ziel ist fachlich qualifizierter Sport- und Schwimmunterricht in allen Schulstufen. Da widerspreche ich der Vorstellung, dass wir an diesem Klassenlehrerprinzip festhalten. Wenn wir fachlich guten Sportunterricht in der Schule haben wollen, brauchen wir Sportfachlehrer.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Durch Fortbildungsangebote können sich diese Lehrkräfte ohne Fakultas Sport an Grundschulen weiterqualifizieren. Leider nehmen aber immer weniger Lehrer und Lehrerinnen diese Möglichkeit an, und dies wird der Bedeutung und Verantwortung, die dem Sportunterricht zukommt, nicht gerecht.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Ja, genau!)

Ich sage dies, obwohl mir bewusst ist, dass sich auch die fachfremden Lehrkräfte sehr engagieren. Meine Feststellung ist auch keine Kritik an diesen einzelnen Menschen. Sie weist vielmehr auf den Mangel hin, den wir politisch beseitigen müssen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Ich werde mich dafür starkmachen, die Fachlichkeit im Sportunterricht und dessen Stärkung voranzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Vielorts findet aufgrund der fehlenden Fachlichkeit nur Bewegung und Spiel statt, aber kein systematischer Sportunterricht. Das Wissen aber, wie die Defizite an Schnelligkeit, Ausdauer, Geschicklichkeit, Balance und Kraft pädagogisch und didaktisch angegangen werden können, ist eine notwendige Voraussetzung für einen gelungenen Sportunterricht und für die Förderung junger Menschen.

Wichtige Partner gerade an den Ganztagschulen sind die Sportvereine. Sie werden in diesem System keine Verlierer sein; sie werden hinsichtlich ihrer Arbeit gewinnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Fried-  
linde Gurr-Hirsch CDU: Wie denn?)

Hier besteht nämlich die Möglichkeit für viele Kinder und Jugendliche – vor allem für diejenigen, die in ihrem sozialen Umfeld weniger Zugang zu solchen Angeboten haben –, eine Sportart kennenzulernen, mit der sie sonst nicht in Berührung kommen würden. Die Grundlagen der motorischen Fähigkeiten werden in jungen Jahren gelegt. Diese Grundlagen haben

wir zu fördern. Da haben wir Verantwortung zu tragen, und da stehen wir im Wort.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der ist Fachlehrer für alles!)

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer Studie aus dem Jahr 2007 zur körperlich-sportlichen Aktivität von Kindern und Jugendlichen in Deutschland heißt es u. a. – Zitat –:

*Regelmäßige körperliche Aktivität ist einer der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Gesundheit und das Wohlbefinden.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

So sei für Kinder und Jugendliche die körperliche Aktivität eine wesentliche Voraussetzung für ein gesundes Aufwachsen. Auch würden in zahlreichen Studien positive Zusammenhänge zwischen der körperlichen Aktivität im Kinder- und im Erwachsenenalter berichtet. Die Studie fährt fort – Zitat –:

*Auch wenn mit den ersten Ergebnissen der KiGGS-Studie nicht alle relevanten Fragen zur körperlich-sportlichen Aktivität in der heranwachsenden Generation beantwortet werden können, so zeigen sie doch ein großes Potenzial für sport- und bewegungsfördernde Maßnahmen und Programme auf. Dass diese zielgruppenspezifisch auszurichten sind, wird unter anderem durch die aufgezeigten Alters- und Geschlechtsunterschiede in der körperlich-sportlichen Aktivität deutlich. Insbesondere bei den 14- bis 17-Jährigen lässt sich eine erhebliche Differenz zwischen Ist- und Sollzustand feststellen, die bei Mädchen noch stärker ausfällt als bei Jungen. Daneben weisen die gerade im Kindesalter vorhandenen Unterschiede nach Sozialstatus, Migrationshintergrund und Wohnregion auf mögliche Ansatzpunkte für eine zielgruppenorientierte Sport- und Bewegungsförderung hin.*

Die Studie folgert ferner – Zitat –:

*Erreichen lässt sich eine Erhöhung der körperlich-sportlichen Aktivität von Kindern und Jugendlichen wahrscheinlich nur durch ein Bündel sich ergänzender und aufeinander abgestimmter Maßnahmen und Programme. Große Bedeutung kommt dabei settingbezogenen Ansätzen zu, die Kinder und Jugendliche z. B. in der Schule und im Verein ansprechen und zu mehr Bewegung und Sport motivieren, was auch eine entsprechende Qualifizierung von Sportlehrern und Übungsleitern voraussetzt.*

Daraus folgt zum einen, dass es einen erheblichen Bedarf zur Verbesserung des Status quo gibt, und zum anderen, dass es dafür zwar keine Patentlösung gibt, der Ansatz in der Schule aber sehr wichtig ist. Hier gibt es für das Kultusministerium in der Tat einiges zu tun.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zeigt, wie wichtig der Sport bereits der frühe-

(Dr. Timm Kern)

ren Landesregierung war. Sie hat gerade auf diesem Gebiet überaus viele Programme und erfolgreiche Reformen angepackt.

Während der Regierungszeit der christlich-liberalen Koalition haben wir Liberalen angestoßen, dass Sport künftig in der Ausbildung von Grundschullehrern eine stärkere Berücksichtigung finden soll. Wir haben erreicht, dass Sport und Bewegung als eigenständiger Kompetenzbereich im Studium erhalten bleiben. Uns war wichtig, dass nicht nur im Sportunterricht, sondern ergänzend auch in anderen Fächern Bewegung und gesundheitliche Fitness vermittelt werden. Außerdem haben wir Liberalen immer Wert darauf gelegt, dass der Sportunterricht nicht reduziert wird und auch sein Stellenwert im Lehrplan erhalten bleibt.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Wir werden genau darauf achten, dass das Kultusministerium an diesen Errungenschaften auch in Zukunft nicht rüttelt.

Jetzt lassen Sie mich noch etwas zum Themenbereich Ganztagschule sagen. Die Antwort der Landesregierung zeigt an vielen Stellen, dass eine Kooperationsrahmenvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und den Trägern außerschulischer Bildungsangebote nötiger denn je ist. Ich möchte einmal daran erinnern, dass wir zu diesem Thema bereits am 18. April des letzten Jahres eine von uns beantragte Aktuelle Debatte hatten, in deren Verlauf vor allem von grüner Seite die Aktualität des Problems bestritten wurde. Fakt ist aber: Bis heute ist hier nichts, aber auch gar nichts passiert. Auch bei diesem Thema hat die Landesregierung geschlafen. Der neue Kultusminister erbt eine weitere Baustelle.

Die FDP/DVP bleibt bei ihrer Forderung: Bei der Ganztagschule muss endlich ein Rahmen geschaffen werden, der die Kooperation gerade auch mit den Vertretern der Sportvereine möglich macht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da sind wir doch dabei!)

Sport ist ein Schulfach, in dem möglicherweise gerade diejenigen Schüler aufblühen und einen Motivationsschub erfahren, die in anderen Bereichen weniger stark aufgestellt sind. Schulsport hat einen Durchmischungseffekt und ist deshalb ein wertvolles Mittel zur Integrationsförderung.

Wohl nicht zuletzt aus diesen Gründen bieten ca. 8 % der Grundschulen mehr als die vorgeschriebenen drei Wochenstunden Sport und Bewegung an. Zugleich ist das ein gutes Beispiel, wie die Schulen eigenständig und sinnvoll Freiräume nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP/DVP warnt die Landesregierung davor, all diese wichtigen Funktionen des Sports zur Disposition zu stellen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Hä?)

wenn sie zwecks Einsparungen den Ergänzungsbereich großräumig austrocknet.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Stoch.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Feines Stöffle! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sportlich!)

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Herr Präsident – lieber Turnlobbyist –, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen!

(Oh-Rufe – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Das fängt ja gut an mit den Verbänden! Die können sich auf etwas gefasst machen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich will hier keine Rüge aussprechen. Ich sage nur: Vorsicht, Vorsicht!

(Heiterkeit)

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Ich wollte, dass sich die CDU wenigstens über einen Punkt an meiner Rede freuen kann.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Zunächst darf ich mich ganz herzlich bei der SPD-Fraktion dafür bedanken, dass sie das wichtige Thema „Sport an der Schule“ zum Anlass für eine Große Anfrage genommen hat.

Für die Landesregierung kann ich deutlich sagen – ich glaube, darüber gibt es keinen Streit zwischen uns; deswegen wundert es mich, dass solche Debatten immer so klingen, als ob man da völlig konträrer Meinung sei –: Die Landesregierung bekennt sich klar zur Sportförderung. Sport und Bewegung sind ein wesentlicher Bestandteil von Erziehung und Bildung und haben daher für uns einen sehr wichtigen Stellenwert.

Bewegung gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Vor allem bei Kindern und Jugendlichen ist der natürliche Bewegungsdrang besonders stark. In unseren Kindergärten und Schulen motivieren wir Kinder, ihren Körper kennenzulernen und aktiv einzusetzen, und schaffen so bereits Grundlagen für die Gesundheitsprävention.

Wenn ich dann aber in Debatten über das Thema „Schule und Sport“ höre, was wir da alles tun könnten, dann denke ich auch – ganz ehrlich; leider sind keine Zuhörer da –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir sind da!)

an den Verkehr, der morgens und mittags vor Schulen herrscht.

Denn es gab Zeiten, in denen Kinder sich bereits dadurch bewegten, dass sie in die Schule gelaufen oder mit dem Fahrrad zur Schule gefahren sind.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD)

Ich will damit nur sagen: Solche Debatten können sehr theoretisch klingen, aber dann muss man sich auch schon einmal trauen, den Leuten draußen den Spiegel vorzuhalten, anstatt immer nur mit dem Finger darauf zu zeigen und zu sagen: „Die müssen jetzt aber einmal mehr tun.“ Da fängt es schon einmal beim eigenen Bewusstsein an.

(Minister Andreas Stoch)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dennoch – das halten wir für ganz wichtig – ist für viele Kinder, für viele Jugendliche Sport eben keine Dimension in ihrem Leben, weil das eben nicht entsprechend unterstützt wird. Deswegen setzen wir sehr große Stücke darauf, dass wir möglichst früh, nämlich bereits im Kindergarten, damit beginnen, den natürlichen Bewegungsdrang der Kinder zu unterstützen.

Frau Kollegin Wölfle hat es vorhin bereits gesagt: Wir legen hier ganz großen Wert darauf, dass die Erzieherinnen und Erzieher in die Lage versetzt werden, den Kindern im Bereich Motorik das weiterzugeben, was dringend wichtig ist, und auch zu sehen, wo hier die Defizite sind. Ich kann hier als Beispiel für diese Maßnahmen erwähnen, dass wir die Zahl der Motorikzentren, an denen wir die Ausbildung im Fach „Sport und Bewegungspädagogik“ anbieten, von 14 auf 20 erhöhen. Denn es ist für uns von zentraler Bedeutung, dass die Fachkräfte, die bei uns als Erzieherinnen und Erzieher und als Lehrerinnen und Lehrer arbeiten, in die Lage versetzt werden, diese Defizite zu erkennen und auch entsprechend zu handeln und dies in ihrem Unterricht abzubilden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Darüber hinaus – auch das ist unbestritten – wirken sich sportliche Aktivitäten auch in extrem positiver Weise auf das Sozialverhalten von Schülerinnen und Schülern aus.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das heißt, in einer Gruppe Sport zu treiben, also etwas zu tun, was nicht individuell die Fähigkeiten schulen soll bzw. individuelle Erfolgserlebnisse bietet, ist für Kinder und Jugendliche von überragender Bedeutung. Deswegen ist dies ein Grund, weswegen wir Sport an der Schule als eine ganz wichtige Aufgabe erkennen.

Das Weitere ist: Wir kennen die Statistiken über Kinder, die bereits in jungen Jahren gesundheitliche Probleme durch Übergewicht und durch zu wenig Bewegung haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wieso schauen Sie mich da an? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Er sagte „in jungen Jahren“! – Heiterkeit)

– Danke, Kollege Schmiedel.

Deswegen ist es für uns auch von großer Bedeutung, dass diese Themen bereits im Kindergarten und in der Schule aktiv angegangen werden, damit Kinder, auch was ihre gesundheitliche Entwicklung angeht, nicht mit Problemen in die Welt gehen, sondern damit diese Kinder auch die Möglichkeit haben, sich sportlich zu betätigen und damit ein gesundes Leben führen zu können.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dazu gehört, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ganz wesentlich, dass wir im Bereich der Schule die entsprechenden Angebote schaffen. Die entsprechenden Angebote schaffen wir bereits heute, indem wir mit qualifizierten Angeboten in den Grundschulen reagieren, insbesondere in den Grundschulen mit einem sport- und bewegungserzieherischen Schwerpunkt. Diesen Schwerpunkt kann inzwischen jede dritte Grundschule ausweisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn hier gern leichtfertig davon gesprochen wird, dass dann eine vierte und fünfte Bewegungsstunde schnell und sofort eingeführt werden müsste

(Abg. Volker Schebesta CDU: Genau! – Abg. Viktoria Schmid CDU zeigt in Richtung des Abg. Claus Schmiedel SPD. – Abg. Viktoria Schmid CDU: Er war es!)

– nicht herumfuchteln! –, dann müssen wir ganz deutlich sagen: Diese Bewegungsstunden wären sehr erstrebenswert. Es wäre vor allem sehr erfreulich, wenn man sie schnell umsetzen könnte. Aber jetzt nenne ich Ihnen einfach einmal eine Zahl: Die Umsetzung der vierten und fünften Bewegungsstunde an allen Grundschulen würde insgesamt 1 300 Deputate in Anspruch nehmen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann könnten wir ja gar nichts mehr abbauen!)

Bereits daran können Sie erkennen, dass es bei der derzeitigen Haushaltslage nicht auf kurzer Strecke möglich sein wird, dieses Angebot zusätzlich zu machen.

(Zuruf der Abg. Viktoria Schmid CDU)

Gerade deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es umso wichtiger, dass wir uns einen Weg überlegen, wie wir trotz der Tatsache, dass wir diese vierte und fünfte Bewegungsstunde nicht sofort einführen können, Angebote schaffen – und zwar vor allem durch die Einbeziehung außerschulischer Partner –, die es uns ermöglichen, diese zusätzlichen Bewegungseinheiten an den Schulen anzubieten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das habt ihr früher bestritten, als wir den Jugendbegleiter eingeführt haben! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Kern?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Aber gern, Herr Kern.

(Heiterkeit)

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Herr Minister, für die Frage, wie Sport an den Schulen angesehen wird, welche Stellung Sport als Fach an den Schulen hat, ist ganz oft entscheidend, wie die Schulleiterin oder der Schulleiter zum Sport steht. Ich höre von Sportlehrerinnen und Sportlehrern, dass, wenn sie dem Schulleiter mitteilen, zu Wettbewerben fahren zu wollen, manchmal von den Schulleitern die Frage kommt: „Muss das schon wieder sein?“ Könnten Sie sich vorstellen, dass das Kultusministerium eine Initiative ergreift, um noch einmal darauf hinzuweisen, dass es darauf ankommt, diejenigen an den Schulen zu unterstützen, die sich hier engagieren wollen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU  
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)



**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Herr Kollege Kern, damit laufen Sie bei mir offene Türen ein. Denn ich halte diese Bemerkungen, wenn sie denn gefallen sind, für falsch. Wir, die Schulverwaltung, das Kultusministerium, wollen alles dafür tun, dass Sport und Bewegung auch in den Augen von Schulleitern als wichtiges Element der Bildung angesehen wird. Das können Sie mir glauben. Wenn Sie entsprechende Informationen haben, können wir diese gern aufnehmen und dort darauf hinweisen, um die Initiativen zu unterstützen.

Es gibt an vielen Schulen Lehrerinnen und Lehrer, die solche Angebote befördern und aktiv wollen. Wenn das Engagement von Schulleitern ausgebremst würde, würden wir das schlecht finden. Das würde unserem gemeinsamen Ziel widerstreben.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Ich gestatte sie, wengleich ich gleich zum Sport müsste.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:  
Aber Sie sind kein Schüler mehr!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Minister, Sie wissen, dass die SPD-Fraktion nur grundständige, finanziell solide Vorschläge unterbreitet.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: Der Zwist zwischen den Fraktionen und dem Kultusministerium geht gerade weiter!)

Deshalb wird in der Großen Anfrage die Forderung zusätzlicher Bewegungsstunden daran geknüpft, dass wir die Zahl der Ganztagschulen ausbauen. Das wird ohne eine Ausweitung der Zahl der Lehrerstunden und ohne eine Beteiligung der Kommunen nicht funktionieren. Letztlich ist es kostenneutral, dieses Mehr an Angeboten in der Schule nicht in eine größere Stofffülle umzumünzen, sondern in mehr sportliche und musikalische Angebote.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt noch eine Frage!)

Gerade wenn dies nur durch zusätzliche Lehrerstunden abgedeckt würde, wäre das schwer zu realisieren. Aber im Zuge des Ausbaus der Ganztagschule ist es sehr realistisch. Ich frage Sie: Teilen Sie diese Einschätzung?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Abg. Volker Schebesta CDU: Jugendbegleiter!)

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Herr Kollege Schmiedel, genau das wäre der zweite Teil meiner Aussage gewesen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das musste ich sagen, weil die CDU-Abgeordneten schon geheult haben!)

– Das wollen wir ja nicht. – Ein Element beim Ausbau der Ganztagschule wird sein, dass wir die zusätzlichen Deputate auch dafür verwenden, mehr Sportunterricht anzubieten.

Zusätzlich erwarten wir, den Vereinen die Angst nehmen zu können,

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

dass die Aktivitäten in den Vereinen mit dem Unterricht in den Ganztagschulen kollidieren. Wir wollen im Gegenteil, dass diese Initiativen verzahnt werden und die Vereine die Ganztagschule nicht als Bedrohung ihres Vereinsgeschehens sehen, sondern wir die Vereine beim Ausbau der Zahl der Ganztagschulen mitnehmen.

(Zuruf der Abg. Viktoria Schmid CDU)

Liebe Kollegin Schmid, Sie meinten vorhin, sagen zu müssen, dass die Bewegungsstunden von ausgebildeten Sportlehrern gehalten werden müssten.

(Abg. Viktoria Schmid CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

Ich darf Sie darauf hinweisen: Es handelt sich um Bewegungsstunden. Diese Bewegungsstunden sind keine klassischen Sportstunden. Wir setzen hier insbesondere Freiwillige ein, die in Zusammenarbeit mit der Baden-Württembergischen Sportjugend ausgebildet werden, die alle die Befähigung zum Übungsleiter haben. Das heißt, das ist alles qualifiziertes Personal. Genau diese Übungsleiter, die ihre Übungsleiterbefähigung in den Vereinen erworben haben, setzen wir dazu ein, die Bewegungsstunden an den Schulen qualifiziert anzubieten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage der Frau Abg. Gurr-Hirsch, Herr Minister?

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Ja, gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte.

**Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU:** Herr Minister, ich bin als ehrenamtlich Tätige von Ihren Ausführungen begeistert. Ich möchte Ihnen die Frage stellen: Kann es sein, dass die SPD-Fraktion heute eine andere Einstellung zu den Jugendbegleitern und dem Engagement Ehrenamtlicher an der Schule hat als vor etwa fünf oder sechs Jahren, als sich Vertreter der SPD bei Podiumsdiskussionen ganz vehement gegen den Einsatz dieser Fachkräfte ausgesprochen haben?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, genau! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Quatsch!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Liebe Frau Kollegin Gurr-Hirsch, wir wollen, dass das Konzept, das ich Ihnen gerade vorgetragen habe, erfolgreich durchgeführt wird. Wir wollen nicht in der Vergangenheit danach kramen, welche Meinungen es vor sechs oder sieben Jahren gab.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da hat man auch Unrecht getan!)

(Minister Andreas Stoch)

Wir wollen den Kindern und Jugendlichen heute ein gutes Angebot machen. Deswegen halten wir es für das richtige Konzept. Übrigens können wir das flankieren; Herr Kollege Schmiedel hat das angesprochen. Die Kommunen haben signalisiert, ein Interesse daran zu haben, hier zusätzliche Angebote zu machen. Es gibt außerdem die Stiftung „Sport in der Schule“. In Zusammenarbeit mit dieser Stiftung werden wir zusätzliche Mittel dafür verwenden, gerade zusätzliche Bewegungsangebote an den Schulen zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf weiter darauf hinweisen, dass wir natürlich Pläne haben, was die Vereinbarkeit von Leistungs- und Spitzensport mit der Schule angeht. Die Partnerschulverbände fördern gezielt Kinder und Jugendliche auf vielfältige Weise. Unser Ziel ist es natürlich, dass junge Talente im Leistungs- und Spitzensport möglichst früh erkannt und gefördert werden. Deshalb investieren wir in die Olympiastützpunkte und in die im Land befindlichen Bundesstützpunkte.

Für die pädagogische Betreuung der Sportlerinnen und Sportler stellen wir für unsere Partnerschulen und Eliteschulen des Sports Lehrerdeputate zur Verfügung, um die Vereinbarkeit von Schule und Leistungssport zu gewährleisten.

Sie erkennen: Bei der grün-roten Landesregierung ist der Sport in guten Händen. Kindern und Jugendlichen wird an den Schulen ein gutes Angebot gemacht. Wir werden auch zukünftig dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche Sport als etwas Positives und Bereicherndes für ihr Leben ansehen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Große Anfrage ist damit beantwortet und besprochen. Damit ist Tagesordnungspunkt 9 erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Baden-Württemberg – das Land der Sonderkulturen – Status quo sowie Maßnahmen und Pläne der Landesregierung – Drucksache 15/2114**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Hahn das Wort.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was für eine Sonderkultur hat er? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der hat Mostobst!)

**Abg. Martin Hahn GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bei der Landesregierung für die sehr ausführliche Beantwortung der Großen Anfrage bedanken. Die Antwort war sehr vielschichtig und sehr erkenntnisreich.

Die Sonderkulturen im Bereich der Agrarwirtschaft sind auf der einen Seite etwas Sonderbares in unserem Land und auf der anderen Seite auch etwas Wunderbares. Das Wunderbare daran ist, dass diese Sonderkulturen ein enormes Potenzial in den Bereichen Wertschöpfung, Anbau und Markt haben. Dieses Potenzial wurde in dieser Antwort sehr schön herausgestellt.

95 % der Wertschöpfung der Betriebe, die in diesem Bereich tätig sind, werden am Markt generiert. Nur 5 % werden durch staatliche Beihilfe generiert.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich glaube, das ist eine tolle Situation für die landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Thomas Marwein GRÜNE – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht am Tropf des Staates!)

40 % der Wertschöpfung der gesamten pflanzlichen Produktion werden auf 5 % der Fläche erwirtschaftet. Das ist etwas Besonderes, zumal in den Debatten vielfach gesagt wurde, dass in Baden-Württemberg die Fläche knapp und die Gier nach Fläche, der Bedarf an Fläche groß sei. Deshalb ist die Wertschöpfung aus dieser Fläche heraus besonders wertvoll und wird von uns auch hoch angesehen.

Baden-Württemberg liegt in diesem Bereich deutlich über dem Durchschnitt. In Baden-Württemberg beträgt der Anteil der Sonderkulturen an der gesamten pflanzlichen Erzeugung 40 %, während es bundesweit nur 26 % sind. Die baden-württembergischen Bäuerinnen und Bauern zeigen, dass sie die Marktwirtschaftler in dieser Republik sind. Das ist sehr schön und sehr gut.

(Beifall bei den Grünen)

Insgesamt handelt es sich um 850 Millionen € Wertschöpfung. 40 % der Wertschöpfung werden auf 5 % der Fläche erzeugt. In Baden-Württemberg sind 65 000 Personen im Gartenbau beschäftigt. Das ist vergleichbar mit „ordentlichen“ baden-württembergischen Betrieben. Das ist natürlich dezentral organisiert, insbesondere im ländlichen Raum. Das ist eine der Stärken unseres Landes. Arbeitsplätze sind dort, wo sie sein sollen, wo die Menschen wohnen und leben. Aufgrund der Dezentralität sind diese Arbeitsplätze auch sehr krisensicher.

Die Zahl der Arbeitsplätze ist vergleichbar mit der großer Firmen wie beispielsweise Bosch. Das sind schon tolle Zahlen. Fast jede dritte Arbeitskraft in der Landwirtschaft – ich rede von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen – ist im Bereich der Sonderkulturen tätig. Daran wird deutlich, wie groß das Potenzial ist.

Wir reden über Obst, Baumobst, Gemüse, Beerenobst, Sträucher und über all das, was auf einer relativ kleinen Fläche wächst, viel Arbeit macht und gleichzeitig ein hohes Ansehen genießt. Wenn einem der Arzt rät, was man essen soll, dann wird er relativ häufig sagen: An apple a day keeps the doctor away.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das reicht nicht! Ein Kilo mindestens!)

(Martin Hahn)

Wir reden also auch über Gesundheitspolitik. – Ja, ich probiere es auch mit mehr. Aber das ist auf Dauer auch nichts.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das bläht aber!  
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein Steak dazwischen!)

Wir reden also über Produkte, von denen man manchmal zwar genug, aber nie zu viel bekommen kann.

(Heiterkeit der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Jeder zweite in Deutschland erzeugte Apfel kommt aus Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Das ist ungefähr die Hausnummer. Im Ökobereich ist es ungefähr die gleiche Zahl. Das sind schon hohe Zahlen. Wir haben da einen hohen Marktanteil.

Aber an den Produkten, die generiert werden – – Auch das sieht man, wenn man die Antwort anschaut. 25 % der gesamten Sonderkulturen entfallen auf den Spargel. Da wir uns nicht alle zu 25 % von Spargel ernähren können,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zeitweise schon!)

können wir ermessen, was da an Potenzial, auch an Anbaupotenzial für die Betriebe in Baden-Württemberg vorhanden ist. Das ist Wertschöpfung, die auf der einen Seite sozusagen verträglich ist, auf der anderen Seite aber auch Wertschöpfung in die Betriebe bringt. Durch sie kann die Flächendebatte, die wir im Agrarbereich allenthalben führen, deutlich entschärft werden.

Baden-Württemberg ist die Nummer 1 beim Baumobst, die Nummer 1 beim Gemüseanbau – noch vor NRW und Niedersachsen –, die Nummer 1 beim Unterglasanbau. Dabei muss man allerdings zugeben: Baden-Württemberg ist die Nummer 1, hat aber das älteste Geschirr in der Republik.

(Heiterkeit des Abg. Paul Locherer CDU)

Das heißt, unsere Glasflächen weisen leider einen hohen Investitionsbedarf auf. Das müssen wir bedenken.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Energieintensiv!)

– Sehr intensiv. – Ich glaube, da gibt es einiges zu sehen.

Die Wertschöpfung in allen Sonderkulturbereichen in Baden-Württemberg ist doppelt so hoch wie im bundesdeutschen Durchschnitt. Das zeigt ganz eindeutig: Unser Bundesland ist der Feinkostladen dieser Republik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das ist gut so. Das hilft nicht nur unseren Bauern und erhält die Betriebe, sondern ist auch ein schweres Pfund, mit dem unsere Gastronomie wuchert, die das regionale und frische Angebot gern aufnimmt und sich damit selbst zu einem Spitzenplatz in der Republik verholpen hat. Das begrüßen wir.

Damit sind die Sonderkulturen über die Gastronomie, über diese Werthaltigkeit und dieses Erlebnis auch eine wesentliche Grundlage des Tourismus in unserem Land. An dieser tollen Grundlage müssen wir weiter arbeiten. Stärken wir unsere Stärken, und helfen wir unseren Bauern, da ihre Märkte in unserem Land zu sichern.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Burger das Wort.

**Abg. Klaus Burger CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Zunächst bedanke auch ich mich für die ausführliche und detaillierte Beantwortung der Fragen durch die Landesregierung.

Baden-Württemberg steht im Vergleich zu anderen Bundesländern in Sachen Sonderkulturen wirklich gut da. Wir sind spitze sowohl bei der Zahl der bewirtschafteten Hektar als auch bei der Zahl der in diesem Bereich tätigen Menschen. Die Zentren liegen am Bodensee, auf den Fildern, am Kaiserstuhl und in der Rheinebene. Aber auch in meiner Heimat Sigmaringen gibt es Familienbetriebe,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bei mir auch! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und in Hohenlohe!)

welche sich trotz schwieriger Produktions- und Absatzverhältnisse durch Fleiß und Ideenreichtum am Markt behauptet haben. Obst und Gemüse finden hier überwiegend über die Direktvermarktung den Weg zum Verbraucher.

Wenn ich mit den Landwirten rede, dann kommen immer folgende Themen zur Sprache: Durch den Klimawandel nimmt in der Landwirtschaft die Zahl der unwitterbedingten Schadensereignisse immer mehr zu. Sie treffen Sonderkulturen in besonderem Maß und schlagen sich in den Bilanzen der Betriebe nieder. Der Verbesserung des Risikomanagements kommt daher eine besondere Bedeutung zu.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich freue mich über den fraktionsübergreifenden Konsens, welcher durch eine Initiative der CDU entstanden ist, die in einer Anhörung von Fachleuten im Ausschuss mündet. Dort kommt das Thema zur Sprache.

Besser als eine Anhörung wäre es eigentlich gewesen, wenn, so wie von der CDU gefordert, das MLR generell besser mit Mitteln zur Abfederung solcher außergewöhnlicher Unwelterschäden ausgestattet worden wäre.

(Beifall des Abg. Paul Locherer CDU)

Die CDU hat in der Vergangenheit gehandelt. Ich erinnere an die finanziellen Hilfen bei Hagelschäden in Trossingen und am Bodensee.

(Beifall bei der CDU)

Sorgen bereitet den Landwirten das Grünlandumbruchverbot. Wenn wir heute über Sonderkulturen sprechen, dann gilt es

(Klaus Burger)

festzustellen, dass explizit die kleinen Obstbauern besonders hart vom Grünlandumbruchverbot in der Kreislaufbewirtschaftung betroffen sind. Das ist unverständlich, wenn man weiß, dass der Obstbau eine ebenso gute CO<sub>2</sub>-Bilanz vorweisen kann wie das Grünland.

(Abg. Paul Locherer CDU: So ist es!)

Da jeder zweite Apfel aus Baden-Württemberg kommt, ist das noch viel brisanter. Warum also diese Gängelei unserer Bauern?

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Fragestellung der Fraktion GRÜNE wurde sehr viel Wert auf die Unterscheidung zwischen konventioneller und ökologischer Bewirtschaftung gelegt. Die Union sieht konventionelles und ökologisches Wirtschaften als ein gleichberechtigtes und von großem Respekt getragenes Miteinander. Beide Bewirtschaftungsformen sind ein Markenzeichen unseres ländlichen Raums.

Ist hier ein Politikwechsel in Gang gekommen? Es muss auch künftig gelten: Die Freiheit des Verbrauchers bei der Auswahl seiner Lebensmittel soll auch die Freiheit der Landwirte in den Bewirtschaftungsformen bedeuten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ökoprodukte machen 5 % der Fläche aus. Die Wertschöpfung liegt bei 840 Millionen €. Es handelt sich um ein wachsendes Segment. Weitere Zuwächse sind möglich. Diese müssen auch gefördert werden. Eine wichtige Maßnahme hierzu wäre die frühkindliche Ernährungsbildung. Ich fordere aber, dass diese Ernährungsbildung ideologiefrei vorgenommen wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber 90 % der Landwirte wirtschaften in konventionell geführten Betrieben. Sehr geehrter Herr Minister Bonde, dieses Kerngeschäft darf von Ihnen nicht vernachlässigt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nur wenn wir unsere Betriebe für die heimischen Märkte, aber auch für den europäischen und den globalen Handel fit machen, können sie in Zukunft bestehen. Das erfordert auch, dass die sehr erfolgreichen Strukturen in Anstalten und Beratungsringen dauerhaft erhalten bleiben.

Weiter beschreiben Sie die Aktivitäten der Landesregierung für die Sonderkulturen. Ich stelle fest: Bei der ausführlichen Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE im Umfang von über 23 Seiten nehmen die Ausführungen über die Aktivitäten der Landesregierung in den letzten zwei Jahren mit einer einzigen Seite einen verhältnismäßig bescheidenen Platz ein.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mehr war auch nicht!)

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Martin Hahn GRÜNE zur CDU: Eure Aktivitäten in den letzten 30 Jahren hätten auf eine halbe Seite gepasst!)

Wenn wir die Sonderkulturen in Baden-Württemberg puschen wollen, müssen wir uns von dem ein Vierteljahrhundert alten Gedanken, dass die Menschen zu den Produkten kommen, verabschieden. Wochenmärkte und Hofläden haben in besonderer Weise ihren Stellenwert, aber sie sind im Volumen begrenzt. Deshalb brauchen wir in allen Bereichen – ökologisch und konventionell – Vermarktungsstrukturen, durch die mit Lebensmittelhandel und Discount auf Augenhöhe verhandelt werden kann. Hier darf die Landesregierung noch nacharbeiten.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Winkler das Wort.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zum Thema Sonderkulturen klammert in allen Einzelheiten Weinbau und Tabak aus

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

und bezieht sich ausschließlich auf Obst und Gemüse. Das finde ich sehr schade. Die wichtigen Geschmacks- und Geruchsbestandteile sind nicht dabei.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Wir können dich verstehen, Alfred! – Weitere Zurufe)

Ich glaube, das ist vorausgehendem Gehorsam, der politischen Correctness geschuldet, wie auch immer.

Der Bericht ist sehr aktuell und gibt uns einen guten und wichtigen Überblick über die Zahlen im Bereich Sonderkulturen, der natürlich, gemessen an der Fläche der Landwirtschaft überhaupt – aber eben nur an deren Fläche –, eine kleine Sparte ist.

Deswegen kommen wir nicht darum herum, einige Zahlen zu vergleichen. Ich fange jedoch nicht mit der Aussage an: Früher, unter der Vorgängerregierung, war in diesem Bereich alles schlecht, und jetzt wird alles besser. Nein, früher war es gut; wir wollen das Gute weiterführen. Es war erfolgreich; wir wollen das Erfolgreiche weiterentwickeln, und dazu ist auch genügend Platz.

Weiterentwickeln heißt das Stichwort. Die Anforderungen an die Sonderkulturen lauten: Änderung des Konsumverhaltens, neue Krankheiten und Pflanzenschädlinge, die auftreten, bekämpfen, Wirtschaftlichkeit bei Sonderkulturen, aber auch der Übergang, das Ausweiten des ökologischen Anbaus. Das besondere Merkmal der Sonderkulturen sind deren hohe Wertschöpfung und damit verbunden in einigen Bereichen auch hohe Erträge – aber unübersichtlich – und ein hoher Arbeitsaufwand.

(Alfred Winkler)

Sonderkulturen sind ein starker Betriebszweig in der Landwirtschaft, zumal in Baden-Württemberg; es klang schon an. Baden-Württemberg hat im Vergleich zu anderen Ländern in der Bundesrepublik die doppelte Fläche für den Anbau von Sonderkulturen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vor allem im Vergleich zum Saarland!)

So haben wir z. B. den Anbau von Biogemüse und die ökologisch bewirtschaftete Fläche sehr stark ausgeweitet. Mittlerweile pflanzen 22 % der Betriebe Biogemüse an. Es sind aber nur 13 % der Fläche.

Seit 1999 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg von 61 000 auf 44 000 und damit um 28 % gesunken. Diesen Rückgang haben wir nicht beim Anbau von Sonderkulturen und schon gar nicht bei den Biolandwirten. Dort haben wir tatsächlich eine Zunahme zu verzeichnen. Wir haben auch eine große Treibhausfläche. Ein Drittel der gesamten Treibhausfläche in der Bundesrepublik liegt bei uns.

Der Gartenbau, die Biobetriebe und der Gemüseanbau sind sehr personalintensiv. Jede dritte Arbeitsstelle in der Landwirtschaft ist im Anbau von Sonderkulturen angesiedelt. Das sind immerhin insgesamt 27 000 Arbeitsplätze mit den nachgelagerten Arbeitsplätzen in der Lebensmittelverarbeitung.

70 % des bei uns erzeugten Obstes wird in Baden-Württemberg abgesetzt. Es ist unser Ziel, Obst dort abzusetzen, wo es benötigt wird. Der Selbstversorgungsgrad bei Gemüse liegt bei uns unter 50 %; bei Biogemüse ist er noch niedriger. Damit wird klar, welche Möglichkeiten wir in Baden-Württemberg auf dem Sektor der Sonderkulturen haben. Der Selbstversorgungsgrad bei Gemüse liegt in Baden-Württemberg bei 20 %, in Deutschland bei 40 %.

Große Potenziale liegen offensichtlich in diesem Bereich. Damit besteht die Möglichkeit für Landwirte, in Richtung Bio, aber auch in Richtung Sonderkulturen umzustellen. Wir brauchen uns nichts vorzumachen: Sonderkulturen, auch Wein, sind nur in landschaftlich bevorzugten Gegenden möglich – dort, wo es warm ist. Solche Gegenden haben wir, und wir sollten das ausnutzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Im Paradies!)

– Sozusagen im Paradies. – Umstellungen auf biologischen Anbau wurden in der letzten Legislaturperiode ausgebremst. Das wurde wieder aufgehoben. Mittlerweile ist das für die nächsten fünf Jahre wieder möglich.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Bewährt hat sich die Förderung. In vielen Bereichen – von der Lagerhaltung bis zur Energieeinsparung – werden Investitionen gefördert. Gefördert werden Diversifizierung, Hofläden – wichtig –, aber auch Ferienwohnungen. Marktstrukturverbesserungen werden gefördert.

Absatzförderung und Beratungsdienste sind wichtige Instrumente. Generell haben wir in diesem Bereich eine gute Ausbildung.

Deswegen glaube ich, dass wir im Hinblick auf die Chancen mit der Förderung, auch mit der Bevorzugung von Sonderkul-

turen ein ganz wichtiges Segment in der Landwirtschaft fördern und forcieren.

Zum Schluss noch ein Satz – meine Redezeit ist gleich abgelaufen –: Es hat sich bewährt, dass wir sehr viele gute Landesanstalten und Forschungseinrichtungen haben, die genau auf diesem Gebiet arbeiten. Warum? Weltweit gibt es große Nahrungsmittelkonzerne, die forschen. Aber die mittelständischen und kleinbäuerlichen Sonderkulturbetriebe können das nicht. Deswegen ist es unsere Aufgabe, in diesem Bereich die Forschung und die Zuchteinrichtungen auch weiterhin gut zu fördern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der CDU und der Grünen sowie des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt aber raus aus dem Kampfmodus! Wir sind jetzt am Ende des Tages!)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Schmiedel, kein Schmeichelkurs; ich bin immer für die Fakten. – Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich grüße auch die Besucherinnen und Besucher auf den überfüllten Rängen und die Schar der Pressevertreter, vor allem die Vertreter der Fachpresse.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Sonderkulturen haben in der Landwirtschaft einen hohen Stellenwert. Baden-Württemberg nimmt, wie wir gehört haben, bundesweit eine Führungsrolle beim Anbau von Obst, Gemüse, Wein, aber auch Tabak ein. Das spielt in der Landwirtschaft – ich erspare Ihnen, dass ich die Zahlen noch einmal nenne – eine große Rolle.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Auch Sonderkulturen prägen, wie gesagt, die Landschaft. Auch das macht unsere Vielfalt im Süden aus. Auch beim Weinbau in den Steillagen kann man meines Erachtens von Sonderkulturen sprechen.

Eine Riesenchance liegt für uns in folgendem Gedanken: Wie Kollege Winkler gerade gesagt hat, beträgt der Selbstversorgungsgrad bei Gemüse lediglich 20 %, und dies bei einem Land mit elf Millionen Bürgerinnen und Bürgern, einem Land, in dem die Einkommen bundesweit mit am höchsten sind, in dem die Wirtschaft hervorragend funktioniert. Diese Chancen müssen wir, glaube ich, verstärkt im Auge haben. Wir müssen genau diese Rahmenbedingungen entsprechend ausgestalten, damit wir hier den Selbstversorgungsgrad noch erhöhen können. Denn das ist Wertschöpfung vor Ort; das stabilisiert die ländlichen Räume in Bezug auf Einkommen, Arbeitsplätze – wir haben das alles schon gehört.

Die Antwort des Landwirtschaftsministeriums ist, meine Damen und Herren, eine hervorragende Zusammenfassung. Ich glaube, an dieser Stelle darf man vor allem auch den Zuarbeiterinnen und Zuarbeitern des Ministeriums – ich denke hier etwa an das Statistische Landesamt und an die Landesanstalt in Schwäbisch Gmünd – ein herzliches Dankeschön sagen.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Denn diese 25 Seiten sind wirklich ein aktueller Abriss der gesamten Sonderkulturen – so, wie sie hier dargestellt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wichtig, meine Damen und Herren, sind auch die geschilderten Maßnahmen, die – das darf ich hier ausdrücklich feststellen – allesamt noch unter der CDU-FDP/DVP-geführten Landesregierung beschlossen wurden.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Das stimmt aber nicht!)

Sie werden fortgeführt, wenn auch zum Teil leider nicht ausgebaut. Ich darf hier auch, lieber Kollege Hahn, an die Diskussion vom vergangenen Montag in Bad Boll im Rahmen einer Tagung, die der Bioland Landesverband Baden-Württemberg durchführte, erinnern. Auch hier wurde aus den Reihen der Biolandwirte klar und deutlich gewünscht

(Zurufe: Gewünscht!)

– gewünscht –,

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Sie haben es wirklich „gewünscht“! Das war so!)

dass man das eine oder andere noch ausbaut.

Meine Damen und Herren, sehr erfreulich ist aber – das ist vom Kollegen Hahn auch schon angesprochen worden –, dass die Erlöse, die Einkommen am Markt bei den Sonderkulturen die Nummer 1 sind. Da schreit man nicht gleich nach dem Staat und nach Subventionen, sondern man versucht, das Produkt am Markt zu verkaufen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist alles nur schönegedet!)

95 % dessen, was die Sonderkulturbetriebe einnehmen, wird am Markt Erlöst. Das ist genau das, was man im ursprünglichen Sinn eigentlich unter Marktwirtschaft, unter sozialer Marktwirtschaft, versteht.

Meine Damen und Herren, mit dem Thema Sonderkulturen wurde – diesen Hinweis kann ich Ihnen nicht ganz ersparen – in der Vergangenheit, als Sie noch in der Opposition waren, allerdings nicht immer so gut und so freundlich umgegangen. Ich darf hier als Stichwort nur die Plantomyzin-Debatte nennen. Da haben Sie dem Erwerbsobstbau in der Vergangenheit keinen guten Dienst erwiesen. Das hat dem Erwerbsobstbau in Baden-Württemberg damals sehr geschadet.

Sonderkulturen benötigen auch – das ist hier ebenfalls noch nicht angesprochen worden – eine ausreichende Bewässerung. Ich bitte die neue Landesregierung, hier mit entsprechendem Feingefühl für die Betriebe vorzugehen und keine übertriebenen Vorschriften im Bereich der Wasserentnahmen einzuführen – natürlich unter Beibehaltung des rechtlichen Rahmens. Aber hier sollten nicht noch irgendwelche „grünen Daumenschrauben“ angesetzt werden.

Bekennen Sie sich insgesamt zu der Landwirtschaft – ob alternative oder konventionelle Wirtschaftsweise.

Meine Damen und Herren, ich finde, man braucht nicht mehr Gängelung, nicht mehr Vorschriften. Wir brauchen eine gute Beratung. Es darf nicht passieren, dass die obrigkeitshörige Pickelhaube durch Berater und Agrarpolizei mit Birkenstockschuhen abgelöst wird.

(Lachen des Abg. Martin Hahn GRÜNE – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Birkenstockschuhe? – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Eine Anfrage in Bad Boll auch von den Praktikern ging dahin, Herr Minister, ob man die Kontrolleure in den Ämtern vor Ort nicht praxisorientierter ausbilden und auch die Fort- und Weiterbildung gewährleisten kann, damit sie sich mit den Praktikern auf der gleichen Ebene befinden und die Landwirte bei den Sonderkulturen nicht mit spitzfindigen theoretischen, juristischen Dingen behindern.

Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg ist sauber, leistungsfähig und nachhaltig. Schwarze Schafe gibt es in jedem Bereich – auch hier –, und Fehler bei den Produkten kann man bei jeder Wirtschaftsweise machen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das Wichtigste ist, dass wir hier auch Nützen und Schützen zusammenbringen. In diesem Sinn wünsche ich mir, dass der Anbau von Sonderkulturen in Baden-Württemberg noch wächst und die entsprechende Unterstützung vonseiten der Landesregierung erfährt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Landwirtschaftsminister Bonde das Wort.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gartenbau in Baden-Württemberg nimmt innerhalb der Landwirtschaft eine besondere Rolle ein. Jeder dritte Euro, der in der pflanzlichen Produktion erwirtschaftet wird, kommt aus den Sonderkulturen. Dabei ist die große Vielfalt der in Baden-Württemberg erzeugten Sonderkulturen weit über die Landesgrenze hinaus bekannt. Insbesondere der baden-württembergische Obstbau und der Gemüseanbau in Unterglasanlagen nehmen eine herausragende Stellung in Deutschland ein.

Mit etwa 30 % der gesamten Obstbaufläche ist Baden-Württemberg der größte Obstproduzent und der größte Vermarkter in Deutschland. Der Produktionswert im Bereich Sonderkulturen beträgt rund 550 Millionen €. Mit rund 65 000 Arbeitskräften ist jede dritte Arbeitskraft in der Landwirtschaft in Baden-Württemberg dem Produktionsgartenbau zuzuordnen.

Die Wertschöpfung des gesamten baden-württembergischen Gartenbaucusters einschließlich der vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche beläuft sich auf 2,7 Milliarden €. Dadurch belegt Baden-Württemberg im Bundesvergleich den zweiten Platz.

In Baden-Württemberg finden sich ideale Standortvoraussetzungen für Gartenbaubetriebe, optimale klimatische Bedin-

(Minister Alexander Bonde)

gungen, eine große Bevölkerungsdichte und eine hohe Kaufkraft. Das sind hervorragende Rahmenbedingungen, um den aktuellen Trend der Nachfrage nach qualitativ hochwertigen, regional und ökologisch erzeugten Produkten zu nutzen. Hier steckt sowohl für den biologischen wie für den konventionellen Anbau ein enormes Potenzial für die heimische Landwirtschaft.

Weil vorhin das Beispiel Bio fiel, will ich noch einmal sagen, weshalb wir da ein erhebliches zusätzliches Potenzial sehen. Obwohl bei uns im Obst- und Gemüsebau bereits 10 % der Fläche ökologisch bewirtschaftet werden, müssen selbst heimisches Obst und Gemüse sowie Kräuter im Biosegment weiter in nennenswertem Umfang importiert werden.

Aber auch der regionale Anbau – die Frage Regionalität – bietet erhebliche zusätzliche Marktpotenziale. Der relativ geringe Selbstversorgungsgrad von 20 % im Bereich Gemüse macht deutlich, dass auch die regionale Produktion noch ausbaufähig ist.

Mit dem Aktionsplan „Bio aus Baden-Württemberg“ unterstützt die Landesregierung im Bereich des biologischen Anbaus bei Sonderkulturen Maßnahmen, um günstige Rahmenbedingungen für die Ausweitung des regionalen Ökoanbaus zu schaffen. Die Wiederaufnahme der wichtigen Umstiegshilfe im biologischen Anbau, die Schwarz-Gelb „gekillt“ hatte, wurde ja bereits angesprochen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir sind keine Kiler!)

Das Kompetenzzentrum Obstbau in Bavendorf am Bodensee, dem im Obstbau schon bisher eine wichtige Rolle zukommt, wird um einen ökologischen Modell- und Versuchsbetrieb erweitert. Durch ein parallel durchgeführtes Pilotprojekt stellen wir den Wissenstransfer mit der Praxis sicher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um die Spitzenposition Baden-Württembergs bei den Sonderkulturen noch weiter auszubauen, müssen wir uns den Herausforderungen in Produktion und Vermarktung stellen. Weitere wichtige Felder sind zum einen der Bedarf an Investitionen in die energetische Erneuerung der Unterglasanlagen, und zum anderen der Bedarf an zukunftsorientierter Bildung und Beratung. Denn die zunehmende Ökologisierung und Spezialisierung erfordert eine neu ausgerichtete Beratung. Mit dem Projekt „Beratung 2020“ bietet die Landesregierung deshalb den gärtnerischen und landwirtschaftlichen Betrieben ein qualitativ hochwertiges Angebot.

Für eine qualifizierte Beratung sowie für den Wissenstransfer ist außerdem ein effizientes Versuchswesen unabdingbar. Unsere landwirtschaftlichen Anstalten sind für die Vernetzung von Wissenschaft und Praxis unentbehrlich und genießen einen hervorragenden Ruf sowohl in der angewandten Forschung als auch in der Bildung und als Partner der Beratung.

Der Trend der Nachfrage nach regionalem und ökologischem Obst und Gemüse ist ungebrochen. Dadurch besteht sowohl für die konventionelle als auch für die ökologische Anbauschiene noch ein weiteres Wertschöpfungspotenzial. Wir, die Landesregierung, fördern die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungs-

betriebe. Eine Modernisierung und Verbesserung der Energieeffizienz der teilweise veralteten Unterglasflächen ist uns dabei ein zentrales Anliegen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wenn er fertig ist! – Abg. Paul Locherer CDU: Am Schluss!)

– Am Schluss seiner Rede? – Gut. Dann bitte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Um halb neun!)

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde:** Dann am Schluss.

Gerade in Zeiten endlicher und teurer werdender Ressourcen brauchen wir energieeffiziente Produktion. Sie nutzt dem Klima und senkt die Kosten für die Produktion. Das ist nicht nur für Verbraucherinnen und Verbraucher relevant, sondern bedeutet auch im Hinblick auf die Produktionskosten, die sich gerade aus Energiepreisen ergeben, einen Produktions- bzw. Preisvorteil.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind im Bereich der Sonderkulturen gut aufgestellt. Die Fraktion GRÜNE hat bereits angekündigt, die Bereiche Weinbau und Tabak erneut zu thematisieren. Ich freue mich auch auf intensive Fragen, was den Hopfen angeht.

(Beifall des Abg. Thomas Marwein GRÜNE – Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Da uns die heutige Meldung, dass in Deutschland der Bierverbrauch auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen ist, sehr beunruhigt,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wenn Sie weiter reden, wird es noch weniger! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Daran sind nicht wir schuld! Daran sind die Südbadener Weintrinker schuld!)

sollten wir uns, glaube ich, an dieser Stelle dann an einem weiteren Plenarabend diese Debatte auch noch ausführlich gönnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Erste Frage, Herr Abg. Locherer.

**Abg. Paul Locherer CDU:** Herr Minister, Sie sprachen zu Recht davon, dass der Obst- und Gemüseanbau ein großes Potenzial aufweist und Zuwachsraten beinhaltet. Im Gespräch mit vielen Obstbauern und Landwirten gerade am Bodensee – Martin Hahn und ich, wir beide waren da immer wieder einmal vor Ort – wurde das große Problem des Grünlandumbruchverbots genau im Obst- und Gemüseanbau angesprochen. Sie haben nur für geringste Flächen, nämlich für Flä-

(Paul Locherer)

chen bis zu 2 000 m<sup>2</sup>, die Möglichkeit, neue Obstanlagen anzulegen. Für uns ist es absolut unverständlich, dass es gerade für diese oftmals kleinen landwirtschaftlichen Betriebe nicht möglich ist, sich dort ein zweites oder auch drittes Standbein zu schaffen.

Ich bitte Sie deshalb, zu schauen, dass wir hier zu Ausnahmegenehmigungen kommen. Denn die Landwirte können diese Potenziale, die vorhanden wären, sonst nicht nutzen. Das heißt, man muss zur Befriedigung von Nachfragepotenzialen Importe vornehmen. Das ist schade, zumal durch heimischen Anbau auch die Grünlandwirtschaft insgesamt gestärkt wird und das zweite Standbein entsprechend entwickelt werden kann.

Ich frage Sie: Sind Sie bereit, hier noch einmal nachzusteuern, insbesondere für den Gemüse- und Obstanbau und für diese kleinen landwirtschaftlichen Betriebe im Bodenseegebiet genauso wie auch in anderen Bereichen des Landes? Das tut not – das sage ich Ihnen –, und da sollten Sie etwas tun.

(Beifall des Abg. Ulrich Müller CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde:** Sehr geehrter Herr Abg. Locherer, wir haben die Frage der Notwendigkeit des Grünlandumbruchverbots hier mehrfach ausführlich diskutiert. Ich will noch einmal in Erinnerung rufen, dass es um eine ganz zentrale ökologische Fragestellung geht, die insbesondere im Hinblick auf den Artenschutz an unseren Standorten von ganz entscheidender Bedeutung ist.

Ich will auch darauf verweisen, dass es beispielsweise die EU-Kommission, die nun bekanntlich nicht gerade durch Grüne geprägt ist, ganz genauso sieht und deshalb der Grünlanderhalt auch durch notwendige gesetzliche Rahmen, wie wir sie mit dem Grünlandumbruchverbot geschaffen haben, eine wichtige Aufgabe für die Politik ist.

Nun haben wir uns gemeinsam bemüht, insbesondere für den Bereich des Obstbaus sinnvolle Lösungen zu finden. Ich weiß, dass bei vielen nach wie vor größere Vorstellungen vorhanden sind. Sie wissen, dass wir das beschlossene Gesetz damals bewusst mit einer Befristung versehen haben, um bei einer Überprüfung des Gesetzes zu schauen, wo es Nachsteuerungsnotwendigkeiten gibt.

Ich will allerdings auch den freundlichen Hinweis geben, dass die ausschließliche Beschränkung des Themas „Obst- und Gemüseanbau“ auf die Frage der Umwandlung von Dauergrünland eine unzulässige Verkürzung ist,

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Genau!)

die die ganz relevante Frage aufwirft, wie ernst man es mit der Ökologie meint. Das muss bei allem Verständnis auch in dieser Deutlichkeit gesagt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Martin Hahn GRÜNE: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Frage der Frau Abg. Gurr-Hirsch.

**Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU:** Herr Minister, es erfreut das Herz des Ministers und jedes Baden-Württembergers, wenn man sieht, wie stolz das Parlament auf die Sonderkulturen in Baden-Württemberg ist. Wenn man dann noch das Glück hat, auf der Messe „Fruit Logistica“ die Präsentation dieser Produkte zu sehen, dann schwillt der Hals natürlich noch mehr.

(Zuruf von der CDU: Der Hals? – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Von Interesse ist, was beim Landwirt, beim Produzenten ankommt. Auch Sie, Herr Hahn, haben ja deutlich gemacht, dass die Wertschöpfung bei den Sonderkulturen besonders groß ist. Das hängt nicht nur mit dem Anbau und mit einer fachgerechten Beratung, die ich sehr loben möchte, zusammen, sondern es hängt natürlich auch mit der Frage zusammen: Sind wir, was das Gemüse anlangt, bei den Vermarktungsstrukturen richtig aufgestellt? Beim Obst sind wir das sehr wohl. Was macht die Regierung dafür, dass diese Strukturen vielleicht eine noch größere Wertschöpfung generieren?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde:** Herzlichen Dank. – Wie Sie wissen, Frau Abg. Gurr-Hirsch, sind wir natürlich auch im Bereich des Marketings mit den bewährten Maßnahmen im Gespräch mit der Branche. Aber Sie wissen als ehemalige Staatssekretärin natürlich auch, dass gerade in einem Bereich, in dem wir zum Glück einen hohen Anteil an Marktwirtschaft haben, zum Schluss auch die Branche

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gefordert ist!)

ihre Strukturen ändern muss und hier auch die Branche gefragt ist, sich entsprechend anzupassen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Der Kollege Hahn, der vorhin gesprochen hat, ist ja ein Beispiel aus dem Biobereich dafür, dass die Branche gerade auch in der Organisation Potenziale heben kann, wenn sie es richtig macht. Wir, das Ministerium, stehen da gern als Ansprechpartner zur Verfügung. Ich glaube aber, dass wir, der Staat, in diesem Bereich – in einer Reihe von Beiträgen in dieser Debatte schien es mir wieder arg zu kippen – letztlich nicht selbst die Sonderkulturen anbauen und vermarkten sollten. Ich glaube, es ist zu Recht geklärt, dass das bei uns die Unternehmer, die Landwirtinnen und Landwirte, machen

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! Schluss mit der Landwirtschaftsbürokratie!)

und der Handel hier seine entsprechende Rolle hat. Wir stehen dort, wo dies erforderlich ist, mit Beratung, aber auch mit Initiativen zur Unterstützung der Vermarktung helfend zur Seite. Aber ich glaube, wir sind uns einig, dass wir den Schritt zur Staatswirtschaft auch bei den Sonderkulturen nicht gehen sollten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)



**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Frage des Herrn Abg. Müller.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde:** Nein. Vielen Dank.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gut. Keine Zusatzfrage mehr.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Hahn.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 15 Sekunden!)

**Abg. Martin Hahn** GRÜNE: Ich bin froh, dass ich noch ein paar Minuten Zeit habe,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sekunden!)

um noch ein paar Dinge richtigzustellen.

Kollege Paul Locherer, natürlich ist das Grünlandumbruchverbot eine Einschränkung für die Landwirte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Paul Locherer CDU – Abg. Paul Locherer CDU: Gerade für die kleinen!)

– Ja, da könnt ihr klatschen. – Aber man muss sich die Dimension vergegenwärtigen: Die landwirtschaftliche Fläche in Baden-Württemberg beträgt insgesamt 860 000 ha. Die Sonderkulturen einschließlich Obst machen eine Fläche von 30 000 ha aus. Kollege Paul Locherer, wo ist die Begrenzung?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie intensiv?)

5 % der Fläche sind für Sonderkulturen gebunden. Da kann man noch nicht das Grünlandumbruchverbot als Hemmnis darstellen. Das geht doch wirklich nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lieber Kollege Bullinger – –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Du willst bloß keine Konkurrenz haben!)

– Nein.

(Abg. Paul Locherer CDU meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Abg. Martin Hahn** GRÜNE: Gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Locherer, Sie haben das Wort für eine Zwischenfrage.

Ich möchte bloß darauf hinweisen, dass irgendwann einmal Schluss sein sollte.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Tagesschau“ um 20:00 Uhr!)

**Abg. Paul Locherer** CDU: Lieber Kollege Martin Hahn, wir wollen uns kurzfassen, aber folgende Frage muss doch gestellt sein. Das Problem der CO<sub>2</sub>-Bilanz und des Grünlandumbruchverbots beim Obstbau ist angesprochen worden. Bei der CO<sub>2</sub>-Bilanz haben wir beim Obstbau kein Problem. Eines ist wahr: Im Entwurf des Gesetzes zum Grünlandumbruchverbot war der Obstbau zunächst nicht enthalten; das wurde nachgeschoben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Warum?)

Das wird auch von den Verbänden kritisiert. Warum war dieser Bereich nicht enthalten? Weil hier die CO<sub>2</sub>-Bilanz ausgeglichen ist. Deshalb ist das ein Problem, und deshalb war das ein Fehler. Deshalb ist zunächst einmal auch nur dieser Bereich von mir angesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Martin Hahn** GRÜNE: Ganz kurz hierzu: Was nachgeschoben wurde, war die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Obstbaus. Darum war dieser Bereich nicht im Gesetzentwurf enthalten. Um ihn einarbeiten zu können, war es leider zu spät.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich möchte noch ganz kurz Folgendes sagen. Der Kollege Bullinger hat gefragt: Was ist passiert, was haben wir bisher gemacht? Ich zähle jetzt einmal drei, vier Maßnahmen auf und hätte dann gern von der alten Regierung schriftlich, was sie in den letzten fünf Jahren bei diesem Thema gemacht hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das kann sie ja nicht, weil es sie nicht mehr gibt!)

– Ja, aber die Geschichte ist wichtig. – Wir haben inzwischen – in dieser kurzen Zeit – ein Ökoversuchsgut für Obst eingerichtet. Das gab es vorher nicht, obwohl der Ökoobstbau schon seit Längerem 10 % des Gesamtoobstbaus in Baden-Württemberg ausmacht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es wurde mitgemacht! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wurde abgedeckt!)

– Nein, es wurde nicht mitgemacht, Frau Exstaatssekretärin. Das ist falsch. Es wurde nicht mitgemacht. – Sie müssen sehen: Wir, die Politik, haben doch die Ausrichtung auf die Zukunftsbranchen als Aufgabe. Der Ökobereich ist – ob es uns gefällt oder nicht – der Wachstumsmarkt der Zukunft. Deswegen ist es eine politische Aufgabe, Wachstumsmärkten die Bahn zu ebnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Burger, das ist genau das, wofür es geht. Wir zwingen niemanden, auf Ökoanbau umzusteigen, auch wenn das immer wieder so gesagt wird. Aber wir weisen darauf hin, und wir sagen auch: Dort sind Wachstumsmärkte, dort sind Märkte, deren Preise nicht in Chicago bestimmt werden, sondern in Offenburg, in Sinsheim, in Ditzingen und wo auch immer.

(Martin Hahn)

Das macht die Märkte Baden-Württembergs und die substanzuelle Kraft dieser Sonderkulturen aus.

(Beifall bei den Grünen)

Ich möchte nur noch zwei, drei Themen ansprechen, die wir, die Politik, jetzt angehen müssen. Wohin geht es denn? Bei uns gibt es günstige Bodenpreise. Wir haben heute beim Biogas zum Teil eine schwierige Situation, die viele von uns kritisch sehen. Aber wir haben große dezentrale Wärmequellen im ländlichen Raum, mit deren Abwärme man gegebenenfalls bei einem in der Nähe befindlichen Gewächshaus sinnvoll Produkte generieren könnte. Es ist politische Aufgabe, dort sozusagen eine Nähe zu Produktionszweigen herzustellen und das Potenzial zu aktivieren. Denn bisher haben wir große Wärmequellen, die die Luft heizen, anstatt zur Produktion von Gurken und Tomaten genutzt zu werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: EEG 2003!)

Das Nächste ist – das wurde gerade angesprochen –: Natürlich werden in der nächsten EU-Förderperiode – Frau Gurr-Hirsch, Sie haben das angefragt – Erzeugerzusammenschlüsse ein zentrales Thema sein.

(Zuruf: Wie viel Redezeit hat er noch?)

Darum wird dieses Thema aufgegriffen und werden wir es schaffen, die Strukturen nicht nur im Direktvermarktungsbereich, sondern auch für den Lebensmitteleinzelhandel und für den größeren Naturkosthandel in der Produktion zu konzentrieren und damit neue Absatzwege für unsere Bauern zu eröffnen. Dieses Potenzial trifft auf aufnahmewillige Märkte.

Es ist jetzt spät, und wir machen jetzt fast das Licht aus. Es tut mir leid, aber einer muss als Letzter reden. Ich höre jetzt auf, bedanke mich aber trotzdem noch für die breite Aufmerksamkeit.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Es ist ein wichtiges Thema. Denn ich glaube, bei allen Problemen, die wir in der Landwirtschaft haben, muss man auf das hinweisen, was gut läuft. Wenn wir in der Wirtschaft die Stärken stärken wollen, dann müssen wir unsere Sonderkulturen stärken und am Markt weiter voranbringen. Dafür steht diese Regierung, dafür steht die Regierungskoalition.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Sehr gut! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dafür steht die FDP/DVP schon immer! – Abg. Ulrich Müller CDU meldet sich.)

– Da gibt es noch eine Nachfrage.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Müller, das war nach Ablauf der Redezeit.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Gemeldet hatte ich mich vorher!)

– Nein, nach Ablauf der Redezeit. Ich habe mich extra beim Herrn Schriftführer erkundigt. Sie wissen doch gar nicht, wann die Redezeit zu Ende ist.

(Zuruf: Doch!)

– Nein. Das sehe nur ich hier. Deswegen will ich nur sagen: Nach der Geschäftsordnung – –

(Zurufe von der CDU)

– Nein. Natürlich ist schon darauf hingewiesen worden. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Selbst wenn er überzieht, ist die Redezeit beendet.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

– Herr Kollege, streiten Sie nicht mit mir über die Geschäftsordnung. Lesen Sie sie!

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein unfreundlicher Akt! – Abg. Paul Nemeth CDU: Sie machen doch auch immer Zwischenrufe!)

– Aber nicht zum Präsidenten über Fragen der Geschäftsordnung. Das sollten Sie einfach einmal lernen: Das macht man im Parlament schlichtweg nicht, egal, wer hier oben sitzt. Es ist so.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das werden wir uns merken, wenn der Abg. Drexler wieder einmal dazwischenruft!)

– Auch das ist nicht angemessen. Ich weise einfach einmal darauf hin. Das geht nicht. Wenn Sie etwas vorbringen wollen, dann machen Sie das im Präsidium. Dann klären wir die Frage dort. Anders hat es keinen Sinn.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

– Nein, diese Fragen hätten wir früher – – Ich sage es noch einmal: In der Geschäftsordnung steht: vor Ablauf der Redezeit. Dann wird das notiert, und dann kann man auch nach Ablauf der Redezeit die Frage stellen. Das Wort zum Stellen der Frage ist aber nach dem Ende der Redezeit gewünscht worden, und dann geht es nicht. Ich sage das, damit Sie das nachvollziehen können.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Jetzt war es doch den ganzen Tag über harmonisch! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch ein Problem mit dem heute Morgen angekündigten Antrag zum Thema Wasser. In der Aktuellen Debatte zu diesem Thema gab es große Übereinstimmung. Bis jetzt haben wir aber noch keine Übereinstimmung, wie wir mit dem Antrag verfahren. Meine Bitte ist, dass wir das noch einmal klären. Wie ich gehört habe, trifft sich heute Abend der entsprechende Arbeitskreis der CDU. Die FDP/DVP weiß noch nicht, wie sie verfahren möchte. Wir müssen das aber morgen früh wissen, damit wir die Tagesordnung entsprechend ändern können.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir sind klar! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Nach der Aktuellen Debatte! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

– Das ist klar. Aber ich sage es noch einmal: Das sind bisher nur zwei Fraktionen. Es wäre gut, wenn wir den Antrag auf die Tagesordnung für morgen setzen, zumal wir ihn ohne Aussprache verabschieden wollten. Dazu gab es heute Übereinstimmung. Daran wollte ich nur erinnern.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nachtschicht! – Abg. Volker Schebesta CDU: Falls es Änderungswünsche

*(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)*

gibt, schadet es auch nicht, wenn der Antrag nach der  
Mittagspause verabschiedet wird!)

– Nein. Das muss jetzt geklärt werden, damit morgen früh  
mögliche Änderungen aufgenommen werden können. Darum  
geht es mir.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 31. Januar  
2013, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:50 Uhr**

## Vorschlag

der Fraktion der SPD

### Umbesetzungen im Präsidium und im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

Ausschuss/Gremium	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Präsidium	ordentliches Mitglied	Stoch	Dr. Fulst-Blei
Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Stoch Stober	Stober

30. 01. 2013

Claus Schmiedel und Fraktion